

Solidarische Ökonomie in Österreich

Sichtweisen, Erfahrungen und Perspektiven
Langfassung

Eine Studie von A. Exner



Die Südwind-Initiative „SUSY - Sustainable and Solidarity Economy“ zeigt Alternativen zum herrschenden Wirtschaftssystem auf. Das Netzwerk von 26 europäischen Organisationen stärkt sozial- und solidarökonomische Initiativen und entwicklungspolitische Akteure im Kampf gegen Armut und für einen nachhaltigen Lebensstil weltweit.



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union umgesetzt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von Südwind wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.



GEFÖRDERT DURCH DIE
ÖSTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS
ZUSAMMENARBEIT

Impressum:

Diese Publikation ist im Rahmen des Projektes „SUSY – Sustainable and Solidarity Economy“ entstanden. Begleitend wurden zwei Projektbeispiele (Intersol und SoliLa) in Kurzfilmen von Stephan Hochleithner portraitiert: www.solidaroeconomie.at

*Herausgeber: Südwind Verein für Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit, ZVR: 828389373
Laudongasse 40, A-1080 Wien*

Autor: Andreas Exner

Mitwirkende: Martin Haselwanter (Südwind), Sabine Klafp (Südwind)

Wien, 2015, nicht redigierte Version

Zusammenfassung

Aus 27 Interviews zum Thema ergibt sich: Solidarische Ökonomie ist kein fest definierter Gegenstand. Die Bedeutung Solidarischer Ökonomie liegt in der Perspektive einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation. Diese Transformation geht von Nischen aus, in denen Menschen darauf zielen gleichberechtigt, demokratisch, solidarisch, für die ganze Welt und kommende Generationen verantwortlich miteinander umzugehen. Dazu zählen etwa Food Coops, Kostnixläden, Volxküchen und gemeinschaftliches Wohnen. Die Bewegung für Ernährungssouveränität, für das Recht von Menschen über ihre Lebensmittelproduktion und Ernährung selbst bestimmen zu können, ist ein gutes Beispiel für Solidarische Ökonomie als Transformationsbewegung. Die Nischen existieren im Rahmen eines Herrschaftssystems: von Kapitalismus, Sexismus, Rassismus und anderen Formen der Ungleichheit und Rücksichtslosigkeit. Die Nischen sind widersprüchlich und können nur Teilbereiche für sich besser regeln als im System üblich. Solidarische Ökonomie aus ihren Widersprüchen heraus weiterzuentwickeln ist der Motor der Transformation. Dabei müssen Projekte multipliziert, Attraktivität für breitere Schichten der Gesellschaft entfaltet und Unterstützung für Initiativen organisiert werden. Entscheidend ist der Kontext einer sozialen Bewegung, die Raum für Austausch und eine beständige (selbst)kritische Reflexion der eigenen Praxis bietet. Längerfristig sind eine Politisierung und die Stärkung der sozialen Bewegungen für Solidarische Ökonomien entscheidend. Sie müssen Ressourcen vom Staat einfordern, konventionelle in solidarökonomische Betriebe überführen helfen und verschiedene Formen der solidarischen Vernetzung zwischen Initiativen und Betrieben entwickeln. Ziel ist der eigenständige Aufbau neu definierter Regionen in einem wirtschaftsdemokratischen Kontext.

Als persönliche Wertung ergibt sich: Momentan bestehen Wissensdefizite in der Diskussion zu Solidarischer Ökonomie. Wissen über die Erfolgsbedingungen solidarökonomischer Betriebe sollte stärker vermittelt werden, ebenso wie das Wissen über angepasste Rechtsformen Solidarischer Ökonomien. Soziale Absicherung, eine betriebsrätliche Interessensvertretung und demokratische (z. B. soziokratische) Organisationsmodelle können im Rahmen einer Genossenschaft umgesetzt werden, unabhängig von der Belegschaftsgröße.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Aufgabenstellung.....	4
2. Methoden.....	6
2.1. Situiertheit der Forschung und kritische Selbstreflexion	6
2.2. Methode der Konstruktion des diskursiven Feldes.....	7
2.2.1. Grundsätzliches	7
2.2.2. Grounded Theory und Thematisches Kodieren	8
2.2.3. Auswahl der Gesprächspartner*innen	9
2.2.4. Interviewdesign, Dokumentation und Vorbereitung der Analysen	10
2.2.5. Diskursanalyse.....	11
2.2.6. Abgrenzung von Diskursen.....	13
2.2.7. Kriterien, Grenzen und Voraussetzungen Solidarischer Ökonomie	14
2.2.8. Fragestellungen	15
2.3. Ergebnisdarstellung und Darstellung von Schlussfolgerungen	16
3. Ergebnisse.....	17
3.1. Konstruktion des diskursiven Feldes	17
3.1.1. Der Diskurs Transformation der Gesellschaft	21
3.1.2. Der Gemeinschaftsdiskurs	24
3.1.3. Vergleich des Begriffsnetzes in den beiden Diskursen	27
3.1.4. Entwicklungslinien des Themas Solidarische Ökonomie	30
3.2. Allgemeines und interviewbasierte Fallbeschreibungen.....	32
3.2.1. Begriff Solidarischer Ökonomie und Kriterien.....	32
3.2.2. Gegenstandsbezogene Theorie Solidarischer Ökonomie	35
3.2.3. Abgrenzungen	57
3.2.4. Varianten des Transformationsdiskurses.....	58
3.2.5. Entwicklungspolitik.....	59
3.2.6. Potenzielle Bündnispartner*innen	61
3.2.7. Interviewbasierte Fallbeschreibungen	63

LESEHINWEIS: Dieser Abschnitt enthält keine persönlichen Wertungen. Er gibt nicht meine Meinungen und Formulierungen wieder, sondern jene der Gesprächspartner*innen.

Ziel Solidarischer Ökonomie
Kurzfristige Anforderungen dafür
Hindernisse, die mittelfristig schlagend werden
Längerfristig entscheidende Antworten darauf

LESEHINWEIS: Dieser Abschnitt enthält keine persönlichen Wertungen. Er gibt nicht meine Meinungen und Formulierungen wieder, sondern jene der Gesprächspartner*innen.

Hausbesetzungsbewegung. Impulse wirken im Untergrund

Die Kongresse zur Solidarischen Ökonomie in Wien. Ein Beispiel alternativer Organisationsformen
 Experimentelle Arbeitsmarktpolitik. Ein bewegungsfreundlicher Staat
 Genossenschaften. Veränderungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten
 Selbstverwaltete Betriebe. Erfahrungen und Grenzen
 Konventionelle Unternehmen mit alternativem Anspruch. Ambivalenzen und Kontroversen
 Otelo und Otelo Genossenschaft. Innovative Freiräume und ein neues Genossenschaftskonzept
 CSA, Food Coops und Nyeleni Austria. Ein best practice-Beispiel Solidarischer Ökonomie
 Sozialökonomische Betriebe und Sozialwirtschaft. Trennlinien zur Solidarischen Ökonomie
 Wirtschaftsdemokratie, Gemeinwirtschaft und Self-Reliance. Vergangene Modelle für die Zukunft
 Gemeinschaften. Von der Integration aus Arbeit, Wohnen und Leben

3.3. Beispielhafte Auswahl von Akteur*innen Solidarischer Ökonomie in Österreich	132
3.3.1. Themenübergreifende informelle Gruppen, Forschungs- und Bildungsinstitutionen	132
3.3.2 Ernährung.....	133
3.3.3. Wohnen und kollektives Leben	134
3.2.4. Regionalwirtschaft und übergreifende Initiativen	135
3.3.5. Verteilung.....	136
3.3.6. Verkehr	136
3.3.7. Gewerbe und gewerbliche Dienstleistungen	137
3.3.8. Entwicklungszusammenarbeit	137
3.3.9. Finanzierung.....	137
3.3.10. Allgemeine Infrastrukturen, Vernetzungen und Praktiken	138
4. Persönliche Wertung: Schlussreflexion und Ausblick	139
4.1. Der Transformationsprozess: Widersprüche treiben voran	139
4.2. Defizite: Blinde Flecken ausleuchten.....	143
4.2.1. Reflexion des unternehmerischen Selbst und die Bedeutung von Alltagspraktiken ...	144
4.2.2. Aufmerksamkeit gegenüber Kooptierungen.....	147
4.2.3. Die Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie	150
4.2.4. Diskussion von Konzepten gesellschaftlicher Planung	153
4.3. Aufgabenstellungen: Was leicht zu tun ist	156
4.3.1. Subjektive Voraussetzungen schaffen	156
4.3.2. Wissen verbreiten.....	157
4.3.3. Theoretische und konzeptionelle Diskussionen führen.....	158
4.3.4. Bündnispolitiken und Bewegungen ergänzen.....	160

4.3.5. Begriffe offen halten.....	160
Anhang 1: Interviewees	163
Anhang 2: Kurzbeschreibungen der Interviews.....	165
Literatur.....	182

1. Einleitung und Aufgabenstellung

Solidarische Ökonomie ist kein fest definierter Gegenstand, sondern Teil eines wuchernden Diskurses¹, der verschiedene Praktiken des Lebens, Arbeitens, Wohnens und des Sich-Aufeinander-Beziehens miteinander verbindet, anleitet, interpretiert und inspiriert. Dieser Bericht ist selbst ein Beitrag dazu. Er stellt vor allem Sichtweisen auf Solidarische Ökonomie in Österreich dar.

Ein Wort hat für sich genommen keine Bedeutung. Das gilt auch für die beiden Worte Solidarische Ökonomie. Es ist zwar möglich abstrakte Kriterien für Solidarische Ökonomie begründet aufzustellen. Allerdings wäre ein solcher Zugang weder von großem politischem Nutzen noch sagen abstrakte Kriterien etwas über die Bedeutung von Solidarischer Ökonomie im politischen Handeln aus. Umgekehrt können auch bestimmte Praktiken nicht für sich genommen verstanden werden – auch solche nicht, die als solidarökonomisch bezeichnet werden. Die Teilnahme an einer Food Coop beispielsweise kann dem Erwerb regionaler und gesunder Lebensmittel dienen, einer Kritik an Supermärkten oder als ein Weg zur Überwindung des Kapitalismus interpretiert werden. Die Bedeutungen einer solchen Praktik lassen sich nicht an den isolierten Handlungen ablesen. Es ist vielmehr notwendig herauszufinden, mit welchen Bedeutungen die Handelnden ihre Praktiken belegen. Um besser zu verstehen, was Solidarische Ökonomie bedeutet, müssen daher die Verbindungen dieser Worte zu anderen Worten und zu Praktiken untersucht werden. Dies ist das Hauptziel des vorliegenden Berichts. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können neue politische Perspektiven eröffnen und Diskussionen inspirieren.

Dafür wurden Interviews mit zwei Gruppen von Akteur*innen² geführt. Erstens mit solchen, die sich auf diesen Begriff beziehen. Zweitens mit solchen, die von solidarökonomischen Aktivist*innen der ersten Gruppe als inhaltlich relevant oder nahestehend eingeschätzt worden sind. Aber auch mit solchen, die ich als relevant für eine Abgrenzung Solidarischer Ökonomie betrachtet habe. Sichtweisen der zweiten Gruppe identifizieren sich nicht notwendigerweise mit dem Begriff der Solidarischen Ökonomie. Oder aber sie beziehen sich stärker auf andere, verwandte Begriffe. Es ging also darum, das diskursive Feld der Vorstellung eines anderen Lebens und Wirtschaftens ausgehend vom Begriff

¹ Ein stehender Ausdruck in diskursanalytischen Arbeiten

² Ich verwende fast durchgehend eine genderneutrale Schreibweise, unabhängig davon, ob sich Menschen als Männer, Frauen, uneindeutig oder nicht-binär wahrnehmen. Der Stern symbolisiert die uneindeutige oder nicht-binäre Position. Die genderneutrale Schreibweise wird zum Teil auch auf Körperschaften angewandt.

Solidarische Ökonomie zu erschließen und Erfahrungen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar zu machen.

Der Hintergrund des Berichts ist das EU-Projekt SUSY „Sustainability and Solidarity in Economy“³, das Sozial- und Solidarökonomie in Ländern der EU und des globalen Südens auf ihre entwicklungspolitische Relevanz hin untersucht und in populärer Form darstellt. Letzteres geschieht über kurze Filmclips, die auch für Österreich produziert werden. Die Methodik des vorliegenden Berichts unterscheidet sich von der Herangehensweise des EU-Projekts. Das Forschungsvorhaben erfolgte im Auftrag der Südwind Agentur.

³ <http://at.solidarityeconomy.eu/>, www.solidaroekonomie.at

2. Methoden

2.1. Situiertheit der Forschung und kritische Selbstreflexion

Eine Forscherin beschreibt keine objektive, von ihr unabhängige Realität, sondern aus einer bestimmten sozialen Position heraus und mit einem bestimmten Verständnis des eigenen Menschseins. Zudem stellt sozialwissenschaftliche Forschung in gewissem Maße immer auch eine Intervention in jenes Gegenstandsfeld dar, das beschrieben wird. Wissenschaftliche Weltdeutungen beeinflussen beispielsweise soziale Bewegungen. Umgekehrt informieren Wissen und Haltungen, die in solchen Bewegungen entstehen, wissenschaftliche Weltdeutungen, rufen sie hervor oder beeinflussen sie. Forschung ist also Teil einer sozialen Ordnung, die sie zugleich untersucht. Sie ist in bestimmter Weise situiert.

Beide Aspekte von Situiertheit spielen im vorliegenden Zusammenhang eine besondere Rolle. Denn ich bin selbst zum Thema Solidarische Ökonomie aktiv und habe diese in Österreich zum Einen über die Organisation von Diskussionszusammenhängen und Veranstaltungen wie die Winter School Solidarische Ökonomie in Kärnten sowie Workshops mitgestaltet. Zum Anderen publizierte ich zum Thema eine Reihe von Artikeln, Büchern und Buchbeiträgen. Ich habe den Solidarökonomie-Kongress 2009⁴ in Wien mit initiiert (war allerdings nicht mehr Teil der Vorbereitungsgruppe) und organisierte bei den unbrennt-Protessen 2009 und 2010 die universitätskritische Initiative KriSu (Kritische und Solidarische Universität) mit, in deren Rahmen ich auch an einer Besetzungsaktion teilgenommen habe. Zuvor war ich in der Gruppe W.E.G. engagiert, die den ersten Kostnixladen in Wien (nach meinem Weggang von der Gruppe) eingerichtet hat und einen der ersten Gemeinschaftsgärten (der nur eine Saison Bestand hatte). Ich habe zusammen mit der Plattform demonetize.it!⁵ den Themenstrang Demonetarisierung beim Solidarökonomie-Kongress 2013⁶ in Wien mit geplant und betreibe im Rahmen des Vereins Bodenfreikauf⁷ zusammen mit anderen nach solidarökonomischen Prinzipien die Bewirtschaftung eines Ackers bei Graz. Meine Erfahrungen in sozialen Bewegungen und linker Politik umfassen neben meinem langjährigen Engagement für Attac vorrangig informelle Gruppen und Redaktionen von theoretischen Zeitschriften. Ich war allerdings auch für ein Jahr Arbeiterkammer-Rat in der AK Kärnten als parteiunabhängig

⁴ <http://solidarische-oekonomie.at/index.php/de/dokumentation/dokumentation-kongress-2009>

⁵ <http://demonetize.it/>

⁶ <http://solidarische-oekonomie.at/index.php/de/dokumentation/dokumentation-kongress-2013>

⁷ <https://bodenfreikauf.wordpress.com/>

gewerkschaftsaktiver Mensch für die Fraktion AUGE/UG. Das Mandat legte ich wegen interner Konflikte nach einem Jahr zurück.

Dieser Bericht ist also keine objektive Beschreibung Solidarischer Ökonomie in Österreich. Eine objektive Beschreibung ist grundsätzlich nicht möglich und wäre als Anspruch daher wissenschaftlich nicht sinnvoll. Allerdings enthält dieser Bericht eine Reihe von Fakten und seine Ergebnisse kamen nach einer bestimmten Methode zustande, sind also nachvollziehbar. Neben der Darstellung von Fakten erbringt dieser Bericht vor allem eine spezifische Konstruktionsleistung. Damit meine ich, dass im Zuge der Beschreibung von Erfahrungen zu Solidarischer Ökonomie und Sichtweisen zugleich ein Gegenstand namens Solidarische Ökonomie konstruiert wird. Es werden Äußerungen in Beziehung gesetzt, die außerhalb dieses Berichts in keiner Beziehung zueinander stehen oder in anderer Weise. Damit bildet die Beschreibung der Äußerungen durch die Beziehung, die im selben Zuge hergestellt wird, etwas Neues. Das Neue ist nicht falsch oder willkürlich, und dennoch konstruiert. Aufgrund dieser Konstruktionsleistung ist dieser Bericht selbst eine Intervention in Hinblick auf Solidarische Ökonomie. Sie erfolgt in einer Haltung kritischer Solidarität. Mein Ziel ist dabei erstens zur Vernetzung von Akteur*innen beizutragen, die Wege zu einer menschenwürdigeren und ökologisch vernünftigeren Gesellschaft suchen. Zweitens möchte ich Orientierungshilfen für die Bildung von Allianzen geben, die sich aus dem vorliegenden Interviewmaterial ergeben. Dazu gehört auch Unterschiede sichtbar zu machen, die auf Diskussionsbedarfe verweisen.

Meine Herangehensweise ist wissenschaftlich. Insofern unterscheidet sie sich vom alltäglichen Denken von Menschen, die in Bewegungen oder staatlichen Institutionen tätig sind. Wissenschaftliches Wissen ist nachvollziehbar, systematisch und selbstreflexiv. Es bemüht sich um eine Balance von Sichtweisen und um eine Perspektivenvielfalt.

2.2. Methode der Konstruktion des diskursiven Feldes

2.2.1. Grundsätzliches

Die Interviews bieten ein reiches Material zum besseren Verständnis Solidarischer Ökonomie auf zwei Ebenen. Erstens erbringen sie eine Fülle an Fakten und Expert*innen-Einschätzungen, etwa zu Grenzen und Voraussetzungen Solidarischer Ökonomie oder zu Fragen spezifischer Organisationsweisen und sozialen Erfahrungen. Eine mögliche Frage auf dieser Ebene wäre: „Wie hat sich der Kongress für Solidarische Ökonomie in Wien

2009 organisiert?“ Oder: „Wie sollte das österreichische Genossenschaftsgesetz geändert werden?“ Zweitens illustrieren die Interviews den Diskurs oder die Diskurse, die für das Thema Solidarische Ökonomie relevant sind. Auf dieser Ebene geht es nicht um Fakten, sondern um typische, sich wiederholende Aussagen, die den konkreten Äußerungen in den Interviews und anderen Materialien, die aus meinem Hintergrundwissen einfließen, unterliegen. Eine mögliche Frage auf dieser Ebene wäre: „In welches Netz von Begriffen und Bedeutungen ist das Wort Gemeinschaft eingespannt?“ Oder: „Welches Idealbild von ‚Persönlichkeit‘ wird präsentiert?“

2.2.2. Grounded Theory und Thematisches Kodieren

Meine Vorgehensweise zur Analyse der Interviews entspricht dem Ansatz der Grounded Theory und ihren Methoden des Theoretical Sampling und des Kodierens von Interviews und anderen Texten⁸. Die Grounded Theory hat das Ziel aus den Daten heraus eine Theorie eines Gegenstands zu entwickeln. Es wird dazu die abstrakte konzeptionelle Struktur, die Handlungen und Äußerungen von Akteur*innen unterliegt, mit dem Verfahren des Kodierens herausgearbeitet. Empirische Daten sind dahingehend nur das Material für einen Prozess der fortschreitenden Abstraktion von den Daten um zu einer Theorie zu gelangen, die erklärt, was Menschen aus welchen Gründen mit welchen Mitteln und Konsequenzen tun und denken. Üblicherweise befasst sich die Grounded Theory mit sozialen Praktiken. Im Fall der vorliegenden Studie sind nicht direkt soziale Praktiken, sondern sprachliche Äußerungen das empirische Material.

Die Methode der Grounded Theory ist sowohl für die Ebene der Fakten als auch für die Analyse der Diskursebene geeignet⁹. Im Besonderen orientiere ich mich am Thematischen Kodieren nach Uwe Flick¹⁰. Dabei erfolgt zuerst die Analyse der einzelnen Interviews durch das Herausarbeiten des jeweiligen Hauptthemas und spezifischer Kategorien. Erst im zweiten Schritt werden Kategorien über die Einzelfälle hinweg verglichen und aufeinander abgestimmt. Mir ging es dabei zunächst nicht darum Muster herauszuarbeiten, die mit der Position der Sprecher*innen in Verbindung stehen, also etwa mit ihrer Einbindung in Organisationen oder andere soziale Kontexte. Vorrangig war vielmehr das Bestreben, aus den Einzelfällen vor dem Hintergrund meines Wissens um Solidarische Ökonomie Diskurse abzugrenzen. Das Ergebnis wurde erst im zweiten Schritt auf die soziale Position der Sprecher*innen bezogen.

⁸ Strauss (1998)

⁹ Keller (2011)

¹⁰ Flick (2005: 271ff.)

Die Thematische Kodierung stützte sich auf Einträge von Überlegungen, Hypothesen und vorläufigen Kategorien in Memos, die von Beginn der Erhebungen fortgeführt worden waren.

Die Methode der Abgrenzung von Diskursen wird weiter unten erläutert.

2.2.3. Auswahl der Gesprächspartner*innen

Es stand keine Definition Solidarischer Ökonomie am Anfang meiner Erhebungen, weil Solidarische Ökonomie zunächst nur ein Thema benennt. Die Forschungsaufgabe bestand darin, die Diskurse oder den Diskurs, die dabei von Bedeutung sind, zu charakterisieren. Ich ging daher von Akteur*innen aus, die sich selbst mit dem Begriff Solidarischer Ökonomie identifizieren. Diese wurden um Akteur*innen ergänzt, die entweder von Akteur*innen der ersten Gruppe als relevant für Solidarische Ökonomie genannt wurden, oder zur Abgrenzung Solidarischer Ökonomie interviewt wurden.

Entscheidend für die Auswahl der ersten Gruppe von Akteur*innen für die Interviews war deren Beteiligung bei den Kongressen für Solidarische Ökonomie 2009 und 2013 in Wien. Aufgrund meines Hintergrundwissens aus dem eigenen Engagement war mir die wichtige vernetzende Rolle dieser Veranstaltungen bewusst. Aufgrund meiner Situiertheit legte ich besonderes Augenmerk darauf, eine Breite an Positionen zu Solidarischer Ökonomie zu dokumentieren. Diese beinhalten bewusst auch solche Positionen, die nicht meinen persönlichen Auffassungen nahestehen beziehungsweise diesen widersprechen. Des Weiteren wurde besonderes Augenmerk auf Stränge und Entwicklungslinien des Themas Solidarische Ökonomie in Österreich gelegt, die nicht oder nur in loser Verbindung mit den genannten Kongressen stehen. Das Ziel dabei war, das Feld möglichst breit zu konstruieren um die Frage zu beantworten, welche Diskurse sich im diskursiven Feld anderen Lebens und Wirtschaftens unterscheiden lassen.

Akteur*innen der zweiten Gruppe zählen sich nicht notwendig zu Solidarischer Ökonomie. Schließlich wurden auch Akteur*innen interviewt um bestimmte Aspekte des Themas zu vertiefen oder eine Sättigung von Eindrücken aus Interviews zu erreichen¹¹. Die Liste der Gesprächspartner*innen im Anhang gibt daher auch die Reihenfolge der Gespräche wieder, die dem Gang der Forschung entsprechen. Dabei kam das Prinzip der minimalen und maximalen Kontrastierung nach der Grounded Theory zur Geltung. Einerseits wurden im Sinn minimaler Kontrastierung Personen interviewt, die relativ ähnliche soziale

¹¹ Siehe insbesondere auch das Forschungsprinzip der minimalen Kontrastierung (Strauss 1998)

Positionen einnehmen und von denen ich erwarten konnte, dass sie ähnliche Sichtweisen auf Solidarische Ökonomie vertreten. Das erlaubte mir, die Variation von Sichtweisen einzufangen. Andererseits wurden auch Personen interviewt von denen ich im Sinn maximaler Kontrastierung erwarten konnte, dass sie benachbarte Diskurse sichtbar machen. Das erleichterte die Charakterisierung des Diskurses oder der Diskurse zum Thema Solidarische Ökonomie. Zudem ist die Erhebung verwandter oder kontrastierender Diskurse für Fragen politischer Bündnisbildung interessant.

2.2.4. Interviewdesign, Dokumentation und Vorbereitung der Analysen

Die Interviews erfolgten in der Mehrzahl persönlich und verliefen entlang von Leitfragen. Diese Leitfragen beinhalteten auch vom EU-Projekt vorgegebenen Fragestellungen, umfassten jedoch ebenso Fragen nach Zugängen zu Solidarischer Ökonomie und Entwicklungspolitik, nach Erfahrungen mit Solidarischer Ökonomie, Sichtweisen darauf und jeweilige Perspektiven. Die semi-strukturierte Interviewführung ermöglichte es, auf spezifische Hintergründe, Anliegen und Erfahrungen der jeweiligen Gesprächspartner*innen einzugehen. Die Dauer der Interviews lag zwischen einer halben Stunde und eineinhalb Stunden. Sie wurden Satz für Satz transkribiert, aus Zeitgründen allerdings nicht durchgehend wörtlich. Ein Augenmerk lag auf der Niederschrift der spezifischen Begriffe. Im Anschluss erfolgte eine Paraphrasierung, das heißt eine hochsprachliche Verdichtung der Sinneinheiten eines Interviews in einzelnen Sätzen.

Aus diesem Material wurde zuerst eine Kurzbeschreibung jedes Falles angefertigt (Motto als Zitat, Hauptthema, wichtige Themen und Äußerungen). Zentrale Äußerungen zu wichtigen Aspekten Solidarischer Ökonomie (Kriterien, Grenzen, Voraussetzungen Leitbegriffe etc.), die großteils als Leitfragen die Interviewführung strukturiert haben, wurden in eine Excel-Tabelle verdichtet eingetragen. Dort wurde auch der Gesamteindruck des Textes (Stil, Metaphern etc.) kurz charakterisiert. Bei jenen Akteur*innen, die sich nicht mit dem Thema Solidarische Ökonomie identifizieren beziehungsweise den Begriff nicht kannten, wurden die entsprechenden Felder freigelassen und ihre Äußerungen zur Vorbereitung von deren Analyse gesondert dokumentiert.

Die interviewten Akteur*innen sind im Anhang aufgelistet. Auf eine namentliche Zuordnung zu Zitaten, politischen Positionen oder Sichtweisen wird verzichtet. Zitate aus Gesprächen im Text wurden fallweise sprachlich angepasst, aber inhaltlich nicht verändert. Alle Zitate sind kursiv gesetzt.

2.2.5. Diskursanalyse

Als Diskurs verstehe ich im Sinn von Michel Foucault eine bestimmte, regelhafte Weise über Dinge zu sprechen. Erst im Rahmen eines bestimmten Diskurses werden „Dinge“ als wirklich und wahr produziert, als soziale Realitäten geschaffen. Ein Diskurs ist daher nicht ein Reden über etwas, sondern die Form der Herstellung von sozialer Wirklichkeit durch den Gebrauch von Worten und in anderen Praktiken. Sprache spiegelt die Welt nicht, sondern bildet sie erst.

Ein Diskurs lässt sich wesentlich über dasjenige charakterisieren, was in ihm sagbar und damit auch denkbar ist. Diskurse bestimmen so auch zu einem guten Teil die Grenzen dessen, was machbar scheint. Diskurse verleihen Handlungen Bedeutung. Andererseits schreiben sich auch nicht-sprachliche Praktiken in Diskurse ein. Ein Diskurs lässt sich von anderen Diskursen durch eine bestimmte Form der Konstitution von Dingen (zum Beispiel der Form der Ökonomie) abgrenzen sowie über ein bestimmtes Verständnis vom Menschen, das er formt. Dieses Verständnis wird Subjektivität genannt.

Solidarische Ökonomie ist zunächst einmal kein Diskurs, sondern ein Thema. Teil welchen Diskurses oder welcher Diskurse dieses Thema ist, würde erst eine ausführlichere Analyse ergeben, die im Rahmen dieses Berichts nicht möglich ist. Diskurse als Resultat einer solchen Analyse sind wiederum Diskurse, nämlich wissenschaftliche. Diskurse sind nicht starr, fix, homogen, bruchlos, oder objektiv feststellbar, sondern Ergebnis einer spezifischen Konstruktionsleistung. Ziel einer Konstruktion von Diskursen ist daher im Optimalfall, sowohl ihre einheitstiftende Funktion herauszuarbeiten, etwa indem ein Phänomen namens Solidarische Ökonomie hergestellt wird, als auch ihre interne Heterogenität, Instabilität, Widersprüchlichkeit – ihr Schillern und Wuchern; das sich darin zeigen kann, dass ein scheinbar homogenes Phänomen unter bestimmten Blickwinkeln betrachtet sozusagen zwischen den Fingern zerrinnt, sich definitorisch gerade nicht fixieren oder vereindeutigen lässt, und daher auch für Veränderungen offen bleibt. Das Ziel einer solchen wissenschaftlichen Konstruktion ist damit letztlich, Machteffekte von Diskursen aufzuzeigen, indem sie Möglichkeiten des Sag- und Denkbaren verschließen und andere eröffnen, und neue Blickwinkel zu ermöglichen. Diese Blickwinkel zeigen, wie das historisch geworden und veränderbar ist, was Menschen zu einem Zeitpunkt für sagbar, denkbar, machbar halten.

Ein Diskurs bildet Allianzen zwischen verschiedenen Akteur*innen, Diskursgemeinschaften. Diese schaffen Identitäten durch Definition dessen, was

dazu gehört und was ausgeschlossen wird. Die Schaffung einer Diskursgemeinschaft ist eine Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit.

Eine Diskursanalyse ist üblicherweise ein sehr aufwendiges Unterfangen. Neben einer zumeist sehr großen Menge an Texten verschiedener Art (Interviews, Bücher, Zeitschriftenartikel, Flugblätter etc.) wären im Optimalfall auch Handlungen in und räumliche Strukturen von solidarökonomischen Projekten zu analysieren. Dafür standen in vorliegendem Projekt weder Zeit noch Mittel zur Verfügung. Die Ergebnisse der Analyse sind daher ausschließlich als Hypothesen und vorläufige Diskussionsanregungen zu verstehen. In deren Formulierung fließt auch mein eigenes, nicht formalisiertes, implizites Hintergrundwissen ein sowie die Kenntnis von wissenschaftlichen Diskursanalysen zu beispielsweise dem neoliberalen Unternehmensdiskurs. Die Analyse der Interviews hält sich sehr streng an die dort gemachten Äußerungen, dennoch geht in sie auch viel Wissen um weiteres Material wie Bücher, Artikel oder Praktiken in solidarökonomischen Projekten implizit ein.

Es ist wichtig festzuhalten, dass ein einzelner Text (wie etwa ein Interview) zunächst einmal ein Diskursfragment darstellt oder mehrere Diskursfragmente beinhaltet. Er ist nicht notwendigerweise einem einzigen Diskurs zuzuordnen und bildet in der Regel einen Diskurs nicht vollständig ab. Die Konstruktion eines Diskurses aus Texten heraus (etwa den hier vorliegenden Interviews, unter Berücksichtigung von Hintergrundwissen) erfordert daher die Zusammenschau mehrerer Texte. Um die Textmasse gering zu halten, was aufgrund von zeitlicher Limitierung für meine Untersuchung besonders wichtig war, ist es notwendig, eine begründete Selektion von Texten zu treffen, die als repräsentativ für einen Diskurs erachtet werden. Im Fall der vorliegenden Untersuchung wurde auf Basis von Hintergrundwissen – wie erläutert – bestimmte Gesprächspartner*innen ausgewählt. Das Endergebnis einer solchen Analyse sind idealtypische Diskurse, die sich nicht unmittelbar in konkreten Texten wiederfinden.

Dabei konzentrierte ich mich auf den oder die für das Thema Solidarischer Ökonomie unmittelbar relevanten Diskurse und behandelte jedes Interview daher aus pragmatischen Gründen so als würde sich nur ein Diskurs darin abbilden.

Diskurse nicht das gleiche wie politische Positionen. Ein Diskurs definiert vielmehr dasjenige, worüber und wie legitimerweise Kontroversen geführt und gegensätzliche Standpunkte eingenommen werden können. Innerhalb eines Diskurses kann es daher widerstreitende Betrachtungsweisen geben.

Ein wichtiger Aspekt des vorliegenden Materials im Unterschied zu den meisten Texten öffentlicher Debatten ist, dass sich Mechanismen der Diskurskontrolle weniger stark zeigen. Das heißt, die Bandbreite an möglichen Abweichungen vom Diskurs ist in vielen Fällen größer als gemeinhin üblich, beispielsweise im Fall nicht formell organisierter Aktivist*innen, die keine Vorgaben institutioneller Diskurse zu beachten und keine Sanktionen im Fall von Diskursabweichungen zu befürchten haben. Im Fall von offiziellen Sprecher*innen-Positionen im Rahmen einer Institution ist dies freilich anders. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung ist dies nicht von besonderer Bedeutung.

2.2.6. Abgrenzung von Diskursen

Für die Abgrenzung von Diskursen wurden die Ergebnisse der Thematischen Kodierung im Rahmen einer narrativen Diskursanalyse weiter analysiert¹². Diesem Ansatz unterliegt die Annahme, dass öffentliche Diskurse (worunter auch wissenschaftliche Diskurse fallen) Erzählschemata folgen wie sie auch in Mythen aufgewiesen werden können. Ein Diskurs ist demnach durch ein bestimmtes Erzählschema charakterisiert, das eine Analyse herauszuarbeiten hat.

Aufgrund des limitierten Materials war keine vollständige narrative Diskursanalyse möglich. Es wurde ein eingeschränkter Zugang mit Blick auf zentrale Elemente einer solchen Analyse gewählt. Das sind (1) der rote Faden der Erzählung (story line oder plot), der sich in Episoden gliedert, (2) der typische Wertgegensatz wie „gut“ versus „böse“ (oder die typische Kombination aus Wertgegensätzen), der das für einen Diskurs grundlegende Problem definiert, auf das er reagiert, (3) daraus abgeleitete Handlungsprobleme bei der Lösung des Problems, (4) wiederkehrende Metaphern und Beispiele, (5) handelnde Akteur*innen (bestimmte Personen, Gruppen, Institutionen), (6) Fremd- und Selbstsichten, sowie (7) die Raum-Zeitstruktur (Kausalitäten). Einen zentralen Stellenwert nehmen dabei Metaphern ein, die in leicht vermittelbarer Form Erzählungen strukturieren und Bedeutungshorizonte aufspannen, indem sie bestimmte Sichtweisen, Strategien und Erwartungen nahelegen und andere schwer zugänglich machen.

Nach der Themenbezogenen Kodierung wurde eine Hypothese generiert, wonach im Interviewmaterial hauptsächlich zwei Diskurse erfasst wurden. Für diese Hypothese spielten unter anderem die institutionellen und politischen Positionen der Sprecher*innen eine Rolle, die jedoch nicht eindeutig verteilt

¹² Viehöver (2011)

sind. Diese Hypothese konnte auch auf der Ebene wiederkehrender Leitbegriffe nicht eindeutig bestätigt oder widerlegt werden. Sie wurde in der Folge zum Ausgangspunkt der Suche nach Erzählschemata. Damit wurde die Frage beantwortet, ob die Interviews einem Diskurs zuzuordnen sind oder mehreren, und wenn ja, wie diese charakterisiert werden können.

2.2.7. Kriterien, Grenzen und Voraussetzungen Solidarischer Ökonomie

Nach der Herausarbeitung eines für das Thema Solidarische Ökonomie relevanten Kerndiskurses (nachfolgend Transformationsdiskurs genannt, siehe unten) wurde anhand der Excel-Tabelle mit paraphrasierten Sinneinheiten erneut eine Kodierung durchgeführt. Dabei wurden die Sinneinheiten – wie in der Excel-Tabelle auf Basis der Interviewtranskripte dokumentiert – thematisch weiter aufgegliedert. So wurden beispielsweise alle Sinneinheiten, die in der Tabelle unter dem Gesichtspunkt von Grenzen oder Voraussetzungen Solidarischer Ökonomie pro Gesprächspartner*in abgelegt waren, in einem Textfile zusammengefasst und dort neu kodiert. Bei diesem Kodierungsschritt wurden die jeweiligen Sprecher*innen nicht mehr beachtet, anders als im davorliegenden Analyseschritt der Differenzierung von Diskursen, (außer im Fall von Rückfragen an das betreffende Interview bezüglich des Kontexts einer Sinneinheit), weil nun die interne Struktur eines in sich homogenen Diskurses auf der Ebene des Begriffsnetzes und konkreter politischer Aussagen verdichtet dargestellt werden sollte¹³.

Es ging hier im Sinn der Grounded Theory um das Herausarbeiten einer Theorie Solidarischer Ökonomie aus den Daten (Interviews) heraus, was auch die Darstellung der Variationsbreite von Kategorien beinhaltete, die sich etwa in Form von politischen Gegensätzen ausdrücken kann. Den Leitlinien der Grounded Theory entsprechend erfolgten mehrere Kodierdurchgänge, bis sich das Kategoriensystem als für die Sinneinheiten passend und stabil erwies. Besonderes Augenmerk wurde in dieser Auswertungsphase auf Bedingungen, Strategien und Taktiken sowie Konsequenzen bezogen auf die jeweiligen Kategorien gelegt¹⁴.

¹³ Aus zeitökonomischen Gründen wurde die übliche Vorgangsweise umgekehrt, die im ersten Schritt (zunächst hypothetische) Codes für Sinneinheiten im Einzeltext vergibt und dann Codes abgleicht und vereinheitlicht, während ich zuerst Sinneinheiten nach einer hypothetischen Kodierung zusammenstellte und im zweiten Schritt die Sinneinheiten passenderen Codes zuordnete beziehungsweise die Codes erneut anpasste.

¹⁴ Siehe Strauss (1998); Interaktionen wurden nicht erfasst, weil sie für den vorliegenden Zweck nicht relevant sind und auch in den Interviews im Zusammenhang der hier interessierenden Aspekte kaum angesprochen wurden. Insbesondere bei den reichhaltigen Kategorien (die mit vielen Indikatoren belegt waren), enthielten die Indikatoren Bedingungen, Strategien und Taktiken sowie Konsequenzen. Wo dies

2.2.8. Fragestellungen

Zusammengefasst haben sich die folgenden Forschungsfragen im Verlauf der Interviews ergeben oder sind dabei geschärft worden:

- Welche biographischen und politischen Hintergründe sind für das Engagement im Bereich Solidarischer Ökonomie ausschlaggebend?
- Von welchen sozialen Orten wie beispielsweise Institutionen, Bewegungen oder Betrieben aus sprechen Menschen – als Vertreterin, Aktivistin, Unternehmer oder Gewerkschafterin – auf welche Weise von Solidarischer Ökonomie?
- Welche Entwicklungslinien von Debatten und Praktiken lassen sich unterscheiden?
- Wie sind diese Entwicklungslinien vernetzt oder stehen in Kommunikation?
- Welche Diskurse lassen sich im diskursiven Feld Solidarischer Ökonomie und in angrenzenden diskursiven Feldern unterscheiden und anhand welcher Kategorien?
- Wie wird Solidarische Ökonomie abgegrenzt und welche gesellschaftliche Probleme sollen damit gelöst werden?
- Welche politischen Auswirkungen hatte Solidarische Ökonomie in Österreich?
- Was benötigt die Förderung Solidarischer Ökonomie in Österreich?
- Welche Limitierungen und Problematiken Solidarischer Ökonomie bestehen in Österreich?
- In welchem Verhältnis stehen Solidarische Ökonomie und Entwicklungspolitik in Österreich?
- Wie wird Entwicklungspolitik oder entwicklungspolitische Relevanz bestimmt?
- Welche guten Praxisbeispiele werden genannt und wie werden sie beschrieben?

nicht der Fall war, wurden diese Elemente soweit möglich aus dem Kontext der Indikatoren im Einzeltext (Interview) erschlossen oder als Leerstelle notiert. Zusammenhänge zwischen den Kategorien wurden auf zwei Arten herausgearbeitet: Erstens wurden graphische Darstellungen entworfen (etwa von der mind map bezüglich Akteur*innen und ihrer funktionalen Verbindungen); zweitens wurden Kategorien nach Möglichkeit miteinander in der Weise verflochten, dass sie als Bedingungen, Strategien und Taktiken sowie Konsequenzen für andere Kategorien fungierten. Dies erlaubte eine Integration der Theorie über eine Vernetzung ihrer Kategorien. Damit wurde eine schrittweise Verdichtung der Gegenstandsbezogenen Theorie Solidarischer Ökonomie aus dem Interviewmaterial heraus erreicht. Zugleich wurden Schwach- oder Leerstellen der Theorie sichtbar, wie sie sich aus dem empirischen Material erschließt.

2.3. Ergebnisdarstellung und Darstellung von Schlussfolgerungen

Die Darstellung der Ergebnisse sieht von meinen eigenen Wertungen soweit möglich ab. Ziel ist stattdessen, die Sichtweisen der interviewten Akteur*innen in Beziehung zu setzen. Dies tut jede Diskursanalyse, indem sie Texte und andere Materialien in einen Zusammenhang bringt und Regelmäßigkeiten aufspürt. Im Fall des vorliegenden Berichts wird diese Vorgangsweise noch ein Stück weit augenfälliger, nachdem vorrangig Interviews herangezogen werden, die eigens zum Zweck geführt wurden um sie in Beziehung zu setzen; und die zudem manche Sichtweisen darstellen, die sonst in keinem direkten diskursiven Bezug zueinander stehen.

Wichtig ist des weiteren der Hinweis, dass ein diskursanalytisch inspiriertes Vorgehen davon absieht, „wahre Bedeutungen“ oder „wirkliche Hintergründe“ von Äußerungen zu interpretieren. Äußerungen werden vielmehr als solche herangezogen, um Regelmäßigkeiten im Diskurs zu eruieren. Diese Regelmäßigkeiten bestimmen, was sag- und denkbar ist innerhalb eines Diskurses. Sie grenzen damit auch den Raum möglicher Bedeutungen und Hintergründe ein, unabhängig davon ob sich die Intentionen von Äußerungen aus Sicht der Sprecher*innen selbst mit den Äußerungen decken oder nicht.

Vom Prinzip der Distanz zu meinen eigenen Werthaltungen, die bei der Diskursanalyse im Vordergrund stand, wich ich in Hinblick auf Fakten ab. Hier wertete ich einzelne Äußerungen je nach meiner Einschätzung des Kenntnisstands der interviewten Personen zu bestimmten Themen. So wurde etwa in Hinblick auf Social Entrepreneurship Äußerungen von Personen, die sich wissenschaftlich damit befassen oder sich damit identifizieren, mehr Gewicht zugemessen als Äußerungen von Personen, die nur eine periphere Kenntnis zu Erkennen gaben oder selbst sagten, dass sie sich dahingehend in ihren Sichtweisen unsicher sind, weil ihnen eine ausreichende Kenntnis fehlt. Allerdings flossen Sichtweisen, die auf unzureichendem Wissen beruhen, mitunter in die Diskursanalyse ein. Denn auf dieser Ebene ist nicht das Faktenwissen ausschlaggebend, sondern die Bedeutung, die einem Wort gegeben wird und seine Stellung in einem Netz von Begriffen.

Im Fall sich widersprechender Äußerungen zu Fakten, etwa in Hinblick auf eine bestimmte Organisation, werden beide Seiten dargestellt. Oft spielen dafür politische Meinungsunterschiede und abweichende soziale Positionen eine Rolle.

Meine persönlichen Werthaltungen spielten schließlich bei der Formulierung von Schlussfolgerungen eine bedeutende Rolle. Dabei achtete ich allerdings darauf,

Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Interviews auf der Ebene von Fakten und auf der Ebene des Diskurses heraus zu entwickeln. In diesem Abschnitt des Berichts floß auch in höherem Maße mein Vor- und Hintergrundwissen sowie begleitende Lektüre und Recherche ein.

3. Ergebnisse

3.1. Konstruktion des diskursiven Feldes

„*(Ich) glaub nicht, dass es da strikte Definitionen gibt*“, heißt es in einem der Interviews auf die Frage nach Kriterien Solidarischer Ökonomie, „*und selbst wenn es sie geben würde, sinds meiner Meinung nach willkürlich.*“ Tatsächlich werden Kriterien in vielen Interviews problematisiert. Auffällig ist eine zweideutige Haltung gegenüber der Frage der Eingrenzung Solidarischer Ökonomie, die sich immer wieder auch in ein- und demselben Gespräch zeigt. Einerseits zeichne sich Solidarische

Ökonomie gerade durch ihre Vielfalt und Buntheit aus, die positiv hervorgehoben wird, und Kriterien stünden weiters auch dem Ziel einer breiten sozialen Bewegung entgegen. Andererseits wird letztlich in allen Gesprächen dennoch deutlich, dass mit Solidarischer Ökonomie ein spezifischer Sinn verknüpft wird. Dieser Sinn leitet sich jedoch weniger aus mehr oder weniger engen Kriterien für bestimmte Organisationsformen von Wirtschaften, Arbeiten und Leben ab (die immer wieder auch genannt wurden). Diese Kriterien, wonach im Interview explizit gefragt wurde, deuten vielmehr eher darauf hin, wie der Problemkomplex gesehen wird, auf den Solidarische Ökonomie reagieren soll.

Eine Begriffsbestimmung Solidarischer Ökonomie, die nicht mehr oder weniger willkürlich verfährt, lässt sich aus den damit verbundenen Bedeutungen gewinnen. Diese Bedeutungen konvergieren in einem Hauptthema, welches das grundlegende Handlungsproblem einer bestimmten Gruppe der Gesprächspartner*innen benennt. Die Schlüsselkategorie für dieses Handlungsproblem lautet: Transformation der Gesellschaft. Während die exakten Kriterien, die für Solidarische Ökonomie angegeben werden, sich im Einzelnen durchaus unterscheiden, wenngleich sie sich auch nicht notwendigerweise widersprechen, schafft dieses Handlungsproblem eine Kohärenz zwischen vielen weiteren in den Interviews miteinander verbundenen Begriffen beziehungsweise Bedeutungen, die es erlauben einen bestimmten Diskurs abzugrenzen. Diese Abgrenzung wird noch deutlicher aufgrund der kontrastierenden Diskurse, die in einigen anderen Interviews dominieren.

Im Diskurs der Transformation der Gesellschaft, kurz Transformationsdiskurs, gibt es verschiedene, teilweise auch entgegengesetzte politische Positionierungen, etwa was das Verhältnis zum Markt, zu Geld, zu Eigentum, zum Staat oder zur genossenschaftlichen Rechtsform anlangt. Auch beziehen sich nicht alle Interviews, die diesem Diskurs zugeordnet werden können, positiv oder eindeutig auf den Begriff Solidarische Ökonomie. Dieses Ergebnis macht sichtbar, dass Solidarische Ökonomie als Thema zu einem weiter ausgreifenden Diskurs gehört, der sich keineswegs durch den Begriff Solidarische Ökonomie zureichend charakterisieren lässt. Dieser Diskurs kann im Bericht nicht weiter analysiert werden. Umgekehrt bedeutet der positive Bezug auf das Thema Solidarische Ökonomie nicht notwendigerweise, dass sich eine Person auch im Transformationsdiskurs äußert. Nachdem es eher die Regel als die Ausnahme ist, dass sich in einem Text (Interview) mehr als nur ein Diskurs herausarbeiten lässt, kann der positive Bezug auf Solidarische Ökonomie allerdings durchaus darauf

hindeuten, dass der Transformationsdiskurs oder Elemente davon für eine Person beziehungsweise in einer Gesprächssituation eine Rolle spielen.

Auf ähnliche Weise ist auch aus dem Bezug auf konkrete Beispiele guter Praktiken Solidarischer Ökonomie nicht unmittelbar zu schließen, dass es sich um den Transformationsdiskurs handelt. Der Verweis auf beispielsweise ein bestimmtes Projekt kann in recht unterschiedlichen Kontexten beziehungsweise Diskursen erfolgen. Unabhängig von Unterschieden in der Einschätzung eines Projekts und der Frage, ob seine Strukturen zutreffend erfasst werden oder nicht, kann der Verweis auf bestimmte Beispiele guter Projekte allein grundsätzlich noch nicht zeigen, welche Bedeutung dieser Verweis hat, das heißt, in welchem Diskurs er welchen Sinn hat. Schließlich sei noch festgehalten, dass auch aus dem Gebrauch bestimmter Worte wie „Gemeinschaft“ noch nicht auf den Diskurs geschlossen werden kann. Auch das Wort „Gemeinschaft“ erhält seinen Sinn erst innerhalb eines Diskurses. Es ist allerdings möglich, dass bestimmte Begriffe für einen Diskurs charakteristisch sind.

Der Transformationsdiskurs lässt sich, wie erwähnt, durch die kontrastierenden Diskurse, die in einigen Interviews erfasst worden sind, deutlicher charakterisieren. Während aus dem Transformationsdiskurs relativ viel Material vorliegt (19 Interviews), wurden die kontrastierenden Diskurse nur in sehr kleinen Ausschnitten erfasst (abgesehen von meinem Hintergrundwissen). Eines der 19 Interviews vermittelt eine Perspektive theoretischer Distanz zum Thema Solidarische Ökonomie, kann jedoch dem Transformationsdiskurs zugeordnet werden.

Vorläufig und pragmatisch sollen zwei kontrastierende Diskurse unterschieden werden: erstens der Diskurs mit der Schlüsselkategorie Demokratie am Arbeitsplatz und Sozialstaat (3 Interviews), die auf das für diesen Diskurs charakteristische Handlungsproblem hinweist, zweitens der Diskurs mit der Schlüsselkategorie Gemeinschaft (4 Interviews), kurz Gemeinschaftsdiskurs. Das Thema Gemeinwohl-Ökonomie, das mit einem Interview belegt ist, lässt sich nicht eindeutig einem oder mehreren Diskursen zuordnen und weist im Überblick der vorliegenden Gespräche (ergänzt um mein Hintergrundwissen) Merkmale sowohl des Transformationsdiskurses als auch des Gemeinschaftsdiskurses auf. Nicht zufällig wird die Gemeinwohl-Ökonomie in den Interviews des Transformationsdiskurses zwar in keinem Fall mit Solidarischer Ökonomie in eins gesetzt, allerdings mehrfach als Bündnispartnerin oder differenziert betrachtet. Dieser Fremdsicht entspricht die Selbstsicht im Interview zur Gemeinwohl-Ökonomie, wonach Solidarische

Ökonomie ein Teilbereich einer Gemeinwohl-Ökonomie wäre, der Vorteile im Vergleich mit seiner Situation unter heutigen Bedingungen genießen würde.

Die Unterscheidung der genannten Diskurse erfolgt in Hinblick auf die Fragestellung, was Solidarische Ökonomie in Österreich bedeutet. In einer übergeordneten Sicht oder mit einer anderen Fragestellung betrachtet, können sich diese Diskurse als Varianten eines breiteren Diskurses herausstellen. Darauf deuten einige verbindende Elemente (Bedeutungen) aller in den Interviews vorrangig herausgearbeiteten Diskurse hin. Es kann aber auch sein, dass ein Diskurs herausgearbeitet werden könnte, der quer zu den beschriebenen Diskursen liegt. Dieser könnte sich beispielsweise sowohl in Interviews zeigen, die dem Transformationsdiskurs zugeordnet wurden, als auch in Interviews, die dem Gemeinschaftsdiskurs zuzurechnen sind. Das könnte in Hinblick auf einen globalisierungskritischen Diskurs der Fall sein. Eine Klärung dieser Frage würde eine eigene, aufwendige Analyse erfordern.

Der Diskurs Demokratie am Arbeitsplatz und Sozialstaat, kurz: Sozialdemokratischer Diskurs (ohne damit eine Zuordnung zur SPÖ zu implizieren), weist dem Thema Solidarische Ökonomie und den darunter subsumierten Praktiken (Betriebe, Projekte, Initiativen etc.) nur eine eingeschränkte Rolle zu. Eine Verallgemeinerung dieser Praktiken wird nicht oder nicht unbedingt als positiv angesehen oder als nicht realisierbar. Eine Perspektive einer radikalen Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, von der her sich die Bedeutung Solidarischer Ökonomie im Transformationsdiskurs bestimmt, wird nicht eingenommen. Dies wird im Folgenden noch deutlich gemacht werden. Deshalb werden auch jene Limitierungen Solidarischer Ökonomie, die gleichermaßen im Sozialdemokratischen wie im Transformationsdiskurs genannt werden, mit einer unterschiedlichen Bedeutung belegt. Während diese Limitierungen im Sozialdemokratischen Diskurs eine eingeschränkte oder nicht wünschenswerte Funktion Solidarischer Ökonomie bedeuten, werden im Transformationsdiskurs andere Schlussfolgerungen gezogen, nämlich in Hinblick auf bestimmte Strategien, wie weiter unten noch darzustellen ist. Im Extremfall liegen Praktiken Solidarischer Ökonomie, wie sie im Transformationsdiskurs aufzuweisen sind, außerhalb des Felds des Sag- und Denkbaren. Die Charakterisierung des Sozialdemokratischen Diskurses muss in viel höherem Maße vorläufig bleiben als die des Transformationsdiskurses, da nur drei Interviews vorliegen, die im Vergleich auch relativ heterogen sind (nach der institutionellen Position der Sprecher*innen, ihren politischen Positionen und der Expertise in Hinblick auf das Thema Solidarische Ökonomie).

3.1.1. Der Diskurs Transformation der Gesellschaft

Die Problemdefinition geht von einem Wertgegensatz¹⁵ Nische/System aus. System ist ein Wort, das in Interviews wiederkehrend verwendet wird, mehrfach in Kombination mit dem Adjektiv kapitalistisch. Auch (parziale) Synonyme wie Kontext werden verwendet. In diesem Abschnitt ist analytisch nicht von Interesse, zu klären, wie die Gesprächspartner*innen das System definieren¹⁶. Hier geht es vielmehr um die grundlegende Struktur des Diskurses.

Die Nische ist eine wiederkehrende Metapher in diesem Diskurs. Einen entsprechenden Bedeutungsgehalt haben die Metaphern¹⁷ der Lücke, der Oase, des zarten Pflänzchens oder der Insel im System¹⁸. Ergänzend tritt die Metapher des Pfades hinzu. Eine Variante dieser Problemdefinition besteht im Wertgegensatz Basis/System¹⁹. Die Basis bilden dabei Alltagspraktiken der Freundschaft oder Nachbarschaftshilfe. Auch hieran schließt sich das Handlungsproblem der Verallgemeinerung an, die Alltagspraktiken beziehungsweise deren Eigenschaften in veränderter Form gegen ein System zu stärken, das diesen Praktiken widerspricht. Das System erscheint in der Metaphorik der Basis als ein negativ bewerteter und dominanter Überbau, in der Metaphorik der Nische, der Insel und der Oase dagegen als eine dominante Umwelt, im Symbol des zarten Pflänzchens als bedrohlich (zumal diese Umwelt im Kontext als brutal beschrieben wird). Mit dieser Problemdefinition gehen zwei Sichtweisen einher: erstens befindet sich die eigene politische Position in einer Situation der Schwäche und Gefährdung; zweitens befindet sie sich in einer starken Opposition zu dem, was verändert werden soll, wie entlang einer scharfen Scheidelinie. Daran schließt sich in drei Interviews die explizite Betonung von Widerstand, Stabilisierung beziehungsweise Wehrhaftigkeit an.

Daraus leitet sich das Handlungsproblem ab, von einer Nische, Basis, Lücke, Insel oder Oase ausgehend (auf Pfaden) in die Breite der Gesellschaft zu wirken. Diese wird der Metaphorik entsprechend als dominierende Umwelt, belastender Überbau, schwer durchdringliche Mauer oder Wand, flutender Strom oder unfruchtbare Wüste veranschaulicht. Ergänzend gilt es in der Metaphorik des

¹⁵ Wertgegensatz meint hier eine Opposition zweier Begriffe im Sinn von „gut“ und „böse“ beziehungsweise „positiv“ und „negativ“ (siehe Viehöver 2011).

¹⁶ Implizit erschließt sich dies aus den Kriterien der Solidarischen Ökonomie (siehe dazu weiter unten im entsprechenden Abschnitt).

¹⁷ Die Metaphern werden in diesem analytischen Teil wörtlich wiedergegeben, weil dies für die Bedeutung derselben entscheidend ist. Die entsprechenden Worte werden aber nicht als Zitate markiert.

¹⁸ Nur für die Inselmetapher wird der Gegensatz expliziert, nämlich als Strom.

¹⁹ Basis ist eine Raummetapher, wie auch der Pfad, der allerdings auch auf eine zeitliche Dimension verweist – ein Pfad dient der Fortbewegung.

Pfades einen Horizont oder ein verheißungsvolles Ziel zu erreichen²⁰. Diese Problemdefinition zeigt sich in mehreren Interviews entsprechend in einem auffallenden und teils markanten Pessimismus, was die Einschätzung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation im allgemeinen und den Zustand Solidarischer Ökonomie in Österreich im besonderen betrifft, oder auch die weitere gesellschaftliche Entwicklung. Dieser Pessimismus kann bis hin zu Zusammenbruchsszenarien oder einem gewissen Fatalismus reichen. So beschreibt eine Metapher den positiven Pol als Ei und den negativen als Wiesel, welches das Ei durch ein Loch aussaugt, also den darin befindliche Embryo tötet, ohne dass dies von Außen sichtbar wäre. Auch wo die Metapher eines Nährbodens gebraucht wird, der im Zuge einer Delegitimierung des Neoliberalismus entstanden sei, verkoppelt sich diese im entsprechenden Interview mit einem Bild des Bedrängten und Unsicheren (der Insel im Strom).

In einem Interview wird der positive Pol als Baum metaphorisiert, der negative als Teufelskreis und als Droge: das natürlich Wachsende wird dem unnatürlich (Droge) oder fatal (Teufelskreis) Wachsenden gegenübergestellt. Diese Metaphorisierung weicht von den anderen genannten in der Weise ab, als der Baum ein stärkeres Bild für den positiven Pol darstellt. Der positive Pol erscheint allerdings auch hier als relativ schwächer im Vergleich zu den positiven Metaphern im Gemeinschaftsdiskurs (siehe den folgenden Abschnitt). Der hier implizierte Gegensatz Natur/Anti-Natur ist immer stark normativ aufgeladen, indem Natur mit ihrem guten, weil aus ihrem inneren Prinzip entspringenden und zugleich limitierten Wachstum die Grundlage auch der Anti-Natur darstellt. Allerdings setzt sich Natur, wie im Umweltdiskurs generell der Fall, durchaus nicht natürlicherweise auch durch, sondern erscheint zugleich stark gefährdet. Tatsächlich wird im Unterschied zum Gemeinschaftsdiskurs auch in dieser spezifischen Metaphorisierung dem negativen Pol eine größere Stärke zugeschrieben – ein Teufelskreis ist mit einer dämonischen Macht ausgestattet, die Droge hält Menschen in tiefer Abhängigkeit, und beides impliziert, dass der positive Pol auf die Gefahr des Verderbens und des Todes hin ausgelöscht wird.

Was in der Nische vorgeformt ist, soll sich mit Hilfe bestimmter Strategien und Taktiken verallgemeinern. Diese beinhalten Aktionsformen, Priorisierungen von bestimmten sozialen Prozessen und Akteur*innen sowie Bündnispartner*innen

²⁰ Im Interview mit der Person aus der Gemeinwohl-Ökonomie geht die Problemdefinition von der Metapher falscher Spielregeln aus, was einerseits die Wirtschaft als Spiel impliziert, worauf sich die Veränderungsbemühungen der Initiative richten. Andererseits impliziert die Metapher eine regelnde Instanz. Entsprechend werden erste Erfolge als „Fuß in der Tür“ versinnbildlicht. Die regelnde Instanz erscheint somit als ein Raum oder Gebäude, der oder das unter bestimmten Bedingungen betreten werden kann.

und begriffspolitische Überlegungen. Die Nische wird entweder als etwas Neues interpretiert, im Extremfall aber auch als etwas sehr Altes (wie auch im Fall der Basis). In diesem Fall wird der Inhalt der Nische mit der Metapher eines genetischen Codes versinnbildlicht, was das Bild eines gewachsenen, unter sich wandelnden Umweltbedingungen und natürlicher Auslese evoluierten Organismus erweckt. Die Metapher der Nische kommt in diesem Interview nicht vor. Hier liegt eher die verwandte Metapher eines lebenden Fossils nahe, das nur mehr in einer eingeschränkten ökologischen Nische zurecht kommt. Das daraus abzuleitende Handlungsproblem gleicht dem in Bezug auf die Nische, wobei nun das der Anpassung an eine neue Umwelt durch weitere Evolution hinzutritt.

Das grundlegende Handlungsproblem und die zugrunde liegende Problemdefinition des Transformationsdiskurses zeigen sich auch in denjenigen Interviews, die keine der entsprechenden Metaphern verwenden²¹.

Der Wertgegensatz Nische/System lässt die Nische nicht unberührt. Sie wird fast durchwegs selbst problematisiert, nicht nur aufgrund ihres Charakters als unsichere, bedrohte und in Opposition befindliche Marginalität. Die Nische wird als von Widersprüchen durchzogen dargestellt, der Wertgegensatz Nische/System verdoppelt sich im positiven Pol noch einmal und trägt zu seiner Unsicherheit und Instabilität bei. Die in einem Interview dieses Diskurses vorfindliche Metaphorisierung Baum versus Teufelskreis oder Droge entspricht der dominanten Metapherngruppe im Transformationsdiskurs auch insofern, als der Baum aus dem Inneren des positiven Pols heraus bedroht werden kann, wie in einer anderen Passage dieses Interviews ausgeführt wird, indem der Stamm gefährdet wird. Diese Gefährdung wird durch den negativen Pol bewirkt, der auch in dieser Metapher in den positiven Pol hineinwirkt.

Daraus ergibt sich in fast allen Interviews ein Schwerpunkt auf die Politisierung der Nische als eine konstante Reflexion und Suche nach Bündnispartner*innen. Ein Mangel an Politisierung wird als wesentlicher Mangel der Nische ausgemacht. Sie wird als eine Erweiterung der Nische in das System hinein beschrieben. Die Erweiterung der Nische zielt vorrangig auf ein freundliches Umfeld im näheren Umkreis der Nische, das für das Überleben und die Verbreitung ihres Inhalts aufgrund ihrer Bedrohtheit und ihrer inneren Widersprüchlichkeit für entscheidend gehalten wird. Dieses freundliche Umfeld

²¹ Die Nischenmetapher beziehungsweise Problemdefinition und Handlungsproblem werden aus der Außensicht auf den Diskurs auch von zwei Personen aus dem Diskurs Demokratie am Arbeitsplatz und Sozialstaat angeführt, wobei in diesen Außensichten die Möglichkeit dieses Handlungsproblem zu lösen sehr pessimistisch eingeschätzt wird.

konstituieren insbesondere soziale Bewegungen, während staatliche und halbstaatliche Institutionen generell als momentan unerreichbar eingeschätzt werden.

Den Transformationsdiskurs charakterisiert eine spezifische Raum-Zeit-Struktur. Auffallend sind die historische Tiefe und der weit gespannte Zukunftshorizont. Die Bewegung aus der Tiefe in die Weite bestimmt die Transformation. Räumlich wird häufig eine globale Perspektive eingenommen, die den Blick auf das Lokale rahmt und bestimmt oder davon ausgehend entwickelt wird. Der Zeitpfeil der Transformation ist in Episoden gegliedert, die in manchen Interviews komplex strukturiert sind. Ähnliches gilt für die Raumdimension.

Die Erzählungen in den Interviews sind relativ vielfältig. Eine gemeinsame Struktur für die Mehrheit der Gespräche bildet allerdings das Thema der hoffnungsvollen Suche. Das Element der Leidensgeschichte, auf die ein Erweckungserlebnis folgt, verbindet manche der Erzählungen mit der dominanten Struktur im Gemeinschaftsdiskurs. Auf das Erweckungserlebnis folgt allerdings erneut eine unabgeschlossene Episode hoffnungsvoller Suche nach Ansätzen für einen Weg in ein noch nicht sichtbares Land – im Unterschied zum Gemeinschaftsdiskurs. Diese Erzählstruktur gilt teilweise für die eigene Biographie, teilweise für die gesellschaftliche Ebene. Bei den politisch aktiven Gesprächspartner*innen verquicken sich die beiden Ebenen mitunter.

3.1.2. Der Gemeinschaftsdiskurs

Die Problemdefinition in diesem Diskurs geht im Vergleich der vier ihm zugeordneten Interviews von einem Wertgegensatz Gemeinschaft/Asozialität aus. Beide Pole werden in unterschiedlicher Weise konkretisiert. Die verantwortungsvolle Gemeinschaft erscheint als Volkswirtschaft, Betrieb oder zivilgesellschaftliche Initiative, während den Pol der Verantwortungslosigkeit oder Asozialität Globalisierung, Monopol oder beziehungsloser Individualismus einnehmen. Die Metaphern für den positiv besetzten Pol sind die lokale Einbettung, das Wirtstier (beides für die Regional- beziehungsweise Volkswirtschaft), die gute Familie, das Kind (beides für den gemeinsinnig wirtschaftenden Betrieb), kohärentes Licht und der Herzschlag (für die Gemeinschaft im allgemeinen Sinn). An der Stelle des negativ besetzten Pols wird nur in Hinblick auf das Kind (das für die Genossenschaft steht und als Metapher nicht expliziert wird) die komplementäre Metapher expliziert: die erdrückende Mutter (für den Raiffeisen-Revisionsverband). In den anderen Fällen erschließt sich die komplementäre Negativmetapher nur indirekt. Die lokale Einbettung verweist auf ein Flussbett, womit die globalisierte Ökonomie

(mit ihren Waren- und Geldströmen²²), die in diesem Zusammenhang explizit genannt wird, als ein über die Ufer getretener oder unregulierter Fluss erscheint. Die Familienmetapher verweist auf der negativen Seite auf eine Gruppe von beziehungslosen Einzelnen oder auf einen schlechten Vater (nachdem im Interview der Unternehmenseigentümer als eine Person dargestellt wird, die für die Familie sorgt, wobei explizit auf die Bedürfnisse der Angestellten verwiesen wird, die folglich als Kinder versinnbildlicht werden). Das kohärente Licht hat als negative Ergänzung das diffuse, trübe oder schwache Licht, während der Herzschlag als Symbol des Lebendigen auf etwas Totes verweist. Das Wirtstier hat den Parasiten als Entsprechung.

Aus diesen Metaphorisierungen erschließt sich zweierlei: Erstens ist der gute Pol in einer Position relativer Stärke, denn er erscheint als etwas, das zwangsläufig größer werden wird (Kind; und die im Negativbild erscheinende Mutter wird zuvor sterben), als natürliche²³ oder allgemein anerkannte Institution (Familie), als der weithin tragende Grund oder die Erdoberfläche (Flussbett), als unersetzliche Ernährungsgrundlage (Wirtstier; wohingegen der Parasit als zwar lästig, aber kleiner und kaum lebensbedrohlich erscheint), als faszinierende Stärke (kohärentes Licht bildet den Laserstrahl) oder als Seinszentrum (Herzschlag). Zweitens und damit im Zusammenhang wird eher die Vorstellung gradueller Übergänge erweckt als die scharfer Oppositionen, im Unterschied zu den charakteristischen Metaphorisierungen des Transformationsdiskurses. Ein Kind wird kontinuierlich größer, Familienverhältnisse sind in Abstufungen gut oder schlecht, ein Fluss kann parziell über die Ufer treten oder das Hochwasser zurückgehen und entsprechend Land freigeben, die Kohärenz von Licht kann stufenlos zunehmen und die Herzfrequenz kann sich gleitend erhöhen.

Daraus lässt sich die charakteristische Handlungsproblematik in diesem Diskurs ableiten: Es gilt das zu befreien, sichtbar zu machen oder zu stärken, was ohnehin die Zukunft (Kind), die immer dominierende Grundlage, natürliche Norm oder den Regelfall (Wirtstier, Flussbett, Familie, Herzschlag), oder das Faszinosum (kohärentes Licht) ausmacht. Damit steht ein charakteristischer Optimismus in Verbindung, der sich habituell immer wieder auch als Enthusiasmus in der Interviewsituation zeigt. Dieser grundlegende Optimismus äußert sich auch in der Einschätzung, dass die Mehrheit oder eine große Zahl der Menschen dem positiven Pol zuzuordnen ist, oder dafür sehr leicht zu gewinnen wäre.

²² Ein damit häufig assoziiertes Sinnbild, das im Interview nicht genannt wird

²³ Mit Naturalisierungen sind starke normative Ansprüche verbunden und häufig auch die Vorstellung von Unvermeidlichkeit.

Die Gegenüberstellung der Metaphern Insel (Transformationsdiskurs) und Einbettung (Gemeinschaftsdiskurs) macht diese unterschiedlichen Perspektiven noch einmal deutlich. Während die Insel von einer weiten Wasserfläche umspült ist und es um Landgewinnung geht, befindet sich der Fluss auf einer weiten Landfläche und das Ziel ist seine Eindämmung.

Auch im Gemeinschaftsdiskurs werden zur Lösung der ihm eigenen Handlungsproblematik bestimmte Strategien und Taktiken in Anschlag gebracht. Allerdings unterscheiden sie sich, der abweichenden Problemdefinition entsprechend, vom Transformationsdiskurs. Der grundlegende Wertgegensatz Gemeinschaft/Asozialität unterscheidet sich zudem markant in Hinblick auf die Binnenstruktur des positiven Pols. Dieser wird in keinem der Interviews als widersprüchlich dargestellt. Der negative Pol wirkt von Außen auf ihn ein, lässt ihn jedoch unberührt. In strategischer Hinsicht ergibt sich daher keine Notwendigkeit einer Reflexion des positiven Pols oder einer problematischen Integration mit dem negativen Pol. Das Thema der Politisierung fehlt, Bündnispolitik wird nicht thematisiert. Vielmehr erscheint die für notwendig erachtete Stärkung, Befreiung oder Sichtbarmachung des positiven Pols als Zusammenkunft aller Menschen guten Willens, die ihre Aufmerksamkeit dem positiven Pol zu widmen beginnen oder ihren Mut, ihre Kraft oder die Fähigkeiten des Hausverstands entdecken. Oder sie erscheint als eine im Grunde leicht durchführbare Beseitigung oder Abtrennung des negativen Pols, welche die weitere Entwicklung von ihrem wesentlichen Hemmnis löst.

Die Raum-Zeit-Struktur des Gemeinschaftsdiskurses weicht von der des Transformationsdiskurses ab. Zwar gibt es eine historische Tiefendimension, allerdings nicht im Sinn einer Transformation auf einen weit gespannten Zukunftshorizont hin. Zeitlichkeit zeigt sich als eine kürzere Spanne zwischen Gegenwart und Zukunft. Sie ist einfach strukturiert. Räumlich liegt der Schwerpunkt auf dem Lokalen, wobei in einem Interview eine globale Perspektive einfließt. Auch die räumliche Dimension ist einfach strukturiert.

Mit diesen Charakteristika stehen die einzelnen story lines der vier diesem Diskurs zugeordneten Interviews in Verbindung. In zwei Fällen handelt es sich um eine erste Episode des Leidens, die über ein Erweckungserlebnis zu einer glücklichen Veränderung der Lebensumstände führt, von der ausgehend mit neuer Kraft auf einer nun gefundenen sicheren Grundlage weiter vorangegangen werden kann. In den beiden anderen Fällen steht das Erweckungserlebnis am Anfang der Erzählung, Schwierigkeiten treten erst in der daran anschließenden Episode aufgrund einer Konfrontation mit Verantwortungslosigkeit ein, die in

der abschließenden Episode aber in einer neuen Entwicklung im Sinn des positiven Pols an Gewicht verlieren. Diese Erzählstrukturen sind nur in einem Fall mit der gesellschaftlichen Ebene enger verbunden.

3.1.3. Vergleich des Begriffsnetzes in den beiden Diskursen

Der Kasten 1 fasst die wichtigsten Merkmale der beiden Diskurse zusammen.

Kasten 1: Merkmale von Transformations- und Gemeinschaftsdiskurs. Eigene Darstellung.

	Transformationsdiskurs	Gemeinschaftsdiskurs
Wertgegensatz positiv/negativ	Nische/System	Gemeinschaft/Asozialität
Struktur des positiven Pols	widersprüchlich, weil vom negative Pol durchdrungen und beeinflusst	eindeutig positiv, weil vom negativen Pol nur äußerlich betroffen
Problemdefinition	- Nische in starker und scharfer Opposition zum System - Nische prekär, instabil, gefährdet, minoritär	- Menschen guten Willens schenken Gemeinschaft zu wenig Aufmerksamkeit
Handlungsproblem	Stabilisierung, Verbreiterung und Diffusion der Nische	Befreiung, Sichtbarmachung und Stärkung dessen, was Zukunft, Norm, Regelfall oder Grundlage darstellt
Strategien	- Politisierung als konstante Reflexion - Bündnisse mit einem freundlichen Umfeld	- Zusammenkunft aller Menschen guten Willens - Abtrennung oder Beseitigung des negativen Pols
Raum-Zeit-Struktur	- historische Tiefe - weit gespannter Zukunftshorizont - Bewegung aus der Tiefe in die Weite bedeutet Transformation - globaler Kontext des Lokalen - komplexe Struktur der Transformation als Zeitpfeil (Gliederung in Episoden) - teilweise komplexe Raumstruktur	- historische Tiefe - Zukunftshorizont begrenzt - keine Transformation - einfache Zeit- und Raumstruktur mit Fokus auf Gegenwart und Lokalem

Die allgemeine narrative Struktur der beiden Diskurse, wie sie sich aus dem zentralen Wertgegensatz, den dominanten Metaphern, dem charakteristischen Handlungsproblem und den individuellen Erzählstrukturen ergibt, erlaubt ein tieferes Verständnis des jeweiligen Begriffsnetzes. Auf der Oberfläche der Worte betrachtet wäre zu vermuten, dass womöglich keine zwei voneinander unterschiedenen Diskurse herausgearbeitet werden können, sondern es sich nur um Varianten eines Diskurses handelt. Auch die Vermutung, die Differenzen

haben mit der institutionellen beziehungsweise sozialen Position der Sprecher*innen zu tun, steht im Raum.

Allerdings verorten sich selbst gleichlautende Worte in einer je spezifischen Narration, weshalb ihnen eine abweichende Bedeutung zukommt. Dies drückt sich freilich auch in unterschiedlichen Schwerpunkten für teilweise in beiden Diskursen gebrauchte Worte wie Demokratie aus. Demokratie ist ein zentraler Begriff im Transformationsdiskurs, während der Gemeinschaftsdiskurs um den Begriff der Gemeinschaft und der Region als Gemeinschaft kreist. Demokratie wird darin durchaus angesprochen, wenngleich selten und nur in Verbindung mit der Rechtsform der Genossenschaft, die dort ein zentrales Thema darstellt.

Umgekehrt tritt das Wort Gemeinschaft auch im Transformationsdiskurs auf, wenngleich selten. Gemeinschaft wird in diesem Diskurs entweder als eine ambivalente Grenze für die Strategie der Politisierung dargestellt, die durch die Taktiken der beständigen Reflexion von Widersprüchen und der Suche nach Bündnispartner*innen überwunden werden soll. Oder Gemeinschaft wird als ein entscheidender Ausgangspunkt für die Politisierung betrachtet, die dann in die weitere Gesellschaft hin ausgreifen soll. Gemeinschaft ist dann Mittel für einen anderen Zweck, während sie im Gemeinschaftsdiskurs den Zweck darstellt.

Die unterschiedlichen Narrationen machen auch deutlich, worin das Kernproblem des jeweiligen zentralen Wertgegensatzes mit Bezug auf den Begriff der Demokratie besteht und warum sich ein Transformationsdiskurs von einem Gemeinschaftsdiskurs auch in dieser Hinsicht abtrennen lässt. Im Transformationsdiskurs erscheint Demokratie als eine Restgröße des Systems, der erst durch strukturelle Veränderungen zur Durchsetzung verholfen werden muss. Zu diesen strukturellen Veränderungen zählen eine neue Alltagskultur, weitreichende politische Maßnahmen, neue Institutionen, neue Formen der Mitsprache oder Mitbestimmung der Öffentlichkeit in großen Unternehmen und neue Vermittlungsformen zwischen produzierenden Einheiten im Sinn einer geldlosen Kooperation oder ein Kreislaufschluss zwischen solidarökonomischen Betrieben in Form von marktvermittelten Zulieferketten.

Während sich die einzelnen strukturellen Veränderungen je nach Interview unterscheiden oder verschiedene Schwerpunkte und chronologische Reihungen dessen gesetzt werden, was zuerst getan werden müsste, wird Demokratie grundlegend als eine Gesamtperspektive für die Gesellschaft betrachtet und als etwas, das erst erreicht werden müsste. Der Charakter einer Gesamtperspektive wird in Formulierungen wie derjenigen ausgedrückt, dass es in Hinblick auf Solidarische Ökonomie um eine „*Demokratisierung aller Lebensbereiche*“ gehe.

Demokratie ist zwar ein sehr häufiger Begriff im Transformationsdiskurs, wird allerdings in einem Fall ersetzt durch den Begriff der Gerechtigkeit und wird in einem anderen durch einen Gegensatz „Elite“ impliziert²⁴. Demokratie wird generell in Gegensatz zu Herrschafts- und Exklusionsverhältnisse gebracht. Deshalb ist auf der begrifflichen Ebene häufig von weitreichenden Antagonismen, Kämpfen, strukturellen Konflikten oder Widersprüchen und Oppositionen die Rede, die im Gemeinschaftsdiskurs keine wesentliche Rolle spielen. Zudem werden diese mit Demokratie als Überwindung von Herrschafts- und Exklusionsverhältnissen verbundenen Begriffe, die sich um den Konflikt zentrieren, im Gemeinschaftsdiskurs durchwegs negativ beurteilt. Konflikt wird als nicht zielführend, ein Relikt der Vergangenheit, auf individuelle Mängel zurückführbar oder als leicht zu beheben dargestellt. Im Transformationsdiskurs gilt Konflikt dagegen als notwendige beziehungsweise produktive Dynamik, die beständig reflektiert und in Hinblick auf die Perspektive einer umfassenden Demokratisierung bewusst eingegangen werden sollte.

Diese unterschiedliche Bedeutung von Demokratie wirkt sich auch auf den sozialen Standpunkt der beiden Diskurse aus. Im Transformationsdiskurs wird grundsätzlich nicht die Unternehmerperspektive eingenommen. Stattdessen stehen die Begriffe Bewegung, Masse, Vielfalt (von Initiativen), Arbeitnehmer*in und Kollektivität im Zentrum. Im Gemeinschaftsdiskurs dagegen spielt der Unternehmer oder die Führungskraft eine zentrale Rolle als begeisterndes und inspirierendes Vorbild sowie als Beweis der Machbarkeit. Dies hat nicht notwendig mit der sozialen Position der jeweiligen Sprecher*innen zu tun, allerdings gehören zum Gemeinschaftsdiskurs drei Interviews mit Unternehmer*innen beziehungsweise Führungskräften. Vielmehr zeigt sich darin ein unternehmerisches Selbst. Es zeichnet sich durch eine Selbstsicht und Erlebensweise aus, die das Leben als Projekt interpretiert, das individuelle Eigenverantwortung, Eigeninitiative, Kreativität und die freiwillige Übernahme von Risiken verlangt. Das Individuum wird als Humankapital und Unternehmer seiner selbst modelliert, das auf sozialen und ökonomischen Märkten agiert. Durch Begeisterung und Selbstmotivierung, die sich aus der Erfahrung eines authentischen, originellen, kreativen – und als solches sozial anerkannten und nachgefragten – Selbst speisen, kann es auf Basis des Empfindens eigener Leistung erfolgreich sein.

Mit dieser Selbstsicht verbunden ist im Gemeinschaftsdiskurs ein positiver Bezug auf Marktwirtschaft und Konkurrenz, der sich vom

²⁴ Allerdings kommt er in dem betreffenden Interview auch direkt zur Sprache

Transformationsdiskurs diametral unterscheidet. Demokratie verbindet sich im Transformationsdiskurs im Gegensatz dazu mit wirtschaftsplanerischen Elementen, die dem Gemeinschaftsdiskurs fehlen. Diese Elemente werden häufig als Wirtschaftsdemokratie angesprochen. Sie gilt als Voraussetzung für eine Abmilderung von inneren Widersprüchen von Genossenschaften, für eine Self-Reliance und Neudefinition der Region, die auf Importsubstitution gründet, und als wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung Solidarischer Ökonomie. Wirtschaftsplanung als das demokratische Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Akteur*innen zielt darauf den Markt teilweise zu ersetzen und Konkurrenzmechanismen abzuschwächen. Andere Varianten, die entweder an der autonomen Szene oder an der Vorstellung eines Kulturwandels orientiert sind, beziehen sich nicht auf Wirtschaftsdemokratie oder eine übergreifende Planung, lehnen Markt, Konkurrenz und Geldverhältnisse jedoch teilweise oder vollständig ab. Die autonome Variante verbindet sich zudem mit starker Staatskepsis.

An die Stelle des unternehmerischen Selbst tritt im Transformationsdiskurs entweder eine Leerstelle, das heißt die Subjektivität ist kein zentrales Thema in den Interviews. Oder es zeigen sich ansatzweise andere Subjektmodelle, die sich vom sozialen und ökonomischen Markt entkoppeln. Sie beinhalten weder eine Risikoorientierung noch eine Originalitätsvorstellung. Ein die beiden Diskurse verbindendes Element von Subjektivität ist eine kreative Orientierung. Diese Orientierung kommt in drei der vier Interviews des Gemeinschaftsdiskurses, die von Managementdiskursen und damit verbundenen psychologischen Beratungsdiskursen geprägt sind, allerdings weit deutlicher zur Geltung.

3.1.4. Entwicklungslinien des Themas Solidarische Ökonomie

Der Transformationsdiskurs umfasst verschiedene Themen, nicht nur die Solidarische Ökonomie. Hinzuweisen ist darauf, dass für diesen Diskurs nicht das Wort Transformation charakteristisch ist, sondern die oben dargestellte narrative Struktur²⁵. Zwar ist es in dieser Studie nicht möglich den Transformationsdiskurs weiter zu untersuchen, allerdings deutet sich schon in den Interviews an, mit welchen weiteren Themen oder Diskursen er verbunden ist: Commons, Postwachstum, Gutes Leben, Ernährungssouveränität, Region, Entwicklung beziehungsweise Post-Development, Subsistenz. Die Interviews verweisen neben dieser thematischen oder diskursiven Verschränkung auch auf Entwicklungslinien des Themas Solidarische Ökonomie in Österreich. Diese

²⁵ Ähnlich wie beim Wort Gemeinschaft oben dargestellt, kann das Wort Transformation in sehr unterschiedlichen Diskursen und Bedeutungen gebraucht werden

Entwicklungslinien sind mit bestimmten sozialen Milieus, Organisationen und damit einhergehenden politischen Positionierungen verbunden.

Die folgenden Entwicklungslinien lassen sich aus den Interviews heraus unterscheiden. Sie sind nach in etwa abnehmender Bedeutung für das Thema gereiht. Es handelt sich um Kontexte, in denen Solidarische Ökonomie als solche präsentiert, diskutiert und als Gegenstand konstruiert worden ist.

Kongresslinie

Die Organisationsgruppen der beiden Solidarökonomiekongresse in Wien 2009/2013 waren die bislang themenprägenden Akteurinnen in Österreich. In dieser Linie laufen verschiedene der im Folgenden genannten Entwicklungslinien zusammen oder wurden miteinander in Beziehung gesetzt. Aus der Kongresslinie heraus entstanden Nachfolgeveranstaltungen in verschiedenen Formaten und Aktivitäten. Ein großer beziehungsweise gut besuchter Teil der Veranstaltungen bei den Kongressen waren Workshops zu Ernährungsthemen. Initiativen im Bereich Ernährung gelten gemeinhin als die besten Beispiele Solidarischer Ökonomie in Österreich mit Verbreitungspotenzial. Das Thema Ernährungssouveränität ist mit AgrarAttac und Via Campesina eng verbunden. Bei Attac ist Solidarische Ökonomie zu einem Querschnittsthema geworden. Die Organisationen Attac und Via Campesina selbst spielten für die Kongresse keine wesentliche Rolle.

Entwicklungspolitische Linie

Sie wird von entwicklungspolitischen Organisationen und darin engagierten Intellektuellen getragen, vor allem dem Mattersburger Kreis, dem Paulo Freire-Zentrum und von InterSol. Diese Linie hat die Kongresslinie beeinflusst. Veranstaltungsreisen von Luis Razeto, dem Begründer des Begriffs Solidarische Ökonomie, und Paul Singer, dem Leiter des Staatssekretariats für Solidarische Ökonomie in Brasilien, die von Personen aus dieser Linie organisiert worden sind, waren für die Initiierung des Themas in Österreich wichtig.

Kirchennahe Linie

Sie wird von der Katholischen Sozialakademie Österreich (KSÖ) getragen und ist mit der Kongresslinie und der entwicklungspolitischen Linie eng verbunden. Es gibt des weiteren Verbindungen zum Gemeinschaftsdiskurs. Diese Verbindungen bestehen in teils engen Bekanntschaften mit dem dort einflussreichen Unternehmer Heinrich Staudinger sowie in der jahrzehntelangen kritischen Bildungsarbeit der KSÖ.

Alternativ-spirituelle Linie mit zivilisationskritischem Einschlag

Diese Linie wird vom 7-Generationen-Netzwerk getragen, das jährliche Symposien in Herzogenburg (Niederösterreich) veranstaltet. Die dort prägenden Sprecher*innen und Themen stehen sowohl mit der Kongresslinie, der entwicklungspolitischen und der kirchennahen Linie als auch mit dem Gemeinschaftsdiskurs in Verbindung

Linke Traditionslinie

Diese Linie ist mit der Gewerkschaft direkt, über gemeinsame Initiativen oder über eine gefühlte Nähe verbunden, dort aber bedeutungslos. Sie steht mit der Kongresslinie in Verbindung und weist einen Zusammenhang mit kleinen Gruppen und Einzelpersonen in der Grünpartei, der Grünen Bildungswerkstatt (GBW) und der grünnahen Gewerkschaftsfraktion AUGÉ auf. Aus dem Umkreis der Grünpartei wirkten Einzelpersonen auch in die Kongresslinie hinein. Die linke Traditionslinie zeichnet sich durch ein starkes historisches Bewusstsein aus, mit Rückbezügen auf die Gemeinwirtschaft der I. Republik, auf wirtschaftsdemokratische Versuche der 1970er Jahre und die Periode der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik unter Sozialminister Alfred Dallinger in den 1980er Jahren. Es gab in dieser Entwicklungslinie nach dem ersten Kongress für Solidarökonomie 2009 mehrere Versuche das Thema einerseits in die Gewerkschaft und die Grünpartei zu tragen, andererseits eine Politisierung des Kongress-Milieus voranzutreiben. Diese Versuche haben trotz einiger Resonanz kaum sichtbare Erfolge gezeitigt und wurden unterbrochen. Dies schließt nicht aus, dass sie sich längerfristig als wichtig erweisen könnten.

3.2. Allgemeines und interviewbasierte Fallbeschreibungen

3.2.1. Begriff Solidarischer Ökonomie und Kriterien

Die Frage nach Kriterien Solidarischer Ökonomie wird in den Interviews ambivalent gesehen. Wie oben angesprochen wird ein weiter und eher diffuser Begriff für wichtig erachtet um der Vielfalt an Initiativen, Ansätzen und Themen Rechnung zu tragen, die beispielsweise Teil der beiden Kongresse für Solidarische Ökonomie in Wien 2009/2013 waren. Auch die Strategie der Bündnisbildung und der Breitenwirksamkeit verlange nach einer weiten Fassung, die Abstufungen Solidarischer Ökonomie zulässt und gerade durch eine gewisse Vagheit Attraktivität entfalten soll. Anders als im Gemeinschaftsdiskurs, der sich

in den vier vorliegenden Interviews um eine Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens beziehungsweise die Gründung eines weiteren Revisionsverbandes dreht, werden Kriterien nicht eindeutig an einzelnen Betrieben festgemacht. Zu sehr macht sich die widersprüchliche Binnenstruktur des positiven Pols im Wertgegensatz des Transformationsdiskurses geltend.

Grundsätzlich und mit den oben genannten Vorbehalten, die in Interviews häufig vorgebracht werden, wird Solidarische Ökonomie in der Zusammenschau der Gespräche auf drei Ebenen näher bestimmt:

- (1) eine demokratische Form der Binnenorganisation eines Lebens- oder Arbeitszusammenhangs
- (2) ein Verhältnis der einzelnen solidarökonomischen Betriebe, Initiativen oder Lebenszusammenhänge zur Region oder Gesellschaft, das auf Solidarität und institutionalisierten demokratischen Verfahren gründet
- (3) und sich im Rahmen einer demokratischen makroökonomischen Planung situiert.

Demokratie in der Binnenorganisation der Arbeitenden wird als die gleichrangige Entscheidung aller über strategische Belange der Betriebsführung und der Produktion gesehen.

Die Ablehnung des Gewinnmotivs als alleinigem Prinzip wirtschaftlichen Handelns lässt sich aus diese Kernkriterien ebenso ableiten wie die Kritik an Herrschaftsverhältnissen, Gewalt und Exklusion. Beide Kriterien werden auf verschiedene Weise häufig genannt. Das Motiv der Gewinnmaximierung wird ebenso wie Herrschaft, Gewalt und Exklusion als unvereinbar mit Solidarischer Ökonomie betrachtet. Der letztere Aspekt wird betont, weil Solidarität für sich genommen durchaus mit Gewinnmaximierung und Exklusion im Sinn des kapitalistischen Betriebsegoismus oder einer identitären Gruppensolidarität (etwa rassistisch oder homophob) einhergehen könne.

Die institutionalisierte politische Einbettung und Perspektive Solidarischer Ökonomie verweisen bereits auf eine Überschreitung der im neoliberalen Denken klaren Grenzziehung zwischen Politik und Ökonomie. Sie wird in der autonomistisch-bewegungsorientierten Variante des Transformationsdiskurses mitunter bis zur Infragestellung des Begriffs der Ökonomie weitergetrieben. Diese Infragestellung kann zwei Formen annehmen. Entweder es wird der Begriff Solidarische Ökonomie selbst mit Skepsis betrachtet, weil Ökonomie eine abgrenzbare Sphäre der Gesellschaft impliziere, die einer eigenen Handlungsrationalität folge, was grundlegend zu problematisieren sei. Daraus

folgt ein nur taktischer Bezug auf den Begriff der Solidarischen Ökonomie. Oder es wird der Begriff der Ökonomie auf ein vor-kapitalistisches Verständnis von Haushaltsführung bezogen oder überhaupt in strategischer Absicht gegen die kapitalistische Konzeption einer Ökonomie als abgrenzbarer Sphäre ausgeweitet auf viele verschiedene Praktiken, die gemeinhin nicht als Ökonomie gelten – von unbezahlter Arbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen bis zur Sorge um Andere.

Mit dieser Begriffskritik, die schon in der ursprünglichen Konzeption von Solidarischer Ökonomie bei Luis Razeto in Lateinamerika eine Rolle spielte, steht eine auf einen umfassenden Kulturwandel orientierte Variante Solidarischer Ökonomie in Verbindung (die stark von Razeto beeinflusst ist). Darin wird zwar auch ein im engeren Sinne wirtschaftliches Handeln als eine wichtige Zielrichtung Solidarischer Ökonomie angegeben. Zugleich aber wird Solidarische Ökonomie als Lebensphilosophie, Alltagskultur, ethische Einstellung und Beziehungsweise gefasst, die grundlegenden Prinzipien nicht nur des Kapitalismus, sondern auch der Marktwirtschaft widersprechen kann.

Solidarische Ökonomie bezieht sich daher in der Zusammenschau der Interviews nicht nur auf die Sphäre der Produktion, sondern ebenso auf die Reproduktion (Haushalt und die Sorge um Kinder, Wohnen, Konsum, natürliche Ressourcen). Der Transformationsdiskurs tendiert dazu die Grenzziehung zwischen Produktion und Reproduktion aufzuheben sowie jene zwischen Politik und Ökonomie und dem Sozialen und der Ökonomie – letzteres drückt bereits der Begriff Solidarische Ökonomie selbst aus. Dem entspricht, dass Solidarische Ökonomie Teil einer sozialen Bewegung in Verbindung mit theoretischer beziehungsweise politischer Reflexion und Praktiken des Widerstands gegen das System sein müsse – wie in Interviews mehrfach betont wird. Folgerichtig wird auch das Verhältnis zur Natur als entscheidend für Solidarische Ökonomie betrachtet, woran sich Konzepte von Kreislaufwirtschaft beziehungsweise regionaler Self-Reliance²⁶, von Subsistenz²⁷, Einfachheit und eines Guten Lebens für Alle anschließen. Der für einzelne dieser Aspekte gebräuchliche Begriff der Nachhaltigkeit wird nur in einem Interview verwendet, andere Stellungnahmen distanzieren sich von Nachhaltigkeit als systemkonformem Diskurs. Wachstumskritik als solche wird nur in zwei Interviews direkt thematisiert.

²⁶ Self-Reliance meint eine eigenständige Entwicklung. Siehe dazu weitere Ausführungen im Verlauf des Berichts.

²⁷ Subsistenz meint Formen des Lebensunterhalts, die nicht durch den kapitalistischen Markt vermittelt sind, also die Eigenproduktion für konkrete Bedarfe in Haushalten und in Kollektiven.

Letztlich bestimmt sich Solidarische Ökonomie, wie sich der Begriff aus den vorliegenden Interviews erschließt, aus der Perspektive einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation, und nicht aus einer statischen Sicht auf Organisationen oder Initiativen, die isoliert betrachtet werden. Während die Genossenschaft als Rechtsform statisch evaluiert werden kann, gilt das für eine solidarökonomische Organisation oder Initiative nicht. Sie ist grundsätzlich aus der Perspektive einer Transformation heraus zu reflektieren und erhält ihren Sinn aus dem Noch-Nicht, aus dem, was sein sollte, aber noch nicht ist. Einzelne solidarökonomische Organisationen oder Initiativen können in Hinblick auf das Noch-Nicht einen Vorschein des Möglichen geben, von entscheidender politischer Bedeutung sein sowie befreiende Lebenserfahrungen erlauben.

3.2.2. Gegenstandsbezogene Theorie Solidarischer Ökonomie²⁸

Dieser Abschnitt stellt neben der Charakterisierung des Transformationsdiskurses den Kern der vorliegenden Studie dar. Im Folgenden wird anhand der Kategorien dieses Diskurses mit Bezug auf Solidarische Ökonomie eine Gegenstandsbezogene Theorie derselben dargestellt, wie sie sich aus den Interviews erschließt. Dieser Abschnitt gibt daher nicht meine eigenen Ansichten wieder, sondern systematisiert und integriert die Ansichten der Gesprächspartner*innen. Einleitend ist das Kategoriensystem in einem Kasten zusammenfassend dargestellt. Der folgende Text führt die Inhalte und Verbindungen der Kategorien näher aus. Dabei werden zum großem Teil die paraphrasierten Formulierungen aus den Interviews übernommen. Kategorien werden im Text kursiv gesetzt – zusammen mit manchen anderen zentralen Begriffen – und sind alle auf die Schlüsselkategorie Transformation bezogen, die den entsprechenden Diskurs charakterisiert. Diese impliziert die Vorstellung eines Zeitpfeils, entlang dessen sich verschiedene Phasen aneinander reihen. Diese Phasen sind nicht exakt abgrenzbar und überlappen sich. Dennoch strukturieren sie die Transformation und ergeben eine Erzählung, die im Kasten 2 mit Überschriften knapp benannt ist.

²⁸ Für diesen Abschnitt wurden auch zwei der Interviews, die vorläufig einem Diskurs Demokratie am Arbeitsplatz und Sozialstaat zugeordnet wurden, einbezogen. Sie beinhalten Expertise mit Bezug auf Solidarische Ökonomie und können damit auf einer fachlichen und faktenbezogenen Ebene als kompatibel mit den Äußerungen der Interviews aus dem Transformationsdiskurs betrachtet werden. Für einzelne fachliche Aspekte (zu Genossenschaften) wurden in seltenen Fällen auch Äußerungen aus den Interviews des Gemeinschaftsdiskurses herangezogen.

LESEHINWEIS: Dieser Abschnitt enthält keine persönlichen Wertungen. Er gibt nicht meine Meinungen wieder, sondern jene der Gesprächspartner*innen. Die Formulierungen stammen zum guten Teil aus den Gesprächen. Meine Arbeit bestand darin, aus den Interviews eine Gegenstandsbezogene Theorie zu entwickeln, die abstrakt systematisiert und zu einer Theorie integriert, was gesagt worden ist.

Kasten 2: Abstrakte Kategorien der Gegenstandsbezogenen Theorie Solidarischer Ökonomie auf Basis der Interviews. Diese geben nicht meine Meinung wieder, sondern jene der Gesprächspartner*innen. Eigene Darstellung.

I. Ziel Solidarischer Ökonomie:

Konkurrieren (gegen das kapitalistische System) um Massenfähigkeit

II. Kurzfristige Anforderungen dafür:

1. Perspektive wahren: (a) Bewegung sichern, (b) Politisches Bewusstsein

2. Projekte multiplizieren: (a) Zum Tun finden, (b) Selbstveränderung durch Konfrontation, (c) Community, (d) Institutionalisierung, (e) Identität, (f) Konstituierung von Gruppen

3. Attraktivität entfalten: (a) Überzeugen, (b) Gesellschaftlicher Bedarf, (c) Hingehen und Einladen, (d) Tools entwickeln

4. Übergreifende Unterstützung: (a) Anfangsberatung, (b) Erfahrungsbasierte Strukturen, (c) Günstige Infrastrukturen

5. Unterstützung für marktorientierte Initiativen: (a) Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens, (b) Marktgängigkeit, (c) Kompetenzen

III. Hindernisse, die mittelfristig schlagend werden:

1. Falsches Denken

2. Mängel der Genossenschaft

3. Fragliche Verallgemeinerbarkeit marktorientierter Solidarischer Ökonomie

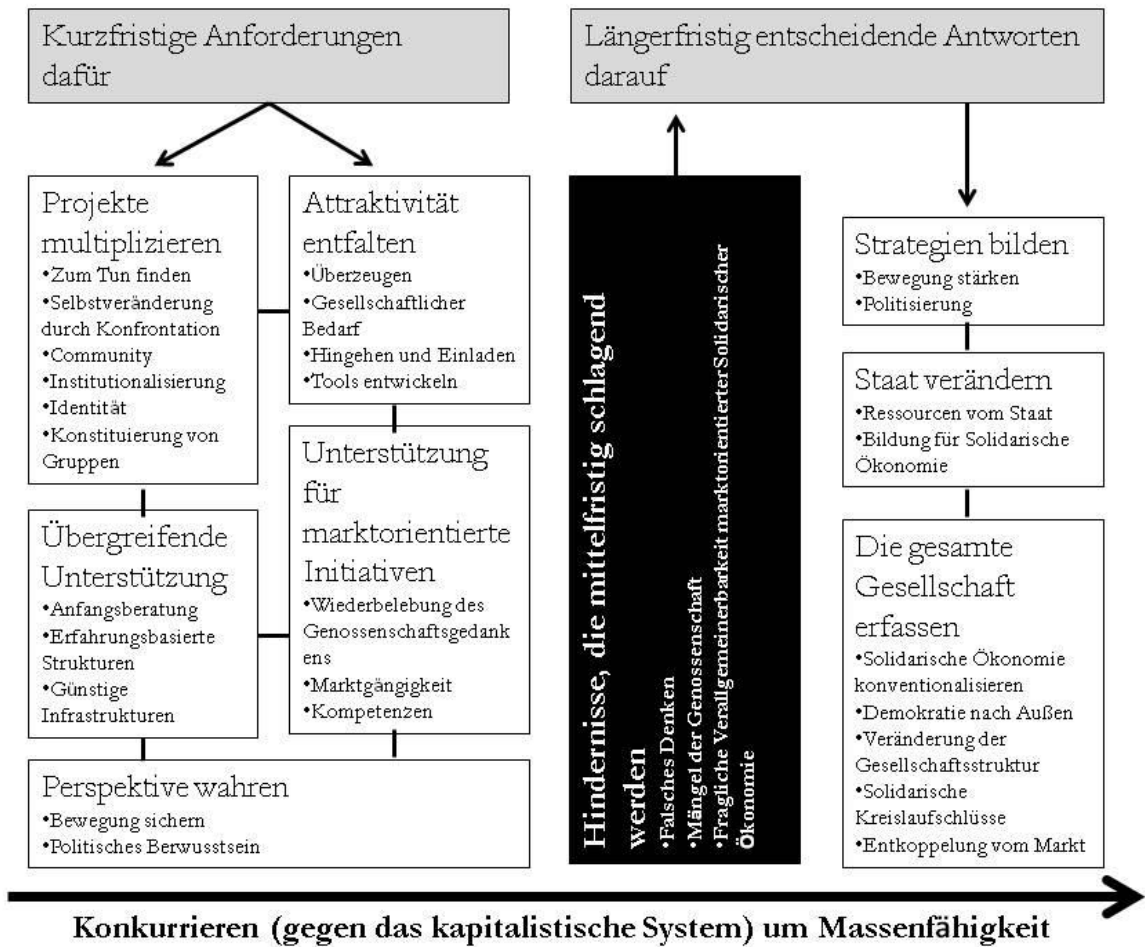
IV. Längerfristig entscheidende Antworten darauf:

1. Strategien bilden: (a) Bewegung stärken, (b) Politisierung

2. Staat verändern: (a) Ressourcen vom Staat, (b) Bildung für Solidarische Ökonomie

3. Die gesamte Gesellschaft erfassen: (a) Solidarische Ökonomie konventionalisieren, (b) Demokratie nach Außen, (c) Veränderung der Gesellschaftsstruktur, (d) Solidarische Kreislaufschlüsse, (e) Entkoppelung vom Markt

Die Grafik 1 stellt das Kategoriensystem in Verbindung mit der Schlüsselkategorie Transformation, die ein Pfeil symbolisiert, grafisch dar.



Grafik 1: Kategorien und Überkategorien der Gegenstandsbezogenen Theorie Solidarischer Ökonomie, die sich aus den Interviews ergibt, die dem Transformationsdiskurs zuzurechnen sind. Entlang des Zeitpfeils der Transformation lassen sich kurzfristige Anforderungen, mittelfristige Hindernisse und langfristige Antworten darauf unterscheiden. Diese Episoden gliedern sich in Blöcke mit einer Reihe von Kategorien. Alle Kategorien und Überkategorien sind auf die Schlüsselkategorie Transformation bezogen. Eigene Darstellung.

I. Ziel Solidarischer Ökonomie

Ihrer Perspektive der Transformation entsprechend zielt Solidarische Ökonomie auf eine grundlegende Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie muss deshalb aus lokalen Initiativen heraus *Massenfähigkeit* erreichen. Dies kann letztlich nur gelingen, wenn Solidarische Ökonomie für die Masse der Menschen attraktiver wird als das kapitalistische System. Dies bedeutet zunächst eine scharfe Konkurrenzsituation zwischen Solidarischer Ökonomie und dem System. Das erfordert den Einsatz einer Reihe von Strategien auf verschiedenen Ebenen politischen Handelns und in verschiedenen Bereichen ökonomischer Organisation. Die *Massenfähigkeit* muss alle Menschen auf der Welt einbeziehen, sodass ein Gutes Leben für Alle möglich wird und Solidarische Ökonomie sich verallgemeinern lässt.

II. Kurzfristige Anforderungen dafür

Auf kürzere Sicht konzentrieren sich Strategien darauf die *Transformationsperspektive* zu wahren und Projekte zu multiplizieren. Die *Multiplikation von Projekten* ist notwendig, um die Transformationsperspektive mit Inhalt zu füllen und Attraktivität im Tun zu entwickeln. Umgekehrt ist die Transformationsperspektive notwendig, um Menschen für die Multiplikation von Projekten zu inspirieren, aber auch um bestehende Projekte zu sichern und dynamisch zu halten. Einzelne Projekte, etwa selbstverwaltete Betriebe in Hand der Arbeitenden, sind nicht selten Angriffen neoliberal orientierter Medien ausgesetzt, was Ressourcen für eine politische Gegenwehr erfordert. Eine solche Perspektive ist zudem vonnöten um mit den unvermeidlichen Widersprüchen der Transformation produktiv umzugehen.

1. Perspektive wahren

Um die Transformationsperspektive zu wahren, müssen die *Bewegung für Solidarische Ökonomie gesichert* und ein *politisches Bewusstsein* geschaffen werden.

(a) Bewegungen sichern

Bewegungen sind mit einem Nährboden zu vergleichen, der durch gemeinsame Aktivitäten kultiviert werden muss, damit er fruchtbar bleibt und seine Funktion als Ausgangspunkt für Projekte sowie für die Unterstützung derselben erfüllen kann.

(b) Politisches Bewusstsein

Wichtige Bedingungen für eine solche Bewegung sind ein historisches Bewusstsein von sozialen Kämpfen und von politischen Lagern, das heißt es braucht eine realistische Einschätzung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, von potenziellen Verbündeten, von Gegnern und ein Wissen um historische Erfahrungen mit der Durchsetzung emanzipatorischer gesellschaftlicher Forderungen. Kapitalbeziehungen, die sich in einzelnen Projekten solidarischer Ökonomie zeigen, müssen beständig reflektiert werden, und eine Kritik an Hierarchien ist unabdingbar. Dies muss aus einer kritischen Haltung heraus erfolgen, die ein Augenmerk auf eigene Vorurteile ebenso legt wie auf eine blauäugig-romantisierende Sichtweise von Beispielen Solidarischer Ökonomien, die reale Schwierigkeiten und mögliche Bearbeitungsformen aus dem Blickfeld rückt. Schließlich geht es um inhaltliche Diskussionen, um den Sinn und die Grenzen Solidarischer Ökonomie sowie um eine ständige kritische intellektuelle Gesellschaftsanalyse.

2. Projekte multiplizieren

Die *Multiplikation von Projekten*, die von einer politisch bewussten Bewegung für Solidarische Ökonomie angeregt werden soll, stößt allerdings auf mehrere Hindernisse. Menschen fällt es oft nicht leicht, sich auf Solidarische Ökonomien einzulassen. Selbst bei einer ausreichenden Zahl an ansprechbaren und interessierten Personen für eine konkrete Idee birgt die Konstituierung einer Gruppe mögliche Schwierigkeiten. Und auch nach einer erfolgreichen Gründungsphase kann es herausfordernd sein, eine Gruppe zu stabilisieren und ihre Kontinuität zu sichern. Diese Aufgaben zu lösen ist ein widersprüchlicher Prozess, der es notwendig macht, die damit einhergehenden Widersprüche zu erkennen, zu akzeptieren und produktiv zu machen.

(a) Zum Tun finden

Um *zum Tun zu finden* ist in der Regel eine konkrete Problemstellung im persönlichen Leben notwendig, die durch ein solidarökonomisches Projekt gelöst werden kann. Starke persönliche Interessen sind eine gute Voraussetzung für Engagement und die Kontinuität von Projekten. Anders gesagt ist es notwendig, dass Menschen für ein solidarökonomisches Projekt Defizite im System wahrnehmen müssen. Und für diese Wahrnehmung braucht es ein gewisses kritisches Bewusstsein sowie ein wenig Fantasie, damit Wirtschaft anders gedacht werden kann und persönliche Problemstellungen zu einem Projekt führen. Die dritte notwendige Komponente ist eine realistische Einschätzung der Mühen der Ebene und der Wille sich darauf auch einzulassen.

Konkrete Projekte brauchen Zeit, Geduld und Lernfähigkeit, sodass sich daran vieles entscheidet.

(b) Selbstveränderung durch Konfrontation

Das Wahrnehmen von Defiziten setzt häufig bereits eine kritische Distanzierung von Hoffnungen voraus, dass das System persönliche Probleme lösen wird. Langzeiterwerbslose etwa leben vielfach in der Hoffnung, den Wiedereinstieg in das System der Lohnarbeit zu finden, das ihnen soziale Anerkennung und Konsumgüter verspricht. Solange diese Hoffnung nicht begraben worden ist, werden solidarökonomische Alternativen wenig attraktiv erscheinen. Auf ähnliche Weise gilt es mit einem selbstkritischen Bewusstsein die Hoffnung zu konfrontieren, dass wir den heute allgemein verbreiteten Lebensstil mit seinem hohen Ressourcenverbrauch in einer Solidarischen Ökonomie aufrecht erhalten können. Und auch die Hoffnung auf eine widerspruchsfreie Gemeinschaft muss mit dem nötigen Realismus betrachtet werden. Es ist wichtig, sich mit Herrschaftsverhältnissen auseinanderzusetzen, die ein Projekt entweder von Außen in Bedrängnis bringen können, oder sich im Inneren zeigen, und Widersprüche in einem Projekt produktiv weiterzutreiben. Solidarökonomische Projekte setzen immer auch eine gewisse *Selbstveränderung durch Konfrontation* voraus und sollten diese auch weiterführen.

(c) Community

Die konkrete Organisation von *Community* oder Gemeinschaft kann mit dem entsprechenden politischen Bewusstsein auf eine lange Erfahrung mit Erfolgsfaktoren und Risiken zurückblicken. Grundsätzlich ist Solidarische Ökonomie – in welcher Form auch immer, ob als Food Coop oder demokratische Genossenschaft – ein sozialer Prozess. Als solcher müssen Gruppenprozesse bewusst gestaltet werden und ein angenehmer Umgang zwischen den Beteiligten in einem Projekt ist für die längerfristige Kontinuität sehr wichtig. Dabei helfen offene Beziehungsstrukturen, die Rollentausch ermöglichen und eine Bandbreite an Ausdrucksmöglichkeiten für das eigene Leben sowie für Vorlieben und Wünsche erlauben. Motivation ist eine Grundbedingung für jedes Projekt und braucht eine gewisse Gruppendynamik und eine gute Kommunikationskultur, die sich in häufigen Meetings einer größeren Zahl der Mitglieder ausdrückt. Das ist auch wichtig um Problemen vorzubeugen oder rasch auf Konflikte aufmerksam zu werden und sie bearbeiten zu können bevor sie vielleicht die Gruppe bedrohen. Nur eine gute Gruppendynamik kann auch ein internes Mobilisierungspotenzial sichern, wenn etwa Aufgaben neu zu verteilen sind und Nachfolger*innen gefunden werden

müssen. Offene Beziehungsstrukturen haben personelle Fluktuationen als Kehrseite, die in solidarökonomischen Projekten (mit Ausnahme von Genossenschaften) häufig eine Herausforderung darstellen. Als Gegengewicht zu Offenheit und Dynamik in einer Gruppe sind daher persönliche Verantwortlichkeiten unabdingbar. Menschen, die fixe langjährige Kontinuitäten sichern können, sind für Projekte oft von großer Bedeutung. Auch besonders motivierende Menschen können Projekte vorantreiben, allerdings ist dabei wichtig, dass solche dynamisierenden Mitglieder nicht schon alles im Vorhinein zu wissen glauben, sondern dem Gruppenprozess Raum geben.

Die aufmerksame Gestaltung von Gruppenprozessen in diesem Sinn erfordert eine handhabbare Gruppengröße, die eine gewisse Anzahl an Personen nicht übersteigen sollte. Zu klein darf eine Gruppe allerdings auch nicht sein. Die optimalen Gruppengrößen unterscheiden sich je nach Projekttyp, beispielsweise zwischen einem Tauschkreis, der relativ viele Mitglieder braucht, oder einer Food Coop, deren Obergrenze Erfahrungen in Wien zufolge bei etwa 50 bis 70 Menschen liegt. Unter etwa 10 Personen ist eine Food Coop nur schwer möglich. Auch bei marktorientierten Genossenschaften, die ganz andere Organisationsstrukturen und -prozesse aufweisen als kleine, nicht am Markt orientierte solidarökonomische Initiativen gibt es Maximalgrößen. So liegt die Untergrenze bei einer genossenschaftlich orientierten Bank bei einigen hundert, die Obergrenze bei etwa 3.000 Mitgliedern. Oberhalb dieser Schwelle kann Regionalität kaum gewahrt werden und es ist schwer, die notwendigen Prozesse der Information und demokratischer Abstimmung zu gewährleisten. Auch bei Initiativen einer Community Supported Agriculture (Solidarische Landwirtschaft, CSA) gibt es Optimalgrößen, wobei hier bereits Marktzwänge eine Rolle spielen, wenn Mitarbeiter*innen angestellt werden sollen. Auch die Bandbreite der gewünschten Produkte beeinflusst dann die Gruppengröße. Tragfähige CSAs dürften in der Regel die Optimalgröße einer Food Coop deutlich übersteigen. Die Erfahrung mit selbstverwalteten, basisdemokratischen Betrieben in Hand der Arbeitenden deutet darauf hin, dass Gruppengrößen über 10 Mitgliedern oder, mit Bezug auf Erfahrungen in Brasilien, über 25 Mitgliedern schwer zu handhaben sind.

(d) Institutionalisierung

Die Sicherung der Wissensweitergabe kann vor allem in kleineren solidarökonomischen Initiativen eine große Herausforderung darstellen. Häufig konzentriert sich das Wissen um die interne Funktionsweise bei einigen wenigen, manchmal gar bei einer Person. Obgleich persönliche Verantwortlichkeiten und

motivierende Menschen für eine Gruppe sehr wichtig sind, sollten die grundlegenden Strukturen und das Wissen um Abläufe nicht an Personen gebunden sein, sondern allen zur Verfügung stehen. Es geht folglich bei Projekten auch um eine *Institutionalisierung*, die auf Erfahrungen im Wissensmanagement zurückgreifen kann oder übergreifende Organisationen nutzt, etwa Dach- und Trägervereine oder Plattformen. Sie können Wissen bereitstellen und weitergeben.

(e) Identität

Sofern eine Gruppe nicht oder nicht nur ein persönliches Lebensproblem lösen hilft, sondern vorrangig eine politische Ausrichtung hat, kann sich die Wahrnehmung eines klar identifizierbaren Gegners als hilfreich erweisen um den Zusammenhalt zu sichern. Beispielsweise kann der Supermarkt um die Ecke für die lokal benachbarte Food Coop eine Motivation darstellen, die eigene Praxis sichtbar oder persönlich spürbar als Alternative dagegen zu setzen. Das Schaffen von *Identität* über Abgrenzungen birgt allerdings auch eine Reihe von Problemen, auf die noch eingegangen werden wird.

(f) Konstituierung von Gruppen

Obwohl sich eine Reihe von Faktoren benennen lassen, die es erleichtern, dass ein Community Building in einer Initiative gelingt, gibt es ein großes Hindernis beim *Aufbau solidarökonomisch organisierter Gruppen*. Im Sinn der Transformationsperspektive sind solche Gruppen nicht allein dazu da persönliche Lebensprobleme zu lösen, auch wenn das eine starke und hilfreiche Motivation darstellt. Sie sollten zugleich bestimmte Ansätze anders zu wirtschaften und zu leben verbreitern, die sich durch Solidarität und Demokratie auszeichnen. Daher ist eine wichtige Frage Solidarischer Ökonomie, ob es einer Initiative gelingt, verschiedene soziale Gruppen und Milieus anzuziehen und einzubinden. In dieser Hinsicht ist ein schwerwiegendes Defizit solidarökonomischer Projekte in Österreich zu verzeichnen: sie sind sozial selektiv. Beispielsweise konzentrieren sich Food Coops jedenfalls in der Stadt auf ein enges Spektrum von Mitgliedern: akademisch gebildet, grünnahe, mit viel Freizeit und einem bürgerlichen Hintergrund. Zwar haben Food Coops das Potenzial – wie andere ernährungspolitische Praxisinitiativen auch – viele verschiedene Menschen anzusprechen. Die Kritik am industriellen Lebensmittelsystem ist über Jahrzehnte vorangetrieben worden und viele Menschen interessieren sich für gute und regionale Produkte. Dennoch wirken sich in Food Coops verschiedene Faktoren als sozial sehr selektiv aus. Dabei geht es nicht vorrangig um inhaltliche Differenzen, die bestimmte Gruppen

ausschließen, sondern um Feinheiten des sozialen Verhaltens, die Art der Sprache oder die Übung im Verhalten in Gruppen. Solche Gruppen kultivieren bestimmte Gewohnheiten und Normen eines guten Umgangs, die viel mit dem sozialen Hintergrund zu tun haben und sozial ausschließend wirken. Diese Selektivität widerspricht nicht nur dem politischen Anspruch Solidarischer Ökonomie, sondern schadet auch dem politischen Bewusstsein der Beteiligten an einer Initiative Solidarischer Ökonomie. Gerade Menschen aus relativ gut situierten Verhältnissen nehmen oft die unglaubliche Brutalität der Gesellschaft nicht wahr. Es werden damit Lernprozesse unmöglich gemacht, die eine Kommunikation über Schichtgrenzen hinweg erfordern. Der Wunsch nach Gemeinschaft hat daher eine Kehrseite, weil er häufig nicht nur auf dem Wunsch nach politischer Übereinstimmung gründet, oder in einem gemeinsamen Interesse an der Lösung einer persönlichen Problemstellung, sondern auch im Wunsch mit „seinesgleichen“ zusammen zu sein. Während Community Building einerseits für Politisierungsprozesse und die Sicherung von sozialen Bewegungen eine sehr große Rolle spielt, nachdem Menschen Kontinuität vor allem über gemeinsame Aktivitäten entfalten, muss die andere, problematische Seite von Gemeinschaftsbildung gleichermaßen im Blick behalten und bearbeitet werden. Ein wichtiger Aspekt dieser Problematik ist der hohe Zeitaufwand um an den verbreiteten Formen Solidarischer Ökonomie teilhaben zu können, der sich mit Erwerbsarbeit und anderen Ursachen von Zeitknappheit schwer verträgt. Ein weiterer Aspekt ist der ungewollte Ausschluss von Menschen, die kaum über finanzielle Ressourcen, Güter oder nachgefragte Fähigkeiten verfügen und dadurch etwa in einem Tauschkreis Nachteile gegenüber anderen erfahren können.

3. Attraktivität entfalten

Neben der Stärkung des unmittelbaren Bewegungsumfelds, der politischen Bewusstseinsbildung im diesem Kontext und der Multiplikation von Projekten geht es Solidarischer Ökonomie wesentlich auch um mehr *Attraktivität* in der Gesellschaft. Dafür ist zunächst einmal viel *Überzeugungsarbeit* notwendig und die Ausrichtung an *gesellschaftlichen Bedarfslagen*, wobei hier Nöte in den Vordergrund rücken, die Solidarische Ökonomie lindern müsste. Dabei können das *Hingehen* zu Bedürftigen und das *Einladen* von Menschen wichtig sein. Auf einer anderen Ebene würde Solidarische Ökonomie über die engeren Kreise der überdurchschnittlich engagierten Menschen hinaus attraktiver, wenn mehr Augenmerk darauf gelegt würde, *Tools* zu entwickeln, die praktisch leicht umsetzbar sind und helfen können, mehr Menschen einzubeziehen.

(a) Überzeugen

Überzeugungsarbeit muss auf verschiedenen Ebenen und mit einer Reihe unterschiedlicher Methoden geschehen. Eine akademische oder theoretische Debatte erweist sich auf dieser Ebene (anders als in Hinblick auf politische Bewusstseinsbildung in den Bewegungen selbst) als hinderlich. Auch der Begriff Solidarische Ökonomie ist nicht unbedingt von Vorteil, weil er suggeriert, es handele sich um etwas gänzlich Neues, was nicht in jeder Hinsicht stimmt und Menschen abschrecken kann. Vor allem aber wird in der Debatte um Solidarische Ökonomie zu wenig sichtbar, dass viele Alltagspraktiken wie die Pflege von Freundschaften oder Nachbarschaftshilfe die Basis darstellen. Daran anzuknüpfen und sie stärker zu thematisieren wäre wichtig. Auf der anderen Seite hat der Begriff Solidarische Ökonomie den Vorteil, dem kapitalistischen System den Ökonomiebegriff streitig zu machen. Ob nun der Begriff selbst als Vor- oder als Nachteil eingeschätzt wird: Entscheidend ist, dass in der Öffentlichkeitsarbeit deutlich wird, dass beispielsweise weite Teile der unbezahlten Arbeit wie etwa im Ehrenamt eine Basis und Ausprägung Solidarischer Ökonomie darstellen. Denn die Perspektive der Transformation bestimmt die Bedeutung des Begriffs. So betrachtet zählen durchaus auch Freiwillige Feuerwehren und Rettungsdienste zur Solidarischen Ökonomie, auch wenn sie intern hierarchisch organisiert sind.

Überzeugungsarbeit erfordert öffentliche Räume für kontroverse Debatten. Hier sind auch die Gewerkschaften gefordert, Diskussionen zuzulassen, Kontroversen auszuhalten und Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Dies trifft allerdings nicht zuletzt aufgrund zunehmender Ressourcenknappheit in den Gewerkschaften und dem täglichen politischen Abwehrkampf gegen Verschlechterungen auf erhebliche Schwierigkeiten.

Überzeugungsarbeit beruht weiters zentral auf einer professionellen Medienarbeit, die für Solidarische Ökonomie bislang aufgrund von fehlenden Geldmitteln nicht geleistet werden konnte, sodass kein breites Publikum angesprochen worden ist. Der Funktionsweise von Medien und den Gewohnheiten ihres Publikums entsprechend sind für solche Strategien überzeugende Praxisbeispiele unabdingbar. Dieses Erfordernis stößt je nach Bereich an die Grenzen der gegenwärtigen Entwicklung Solidarischer Ökonomie in Österreich. Allerdings entfalten zumindest in etwas kleinerem Wirkungskreis einzelne Projekte durchaus Strahlkraft und können weitere Initiativen inspirieren, wie etwa die CSA GELA²⁹ Ochsenherz illustriert. Eine Kultur des

²⁹ Abkürzung für Gemeinsame Landwirtschaft

Wettbewerbs um gute Praxisbeispiele könnte motivieren, mehr Energie in die Entwicklung solcher Vorzeigeprojekte zu geben. Diese müssen auf jeden Fall eine aktive Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, die heute für erfolgreiche Medienarbeit entscheidend sind. Vorzeigeprojekte sollten nicht nur über Texte vorgestellt werden, sondern etwas zum Angreifen bieten, etwa in Form von Exkursionen. Der Begriff Solidarische Ökonomie selbst sollte im Sinne einer breiten Öffentlichkeitsarbeit eher unscharf gehalten und emotional besetzt werden, um Hoffnungen auf sich ziehen zu können und Menschen zu inspirieren. Auf der anderen Seite vermittelt ein unscharfer Begriff den Eindruck, es handle sich nicht um eine klare Alternative zum kapitalistischen System. Diese beiden unterschiedlichen Ansprüche an die Überzeugungsarbeit haben viel mit dem jeweiligen Publikum zu tun, das angesprochen werden soll.

Ein linker Touch Solidarischer Ökonomie kann Gruppen abschrecken, die sich selbst eher dem konservativen Lager zuordnen, inhaltlich gesehen aber viele Gemeinsamkeiten mit den Anliegen Solidarischer Ökonomie aufweisen. Dass der Begriff der Solidarität nicht nur sozialistische, sondern auch christlich-soziale Wurzeln und Traditionen aufweist, ist in dieser Hinsicht von Vorteil.

(b) Gesellschaftlicher Bedarf

Wichtig für die Attraktivität Solidarischer Ökonomie in breiteren Kreisen ist unter anderem das Aufgreifen *gesellschaftlicher Nöte*, Schieflagen und das Ausgehen von gesellschaftlichen Bruchlinien jenseits der Komfortzone; dort also, wo Menschen ihr gewohntes Milieu verlassen und sich den Herausforderungen der Probleme anderer stellen. Solidarische Ökonomie sollte darauf zielen einen gesellschaftlichen Bedarf gerade bei den sozial und finanziell schwachen Gruppen zu decken. Dabei würde sich ein breites Feld möglicher Aktivitäten anbieten, von der Flüchtlingsthematik bis zur um sich greifenden Prekarisierung in der Gesellschaft.

(c) Hingehen und Einladen

Diese Orientierung an gesellschaftlichen Bedarfslagen muss nicht die Form großer und formeller Organisationen annehmen, sondern könnte auch in *Hausbesuchen und öffentlichen Festen* etwa im Grätzl bestehen. Kirchen und Parteien nutzen diese Formen sozialer und politischer Arbeit systematisch. Dabei werden Bedürfnisse nach sozialer Teilhabe angesprochen, die auch eine Solidarische Ökonomie befriedigen muss, insbesondere bei schwachen Gruppen. Die politischen Anliegen würden dabei implizit, im Tun vermittelt.

(d) Tools entwickeln

Vor dem Hintergrund des großen Zeitaufwands eines Engagements in Projekten Solidarischer Ökonomie und der vielen Schwierigkeiten, die solche Projekte zu bewältigen haben, ist die Entwicklung von *Tools*, also von Werkzeugen wichtig, die solidarökonomische Praktiken für eine breitere Gruppe von Menschen umsetzbar machen. Ein Beispiel dafür ist das Werkzeug des Vermögenspools³⁰, das zinslose Finanzierungen ohne Rückzahlverpflichtung ermöglicht und praktisch mit Erfolg im Wohnbereich erprobt worden ist. Dieses Werkzeug wäre vielseitig einsetzbar. Ein anderes Beispiel: Im Bereich des öffentlichen Raums fällt es vielen interessierten Bürger*innen schwer sich einzubringen, weil es an geeigneten Rechtsformen für eine partizipative Gestaltung öffentlichen Raums bislang fehlt. Erst solche Werkzeug könnten dazu führen, Gegenmacht zu entwickeln. Denn von der Kritik des kapitalistischen Finanzsystems, um ein Beispiel zu nehmen, führt erst die Verfügbarkeit einer einfachen und für viele anwendbaren Alternative wie des Vermögenspools zum Aussteigen aus dem System. Ähnlich wie das Mittel des Streiks für die Arbeiter*innenbewegung notwendig war um ihren Forderungen nach einer Veränderung der Gesellschaft auf breiter Basis Druck zu verleihen und den Begriff der Solidarität mit praktischem Gehalt zu füllen, braucht es heute einfache Mittel um aus dem System auszusteigen.

4. Übergreifende Unterstützung

Neben der Entfaltung von Attraktivität für breite Gesellschaftskreise müssen bestehende solidarökonomische Initiativen, die enger mit bestimmten sozialen Bewegungen und Milieus verbunden sind, *stärker unterstützt* werden. Bestimmte Strategien und Maßnahmen sind dabei übergreifend relevant, andere wären spezifisch auf marktorientierte Solidarische Ökonomien abgestimmt.

Für eine breite Palette an Organisationsformen, die entweder für den Markt produzieren oder geldlos wirtschaften beziehungsweise sich auf die Reproduktion (beispielsweise das gemeinschaftliche Wohnen) fokussieren, sind die folgenden Maßnahmen wichtig: es braucht eine *Anfangsberatung*, *günstige Infrastrukturen* und *erfahrungsbasierte Strukturen* in den Organisationen.

(a) Anfangsberatung

Eine wichtige historische Lernerfahrung aus dem Scheitern von selbstverwalteten Betrieben ist, dass ein solcher Betrieb in der Anfangsphase eine

³⁰ Siehe dazu die Ausführungen weiter unten im Text

passende Beratung braucht. Die herkömmliche Gründungsberatung, die nur vor dem Start, nicht aber während des anlaufenden Betriebs berät, greift viel zu kurz. Auch für die Gründung und den Beginn gemeinschaftlicher Wohnprojekte ist eine passende Beratung von großem Nutzen. Entscheidend sind dabei Berater*innen, die ein spezifisches Fachwissen haben, um den jeweiligen Organisationsformen adäquate Ratschläge geben zu können.

(b) Erfahrungsbasierte Strukturen

Die Beratung sollte daher *erfahrungsbasierte Strukturvorschläge* anbieten können, die auf das politische und ökonomische Wissen über die Geschichte von selbstverwalteten Betrieben und Gemeinschaftsprojekten zurückgreifen. In Hinblick auf selbstverwaltete Betriebe etwa gibt es eine reiche wissenschaftliche Literatur, aus der sich folgende Gelingensfaktoren ableiten lassen: Es braucht ein klares Organisationsmodell auf solidarischer Basis mit Regeln zur Gewinnverwendung, etwa im Fall von Familienangehörigen oder Freund*innen, die unterstützt werden sollen. Ein Betriebsrat sollte in einer Genossenschaft oder auch einer anderen Rechtsform eines selbstverwalteten Betriebs selbstverständlich sein. Dazu gibt es historische Erfahrungen mit passenden Rechts- und Organisationskonstrukten. Sehr wichtig sind des Weiteren kollektive Regelungen zur Zügelung des Profitmaximierungsmotivs, damit die Belegschaften nicht zwischen diesem Motiv und ihrem eigenen Wohl aufgerieben werden. In größeren Betrieben sind repräsentativ-demokratische Gremien notwendig. Hier hat die Methode der Soziokratie ein großes Potenzial – und zwar sowohl in Betrieben als auch in Betriebsräten und Gemeinschaftsprojekten. In Gemeinschaftsprojekten erfüllen Regeln die Funktion eines Geländers, entlang dessen Entscheidungen im Sinn der Zielsetzungen einer Gruppe verhandelt und getroffen werden können. Sie sollen handlungsfähig machen, Flexibilität ermöglichen und zugleich Kontinuität. Zudem reduzieren Regeln den Aufwand der Kommunikation zu wiederkehrenden Aufgabenstellungen. Solche Projekte brauchen eine klare Vision, die sich in einer Regel ausdrücken kann und gute partizipative Systeme. Allerdings sollte Partizipation nicht dazu führen, grundlegende Regeln neu aufzurollen, wenn Neuzugänge zu einer Gruppe mitbestimmen. Hier ist auch ein Respekt vor gewachsenen Strukturen notwendig um Kontinuität zu sichern. In jedem Fall gilt: Organisationsfragen sind wichtig und müssen intelligent gelöst werden.

(c) Günstige Infrastrukturen

Nachdem solidarökonomische Projekte weder auf große Investor*innen hoffen können noch zumeist wollen, sind *günstige Infrastrukturen* wichtig, um mehr Freiraum für die Entwicklung zu schaffen und den Start nicht mit großen Kosten zu belasten. Hausbesetzungen sind eine Möglichkeit, solche Freiräume zu schaffen. Allerdings waren die letzten Hausbesetzungen in Wien erfolglos (siehe unten). Eine andere Möglichkeit sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen, beispielsweise für die Finanzierung von Gründungszentren, wo solidarökonomische Projekte kostenfrei Infrastrukturen nutzen können. Das Oteló-Modell (siehe unten) zeigt eine Option auf, wie Leerstand in Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung für nicht marktorientierte solidarökonomische Projekte bereit gestellt werden kann.

5. Unterstützung für marktorientierte Initiativen

Marktorientierte Initiativen, etwa demokratische Genossenschaften oder andere Formen selbstverwalteter Betriebe, benötigen spezifische Unterstützung. Sie bewegen sich in einem Umfeld der Konkurrenz und müssen dies bewältigen, um am Markt bestehen zu können und gleichzeitig die Perspektive der Transformation zu wahren. Drei Strategien und Maßnahmen sind hierbei wichtig: *Wiederbelebung der Genossenschaftsgedankens*, *Marktgängigkeit* und *Kompetenzen*.

(a) Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens

Der *Genossenschaftsgedanke* kann nur durch Veränderungen im Genossenschaftsgesetz, der Einrichtung eines neuen Revisionsverbands und die soziale Absicherung von Genossenschaftsmitgliedern auf *Wiederbelebung* hoffen. Eine vom Unternehmer Heinrich Staudinger ins Leben gerufene Gruppe, die sich als Verein konstituiert, hat inzwischen beim Wirtschaftsministerium einen Antrag auf Genehmigung eines neuen Revisionsverbands eingebracht. Das Genossenschaftsgesetz schreibt eine Mitgliedschaft bei einem Verband vor, der die Betriebsführung kontrolliert. Die beiden großen bestehenden Verbände Raiffeisen und Volksbank sind für eine Attraktivierung der Genossenschaft im solidarökonomischen Sinn nicht gut geeignet. Zudem sollte das Genossenschaftsgesetz reformiert werden, etwa in Hinblick auf soziale und kulturelle Zielsetzungen, die als legitime Gründe für Genossenschaften anerkannt werden sollten. Die soziale Absicherung von Mitgliedern ist ebenfalls eine wichtige Komponente einer Wiederbelebung. In dieser Hinsicht ist es notwendig, das Wissen um passende Rechts- und Organisationsstrukturen zu vermitteln, das soziale Sicherheit bietet, oder aber allfällige Veränderungen in der

Sozialversicherung einzufordern. Die Otelos Genossenschaft³¹ (von den Otelos Labors zu unterscheiden) hat dabei Pionierarbeit geleistet. Ebenso kann auf die Erfahrungen mit selbstverwalteten Betrieben in den 1980er Jahren in Österreich zurückgegriffen werden (Näheres dazu unten). Das Ziel einer Solidarischen Ökonomie müssen unter anderem Wirtschaftsgründungen auf Basis des von Luis Razeto so genannten Faktor C sein. Razeto hat den Begriff der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika entwickelt und betont die Bedeutung von Solidarität, Gerechtigkeit und Reziprozität (Faktor C) für das Wirtschaften. In Hinblick auf die für Solidarische Ökonomie entscheidende Transformationsperspektive ist eine politische Bewegung, die Genossenschaften trägt, zur Politisierung beiträgt sowie die Reflexion der unvermeidlichen Widersprüche aufrechterhält und befruchtet, und solche Genossenschaften mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen vermittelt, von herausragender Bedeutung.

(b) Marktgängigkeit

Für jeden marktorientierten Betrieb Solidarischer Ökonomie ist *Marktgängigkeit* eine Grundvoraussetzung. Es müssen ausreichend Geldeinkommen erwirtschaftet und dem Konkurrenzdruck standgehalten werden. Wie jedes marktwirtschaftliche Unternehmen muss sich auch ein solidarökonomischer Betrieb an einer zahlungsfähigen Nachfrage ausrichten. Dabei ist wichtig zu beachten, was auch für konventionelle Betriebe gelten sollte: von der Orientierung an kurzfristigen Moden und Nischenprodukten ist abzuraten. Es sollte eine langfristige gesellschaftliche Nachfrage befriedigt werden.

(c) Kompetenzen

Gerade für selbstverwaltete Betriebe ist aus der Geschichte ihres häufigen Scheiterns zu lernen, dass ein gutes *Qualifikationsniveau* für das Überleben in der Konkurrenz unabdingbar ist und Überforderung vermeiden hilft. Hierbei wäre die Etablierung von Curricula und Inhalten Solidarischer Ökonomie in Bildungseinrichtungen ergänzend wichtig, und auch die oben genannte Anfangsberatung kann wertvolle Dienste leisten um Kompetenzmängel auszutariieren. Spezifische Ausbildungen im Genossenschaftswesen wären neben den allgemein erforderlichen Qualifikationen für die selbstverwaltete Führung eines Betriebs durch ein Kollektiv ebenfalls vonnöten.

Die bisher beschriebenen Ausgangspunkte Solidarischer Ökonomie treffen zugleich oder in weiterem Verlauf einer gesellschaftlichen Transformation auf mehrere Hindernisse. Die Ausgangspunkte und kurzfristigen Anforderungen

³¹ Siehe dazu die Ausführungen weiter unten

waren: (1) die *Wahrung der Transformationsperspektive* durch Sicherung der sozialen Bewegung und Schaffung eines politischen Bewusstseins; (2) die *Multiplikation von Projekten* durch Wege zum Tun zu finden, die Selbstveränderung durch Konfrontation mit unangenehmen Themen, das Community Building, die Institutionalisierung von Projektgruppen, deren Konstitutierung und die Problematik sozialer Selektivität sowie die Bildung einer politischen Identität durch Gegnerschaften; (3) die Entfaltung von *Attraktivität* durch Überzeugungsarbeit, die Orientierung Solidarischer Ökonomie am gesellschaftlichen Bedarf, die Praktiken des Hingehens zu den Menschen und des Einladens und die Entwicklung von Tools; (4) die *übergreifende Unterstützung* Solidarischer Ökonomie durch Anfangsberatung, erfahrungsbasierte Strukturen und günstige Infrastrukturen; (5) die spezifische *Unterstützung marktorientierter Initiativen* durch Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens, die Sicherung von Marktgängigkeit und den Aufbau von Kompetenzen.

III. Hindernisse, die mittelfristig schlagend werden

Bei allen diesen Strategien und Maßnahmen kommen drei wesentliche Hindernisse zur Geltung: *Falsches Denken*, die *fragliche Verallgemeinerbarkeit marktorientierter Solidarischer Ökonomie* und die *Mängel der Genossenschaft*. Diese drei Hindernisse drohen letztlich die Transformationsperspektive in Frage zu stellen.

1. Falsches Denken

Das *Vorstellungsvermögen* ist in der kapitalistischen Gesellschaft stark eingeschränkt. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass in Krisen in der Regel auf zusätzliche Mittel jenseits der Solidarischen Ökonomie zugegriffen werden kann. So bleibt der Fokus der Öffentlichkeit, aber auch von sozialen Bewegungen oftmals auf die Auseinandersetzungen in Parlamenten und auf Märkten beschränkt. Der Glaube, mit einem reformorientierten Kapitalismus die höchste Stufe des Wirtschaftens erreicht zu haben, trägt das seine dazu bei, Solidarische Ökonomie eher als eine Form zur Bewältigung von Krisen zu sehen denn als eigenständige Form Wirtschaft, Leben und Arbeit anders zu gestalten, weil sie attraktiver ist als das kapitalistische System. Der Mangel an Reflexion verhindert vielfach, diese geistigen Beschränkungen aufzuheben.

Doch können auch die *Zwänge des Marktes*, die für kommerzielle solidarökonomische Betriebe schlagend werden, die fortdauernde Orientierung am kapitalistischen System bestärken. Die harte Konkurrenz am Markt ist mit ein Grund, weshalb Solidarische Ökonomie in Österreich in aller Regel ein Freizeitprojekt darstellt und kleine Dimensionen nicht überschreitet. Dafür spielt

auch eine Rolle, dass basisdemokratische Formen der Selbstverwaltung nur bis etwa 25 Mitgliedern handhabbar sind. Nicht selten verteilen Projekte das im kapitalistischen System Überflüssige, wie in Kostnixläden oder Food Sharing-Plattformen. Solcherart kann Solidarische Ökonomie in Österreich gegenwärtig keine Lebensgrundlage bieten und spart zentrale Bereiche der modernen Gesellschaft aus, namentlich die Industrieproduktion. Dagegen gibt es bei personenbezogenen Dienstleistungen wie Bildungseinrichtungen, Altenbetreuung und Pflegediensten Möglichkeiten zur Expansion Solidarischer Ökonomie. Denn in diesen Bereichen tritt bei zunehmender Betriebsgröße keine Effizienzsteigerung ein, sondern sogar eine Qualitätsverminderung.

2. Fragliche Verallgemeinerbarkeit marktorientierter Solidarischer Ökonomie

All diese hinderlichen Faktoren haben ihre Wurzeln im kapitalistischen System und seiner Ambivalenz. Der übliche Weg der Expansion von Neuerungen in diesem System erfordert ausreichende Geldeinkommen um Investitionen finanzieren zu können. Das bedeutet allerdings, dass Solidarische Ökonomie auf diesem Weg mit konventionellen Unternehmen konkurriert, die tendenziell im Vorteil sind, weil sie keine Aufwendungen für die sozialen Prozesse der Basisdemokratie, Partizipation, Konsensfindung, kollektiven Planung und die Pflege eines angenehmen menschlichen Umgangs tätigen müssen. Sie ersparen sich auch Aufwendungen dafür, die Widersprüche zu bearbeiten, die zwischen der Orientierung an einer Transformationsperspektive und den Notwendigkeiten am Markt überleben zu müssen auftreten – weil sie keine Transformationsperspektive verfolgen. Außerhalb der Arbeit in konventionellen Betrieben lassen sich solidarökonomische Projekte nur begrenzt erweitern. Die notwendige Lohnarbeit führt zu Zeitknappheit und systemisch betrachtet macht sie die Menschen erpressbar. Auch in dieser Hinsicht limitiert das kapitalistische System den Spielraum für die Ausdehnung Solidarischer Ökonomie. All diese Faktoren *ziehen ihre Verallgemeinerbarkeit in Zweifel*.

3. Mängel der Genossenschaft

In Hinblick auf eine Perspektive der Transformation weist die marktorientierte *Genossenschaft Mängel* auf, die aus ihrem Agieren am Markt resultieren. Es gibt einen inneren Grundkonflikt zwischen dem eigenen Wohl der Mitglieder und dem Profitstreben, das die Konkurrenz erzwingt. Das führt häufig zu Selbstaussbeutung um die strukturelle Benachteiligung in der Konkurrenz auszugleichen, zu Überforderung (die bei Qualifikationsdefiziten noch verstärkt wird), oder aber zu einer Übernahme konventioneller Managementmethoden,

etwa durch Einsatz technokratischer Führungskräfte. Solche Entwicklungen widersprechen einer Transformationsperspektive und können sie gefährden.

IV. Längerfristig entscheidende Antworten darauf

Aus Sicht der Wahrung der Transformationsperspektive sind daher eine Reihe von Strategien erforderlich, die in einer zweiten Phase des Übergangs zu einer vollständigen Solidarischen Ökonomie entscheidend werden. Allerdings wird diese zweite Phase schon in einem relativ frühen Stadium der Transformation wichtig, gerade weil die Anfangsschritte auf diesem Weg mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, denen nur durch eine Weiterentwicklung Solidarischer Ökonomie begegnet werden kann. Sie zielen (1) auf eine *Stärkung der Bewegung* und nicht mehr nur auf ihre Sicherung, (2) auf eine *Politisierung* und nicht mehr nur auf die Schaffung von politischem Bewusstsein, (3) auf Ressourcen vom Staat und nicht mehr nur auf die allgemeine Überzeugungsarbeit, (4) auf eine systematische, gesellschaftliche *Bildung für Solidarische Ökonomie* zusätzlich zur Anfangsberatung und zum Aufbau limitierter Kompetenzen für solidarökonomische Genossenschaften, (5) auf eine *Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie*, das heißt die Überführung konventioneller Betriebe in solidarökonomische Einheiten, die sich nicht mehr auf eine Nische beschränken dürfen, (6) auf *Demokratie nach Außen* anstelle einer relativen Selbstgenügsamkeit von solidarökonomischen Projekten, (7) auf eine Veränderung der gesamten Gesellschaftsstruktur und nicht nur partielle Reformen von Gesetzen, (8) auf *Solidarische Kreislaufschlüsse* anstelle der bloßen Multiplikation von solidarökonomischen Initiativen, und (9) auf eine (teilweise oder gänzliche) *Entkoppelung vom Markt* anstelle der bloßen finanziellen Förderung Solidarischer Ökonomie. Zusammengefasst: Längerfristig müssen Strategien gebildet werden um den Staat zu verändern und damit Solidarische Ökonomie die gesamte Gesellschaft erfassen kann.

1. Strategien bilden

(a) Bewegungen stärken

Die *Stärkung von Bewegungen* zielt darauf ihre Autonomie und ein antikapitalistisches Bewusstsein zu bewahren. Die Bewegung muss als Bewegung wachsen und Widerstandskapazitäten aufbauen. Es gilt eine Kooptierung durch staatliche Politiken und Körperschaften zu vermeiden. Die Integration von Anliegen sozialer Bewegungen führt oft nur zu einer Integration am Rande und infolgedessen zu einem Verlust kritischen Potenzials und von Dynamik. Dafür ist es notwendig, eine Unabhängigkeit vom Staat zu sichern. Solidarische

Ökonomie von unten aufzubauen hat Priorität. Zur Stärkung von Bewegungen für eine Solidarische Ökonomie gehört auch, eine Durchlässigkeit zwischen Projekten zu schaffen um voneinander zu lernen und einander zu befruchten. Manche solidarökonomischen Projekte betrachten sich als relativ abgeschlossen. Das ist in Hinblick auf eine Transformation problematisch.

(b) Politisierung

Die *Politisierung* Solidarischer Ökonomie baut auf einem politischen Bewusstsein auf, das gezielt geschaffen werden muss. Die Politisierung zielt auf die Entwicklung von geteilten Forderungen an den Staat und von Strategien diese durchzusetzen. Der Staat verfügt über immense gesellschaftliche Ressourcen, die eine Solidarische Ökonomie nicht aus dem Blick verlieren darf, auch wenn es der Umsicht und ständiger kritischer Reflexion bedarf um als Basisbewegung, die selektiv mit dem Staat kooperiert, nicht kooptiert zu werden. Wichtig sind dabei Bündnisse mit anderen Akteur*innen, die Ausarbeitung konkreter Perspektiven für das Upscaling von solidarökonomischen Initiativen, die Konfrontation mit dem Machtwillen einer korrupten Politik, die Schärfung des Profils Solidarischer Ökonomie und schließlich die politische Analyse. Dabei sind erneut Vernetzungen wichtig. Es müssen aber auch Konfliktpotenziale in der Bewegung bewusst bearbeitet werden, die entstehen, wenn konkrete Forderungen und Strategien diskutiert werden.

Die Bildung von Bündnissen nimmt beim Community Building ihren Ausgang, weil sich dort die politische Organisationsfähigkeit herausbildet und verankert bleibt. Für die Bündnisbildung muss allerdings die Sehnsucht nach Gemeinschaft im Sinn der Zusammenarbeit mit „Menschen, die so sind wie ich“ überwunden werden. Nur auf diese Weise wird das gegenwärtige Nebeneinander von sinnvollen Aktivitäten ohne strategische Ausrichtung einer politischen und sozialen Bewegung im eigentlichen Sinn weichen können, die auch klarere Kriterien an Solidarische Ökonomie anlegt. Es geht um eine politische Analyse, die Projekte als Zusammenhang voranbringt und weiterentwickelt, und nicht nur um nette alternative Räume. Der Staat schöpft seine Mittel aus der konventionellen Ökonomie, die ebenso wie der Staat selbst in den Blick kommen muss. Die Gewerkschaft müsste dahingehend als Motor wirken und einen expandierenden Genossenschaftssektor und Betriebsübernahmen durch Belegschaften aktiv unterstützen und begleiten. Lokalistische Haltungen müssen abgestreift werden. So ist etwa zu fragen, warum Lokalwährungsinitiativen in Österreich nicht die Wiedereinführung einer Nationalwährung diskutieren. Denn

Österreich ist im Maßstab von Brasilien und – allgemein gesagt – im Rahmen einer stofflich sinnvollen Regionsgröße, eine Region.

2. Staat verändern

(a) Ressourcen vom Staat

Eine Politisierung Solidarischer Ökonomie ist die Voraussetzung um auf *staatliche Ressourcen* zielen zu können. Diese stammen aus der konventionellen Ökonomie und aus so genannten strukturschwachen Regionen auch in Österreich, wie beispielsweise dem Waldviertel. Ressourcen des Staates zur Förderung Solidarischer Ökonomie einzusetzen hat sowohl den Effekt einer direkten Stärkung der Transformation als auch einer indirekten, indem die konventionelle Ökonomie und die Zentren geschwächt werden. Wesentliche strategische Elemente sind dabei eine Dezentralisierung, eine Stärkung von Subsidiarität und die fortlaufende Reflexion des Verhältnisses zum Staat.

Eine Reihe von Forderungen leitet sich daraus ab, die Ergebnis eines Politisierungsprozesses Solidarischer Ökonomie sein sollten: (1) ein Mainstreaming Solidarischer Ökonomie in allen staatlichen Einrichtungen³² durch bevorzugte Auftragsvergabe, (2) die systematische Förderung Solidarischer Ökonomie und allgemein von demokratischen Governance-Strukturen durch Subventionen und finanzielle Erleichterungen in der Gründungsphase von Initiativen und Betrieben, (3) das systematische und aktive Angebot staatlicher Beratungsdienstleistungen und der Begleitung bei der Gründung von Initiativen und Betrieben insbesondere im Bereich Wohnen und von Genossenschaften im Sinn Solidarischer Ökonomie³³, (4) Umbau sozialer Sicherungen zugunsten von Freiräumen für das Engagement in Solidarischen Ökonomien (etwa im Rahmen der Arbeitslosenversicherung), (5) Rückbau von repressiven Maßnahmen gegen Besetzungen leerstehender Gebäude und von Brachflächen, sie müssen durch die Politik geduldet werden, (6) die staatliche Unterstützung des Schließens regionaler Wirtschaftskreisläufe, (7) Rücktransfer von finanziellen Ressourcen aus den Zentren an Regionen, die an den Rand gedrängt wurden, durch eine regional angepasste Strukturförderung mit Fokus auf kleine Einheiten, (8) die staatliche Unterstützung für die Überführung von Betrieben, die vor dem Konkurs stehen, in die Selbstverwaltung der Belegschaft. Mit solchen Maßnahmen würden auch Hochtechnologien leichter zugänglich und eine Solidarische Ökonomie im industriellen Sektor realistischer. Der

³² Wie dies auch in Brasilien seitens des Staatssekretariats für Solidarische Ökonomie angestrebt wird

³³ In Schweden gibt es beispielsweise eine flächendeckende Beratung für kooperatives Wirtschaften

Aufbau von Initiativen Solidarischer Ökonomie müsste nicht immer bei Null beginnen, sondern würde auf gesellschaftliche Ressourcen zugreifen können.

(b) Bildung für Solidarische Ökonomie

Das Bildungswesen ist ein zentrales Element für die Herausbildung des gesellschaftlichen Alltagsverstands, der jenes falsche Denken unterstützt, das ein wesentliches Hindernis Solidarischer Ökonomie darstellt. Das Bildungswesen vermittelt in den Schulen gegenwärtig ausschließlich die herrschende ökonomische Lehre und an den Universitäten ist die Lage kaum besser. Es geht daher um eine *Bildung für Solidarische Ökonomie*, die das Wissen zu Solidarischer Ökonomie möglichst früh und breit streuen muss. Dieser Bildungsprozess hat nicht nur damit zu tun das Wissensmonopol der herrschenden ökonomischen Lehre zu beenden, sondern auch das kritische Hinterfragen und praktische Ausprobieren im allgemeinen zu fördern. Solidarökonomische Inhalte inklusive solcher zu Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung müssen dementsprechend in allen Bildungseinrichtungen verpflichtend verankert werden.

3. Die gesamte Gesellschaft erfassen

(a) Solidarische Ökonomie konventionalisieren

Neben den Strategien, die auf eine grundlegende Veränderung staatlicher Politik und des Bildungswesens abzielen, muss auch die konventionelle Ökonomie direkt umgestaltet werden. Die Überführung von Betrieben in Selbstverwaltung, die vor dem Konkurs stehen (siehe oben) ist ein erster Schritt. In der Folge müssen die großen Unternehmen im Sinn einer *Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie* direkt demokratisiert und dezentralisiert werden.

(b) Demokratie nach Außen

Die Expansion Solidarischer Ökonomie intensiviert auch die Frage der *Demokratie nach Außen*. In größeren solidarökonomischen Zusammenhängen kann sich Macht auf einer übergeordneten Ebene oder im Verhältnis zu weniger marktmächtigen Zulieferbetrieben konzentrieren. Die Mitsprache von Betroffenen jenseits der Mitarbeitenden eines Unternehmens ist dahingehend sehr wichtig. Eine Limitierung von Betriebsgrößen und komplexen Unternehmensstrukturen können weitere Maßnahmen darstellen.

(c) Veränderung der Gesellschaftsstruktur

Auch bei weitreichenden nationalstaatlichen Reformen zugunsten Solidarischer Ökonomie bleiben die Zwänge des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab

bestehen. Sie setzen der Transformation früher oder später eine weitere harte Grenze. Aus diesem Grund muss ein Paradigmenwechsel erfolgen, der die Abhängigkeit vom Weltmarkt aufhebt und eine andere Gesellschaft ohne den heutigen Konkurrenzdruck möglich macht. Dieser Paradigmenwechsel müsste sich auch darin äußern, die nationalstaatlichen Reformen weiterzutreiben. Es geht auf dieser Ebene nicht mehr um staatliche Ressourcen für eine Unterstützung Solidarischer Ökonomie, sondern um *gesellschaftliche Strukturveränderungen*.

Ein zentrales Element könnte ein Bedingungsloses Grundeinkommen darstellen, das eine Unabhängigkeit von der Lohnarbeit garantiert und Spielräume für die Entwicklung einer Solidarischen Ökonomie vergrößern würde. Weitergehend müsste Geld seine Wertaufbewahrungsfunktion verlieren und anderen Waren gleichgestellt werden. Geld dürfte nur Tauschmittel sein und es dürfte keinen Zins geben. In eine ähnliche Zielrichtung würde der Abbau der Konzentration des Kapitals weisen und die Überwindung des Bankenkapitalismus durch finanzpolitische Regelungen. Sozial- und Umweltstandards müssten weltweit durchgesetzt werden durch internationale Kooperation und Abkommen.

Diese Strukturveränderungen sind in Richtung einer zunehmenden Self-Reliance von Regionen weiterzuentwickeln, die auf diese Weise immer weniger Ressourcen aus dem Süden aneignen würden. Ohne eine Unabhängigkeit vom Weltmarkt bei einer gleichzeitigen Neudefinition von Regionen in Europa nach stofflich sinnvollen (nicht nach nationalen) Grenzziehungen ist dies unmöglich.

(d) Solidarische Kreislaufschlüsse

Der Paradigmenwechsel muss auch auf der Ebene Solidarischer Ökonomie vollzogen werden. *Solidarische Kreislaufschlüsse* gehen von der Bildung von Ketten und Netzwerken Solidarischer Ökonomie aus. Sie erlauben eine schrittweise Abkoppelung vom zurückweichenden kapitalistischen System. Der Austausch zwischen den solidarökonomischen Einheiten wäre mittels Geldverkehr oder durch direkte Kooperation ohne Vermittlung von Geld zu gestalten.

(e) Entkoppelung vom Markt

Eine entweder ergänzende oder dominierende Strategie in diesem Rahmen besteht in einer allgemeinen *Entkoppelung* der Reproduktion und Produktion *vom Markt*. Die Marktkonkurrenz führt zu inneren Widersprüchen in Projekten und Betrieben. Sie übt harte Zwänge aus. Eine relative Unabhängigkeit vom Markt kann durch die Konzentration Solidarischer Ökonomie auf die Reproduktion

(vor allem im Wohnbereich) erreicht werden. Die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen könnte durch eine zunehmend nicht-monetäre Kooperation zwischen Genossenschaften vom Markt entkoppelt werden.

3.2.3. Abgrenzungen

Die Gesprächspartner*innen des Transformationsdiskurses grenzen sich durchgehend von jenen Sozialökonomischen Betrieben (SÖB) ab, die dem AMS angelagert sind. Diese seien strikt hierarchisch organisiert und weisen eine Reihe von problematischen Eigenschaften auf, die weiter unten näher erläutert werden. Eine klare Grenze wird auch gegenüber den großen Genossenschaften in Österreich gezogen. Corporate Social Responsibility (CSR) wird überwiegend von Solidarischer Ökonomie deutlich abgegrenzt, mitunter werden dort jedoch auch Ansatzpunkte gesehen, die in Richtung solidarökonomischen Handelns weisen. Social Entrepreneurship wird überwiegend deutlich von Solidarischer Ökonomie unterschieden. Die Sozialwirtschaft wird großteils von Solidarischer Ökonomie abgegrenzt, mitunter werden allerdings auch verbindende Elemente hervorgehoben. Die Gemeinwohl-Ökonomie wird von Solidarischer Ökonomie unterschieden, es werden allerdings häufig deutliche Verbindungen gesehen. Fair Trade wird teilweise klar von Solidarischer Ökonomie abgegrenzt, teilweise werden dagegen Ähnlichkeiten und Verbindungen herausgestellt.

Die folgenden Abgrenzungen wurden selten angesprochen: Die klassische Entwicklungshilfe wird eindeutig von Solidarischer Ökonomie unterschieden. Die Sharing Economy wird aufgrund ihrer kommerziellen Ausrichtung ebenfalls nicht zur Solidarischen Ökonomie gerechnet. Wegen der Verzinsung werden auch Mikrokredite von Solidarischer Ökonomie unterschieden und es wird betont, dass deren Zinssätze zudem in der Regel sehr hoch seien. Der NPO- und der Dritte Sektor werden von der Solidarischen Ökonomie unterschieden, in einer Stellungnahme wird Solidarische Ökonomie jedoch zumindest teilweise als zum NPO-Bereich zugehörig dargestellt. Konventionelle Betriebe mit alternativem Anspruch wie etwa GEA/Waldviertler werden teilweise von Solidarischer Ökonomie abgegrenzt, teilweise werden verbindende Elemente genannt, in drei Fällen (zwei davon gehören zum Transformationsdiskurs) gilt GEA/Waldviertler als gutes Beispiel Solidarischer Ökonomie³⁴. Darauf wird im Folgenden noch näher eingegangen. In zwei Interviews werden Community Supported Agriculture (CSA) Initiativen problematisiert und in ihrer vorherrschenden Form von Solidarischer Ökonomie tendenziell abgegrenzt.

³⁴ Die Stellungnahmen aus dem Gemeinschaftsdiskurs werden an diesem Punkt nicht berücksichtigt.

Das grundlegende Muster des Transformationsdiskurses zeigt sich auch in den Begründungen dieser Grenzziehungen. Dort wo Grenzen klar gezogen werden, wird als Kriterium die fehlende transformatorische Funktion in Richtung auf eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft genannt. In den Fällen, wo trotz mancher Defizite, die angegeben werden, ein Bereich dennoch in die Nähe Solidarischer Ökonomie gestellt oder als Anknüpfungspunkt bezeichnet wird, gilt das Kriterium der Solidarität oder der Wunsch etwas Gutes zu tun als ausschlaggebend, und zwar fast immer in Hinblick auf die für notwendig gehaltene Transformation, die von vorfindlichen Praktiken ausgehen müsse.

3.2.4. Varianten des Transformationsdiskurses

Innerhalb des Transformationsdiskurses lassen sich Varianten nach thematischen Schwerpunkten und politischen Positionen unterscheiden. Ein Diskurs definiert was Sag- und Denkbar ist. Diskurse eröffnen deshalb immer ein Möglichkeitsfeld für unterschiedliche, sogar gegensätzliche politische Positionen. Diese Positionen argumentieren allerdings, sofern sie einem Diskurs zugehören, im Rahmen seiner grundlegenden Charakteristika (wie sie für den Transformationsdiskurs oben dargestellt worden sind). Beispielsweise würde eine positiv auf staatliche Politik bezogene Variante des Transformationsdiskurses sich mit einer sehr staatskritischen Variante nicht auf die Förderung von Wettbewerb als Leistungsanreiz für Genossenschaften beziehen – wie das im Gemeinschaftsdiskurs der Fall sein könnte. Wettbewerb als Leistungsanreiz ist als Argument im Rahmen des Transformationsdiskurses nicht möglich.

Eine wirtschaftsdemokratische Variante hat aufgrund des teilweise positiven Bezugs auf das Staatshandeln ein gewisses Naheverhältnis zum Sozialdemokratischen Diskurs. Die autonomistisch-bewegungsorientierte Variante des teilweise kritischen, skeptischen oder weniger interessierten Bezugs auf das Staatshandeln beziehungsweise einem stärkeren Fokus auf zivilgesellschaftliches Handeln steht in diesem Punkt dem Gemeinschaftsdiskurs etwas näher. Die kulturorientierte Variante befindet sich noch stärker in einem Naheverhältnis zum Gemeinschaftsdiskurs. Die autonomistisch-bewegungsorientierte Variante hinterfragt in stärkerem Ausmaß Grenzziehungen wie jene zwischen Ökonomie und Gesellschaft, was sich auch in der kulturorientierten Variante andeutet. Dies unterscheidet beide Varianten auch vom Gemeinschaftsdiskurs. Dort wird die Konstruktion einer bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgenden Marktsphäre reproduziert oder nicht beziehungsweise wenig hinterfragt. Die autonomistisch-bewegungsorientierte Variante formuliert im Unterschied zu den anderen Varianten teilweise eine

fundamentale Kritik des Marktes und des Geldverhältnisses. Das unterscheidet sie auch vom Sozialdemokratischen und vom Gemeinschaftsdiskurs. Im Anhang ist die Zuordnung der Kurzbeschreibungen der Interviews zu Diskursen und Varianten im Transformationsdiskurs zu ersehen.

Diese tendenziellen Differenzierungen des Transformationsdiskurses sind nicht als Konfrontationslinien zu verstehen, sondern als Schwerpunktsetzungen und eine darauf bezogene Orientierungshilfe. Individuelle Positionierungen innerhalb der unterschiedlichen Dimensionen des Diskurses sind komplex. Die Andeutung der Variationsbreite soll lediglich auf einige allgemeine Muster hinweisen.

3.2.5. Entwicklungspolitik

In diesem Abschnitt werden alle Äußerungen zur Bedeutung von Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit Solidarischer Ökonomie (im Sozialdemokratischen und im Transformationsdiskurs) beziehungsweise Genossenschaften (im Gemeinschaftsdiskurs) systematisiert. Auffallend ist die Heterogenität der Äußerungen zum Begriff der Entwicklungspolitik. Es zeigte sich, dass die Expertise zu Entwicklungspolitik bei den Gesprächspartner*innen sehr uneinheitlich ist. Sie ist generell in deutlich geringerem Maße vorhanden als zu Solidarischer Ökonomie beziehungsweise Genossenschaften. Das ist nicht verwunderlich, nachdem die Auswahl der Gesprächspartner*innen nicht nach der Expertise zu Entwicklungspolitik erfolgte. In manchen Fällen wurden allerdings komplexe und strategisch differenzierte Überlegungen zu Entwicklungspolitik im Nord-Süd-Verhältnis deutlich.

Vier Gruppen von Bedeutungen entweder des Begriffs Entwicklungspolitik oder eines Gegenkonzepts (in den Fällen, wo Entwicklungspolitik kritisch betrachtet wurde) sind zu unterscheiden: eine traditionell entwicklungsorientierte Bedeutung, Solidarökonomische Entwicklungszusammenarbeit (EZA), Self-Reliance, Bewusstseinsbildung und persönliche Entwicklung. Jede dieser vier Gruppen beinhaltet selbst wiederum heterogene Äußerungen. Die Perspektiven dieser Gruppen müssen sich nicht in allen Fällen ausschließen. Allerdings scheint ein Widerspruch zwischen einer traditionell entwicklungsorientierten und einer Perspektive der Self-Reliance gegeben zu sein.

Die *traditionell entwicklungsorientierte Perspektive* richtet sich primär auf die Generierung von gerechten Einkommen im Süden und eine demokratische Bildung. Dafür wird Solidarische Ökonomie für relevant gehalten: als betriebsrätliche Solidarität, im Verzicht auf den Bezug von Rohstoffen aus kritikwürdigen Arbeitsverhältnissen, als Aufbau demokratischer

Bildungseinrichtungen und als einkommensbasierte Entwicklungsperspektive für den Süden selbst. In einem Interview (aus dem Gemeinschaftsdiskurs) werden Hilfsprojekte genannt. In Hinblick auf eine einkommensbasierte Entwicklung Solidarischer Ökonomie im Süden wird betont, dass Regionen weltweit sehr unterschiedliche Potenziale zur Selbstversorgung aufweisen, was Handel in gewissem Ausmaß notwendig mache. Des weiteren erfordere Entwicklung grundsätzlich Geldmittel, die nur durch Handel generiert werden könnten.

Die Perspektive der *Self-Reliance* lehnt Entwicklungspolitik ab. Self-Reliance meint den Aufbau von Selbstversorgung in Regionen des Südens wie des Nordens. Damit sollen der Weltmarkt reduziert und das Widerstandspotenzial gegen das Kapital gestärkt werden. Durch Self-Reliance im Norden würde der Zugriff auf Ressourcen des Südens erheblich vermindert, was unter anderem militärische Interventionen reduziere. Entwicklung im Süden könne nur im Süden selbst entstehen. Interventionen des Nordens seien dafür weder hilfreich noch möglich. Dies stoße sich am Selbstverständnis unter anderem von entwicklungspolitisch orientierten NGOs. Entwicklung in einem Land des Südens hänge von internen Kräfteverhältnissen ab. Die Rolle eines Landes des Nordens bestünde darin, bestimmte Akteur*innen wie Konzerne oder Agrarlobbies im Süden nicht zu unterstützen. Dies könne beispielsweise durch eine kritische Politik gegenüber den Welthandelsinstitutionen erfolgen. Die guten Kräfte könnten und sollten von Außen gestärkt werden. Mit dieser Zielrichtung wird ein Gutes Leben für Alle verbunden, das ein Wirtschaften für die gesamte Menschheit erfordere. Zudem seien verstärkt Ideen und Praktiken aus dem Süden in einer Haltung des Lernens vom Süden im Norden anzuwenden und zu entwickeln. Dies wurde unter anderem damit begründet, dass sich die Zentren der weltweiten sozialen Auseinandersetzungen, aber auch die wirtschaftlichen Machtzentren aus Europa in andere Regionen verschoben hätten. Regionalität beziehungsweise Self-Reliance wird jedoch in keinem Interview mit einer vollständigen Abkehr von internationalem Handel verbunden. Es gehe vielmehr um Regionalität im Kontext einer internationalen Kooperation auf Basis von Gerechtigkeit, Solidarität und Reziprozität.

Die Perspektive der *Solidarökonomischen Entwicklungszusammenarbeit* (EZA) richtet sich auf solidarische Vernetzungen, etwa in Form von Produktionsketten zwischen solidarökonomischen Betrieben, wodurch Rohstoffe und Wissen auch dem Süden zugute kämen. Es gehe um eine solidarische Zusammenarbeit auf Augenhöhe, sodass die Ideen und Bedürfnisse der Menschen aus dem Süden den Ausschlag geben. Auch in diesem Kontext wird mitunter die Bedeutung des Lernens vom Süden in Hinblick auf Solidarische Ökonomie genannt. Zudem

gehe es im Sinn einer Solidarischen EZA um Hilfe für arme Länder in Europa. Als ein wichtiges Werkzeug wird der Vermögenspool genannt, der eine Umkehrung des Kapitaltransfers in den Norden zurück in den Süden ermöglichen könnte. Der Vermögenspool müsse in einer Perspektive der Subsistenz, der Regionalität und eines Lebensstils zur Anwendung kommen, der für alle auf der Welt verantwortbar ist.

Die Perspektive der *Bewusstseinsbildung und persönlichen Entwicklung* betont die Notwendigkeit der Bewusstseinsbildung im Norden, sodass die Auswirkungen der eigenen Lebensweise zum Thema werden. Es gehe um eine transnationale Perspektive, die alle 8 Milliarden Menschen im Blick behält und vor diesem Hintergrund die eigene, lokale Lebensweise reflektiert. Ein abweichender Begriff von Entwicklungspolitik bezieht sich vorrangig auf persönliche Entwicklung. Es gehe um die Frage, was mensch wirklich tun möchte und um konkrete Ressourcen für Menschen auch im Norden, denen beispielsweise Wohnraum fehlt um sich diese Frage überhaupt stellen zu können.

3.2.6. Potenzielle Bündnispartner*innen

Das Feld der möglichen Bündnispartner*innen wird in den Interviews durchwegs als sehr schwierig beschrieben. In Gewerkschaften und Arbeiterkammer werden vereinzelte Initiativen genannt, die ausgehend vom ersten Solidarökonomie-Kongress 2009 in Wien in kleinen Gesprächsrunden das Thema behandelt haben. Die Initiative einiger weniger Funktionär*innen der Gewerkschaftsfraktion AUGÉ dürfte dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben. So gab es etwa im Diskussionsforum GEDIFO eine Auseinandersetzung mit dem Thema. Inzwischen liege ein Beschluss aus Gewerkschaftskreisen vor, wonach der Staat im Fall von Betrieben, die vor dem Konkurs stehen, die Übernahme durch die Belegschaft unterstützen solle. Auch in der Arbeiterkammer Wien haben sich Einzelpersonen mit dem Thema Solidarische Ökonomie befasst. Diese Phase des Interesses sei jedoch wieder abgeklungen. Dies wird auf tagespolitische Notwendigkeiten zurückgeführt, aber auch auf die allgemeine Ressourcenknappheit der Vertretungsorgane der Arbeitnehmer*innen. Zwei Personen mit Forschungs- und Publikationserfahrung zum Thema Solidarische Ökonomie sind in gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen programmatisch tätig. Sie bringen Impulse ein. Grundsätzlich sei die Gewerkschaft von einer paternalistischen Haltung geprägt, die den Belegschaften wenig Entscheidungskompetenz zutraut, bestärkt durch Kolleg*innen, die vertiefte Partizipationsprozesse tatsächlich als

Belastung empfinden. Dem könnte allerdings mit einer entsprechenden Gestaltung solcher Prozesse gegengesteuert werden.

Die Grünpartei zeigte phasenweise ein merkliches Interesse am Thema Solidarische Ökonomie, das sich jedoch trotz mancher Bemühungen nicht in jüngsten Programmatiken niedergeschlagen hat. Mitglieder der Grünpartei waren, ebenso wie eine KPÖ-Funktionärin, auch in der Organisation der Kongresse zur Solidarischen Ökonomie in Wien aktiv. Die Grüne Bildungswerkstatt Wien (GBW) war in der Folge aktiv in der Weiterführung eines Diskussionsprozesses in Zusammenarbeit mit dem Renner-Institut der SPÖ tätig. Auch die GBW Oberösterreich zeigte aktives Interesse am Thema. Inzwischen wird auf Initiative der Grünpartei in Oberösterreich eine Ansprechperson für alternative Vermarktungsmodelle im Landwirtschaftsbereich finanziert, die auch Beratung zu Food Coops betreibt. Als großes Defizit wird die Ausrichtung der Grünen Wirtschaft auf Social Entrepreneurship genannt. Eine Entfremung zwischen Grünpartei und der Gewerkschaftsfraktion AUGE sei ebenfalls problematisch. In der SPÖ werden der sozialistisch orientierten, minoritären Fraktion gewisse Potenziale zugesprochen. Ein dort verankertes Mitglied war regelmäßig zum Thema aktiv. Der SPÖ Sozialminister Hundstorfer, so werden dahingehende Äußerungen wiedergegeben, ist am Thema Solidarische Ökonomie nicht interessiert. In Hinblick auf SPÖ-Funktionär*innen, die mit entwicklungspolitischen Agenden befasst sind, heißt es in einem Interview: „*Null Bewusstsein, dass Österreich was lernen könnte von Brasilien.*“

Christlich-soziale Kreise werden als denkbare Bündnispartner*innen beschrieben und die wichtige Rolle der Katholischen Sozialakademie (KSÖ) für das Thema Solidarische Ökonomie wird in mehrfacher Hinsicht in den Interviews hervorgehoben. Aus meiner eigenen Erfahrung sei ergänzt, dass die Arbeiterkammer Steiermark vor mehreren Jahren einen zweitägigen Workshop zu Solidarischer Ökonomie finanzierte, an dem auch zwei brasilianische Gäste teilnahmen. Aus der Steiermark wird von einem ernsthaften Interesse bestimmter Personen in der Landespartei der SPÖ am Thema berichtet.

In der österreichischen NGO-Landschaft spielt Attac bislang die wichtigste Rolle für das Thema Solidarische Ökonomie, insbesondere über die Inhaltsgruppe AgrarAttac. Neuerdings ist auch Südwind dahingehend aktiv (etwa über das Projekt, das den vorliegenden Bericht finanziert). Der ÖIE Kärnten ist seit vielen Jahren sehr aktiv mit dem Thema befasst und hat zwei Winter Schools zu Solidarischer Ökonomie organisiert. Bei den großen

Genossenschaftsverbänden Raiffeisen und Volksbank wird keine Bündnisfähigkeit geortet. Einzelne Gemeinden werden für ansprechbar gehalten.

3.2.7. Interviewbasierte Fallbeschreibungen

Im Folgenden werden in Form kurzer Fallbeschreibungen auf Basis der Interviews einige für Solidarische Ökonomie wichtige Themen genauer dargestellt. Einige der Fallbeschreibungen implizieren Forschungsbedarfe auf Basis weiterer Interviews und Literaturstudien, die aus Zeitgründen nicht durchgeführten werden konnten. Nur fallweise wurden zusätzliche Literaturquellen konsultiert und sind dann im Text extra angeführt. Ich habe keine Kommentare oder direkte eigene Wertungen in den Text einfließen lassen, Feststellungen aus den Interviews aber fallweise nach den im Methodenteil angegebenen Prinzipien gewichtet.

LESEHINWEIS: Dieser Abschnitt enthält keine persönlichen Wertungen. Er gibt nicht meine Meinungen wieder, sondern jene der Gesprächspartner*innen. Die Formulierungen stammen zum guten Teil aus den Gesprächen. Meine Arbeit bestand darin, die Inhalte der Interviews zu den im Folgenden aufgeführten Subthemen zu dokumentieren. Nur vereinzelt wurden Angaben nachgeprüft. Wo ich Angaben nicht mit weiteren Interviews oder anderen Untersuchungen nachprüfen konnte, schreibe ich im Konjunktiv.

Eigene Kommentare sind als solche gekennzeichnet und in Fußnoten aufgeführt – mit Ausnahme der Abschnitte zum Aspekt der selbstorganisierten Reproduktionsarbeit im Rahmen von unibrennt, zur Kritischen und Solidarischen Universität (KriSU) und der einleitende Teil zum Abschnitt über die Experimentelle Arbeitsmarktpolitik, zum Thema Genossenschaften, zur Selbstverwaltung und zu Baugruppen.

Hausbesetzungsbewegung. Impulse wirken im Untergrund

Dieser Abschnitt beruht im wesentlichen auf einem Interview, ergänzt um eigene Erfahrungen sowie um Einschätzungen zur Rolle der Hausbesetzungsbewegung in zwei weiteren Interviews. Ein Interview behandelte die Verbindung zwischen Hausbesetzungsbewegung der 1970er und 1980er Jahre und die Entstehung Elternverwalteter Kindergruppen. Die Hausbesetzungsbewegung in Wien spielte in der Entwicklung des Themas Solidarische Ökonomie und von mehreren solidarökonomischen Projekten in den letzten etwa 10 Jahren eine wichtige, vielleicht entscheidende Rolle in Österreich. Anhand einzelner politischer Biographien lassen sich prägende Ereignisse und Erfahrungen exemplarisch

nachzeichnen. Auf Basis der Kenntnis der autonomen Szene in Wien und von sozialen Protesten in diesem Zeitraum können einige wichtige Impulse und Entwicklungsdynamiken beschrieben werden.

Das Austrian Social Forum (ASF) 2003 brachte mehrere Aktivist*innen aus der Umsonstökonomie (Volxküchen, Umsonstläden) zusammen. Es fand zudem in Zusammenarbeit mit einer Aktivistin aus der autonomen Szene, die Erfahrungen mit Hausbesetzungen in Amsterdam gesammelt hatte, ein Workshop zu Solidarischer Ökonomie mit einer Aktivistin aus dem Zusammenhang der Gruppe W.E.G.³⁵ statt. Die Gruppe W.E.G. war unter anderem von der damaligen Redaktion der Zeitschrift Streifzüge³⁶ beeinflusst und engagierte sich als vermutlich erste Gruppe in Wien für einen Kostnixladen, aus dem später das selbstverwaltete Projektlokal Schenke³⁷ hervorgegangen ist. Zu dieser Zeit gab es einige Besetzungsaktionen in Wien in einem breiten Bündnis von Organisationen etwa in der Meldemannstraße 2003 (SOS Mitmensch, Die Bunte, Autonome, Volxtheaterkarawane, der spätere Grünpolitiker Klaus Werner Lobo und andere waren beteiligt), die erste Besetzung in Wien seit Jahren damals. Zwar erfolgten diese Besetzungen zunächst im Sinn einer Stellvertretungspolitik für sozial schwächere Gruppen, doch seien diese Erfahrungen ein wichtiger Auslöser für Hausbesetzungen gewesen, die daraufhin auch die persönlichen Bedürfnisse der Besetzer*innen in den Blickpunkt rückten:

„Wir haben das sehr offen gemacht, am Anfang, so Hausbesetzungen. Und da war die Erfahrung, da drinnen zu sitzen, die erste Frage, naja, was könnt ich da jetzt plötzlich machen. Stell dir vor, ich hab Raum, wo ich nicht zahlen muss und nicht einem Verwertungsdiiktat unterworfen bin, und ich könnt tun was ich will. Was würd ich eigentlich tun wollen? Für mich, oder auch für andere? Die Frage war glaub ich eine sehr anstachelnde, praktische Frage. Und auch wenn man immer nur zwei, drei Tage drinnen gesessen ist, hat man angefangen, das nebenbei zu organisieren und sich diese Frage zu stellen. Und ich glaub das war eine sehr zentrale.“

Die Besetzungserfahrungen seien für viele Beteiligte ein zentraler Anlass gewesen um sich mehr der praktischen Organisation zu widmen, in Absetzung von einem ausschließlichen Fokus auf Theorie, Kritik und Widerstand. Aus der Besetzungsbewegung seien viele praktische Initiativen in Wien entstanden. Zwar zerfiel diese Besetzungsbewegung rasch, aber ein erheblicher Teil der Beteiligten habe dadurch einen Motivationsschub für weiterführende Projekte bekommen.

³⁵ <http://www.geldlos.at/>

³⁶ <http://www.streifzuege.org/>

³⁷ <https://dieschenke.wordpress.com/>

Bis zu den neuen Praxisprojekten aus der Besetzungsbewegung heraus habe es nur eine überschaubare Zahl an Kollektiven und Sozialzentren gegeben (zum Beispiel Amerlinghaus³⁸, EKH³⁹, Tüwi⁴⁰, V.E.K.K.S⁴¹)⁴². Danach entstanden Wagenplätze⁴³ und mehrere Projekte: die i:da⁴⁴, die für eine Zeit lang die linksradikale Szene größtenteils gebunden hat sowie Pankahytt⁴⁵, Venster⁴⁶, Einbaumöbel⁴⁷, Kaleidoskop⁴⁸, Uoqbon⁴⁹, Bike Kitchen⁵⁰, und ein Kostnixladen⁵¹. Der Kostnixladen habe zunächst im 7. Bezirk umgesetzt werden sollen. Es hätten Verhandlungen mit der (grünen) Bezirksvertretung stattgefunden, welche diese jedoch nach Zusagen wieder abbrach:

„Meine Vermutung war, dass sie mitgekriegt haben, dass wir unabhängig sein wollten, dass wir ihnen zu freakig waren. Dass wir keine Bezahlung wollten, das ehrenamtlich machen wollten war ihnen zu freakig, oder weil wir halt auch politik- und grünenkritisch waren, und sie das mitgekriegt haben, und wir nicht viel Subventionen haben wollten, sondern einmalig viel um das billig herzurichten, mit einer Einmalinvestition und dann billig was zu haben, um nachher unabhängig zu sein. Vielleicht war ihnen das unangenehm, vielleicht ist auch intern was passiert, das ist oft schwer zu durchschauen. Wir haben dann besetzt, aber das ist auch nix geworden. Es gab eben diese Dynamiken, gab dann Besetzungsaktionstage und dann Vernetzungstage.“

Aktionstage und Vernetzungen habe es in der Folge mehrere gegeben. Spontan habe sich im Verlauf aus Initiativen, die eine Kritische Uni anstrebten, die Gruppe Freiraum entwickelt. Die damaligen Proteste gegen das Universitätsgesetz sollten über den Sommer anhalten, weshalb die Aktivist*innen eine Besetzung initiierten. Es habe sich eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eine Kritische Uni zu organisieren gebildet. Unter den Aktivist*innen sei ein Konflikt

³⁸ <http://www.amerlinghaus.at/>

³⁹ <http://www.med-user.net/~ekh/>

⁴⁰ <http://tuewi.action.at/>

⁴¹ <http://www.veks.org/>

⁴² Zur neueren Besetzungsbewegung siehe auch Uhl (2012), für Beiträge zu älteren Besetzungsbewegungen in Wien Wien Museum (2012)

⁴³ daraus hervorgegangen: <http://akwlobau.wagenplatz.at/>, <http://gaensebluemchen.wagenplatz.at/> und <http://treibstoff.wagenplatz.at/>

⁴⁴ nicht mehr existent; siehe dazu: <http://besetzungsarchiv.org/projekt/ida/>

⁴⁵ <http://www.pankahytt.at/>

⁴⁶ <http://www.venster99.at/>

⁴⁷ <http://1bm.at/>

⁴⁸ <http://kaleidoskop.kukuma.org/>

⁴⁹ inzwischen PerpetuumMobile: <http://perpetuummobile.kukuma.org/>

⁵⁰ <http://www.bikekitchen.net>

⁵¹ Siehe die instruktive timeline hier, welche die erhebliche Lücke an Besetzungsaktionen zwischen Ende der 1980er Jahre und um das Jahr 2003 zeigt: <http://besetzungsarchiv.org/timeline/> - Die Gruppe Besetzungsarchiv sammelt Materialien zu Besetzungen zur Online-Dokumentation und lädt Menschen mit entsprechenden Erfahrungen und Dokumenten (Flyer etc.) dazu ein Kontakt aufzunehmen.

zwischen einer konzeptorientierten Gruppe entstanden und einer, die vor weitergehenden Diskussionen einen Raum besetzen wollte. Schließlich wurde das Facultas-Gebäude besetzt⁵². Diese Aktion führte ein universitätspolitisches Interesse an einem Raum als Druckmittel und ein praktisches Interesse an einem Raum für Widerstand und Autonomie zusammen. Die Facultas-Besetzung dynamisierte die Bewegungen weiter, was von den Universitätsprotesten bis zu Freiraum verfolgt werden kann und zu mehreren Initiativen geführt habe: von weiteren Besetzungen über den Kostnixladen in Graz bis hin zu Aktionen in Vorarlberg und österreichweit. Freiraum sei in der Folge rasch zerfallen, unter anderem aufgrund der Gefährdung des EKH, und belebte sich 2007 und 2008 wieder, als die Gruppe Dynamik durch neue Besetzungen generieren konnte⁵³. Schließlich entstand die Pankahytt, die zeitgleich mehrere Besetzungsaktionen durchführte.

Nach der Wiederbelebung von Freiraum habe sich die Hausgruppe beziehungsweise das Hausprojekt davon abgetrennt. Die Hausgruppe hatte ein weniger offenes Konzept und war auf gemeinschaftliches Wohnen einer fixen Gruppe hin ausgerichtet⁵⁴. Dies sollte Konflikte minimieren. Die Hausgruppe führte mehrere Besetzungen durch und hätte sich dann aufgrund von Erschöpfung aufgelöst. Von Freiraum ausgehend hätten sich die Beteiligten in verschiedene Richtungen zerstreut, zur Kritischen Universität sowie zu anarchosyndikalistischen Initiativen, die inzwischen den Druckraum⁵⁵ betreiben. Weitere Linien, die von Freiraum ausgehend zu identifizieren seien sind der Kostnixladen in Wien, Menschen, die auf Wagenplätze gezogen sind und solche, die bei der ida stark aktiv geworden sind. Nach dem Zerfall der Hausgruppe gab es Besetzungen im Lobmeyrhof⁵⁶ (2011), oft über eine Woche, des Epizentrum⁵⁷ (2011), das zwei Monate besetzt war und der Pizzeria Anarchia, die über ein Jahr gehalten wurde.

Die wesentlichen Aktivist*innen in den unbrennt-Protesten 2009 an der Akademie der Bildenden Künste in Wien, die sich auf die ganze Universität ausbreiteten, seien zuvor an Besetzungen in Graz beteiligt gewesen. Mehrere Personen der Initialgruppe wären auch aus Graz gekommen. Einige der Aktivist*innen hätten zudem Erfahrungen im Rahmen von Besetzungen der

⁵² <http://www.vienna.at/studenten-besetzen-ehemaliges-facultas-gebäude/vienna-news-mgrim-20040607-032606>

⁵³ vgl. auch Uhl (2008)

⁵⁴ <http://hausprojekt.noblogs.org/gallery/5579/Hausprojekt1mal1.pdf>

⁵⁵ <http://druckraum.lnxnt.org/>

⁵⁶ <http://fm5ottensheim.blogspot.co.at/2011/07/lobmeyr-hof-in-wien-ottakring-besetzt.html>

⁵⁷ <http://epizentrum.noblogs.org/>

Hausgruppe gemacht und trugen diese schließlich an die Universität. Auch Aktivist*innen des Epizentrum seien bei den Universitätsprotesten 2009 stark involviert gewundert gewesen. Es verwundere daher nicht, dass in Hinblick auf die Organisationsstrukturen starke Ähnlichkeiten zwischen dem Besetzungsmilieu und den Universitätsprotesten 2009 auszumachen sind.

Denn im Verlauf der Besetzungsbewegungen sei eine starke Kritik am basisdemokratisch-konsensualen Konzept der Großplena formuliert worden. Einerseits weil es individuelle Freiheiten einschränke, andererseits weil es viele Entscheidungshierarchien schaffe. In basisdemokratisch-konsensorientierten Großplena setzen sich Leute mit Sitzfleisch oder mit Veto durch, so das Argument. Im Rahmen der Universitätsproteste entwickelten sich dagegen AG-Konzepte (Arbeitsgruppen-Konzepte), wo Menschen mit denjenigen, die Lust dazu haben, etwas planen können, sofern andere nicht davon betroffen sind. AG-Konzepte hätten sich bei Aktionen, Demonstrationen und Protesten als tauglich erwiesen. Wer in einer AG etwas tun will, sucht sich die passenden Leute. Die AG entscheidet dann autonom und spontan für sich. Die Ablehnung von basisdemokratisch-konsensualen Großplena habe auf einer Kritik an Repräsentation gegründet, die bestimme, wie Politik funktioniere. Repräsentative Politik basiere auf der Annahme, dass es einer starken Gruppe mit einer geschlossenen Meinung bedarf um Druck zu machen. Die AG-Kultur und die Ablehnung repräsentativer Strukturen im Rahmen der Universitätsproteste 2009 (unibrennt, Audimaxbewegung) wären wesentlich aus der Besetzungsbewegung gekommen:

*„AG, kein großes Plenum, es gab Gruppen, die eine Unireform beschlossen habe und andere, die die Abschaffung der Klassengesellschaft wollten. Und die Trotz*istInnen, die Entscheidungen um Radikalisierungen herbeizuführen wollten, waren verloren, weil man sich gegen Entscheidungsfindung gewehrt hat und es nur AGs gab und die Leute machten was sie wollten. Da gab es eine ganz starke Parallele. Kam 100-prozentig aus diesen Strukturen [der Hausbesetzungsbewegung, Anm. d. A.], und wurde dort reingetragen. Die ganze Audimaxbewegung hat das beeinflusst, oder bestimmte die Form, die das genommen hat.“*

Eine weitere Neuerung im Rahmen der unibrennt-Proteste im Vergleich zu früheren Universitätsprotesten (die mehrfach auch eine Besetzung des Audimax involvierten), umfasste die Selbstorganisation von Reproduktionstätigkeiten. So wurde über Wochen hinweg eine gut funktionierende Volkküche mit wechselnden Mitarbeitenden für eine sehr große Zahl an Menschen betrieben. Und es entstanden sozialarbeiterisch orientierte Projekte für die zunehmende Zahl an wohnungslosen Menschen, die in der kälter werdenden Jahreszeit das

Audimax zum Aufenthalt nutzten. Die besetzten Hörsäle und umliegenden Räumlichkeiten wurden zu Orten des Lebens, Kochens, Aufenthalts, der Arbeit, der Aktion und der theoretischen Diskussion – eine neuartige Verschränkung dieser in politischen Bewegungen meist getrennten Aktivitäten.

Im Verlauf der unbrennt-Protteste bildete sich eine Gruppe namens Kritische und Solidarische Universität (KriSu)⁵⁸, die im Audimax eine Veranstaltung zu einer Solidarischen Ökonomie der Bildung organisiert und zusammen mit der Redaktion der Zeitschrift Grundrisse in der Folge einen Reader zu Bildungsprotesten und kritischer Bildung herausgab (Plattform Massenuni 2009). KriSu organisierte eine Besetzung außerhalb des Audimax in einem Gebäude gegenüber des Neuen Institutsgebäudes (NIG), die nur eine Nacht lang anhielt. Dabei waren Aktivist*innen der späteren Pizzeria Anarchia, von Wagenplätzen⁵⁹, der Hausgruppe und aus verschiedenen anderen Milieus, etwa der NGO-Szene beteiligt. Aus der KriSu heraus wurden die folgenden Monate und noch nach dem Kongress zur Solidarischen Ökonomie 2009 mehrere kleine Workshops zu Solidarischer Ökonomie organisiert, die Vernetzungen anregten und das Projekt einer Karte Solidarischer Ökonomie entwickelten⁶⁰. Die Vernetzungsaktivitäten waren unter anderem als Politisierungserfahrung für einen dynamischen Aktivist*innen des späteren Sprungbrett Aspern (jetzt Transition Base⁶¹) auf dem Gelände der Seestadt Aspern wichtig.

Zur Hausbesetzungsbewegung und ihren Impulsen heißt es entsprechend: *„All diese Sachen haben eine Kontinuität und wie sich diese Projekte entwickeln und zusammenfinden. Aber wo welcher Impuls genau, ist schwierig. Bei vielen Leuten einzeln, kann man sagen, da ist eine Kontinuität, die hat das reingetragen. Aber manchmal gibt's nicht mal eine Person.“*⁶²

Ausgehend von der selbstorganisierten, kritischen Bildungsarbeit, die sich im Rahmen der unbrennt-Protteste entwickelte, gewährten die Leitungsorgane an einigen Universitäten kleine Freiräumen für selbstorganisierte Lehrveranstaltungen seitens Studierender. Ansonsten blieben die Auswirkungen der Protteste wenig sichtbar. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten

⁵⁸ <http://krisu.noblogs.org/> - nicht mehr aktiv

⁵⁹ Es gibt momentan drei Wagenplätze in Wien, wobei einer einen Vertrag mit der Stadt zur Miete einer Fläche abgeschlossen hat. Die beiden anderen sind autonomistisch organisiert

⁶⁰ <http://vivirbien.mediavirus.org/>

⁶¹ <https://viennatransitionbase.wordpress.com/vision/>

⁶² Anm. d. A.: Es mag in diesem Zusammenhang betrachtet kein bloßer Zufall gewesen sein, dass der 2011 verstorbene Dieter Schrage, der in der Arena-Besetzung 1976 sehr aktiv gewesen war, auch eine wichtige Rolle in der Organisationsgruppe für den ersten Solidarökonomiekongress in Wien spielte. Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Schrage

Dynamik aus nicht öffentlich sichtbaren Impulsen und daraus entstehenden konvergierenden Bewegungslinien, die theoretische Diskussionen und praktische Initiativen integrieren, wie dies aus den Interviews erschlossen werden konnte, ist davon auszugehen, dass auch von den unbrennt-Protessen Impulse gesetzt worden sind, die weiterwirken und sowohl theoretische als auch praktische Entwicklungen angestoßen haben.

Die Hausbesetzungsbewegung, die in den letzten Jahren an Dynamik verloren hat, übte, wie Gesprächspartner*innen argumentiert und vermittelt haben, eine Reihe von Impulsen aus, die für die Entwicklung Solidarischer Ökonomie in Österreich auf theoretischer und praktischer Ebene von großer Bedeutung waren (siehe dazu im Folgenden auch die Darstellung der Solidarischen Kongresse in Wien). Auf der sichtbaren Ebene der Besetzungen selbst waren keine dauerhaften Erfolge zu verzeichnen. Allerdings erfuhr die Räumung der Pizzeria Anarchia 2014 großes Medieninteresse. Die Pizzeria-Gruppe entstand infolge einer Anfrage der Eigentümer einer Immobilie im 2. Bezirk an die Pankahytt, ob Interesse an einem Einzug in das Gebäude bestünde. Die Eigentümer verfolgten damit den Plan die verbliebenen Mieter*innen zu vertreiben. Nachdem die Bewohner*innen der Pankahytt ablehnten und das Angebot in der autonomen Szene die Runde machte, bildete sich aus Einzelpersonen, die ein Haus für sich suchten, eine Gruppe. Die Strategie der Eigentümer wurde rasch durchschaut. Die Gruppe kehrte sie um, indem sie das Gebäude bezog, sich mit den Mieter*innen solidarisierte und damit begann Stadtteilarbeit zu machen. Neuzugänge wurden im Fall von Rücksichtslosigkeit (Lärm in der Nacht, zu laute Musik etc.) im Interesse der Mieter*innen aus der Gruppe ausgeschlossen⁶³.

Bekannt sei, so die Information in einem Gespräch, dass die Besetzungsbewegung zu Debatten in der Grünenpartei und gewisser Unterstützung führten. Auch die SPÖ habe sich nach einer Besetzung des Rathauses durch die Gruppe Freiraum mit der Thematik in einer Sitzung befasst. In Wien existiert

⁶³ Anm. d. A.: 2014 fand ein Polizeieinsatz zur Räumung der Pizzeria Anarchia statt, der außergewöhnlich hohe Kosten verursachte und in den Medien als unverhältnismäßig und illegitim dargestellt wurde. Zwar erregte vorrangig das standardisierte Schema „Ordnungshüter gegen Chaoten“ die Aufmerksamkeit der Medien, allerdings wurde durchaus auch der politische Hintergrund der Aktion vermittelt. Parallel und im Vorlauf der Räumung der Pizzeria war in Wien eine zunehmend kritische Debatte zu den steigenden Mieten zu verzeichnen, die inzwischen dazu geführt hat, dass die SPÖ nach langer Zeit wieder die limitierte Errichtung von Gemeindebauten durch die Stadt in Aussicht stellte und ein bekannter Grünpolitiker die – rechtlich grundsätzlich denkbare – Möglichkeit von Enteignungen zur Schaffung günstigen Baugrunds seitens der Stadt thematisierte. Kausale Zusammenhänge zwischen den Aktionen der Pizzeria Anarchia und dieser Verschiebung im politischen Diskurs sind nicht zu belegen ohne umfangreiche Forschung, wären aber denkbar, wie beispielsweise hier zu ersehen:

http://diepresse.com/home/panorama/wien/4783562/Pizzeria-Anarchia_Eigentumer-unter-Beobachtung

seit 1998 eine Koordinationsstelle für Zwischen- und Mehrfachnutzungen. Die Einrichtung dieser Stelle ist zwar nicht auf die Besetzungsbewegung zurückzuführen, allerdings wurde die Beauftragte im Zusammenhang mit Besetzungen immer wieder kontaktiert. Ihr politischer Einfluss ist allerdings sehr begrenzt und bislang ist nicht bekannt, dass ein autonomes Projekt über die Stelle zu Raum gekommen ist. Zwischennutzungen würden in der autonomen Szene zudem kritisch diskutiert, so ein Interview, weil sie als eine Form der Kooptierung wirken können, das heißt selbstorganisierte Dynamiken mit der privaten Eigentumsordnung vereinbar machen würden, mit Kulturalisierung und Kommerzialisierung. Andererseits könnten auch neue widerständige Dynamiken entstehen, etwa wenn ein autonomes Projekt nach Ablauf der Dauer der Zwischennutzung einen Raum nicht abgibt.

Hausbesetzungen waren in mehreren Ländern, in Österreich bis in die 1980er Jahre, in Holland und England bis in neuere Zeit juristisch unproblematisch, weil diese Gesetzgebungen zwischen Eigentum und Besitz trennten und dem Eigentum nur einen geringen Stellenwert zuerkannten. Vielmehr war die tatsächliche Nutzung von Wohnraum (Besitz) entscheidend und Hausbesetzungen wurden teilweise geduldet. Dies habe in Amsterdam etwa zum Einsatz von Besetzungsbrecher*innen in Analogie zu einem Streik geführt, das heißt von Menschen, die gegen eine sehr günstige Miete Räume belegten um sie gegen eine Besetzung abzusichern. Diese Gesetzgebungen wurden im Lauf der Zeit zugunsten der Rechte der Eigentümer*innen verändert. In Österreich sind Besetzungen nach wie vor nicht strafbar und seien insgesamt in einer rechtlichen Grauzone angesiedelt.

In Hinblick auf eine Solidarische Ökonomie des Wohnens und die potenzielle politische Funktionalität von autonomistischen sozialen Bewegungen sind Hausbesetzungen eine interessante Strategie. Unter einer entsprechend besitzfreundlichen Gesetzgebung würde aus Eigentumsrechten nicht automatisch das Recht abgeleitet andere von der Nutzung leerstehenden Wohnraums auszuschließen und so für die Wohnungsspekulation zu sichern. Vielmehr würde die tatsächliche Nutzung von Wohnraum in den Vordergrund gestellt. Eine solche Regelung, wie sie in mehreren Ländern bestand, wirkt wie eine Strafsteuer auf Leerstand, wie in einem Interview argumentiert wird. Sie führt daher unter bestimmten Umständen zu einer Erniedrigung von Mieten oder jedenfalls zur Möglichkeit in Form stiller Besetzungen Wohnraum für ansonsten wohnungslose Menschen zu schaffen.

Dieser Zusammenhang sei insofern interessant, weil er angesichts der sehr großen Zahl an leerstehenden Wohnungen und Büroräumen in Wien aufzeige, dass eine solidarökonomische Wohnungspolitik nicht oder nicht ausschließlich auf staatliche Wohnpolitik zurückgreifen müsse. Ebenso könnten gesetzliche Reformen eine größere Duldsamkeit gegenüber kollektiver Selbstorganisation institutionalisieren und ohne weitere staatliche Aktivitäten eine bessere Wohnungspolitik erreichen. Eine solidarökonomische Wohnungspolitik in diesem Sinne würde – so wurde geäußert – die vom Staat abgesicherte Privateigentumsordnung nicht unterminieren und zugleich dennoch über sie hinausweisen.

Dass Hausbesetzungen solidarökonomische Projekte generieren und in der Folge staatliche Politiken beeinflussen, wurde in einem Interview in Hinblick auf Elternverwaltete Kindergruppen ausgeführt. Die heute zahlreichen und gut organisierten Initiativen in Wien würden demnach auf das Umfeld der Hausbesetzungen Ende der 1970er und in den 1980er Jahren zurückgehen. Damals hätten die Kindergruppen auch noch die zusätzliche Funktion gehabt, den Eltern einen Raum zu geben um sich mit eigenen problematischen Kindheitserfahrungen auseinanderzusetzen. Dieses Anliegen spiele heute keine Rolle mehr. Die Elternverwalteten Kindergruppen der ersten Generation hätten jedoch die staatlichen Erziehungseinrichtungen inspiriert und beeinflusst. Eine wichtige Voraussetzung sei die damals emanzipatorisch orientierte sozialdemokratische Politik gewesen.

Die Kongresse zur Solidarischen Ökonomie in Wien. Ein Beispiel alternativer Organisationsformen

Dieser Abschnitt beruht auf vier Gesprächen mit Aktivist*innen aus der Kerngruppe der Organisation des ersten Solidarökonomie-Kongresses in Wien 2009, einem informellen Gespräch mit einer weiteren Person aus diesem Kreis sowie eigenen Erfahrungen im Umfeld beider Kongresse sowie bei Veranstaltungen dortselbst und auf der dafür eingerichteten Mailingliste. Weitere zehn Personen wurden eingehender nach der Außenwahrnehmung⁶⁴ der Kongresse und Erfahrungen mit Workshops dort befragt und konnten das Bild in unterschiedlichem Ausmaß ergänzen. Als Vergleich werden Unterschiede zum Kongress Gutes Leben für Alle an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) 2015 beschrieben. Die beiden Hauptorganisator*innen dieses Kongresses wurden interviewt. Die Außenwahrnehmung der Veranstaltung wurde in drei Interviews abgefragt und in einem informellen Gespräch mit einer Teilnehmerin.

⁶⁴ von außerhalb des engeren Kreises der Organisationsgruppe

2009 und 2013 fanden in Wien Kongresse zur Solidarischen Ökonomie statt, die das Thema in Österreich einführten. Bemerkenswert ist die Organisationsform der beiden Kongresse, die in enger Verbindung mit den zuvor beschriebenen Entwicklungen in der Hausbesetzungsszene und der davon beeinflussten unbrennt-Bewegung 2009 standen. Eine ideengebende Person aus der Organisationsgruppe 2009 war stark von den Erfahrungen und Debatten in der Hausbesetzungsbewegung beeinflusst.

Die Initialzündung für den ersten Kongress 2009 gab der Solidarökonomie-Kongress in Berlin 2006. Einige Aktivist*innen aus Wien besuchten den Kongress in mehreren voneinander unabhängigen Gruppen. Die Veranstaltung wurde wesentlich von Attac Deutschland getragen, unter anderem vom Aktivisten Sven Giegold, der später der Grünpartei beitrug und inzwischen als Abgeordneter zum Europaparlament die Stärkung von Solidarischer Ökonomie auf EU-Ebene zu seinen Anliegen zählt. Der Berliner Kongress 2006 markierte insofern eine deutliche Akzentverschiebung, als Attac bis dahin auf Forderungen an den Staat fokussiert hatte um Reformen insbesondere der Finanzmärkte zu bewirken. Der Kongress thematisierte nun den Aufbau von Alternativen zum Neoliberalismus in der Gegenwart, ohne auf eine Abkehr von der Deregulierungspolitik zu warten. Von da an war Solidarische Ökonomie als Thema in Deutschland präsent.

Eine der Gruppen von Aktivist*innen aus Wien, die nach Deutschland gereist waren, und die sich aus vorgängigen politischen Zusammenhängen im Umfeld von Attac, KSÖ und anderen Organisationen kannten, inspirierte der Berliner Kongress zur Vorbereitung eines Kongresses in Wien. Andere hätten, unabhängig von dieser Gruppe, die Idee der Food Coop aus Berlin nach Wien und gründeten im Anschluss die erste Food Coop in Wien, bioparadeis⁶⁵, so eine Person, die in der Food Coop Szene aktiv ist. Im Bereich der Food Coops sind auch einzelne Personen aus der autonomen Szene engagiert, die sich in den oben beschriebenen Besetzungsdynamiken und daraus hervorgegangenen oder damit in Verbindung stehenden solidarökonomischen Lokalen politisiert haben. Weiters waren die Erfahrungen mit der Selbstorganisation von Reproduktionsarbeit im Rahmen der Volxküche am Berliner Kongress für Einzelne, die sich später in solidarökonomischen Zusammenhängen in Österreich zu engagieren begannen, eine wichtige neue Erfahrung:

⁶⁵ <http://www.bioparadeis.org>; nach einer Angabe 2006, http://foodcoops.at/wp-content/uploads/2012/11/Foodcoops-Konsumgenossenschaften_politix_32.pdf, nach einer anderen 2007, <http://foodcoops.at/?p=112>; Anm. d. A.: eine ähnliche inspirierende Funktion hatte der Solidarökonomie-Kongress in Wien 2013 für die Gründung des Leihladens in Wien: http://www.leihladen.at/wp/?page_id=2

*„Was ich dort sehr genossen hab, war die gemeinsame Kongressorganisation, gemeinsames Abwaschen, gemeinsames Kochen, das kannte ich damals noch nicht so in dieser Form. Dass für eine Veranstaltung auch die Leute nicht nur als Konsument*innen gesehen werden, sondern tatsächlich als verantwortliche Mitveranstalter*innen. Das war eine erste wichtige Erfahrung für mich, weil da hab ich mich ernst genommen gefühlt.“*

Diese Erfahrung hatte in dem Fall eine befreiende Wirkung, weil sie einen Kontrast zu den gewohnten Formen des Umgangs in Familie und Institutionen wie der Universität darstellten und sie regte zum Weiterdenken an: *„Das waren neue Erfahrungen, neue Beziehungen, wo man punktuell versucht andere Formen von Beziehungen herzustellen, wo Rollen nicht so fix vorgegeben sind. Das hat mir ein Freiheitsgefühl gegeben, eine Leichtigkeit, hat mich auch intellektuell sehr angeregt.“*

Schließlich motivierte der Berliner Kongress einzelne Andere auch dazu, innerhalb Österreichs Kontakte zu einschlägig befassten Wissenschaftler*innen zu knüpfen und Solidarische Ökonomie aus dem lateinamerikanischen Kontext auf Österreich zu beziehen und Recherchen in Hinblick auf relevante Initiativen zu beginnen. Dies sind vier Schlaglichter auf weitere Beispiele für untergründige Impulse, die in Bewegungen wirksam werden, wie sie sich aus den Interviews erschließen.

Die Kerngruppe der Organisation bestand aus etwa 5 bis 10 Personen, bei den Treffen waren zumeist 10 bis 15 Personen anwesend, die sehr unterschiedliche Hintergründe aufwiesen, von autonomen Szenen über feministische Zusammenhänge, Institutionen bis hin zu ungebundenen Einzelpersonen. Die Gruppe begann mit einem Diskussionsprozess zu Visionen. Intensive Diskussionen behandelten die Frage der konkreten Organisationsstrukturen, weil der Wunsch bestand, sich bewusst und gut überlegt nach selbstdefinierten Prinzipien demokratisch zu organisieren. Diese Diskussionen und die Zusammenarbeit über den ganzen Planungsverlauf verliefen ohne Streitigkeiten.

Ein gewisser Konflikt bestand zwischen einer eher effizienzorientierten Position, die in der Minderheit blieb, und einer mehr an den abstrakten Ideen, persönlichen Lebenslagen, Beziehungen und utopischen Aspekten interessierten Position. Die effizienzorientierte Position erwies sich nach dem Kongress bei der Fertigstellung der Kongressdokumentation als funktional:

„Die waren auch schon, die konkreten Vorschläge [zur konkreten Organisationsstruktur, Anm. d. A.] waren recht außergewöhnlich. Frühe Formen von barcamp und viel open space sind diskutiert worden. Dann gabs nur eine ganz kleine Fraktion, die gesagt hat es braucht Struktur und konkrete Vorgabe, die war immer nur klein,

konnte sich nicht so stark durchsetzen, eventuell eher am Ende, wo es ums Programmheft ging. Da musste man das in Themenschiene einordnen.“

Die Gruppe stand trotz dieser unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im Konsens hinter den ungewöhnlichen Organisationsformen der Zusammenarbeit selbst und des Kongresses. Wesentlich waren dabei das Prinzip der Hierarchielosigkeit und des Verzichts auf repräsentative Formen von Diskussionen. Dies bedeutete einen integrativen Ansatz, der möglichst keine Vorgaben zu Kriterien Solidarischer Ökonomie oder zur Teilnahme am Kongress machte. Im Vordergrund stand das Anliegen, eine Vernetzung und utopische Momente zu ermöglichen. Zugleich wurde darauf geachtet, nicht von Organisationen vereinnahmt zu werden. Zwar waren manche Personen aus der Kerngruppe des ersten (und auch des zweiten Kongresses) institutionell eingebunden, doch agierten sie nicht im Namen ihrer Organisationen, wenngleich diese ihr Engagement unterstützten. Die Organisationsgruppe blieb während des Verlaufs ihrer Arbeit offen für Neuzugänge und es wurde viel Augenmerk auf eine gute Einbindung neuer Interessierter gelegt. Die Arbeit erfolgte ehrenamtlich, nur in der Endphase der Organisation wurde eine Person geringfügig angestellt. Sie bewältigte die Hauptlast der anspruchsvollen und zeitraubenden administrativen Arbeit. Die hohen Ansprüche und die fehlenden Geldmittel führten dazu, dass die Gruppe nach dem ersten Kongress erschöpft war und nur 3 bis 4 Mitglieder sich an der Mithilfe bei einem zweiten Kongress interessiert zeigten.

Die Organisation war auf Wien konzentriert, obwohl sich viele Leute aus den Bundesländern eingebracht haben. Dass am Kongress nur Deutsch gesprochen wurde, wird von einer Person in den Interviews als eine weitere Begrenzung genannt. Die Organisation hat viel Netzwerkarbeit in der Frühphase involviert, ansonsten hätte der Kongress, wie in einem Interview betont wird, nicht so erfolgreich viele Gruppen und Menschen ansprechen können. Die Einladung zur Teilnahme wurde breit gestreut, auch in Deutschland.

Die Organisationsgruppe gründete einen Verein für Solidarische Ökonomie um einige verwaltungstechnische Aspekte abwickeln zu können. Der Verein sollte zuerst nach Durchführung des Kongresses wieder eingestellt werden, wurde später jedoch mit rotierenden Vorstandsfunktionen weitergeführt. Er existiert als loses Label weiterhin, jedoch nicht als formalisierter Arbeits- und Entscheidungszusammenhang.

Wesentlich war die Abkehr von der Logik repräsentativer Politik durch die Kongressgruppe⁶⁶. Diese hierarchiekritische Positionierung sollte auch das Logo des ersten Kongresses symbolisieren, das durch die Metapher des Rhizoms von Deleuze und Guattari inspiriert war. Die Kongressorganisation stellte Gruppen und Einzelpersonen Zeit und Raum zur Verfügung um Inhalte zur Diskussion zu bringen, griff aber weder inhaltlich ein noch schuf sie Podien wo prominente Einzelpersonen eine herausgehobene Stellung einnehmen und Debatten prägen konnten. Die herkömmliche Politik linker Gruppen wurde aus dieser Perspektive als fragwürdig betrachtet, weil sie nicht auf einer Kritik der Funktionsweise von (üblicher) Politik beruht. Häufig entwickeln sich daher, so wurde argumentiert, bei Kongressen Machtkämpfe um den Gestaltungseinfluss. Nicht selten spielen dabei für Organisationen eine Rolle, dass sie ein Image und Bekanntheit kultivieren müssen, weil darauf die Möglichkeit der Finanzierung beruht. Daher stand die Schaffung einer strukturell solidarischen Organisation im Mittelpunkt:

*„Repräsentation und Machtkampf entfalten Eigenlogiken über Connections, Sprecher*innen und Einfluss, die sehr konkurrenzförmig sind. Wir haben versucht, dass all solchen Sachen der Wind aus den Segeln genommen wird, weil du das nicht machen kannst. Von vornherein in keiner strukturell kampf- und konkurrenzförmigen Umgebung, sondern in einer strukturell solidarischen Umgebung. Wo du kooperieren kannst und wenn du Diskussionen führst, dann aus inhaltlichem Interesse und nicht aus verselbstständigten Eigendynamiken heraus, dass du dich selbst darstellen musst und Konflikte austragen musst.“*

Im Unterschied zu solchen strukturell solidarischen Diskussionsräumen müssen beispielsweise Parteien aus strukturellen Gründen konkurrieren, wurde argumentiert. Das führe etwa dazu, dass eine Partei gegen ihren eigenen Vorschlag stimmt, wenn er von einer anderen Partei umgesetzt werden soll, um sich bei Wahlen zu profilieren. Bei NGOs wirke sich die strukturelle Konkurrenz darin aus, dass beständig das Kriterium der Wahrnehmbarkeit und der eigenen Positionierung im Blick behalten werden muss um Förder- oder Spendengelder zu lukrieren.

Anders in einer strukturell solidarischen Umgebung, die als Utopie einer Solidarischen Ökonomie einen kleinen Vorschein auf mögliche Zukünfte im Hier und Jetzt geben kann: *„Um in so einem utopischen Experiment andere Formen der Organisation und Kooperation zu etablieren, find ich so eine Diskussion [um genaue Definitionen Solidarischer Ökonomie, Anm. d. A.] fehl am Platz. So eine Struktur muss offen sein, kann jeder dazu kommen können, der sich zugehörig fühlt selbst. Daher haben wir die schwammig und offen gelassen.“* Diese inhaltliche Offenheit und der

⁶⁶ siehe dazu auch Uhl (2011)

konsequente Verzicht auf einen inhaltlichen Einfluss seitens der Organisationsgruppe führte nur in einem Fall zu inakzeptablen Inhalten eines Workshops, die aus dem eingereichten Abstract nicht ersichtlich waren.

Der Kongress ermöglichte selbst eine weitergehende Politisierung, indem er die Erfahrung schuf, dass eine basisdemokratische Selbstorganisation einer Großveranstaltung machbar ist, wie eine Person im Interview erläutert. Die Dynamik sollte zunächst als ein permanenter Kongress über die Veranstaltung hinaus fortgeführt werden, was nicht realisiert werden konnte. Allerdings gab es in der Folge eine feministische Fraueninitiative, die daraus entstand.

Die Organisationsgruppe des zweiten Kongresses veränderte sich sehr stark, die dynamisierenden Personen unterschieden sich. Es erfolgte eine limitierte Wissensweitergabe ganz zu Beginn der zweiten Organisationsphase. Im Wesentlichen folgte die zweite Organisationsgruppe der repräsentationskritischen Struktur des ersten Kongresses, ohne dass es eine formale oder institutionelle Kontinuität gegeben hat. Die ungewöhnliche Art der Selbstorganisation habe auch den Berliner Kongress für Solidarische Ökonomie 2015 beeinflusst, heißt es in einem Interview. Allerdings wich dieser Kongress in einigen Punkten auch deutlich von der repräsentationskritischen Haltung der Wiener Kongresse ab. Zum Einen spielten formale Organisationen eine weitaus größere Rolle, etwa das internationale Netzwerk für Solidarische Ökonomie, RIPESS, das eigene Agenden gesetzt und Inhalte beeinflusst habe. Zum Anderen griff die Organisationsgruppe in Berlin deutlich in die inhaltliche Gestaltung durch die selbstorganisierten Workshops ein und lehnte bestimmte Angebote ab. Aus diesem Grund spielten Veranstaltungen zum Thema Demonetarisierung, die beim zweiten Wiener Kongress 2013 den größten Zulauf erhalten hatten, nur eine geringe Rolle.

Beim Kongress Gutes Leben für Alle 2015⁶⁷ an der Wirtschaftsuniversität Wien wurde versucht, verschiedene Themen wie Commons, Postwachstum und Solidarische Ökonomie unter einem Titel zu diskutieren, der einen positiven Ansatz präsentiert. Anders als Postwachstum, das häufig mit Verzicht assoziiert würde, so heißt es in einem Interview, stand das Anliegen im Vordergrund, eine breitere Akzeptanz von Postwachstum zu schaffen. Das ursprüngliche Anliegen sei zudem gewesen den Aufbau autonomer Institutionen aus der Zivilgesellschaft heraus zu thematisieren, die zu einer Veröffentlichung des Staates führen, im Sinn einer Rückführung des Staates in das Gemeinwesen. Zu diesem Zweck wurden einerseits die Gewerkschaft, die Arbeiterkammer und

⁶⁷ <http://www.guteslebenfueralle.org/>

eine Reihe weiterer etablierter und teilweise halbstaatlicher Organisationen sowie NGOs eingebunden, die auch programmatisch mitgestalteten. Andererseits beteiligten sich Praxisinitiativen aus dem Bereich Solidarischer Ökonomie. Nur ein Teil der ursprünglichen Anliegen konnte umgesetzt werden, insbesondere die Frage der Veröffentlichung des Staates sei nicht wesentlich diskutiert worden. Der Kongress war durch Podien mit prominenten Sprecher*innen und Workshops strukturiert, die Arbeitsgruppen gebildet haben, die weiterlaufend bestimmte Themen ausarbeiten sollen:

„Eine Arbeitsgruppe gabs, die als Thema im Kern Solidarische Ökonomie hatte, es gab einen Workshop zu Ernährungssouveränität, mit der Frage, welche institutionellen Rahmenbedingungen braucht es, dass das mehr werden kann. Das war die Idee des Kongresses, das stärker zu diskutieren, zu sagen, es gibt schon viele Ansätze, wo im Kleinen versucht wird Wirtschaft anders zu organisieren, das sind aber immer noch Nischenprojekte. Aber wenn man sagt, man will Gutes Leben, da ist die Frage wichtig, welche Rahmenbedingungen braucht es, dass die mehr werden und auch Infrastrukturen, nicht nur physisch, auch sozial, auch mental. Das war die Idee, das auch zu diskutieren.“

Ein wesentliches Ziel bestand darin, konkrete Praxisprojekte mit der Frage institutioneller Veränderungen zu vermitteln und eine Diskussion dazu mit verschiedenen Akteur*innen zu beginnen:

„Konkreter arbeiten und konkret anschauen zum Beispiel am Beispiel der Stadt, zum Beispiel Wien. Wie kann man einen Transformationsprozess gestalten. Wo man sagt, die Art und Weise, wie sich Wien ernährungsmäßig versorgt, das soll in eine agro-ökologische Art und Weise übergeführt werden, so nah wie möglich. Wie könnte das gehen, welche Beziehungen bräuchte es, wie könnte man das institutionell vorantreiben. Also nicht nur Projekte vorstellen, das war ja am Kongress auch eine Messe für Initiativen, nicht nur das, nicht nur Initiativen multiplizieren, sondern auch diesen Dialog beginnen. Hier sind wir tendenziell am Anfang. Diese Räume zu schaffen und zu schauen, was braucht, was sind Möglichkeiten einer Stadt das zu fördern, was wären die nächsten Ebenen, auf den darüberliegenden Ebenen. Da gibts noch mehr Ideen, weil Ararpolitik, da ist schon viel gearbeitet. Aber da ist noch viel Potenzial auf der unteren Ebene, was man machen könnte um diese Projekte aus ihrem alleinigen Nischendasein zu holen und besser abzusichern.“

Es gehe in dem Zusammenhang auch darum, den Kontext der Praxisprojekte mehr zu ihren Gunsten zu gestalten – ein politischer Kontext, der zusehends brutaler würde. Die Multiplikation von Praxisinitiativen, etwa von Food Coops, würde alleine noch nicht den Kontext verändern: *„Der Kontext ist immer noch der gleiche. Du holst dir nicht mehr Unterstützung vom Kontext. So wie derzeit wird der Kontext immer brutaler und schwieriger.“*

Die Organisation des Kongresses Gutes Leben für Alle erfolgte zentral und hauptamtlich. Die Organisationsstrukturen der Solidarökonomiekongresse und des Kongresses Gutes Leben für Alle unterscheiden sich markant. Während der Solidarökonomiekongress oder die darauf bezogenen Milieus in den Interviews mitunter als unpolitisch und selbstbezogen kritisiert wurden, weshalb es zu keiner Strategiebildung in Hinblick auf staatliche Ressourcen und der Weiterentwicklung Solidarischer Ökonomie gekommen sei, wurde am Kongress Gutes Leben für Alle die Kritik einer fehlenden Integration von Basisinitiativen geäußert. Es seien nur wenige neue Initiativen präsent gewesen, anders als am Solidarökonomiekongress. Die konventionelle Struktur des Kongresses Gutes Leben für Alle wurde teilweise kritisch gesehen, weil sie keine Diskussionen auf Augenhöhe erlaubt, vielmehr von vornherein den institutionellen Akteur*innen und prominenten Positionen Autorität zugesprochen habe. Konkret wurde kritisch angemerkt, dass in einem von institutionellen Akteur*innen gestalteten Workshop, der großen Zulauf erfahren hatte, Sozialwirtschaft und Solidarische Ökonomie in der Ankündigung begrifflich nicht getrennt worden sind – fast alle Gesprächspartner*innen grenzten die beiden Begriffe voneinander ab, an den Sozialökonomischen Betrieben (SÖB), die dem AMS angelagert sind, wurde durchgehend Kritik geübt. Andere sahen die beiden Kongresse als ergänzend, weil sie verschiedene Zielsetzungen verfolgt hätten und der Kongress Gutes Leben für Alle am Puls der Zeit verschiedene Themen erfolgreich bei Akteur*innen positioniert habe, die sich sonst als schwer zugänglich dafür erweisen. Einige Gesprächspartner*innen beschrieben, dass die Solidarökonomiekongresse durchaus Elemente einer Strategiebildung in längerfristigen Arbeitsgruppen angeregt haben, die allerdings mangels Interesse der institutionellen Akteur*innen bis auf weiteres wieder im Sand verlaufen sind.

Experimentelle Arbeitsmarktpolitik. Ein bewegungsfreundlicher Staat

Im Verlauf der Interviews kristallisierte sich die Phase der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik in Österreich in den 1980er Jahren unter Sozialminister Alfred Dallinger (SPÖ) als wichtiger Bezugspunkt heraus – in biographischer Hinsicht, als politischer Rahmen für Solidarische Ökonomie in dieser Zeit, und als mögliches Modell für künftige Politiken zur Unterstützung Solidarischer Ökonomie. Dementsprechend wurden nach ersten Informationen dazu gezielt drei Personen interviewt, die speziell zu diesem Thema über Inside-Wissen verfügen. Insgesamt äußerten sich neun Personen in den Interviews dazu. Die Einleitung stammt von mir und beruht auf einschlägiger Fachliteratur.

Ab Mitte der 1970er Jahre wurde international das Modell der Nachkriegsentwicklung zusehends als krisenhaft thematisiert. Soziale Bewegungen nach 1968 hatten eine allgemeine soziale Unruhe geschaffen, die sämtliche Lebensbereiche erfasste und die Formen von Geschlechterverhältnissen, der Arbeit, der Politik und des Denkens grundlegend zu verändern begann. Es kam in dieser Periode zu einer massenhaften Gründung von heute als solidarökonomisch bezeichneten Projekten und Betrieben, von Kommunen bis hin zu den damals so genannten Alternativbetrieben, die unter anderem erste Formen von Food Coops, kollektiver Landwirtschaft und selbstverwalteten Industrie- und Handwerksbetrieben umfassten. Zugleich ließen die Wachstumsraten der kapitalistischen Wirtschaft nach, wobei auch der Widerstand gegen die damals vorherrschenden Arbeitsformen eine erhebliche Rolle spielte. Im Verlauf der 1970er Jahre spitzten sich diese Entwicklungen aus verschiedenen Gründen zu, sodass es gegen Ende des Jahrzehnts zu einer Kehrtwende zu neoliberalen Politiken kam, die mitunter als Konterrevolution bezeichnet wird. Dabei spielte die rapide Erhöhung der Zinsraten eine wichtige Rolle, die unter anderem zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Damit und durch gewerkschaftsfeindliche Politiken wurden die Macht der Gewerkschaft gebrochen und der in einigen Ländern institutionalisierte Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit aufgelöst. Zentrale Konsequenzen dieser und weiterer Veränderungen waren eine Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte sowie eine Stagnation beziehungsweise Absenkung der Löhne, was zu einer starken Abnahme des Anteils der Lohneinkommen am Volkseinkommen führte – auch in Österreich. Weiters erfolgte eine allgemeine Privatisierung, die sozialstaatliche Sicherungen aufweichte. Staatliche Politiken wurden zunehmend autoritär, was sich heute unter anderem in der Arbeitsmarktpolitik zeigt. Mit Ausnahme der ökonomischen und sicherheitsstaatlichen Politikfelder wurden vielfach Partizipationsprozesse Teil staatlicher Politiken. Deren Mandat ist jedoch in der Regel auf die Ausgestaltung von Politiken und Plänen beschränkt, deren grundlegende Entscheidungen bereits ohne Beteiligungsverfahren getroffen wurden. Die internen Funktionsmechanismen staatlicher Körperschaften veränderten sich stark, indem sie ökonomisch orientierten Evaluierungsmechanismen unterworfen wurden. Zugleich verlagerte sich das Regierungshandeln immer mehr in öffentlich wenig kontrollierte Netzwerke zwischen NGOs, Interessensgruppen und staatlichen wie halb-staatlichen Körperschaften.

Die neoliberale Restrukturierung aller gesellschaftlichen Bereiche kam in Österreich erst relativ spät in Gang. Die Krisendynamik führte in den 1980er Jahren zu wachsender Besorgnis über die bis dahin ungekannt hohen Arbeitslosenzahlen. Zugleich wurden in der Ära Kreisky von 1970 bis 1983 zahlreiche Reformen umgesetzt, die Forderungen oder Anliegen aus sozialen Bewegungen und im Rahmen eines internationalen gesellschaftlichen Wertewandels umsetzten, der durch diese Bewegungen beeinflusst war. Diese Reformen erfolgten nach dem Motto eines „Durchflutens aller Lebensbereiche mit Demokratie“.

Dies bildete den Hintergrund für die Experimentelle Arbeitsmarktpolitik unter Alfred Dallinger, der ab 1974 Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und von 1980 bis zu seinem Unfalltod 1989 Sozialminister war. Ab 1981 erhöhte der Staat die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik, das heißt für Maßnahmen zur Qualifikation, Vermittlung und Mobilität. Als diese keine Vollbeschäftigung wiederherstellen konnten, wurden ab 1983/84 weitere Instrumente entwickelt, die als Experimentelle Arbeitsmarktpolitik firmierten. Einerseits sollten Arbeitsplätze für insbesondere langfristig erwerbslose Menschen in einer Übergangsperiode geschaffen werden, andererseits in gemeinnützigen Einrichtungen⁶⁸.

Zu einem sehr kleinen Teil beinhaltete die Experimentelle Arbeitsmarktpolitik die Förderung von selbstverwalteten Betrieben. Finanzielle Förderung galt in diesem Rahmen der Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen, die erwerbslos waren. Die Selbstverwaltung als solche sei nicht gefördert worden, allerdings kam eine Reihe von demokratisch durch die Belegschaft verwalteten Betrieben in den Genuss dieser Unterstützung. Es gab insgesamt gesehen größere Freiräume für erwerbslose Menschen Bereiche selbst zu definieren, wo sie sich Beschäftigungsmöglichkeiten erhofften. Die unterstützten Betriebe waren zum großen Teil solche mit gemeinnützigen Aufgaben. Sie sollten sich marktwirtschaftlich erhalten (was auch zum Großteil gelang⁶⁹), aber wurden in Bereichen tätig, in denen privatwirtschaftliche Unternehmen unzureichende Angebote schufen.

Diese Formen aktiver Arbeitsmarktpolitik waren von den skandinavischen Ländern inspiriert, wohin der damals entscheidene Sektionsleiter enge Kontakte hatte, wie es in einem Interview heißt. Dallinger selbst stellte diese damals innovative Form von Arbeitsmarktpolitik in den Kontext einer langfristigen

⁶⁸ Biffi (1994)

⁶⁹ Biffi (1994)

Veränderung der Industriegesellschaft durch fortschreitende Rationalisierung und zu dieser Zeit neuer Aufgabenstellungen im sozialen und ökologischen Bereich⁷⁰. In seiner Sicht sollte sich der Staat selbstorganisierten Initiativen aus der Gesellschaft öffnen und sie im zweiten Schritt unterstützen. Die Experimentelle Arbeitsmarktpolitik kann im Rückblick allerdings auch als der Beginn eines spezifisch österreichischen Wegs zu der heute üblichen aktiven Arbeitsmarktpolitik gelesen werden, wie ein Interview illustriert:

„War damals der Beginn – deshalb ist das in der Öffentlichkeit auch viel stärker angekommen und ist auch ideologisch dann verkauft worden – jetzt ist es integraler Teil der Arbeitsmarktpolitik. Es hat diverse Bereiche gegeben. Erstens: bei Arbeitslosen, die Probleme haben sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren wegen Integrationsdefiziten, dass es eine Integration von Beschäftigung und Qualifikation gibt, dann geschützte Sektoren schaffen, für Leute, die am 1. Arbeitsmarkt nicht unterkommen. Was nun Solidarische Ökonomie betrifft: war damals eher ein Randbereich, man hat halt Projekte auch gefördert, die gewisse Prinzipien der Solidarischen Ökonomie ausprobieren wollten. Das heißt, selbstverwaltet etwas oder in gewissem Sinn selbstverwaltete Betriebe oder meist ganz kleine Unternehmen oder sogar selbstständige Tätigkeit, das mit zu unterstützen durch öffentliche Mittel.“

Die Einrichtung einer Förderung auch für Projekte der Selbstverwaltung in Betrieben geht laut einem Interview auf das Engagement von Einzelpersonen im Waldviertel zurück, die damit einem Zeitgeist folgend zu experimentieren begannen, als große Betriebe in der Region von der internationalen Krise erfasst wurden und in Konkurs gingen:

„Wir waren damals eine Gruppe von Leuten im Waldviertel, die sich Gedanken gemacht haben wie man Betriebe weiterführen kann. Das erste war eine Tischlerei in Zwettl, die Konkurs gemacht hat, wo ein Freund von mir mit den betroffenen Arbeitern den Betrieb weitergeführt hat. Das Modell, das damals in aller Munde war, war Selbstverwaltung und wir haben begonnen zu experimentieren. Ich war selbst bei 3 selbstverwalteten Betrieben dabei, das hat verschiedene Aspekte gehabt, das war Zeitgeist.“

Die katholische Kirche habe eine wichtige Rolle bei der Unterstützung dieser Aktivitäten gespielt. Erst nach einiger Zeit sei die Politik darauf aufmerksam geworden und die Aktivist*innen hätten Druck in Richtung auf Unterstützungsmaßnahmen ausgeübt:

„Es gab keine Förderrichtlinien, wir haben die erkämpft. Es gab damals Regionalförderung des Bundes, dies heut längst nicht mehr gibt, abgesehen von dem, was damals Arbeitsmarktverwaltung war und wir haben uns alles erkämpft irgendwie und lange

⁷⁰ Sozialplattform OÖ (2015)

Überzeugungsarbeit geleistet. Aber einer der Schutzpatrone oder der Schutzpatron schlechthin war Dallinger. Der sagte: Wenn ich 10 selbstverwaltete Betriebe gründe und einer geht ein, dann wär der eine nicht entstanden. Es war nicht so, dass eine Garantie gegeben sein musste. Da spielten verschiedene Kräfte mit.“

Die staatliche Politik sei zu dieser Zeit am Waldviertel interessiert gewesen. Die Region hätte sich einen Ruf als Raum von Experimenten gemacht. Der Frage der Bedingungsfaktoren ging damals auch eine Studie der Universität Linz nach. Das habe einen direkten Kontakt zu Entscheidungstragenden erlaubt:

„Weil das Waldviertel hat damals einen ziemlichen Aufschwung genommen in der Projektszene, wir haben Akzente gesetzt. Das was später als Berufsvorbereitungskurs gegolten hat haben wir gemacht, es sind Projekte entstanden. Es gab damals einen richtigen Tourismus, zum Teil haben wir das gefördert, dass wir immer wieder Politiker eingeladen haben, die haben wir in einen Bus gesetzt und sind die Projekte abgefahren, die wir initiiert hatten, um ihnen klar zu machen was entstehen kann. Aus allen Teilen Österreichs sind Leut ins Waldviertel gekommen und haben geschaut.“

Alfred Dallinger habe sich dabei als besonders progressiv denkender Spitzenpolitiker erwiesen:

„Bei uns haben die Betriebe zugesperrt, wir hatten zum Beispiel in Heidenreichstein einen großen Textilbetrieb, ... um die 1000 Leut, wo irrsinnig viele Leut, das ist nach und nach zugrunde gegangen, wies zugesperrt hat warens nicht mehr soviel, da gabs einen zweiten in Gmünd, einen Möbelbetrieb... die Leut waren über 50 Jahr. Wir haben den Dallinger eingeladen und schilderten die Situation, haben Begegnungen mit diesen von Arbeitslosigkeit Betroffenen ermöglicht und er hat dann zum Beispiel damals spontan entschlossen, für diese Region gibt es für Menschen über 50 eine vierjährige Arbeitslosenphase, dann kam Sonderunterstützung und dann meist Pension. Mit unserem Engagement haben wir Politik beeinflusst und Dallinger war ein Vordenker, hat nicht nur er uns was gebracht, da hats andere auch gegeben, er hat seinen Teil dazu beigetragen, aber er hat in uns sicher Partner gefunden, die umgesetzt haben, was auch unsere Ideen waren, bis zum Grundeinkommen. Es gab viele Ideen, die man mit ihm diskutieren konnte, die später wieder von der Tagesordnung verschwunden sind.“

Die Experimentelle Arbeitsmarktpolitik muss zusammen mit der von Dallinger forcierten Forderung nach einer Wertschöpfungsabgabe betrachtet werden, mit der Betriebe mit besonders hoher Wertschöpfung aufgrund des Einsatzes moderner Maschinen eine stärkere Besteuerung erfahren hätten sollen. Es wurde argumentiert, dass solche Betriebe höhere Gewinne auf Kosten der Gesellschaft lukrieren, die in Form von Arbeitslosigkeit dafür die Kosten tragen muss. Die

Wertabschöpfungsabgabe sollte diese Schieflage balancieren und mit den Mehreinnahmen sollte ein alternativer Beschäftigungsbereich mit neuen Aufgabenstellungen und teilweise auch mit demokratischen Organisationsstrukturen gefördert werden. Aktivist*innen aus dem Selbstverwaltungsbereich argumentierten damals, wie ein Interview darstellt, dass ein Arbeitsplatz in einem selbstverwalteten Betrieb, den der Staat unterstützt, volkswirtschaftlich gesehen weitaus weniger koste als im Regelfall. Unter heutigen Bedingungen zählen solche Gesichtspunkte nichts mehr, weil zumeist betriebswirtschaftlich gedacht wird, heißt es in einem Interview. Die Förderpolitik sei zudem immer mehr standardisiert und unzugänglich geworden: *„...verändert hat sie sich diesbezüglich, dass aus dem was damals an Bedürfnissen von uns ausgehalten oder ausgefochten wurde Förderrichtlinien entstanden sind. Heut: wenn ich ein Projekt mach, dann ist die Frage, entspricht das den Förderrichtlinien, wenn nein wirds nicht gefördert, auch wenns super ist.“*

Die zunehmende Standardisierung der Förderpolitik habe auch die Regionalförderung betroffen, die zunächst für das Waldviertel von Kreisky und später auch von der Niederösterreichischen Landesregierung durch Sonderbeauftragte verwaltet wurden. Diese Personen hätten auch die selbstverwalteten Betriebe unterstützt und viele Türen bei Entscheidungstragenden geöffnet. Heute sei die Regionalförderung nicht mehr auf finanziell schwache Regionen ausgerichtet, sondern ebenso in den Zentren vertreten. Davon abgesehen werden regionale Sonderwege nicht mehr zugelassen, wird in einem Interview betont, sondern regionale Politiken grundsätzlich nur dann gefördert, wenn sie verallgemeinerbar sind.

Die dritte große Veränderung sei der allgemeine Sparzwang seitens der Politik, der im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre immer stärker zugenommen habe. Dies habe zu einem drastischen Wandel auch der Sozialökonomischen Betriebe (SÖB) geführt, die ursprünglich in den Rahmen einer emanzipatorisch ausgerichteten Arbeits- und Sozialpolitik eingebettet gewesen seien (siehe zu den SÖBs Näheres im Folgenden).

Das Schicksal der selbstverwalteten Betriebe im Waldviertel sei allerdings nicht nur auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Allgemeinsituation und die negativen Veränderungen von Förderpolitiken zurückzuführen. Darauf wird im folgenden Abschnitt näher eingegangen.

Genossenschaften. Veränderungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten

Dieser Abschnitt stützt sich in Hinblick auf Genossenschaften vorrangig auf drei Interviews mit Menschen, die langjährige Erfahrung in diesem Bereich aufweisen und selbst Genossenschaften gegründet oder in leitender Funktion mitgestaltet haben. Zu Genossenschaften gab es auch in fast allen anderen Interviews mehr oder weniger ausführliche Einschätzungen, die in den Abschnitt einfließen. Die allgemeine Charakterisierung der Genossenschaft und die Zitate aus dem Genossenschaftsgesetz habe ich als Ergänzung eingefügt.

Die International Cooperative Alliance (ICA), eine NGO, die rund 230 Genossenschaftsverbände in etwa 100 Ländern umfasst, definiert die Genossenschaft wie folgt: *„Eine Genossenschaft ist eine autonome und freiwillige Vereinigung von Personen, um deren ökonomische, soziale und kulturelle Bedürfnisse und Wünsche mit Hilfe eines demokratisch kontrollierten Unternehmens, das sich in ihrem gemeinsamen Eigentum befindet, zu befriedigen.“*⁷¹

Exner und Kratzwald (2012: 93) referieren die Kernmerkmale näher:

„Genauer betrachtet unterscheiden sich Genossenschaften durch vier Merkmale von kapitalistischen Unternehmen. Das Förderprinzip besagt, dass ihr Ziel nicht die Kapitalverwertung, sondern die Förderung ihrer Mitglieder ist. Weiterhin gilt das Identitätsprinzip, das heißt, je zwei am Markt getrennte Rollen fallen im Rahmen einer Genossenschaft in eins: Käufer und Verkäufer, Mieter und Vermieter, Schuldner und Gläubiger oder Kapitalist und Arbeiter. Schließlich unterliegt eine Genossenschaft zumindest idealtypisch dem Demokratieprinzip: Unternehmensziele, Geschäftsführung und die laufende Geschäftspolitik sind demokratisch legitimiert, wobei gilt, dass ein Mitglied auch (nur) eine Stimme hat, unabhängig von seiner Genossenschaftseinlage. Burghard Flieger betont, dass diese drei Formalkriterien nicht zur Abgrenzung von Genossenschaften ausreichen, vielmehr müsse auch ein spezifischer Genossenschaftsgeist ausgebildet sein, der allein erst das Solidaritätsprinzip und damit das vierte Merkmal verwirklichen könne.“

Das österreichische Genossenschaftsgesetz hält in Hinblick auf den Zweck einer Genossenschaft und die dafür vorgeschriebenen demokratische Verfahrensregeln in knappen Worten fest:

„Dieses Gesetz gilt für Personenvereinigungen mit Rechtspersönlichkeit von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die im wesentlichen der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder dienen (Genossenschaften), wie für Kredit-, Einkauf-, Verkaufs-, Konsum-, Verwertungs-, Nutzungs-, Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften.“ (§ 1/1) – *„Jede Genossenschaft muss einen von der Generalversammlung aus der Zahl der Genossenschafter oder deren vertretungsbefugter Organmitglieder zu wählenden Vorstand*

⁷¹ <http://ica.coop/en/what-co-operative>

haben. Der Genossenschaftsvertrag kann statt dessen die Bestellung durch den Aufsichtsrat vorsehen.“ (§ 15/1)

Die Vorteile der Genossenschaft werden allgemein in den Interviews darin gesehen, dass sie solidarisch, demokratisch und offen sei. Ausgangspunkt ist traditionell der Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe, im Sinn des Leitspruchs von Wilhelm Friedrich Raiffeisen, „Was eine nicht vermag, das vermögen viele.“ Aus Sicht von Äußerungen im Transformationsdiskurs sind Genossenschaften in Fällen, wo sie nicht spekulativ investieren dürfen, eine wichtige Barriere gegen Kapitalinteressen. In diesem Zusammenhang werden von zwei Gesprächspartner*innen die Wohnbaugenossenschaften erwähnt. Die UNO hat Genossenschaften als eine Organisationsform bezeichnet, die helfen kann Armut zu verringern und besser auf Ressourcen zu achten. Das EU-Parlament habe Berichte veröffentlicht, wonach Genossenschaften gefördert werden und Gesetze angepasst werden sollten, sodass es leichter werde, neue Genossenschaften zu gründen. Studien haben gezeigt, dass Genossenschaften in Krisen innovativ bleiben. Sie würden grundsätzlich eher anhand der Lebenssituation von Menschen gegründet und sich häufig auf regionale Anliegen und Bedürfnisse beziehen. Genossenschaften, so wird in einem Gespräch festgehalten, brauchen das Miteinander, das Sich-Kennen und Sich-Austauschen.

Einen guten und anschaulichen Überblick über die Bandbreite und Leistungen von Genossenschaften in Vorarlberg gibt das von Rita Bertolini herausgegebene Buch „Allmeinde Vorarlberg (2012).

Die genossenschaftliche Rechtsform sei in Österreich eine leicht handhabbare Möglichkeit Betriebe mit mehr Mitsprache von Beschäftigten beziehungsweise von Kund*innen zu ermöglichen und Anliegen jenseits der Gewinnerzielung oder -maximierung zu fördern. Zur Gründung einer Genossenschaft ist in Österreich der Beitritt zu einem Revisionsverband notwendig, der dazu berechtigt ist, die notwendige wirtschaftliche Betriebsprüfung durchzuführen. Derzeit gibt es vier solcher Verbände in Österreich, deren größte und bekannteste der Raiffeisen- und der Volksbank-Verband sind⁷². Daneben gibt es einen Revisionsverband der Wohnbaugenossenschaften, der nur für Bauträger zuständig ist sowie einen sehr kleinen Verband jener Genossenschaften des Konsum Österreich, die nicht zentralisiert worden sind.

Derzeit liegt der Antrag auf einen weiteren Revisionsverband zur Prüfung beim Wirtschaftsministerium. Dieser Verband wurde von einem Verein ausgearbeitet,

⁷² <http://www.vor.or.at>

der vom Eigentümer von GEA und Waldviertler Heinrich Staudinger im Zuge des Pflingstsymposiums⁷³ in Schrems im Mai 2015 ins Leben gerufen worden ist. Mit einem neuen Revisionsverband werden von den vier dahingehend befragten Personen verschiedene Ziele und Erwartungen verbunden: Einerseits wird er als eine Ergänzung für gemeinwohlorientierte Genossenschaften gesehen, die in der Regel kleiner sind, was zu einer Profilierung der Aufgabefelder der Revisionsverbände führen sollte. Ein solcher Verband würde die spezifischen Probleme kleiner Genossenschaften besser kennen und darauf adäquater reagieren können. Andererseits wird er für notwendig gehalten um Neugründungen und innovativere Formen von Genossenschaften zu ermöglichen, die auch in neuen Tätigkeitsfeldern aktiv werden sollten.

Die Sicht auf die beiden großen Revisionsverbände reicht von Ablehnung über eine kritische oder skeptische Einschätzung bis zu einer grundsätzlich positiven Position, die jedoch Spielräume zur Erneuerung ausmacht. Die Position einer vorsichtigen Skepsis stellt das gemeinsinnige Wirtschaften in den Mittelpunkt:

„Es geht nicht darum eine Genossenschaft zu gründen, primär, sondern überhaupt mal die Möglichkeit zu schaffen, in Österreich, dass sich Genossenschaften wirklich nach einem gemeinwohlorientierten... oder nach einem Prinzip im Sinne des gemeinsinnigen Wirtschaftens bilden können. Momentan gibts in Österreich eben nur zwei [große, Anm. d. A.] Revisionsverbände, anders als in Deutschland, Volksbankensektor und Raiffeisensektor. Es gibt sehr wohl Genossenschaften, die sich auch recht wohl fühlen da drinnen, die es aber auch willkommen heißen würden, hey, da gibts einen Verband, der wirklich nach diesen Prinzipien agiert.“ – „... und wenn man schaut, was heute Bankengeschäfte heißen, dann kann man sich fragen, einfach auch nur als stiller Beobachter, agieren die nach gemeinsinnigen Prinzipien, wie nehm ich das wahr. Und das ist eine Frage, die sich jeder, der daran interessiert ist, stellen kann und für sich beantworten muss. Und wenn ich diese Frage für mich mit Nein beantworte, dann kann ich mir überlegen, okay, möchte ich mich engagieren, dass es dafür ein Zuhause gibt für die Menschen, die sich da aufgehoben fühlen möchten.“

Die Position einer kritischen Einschätzung richtet sich vor allem gegen eine gewisse Antiquiertheit (die sich etwa im Mangel einer gegenderten Schreibweise zeige), wie es heißt, und gegen eine fehlende Offenheit gegenüber Interessierten seitens der beiden großen Revisionsverbände, obwohl diese neuen Genossenschaften positiv gegenüberstünden:

⁷³ <http://w4tler.at/gea-brennstoff/brennstoff-termine/ankuendigung-open-space-symposium-2015-gemeinsinnig-wirtschaften>

„Gesetzlich würd ich eventuell die Revisionspflicht etwas anders regeln oder mehr Verbände zulassen, etwas schneller. Man hat das Gefühl, es reichen eh zwei. Klar kann mans irgendwie auch so regeln. Aber es wär fein, wenn wie in Deutschland, wo es eine sehr lebendige Genossenschaftsstruktur gibt, oder auch in Italien, ein sehr lebendiges Genossenschaftswesen... dass das in Österreich zu stark gehalten wird. Da wär eine Lockerung der Revisionspflicht oder mehrere Revisionsverbände, wo die Genossenschaften sagen können, ok nehm ich den oder jenen... nicht so geregelt, dass man fast Bitte sagen muss, bitte nehm mich auf, das ist eigenartig, wenn man bedenkt, dass diese Unternehmensform in der heutigen Zeit eine Lösung ist für die Probleme, die wir haben.“

Zudem wird in dieser Sicht problematisiert, dass zuerst der Beitritt zu einem Revisionsverband und erst dann die Gründung der Genossenschaft erfolgen kann. Die Reihenfolge sollte vielmehr umgekehrt werden, wie dies in der Schweiz der Fall sei. Die beiden bestehenden Verbände erfüllen in dieser Sicht ihre Aufgaben jedoch gut, wobei sich die Branchenschwerpunkte und Organisationsstrukturen unterscheiden. Das Wissen über Genossenschaften sei stark in den Verbänden konzentriert. Jene Menschen, die eine Genossenschaft gründen wollen und eine gewisse Distanz zu den Verbänden empfinden, würden sich daher schwer tun die für eine Gründung nötigen Informationen zu bekommen.

In der positiven Sicht wird festgehalten:

„Es gäbe noch weit mehr Raum zur Entfaltung in beiden Verbänden. Ich hab das Gefühl einer Aufbruchstimmung, dass es auch bisher okay war, sonst hätt mans nicht getan, aber grad gewisse Aufbruchstimmung entsteht. Es ist nötig Menschen einzuladen sich ernsthaft selbst zu organisieren, und im Kern der Werte der Raiffeisenorganisation wie in der Volksbankorganisation als Genossenschaft stehen Selbstverantwortung, Selbstorganisation ... Welche Fragen muss ich mir stellen, damit ich weiß, wofür steh ich, wofür nicht, und da gibts viel Spielraum noch um das besser auch quasi unterzubringen, dass es dort ankommt, dass wirklich Menschen sich mutig auch dem Thema widmen.“

Die Verbände seien historisch von unten nach oben entstanden und an diese Tradition gelte es anzuknüpfen. Es sollte zudem die ganze Bandbreite des rechtlich und organisatorisch im Genossenschaftswesen Möglichen von den Verbänden abgedeckt werden.

Die ablehnende Haltung übt eine grundsätzliche Kritik an der verbandsgebundenen Revisionspflicht für Genossenschaften in Österreich. Diese wird als ein Relikt aus der Zeit des Austrofaschismus gesehen, als bestimmte politische Kräfte sich mehr Einfluss auf die Genossenschaften

sichern wollten. Die wirtschaftliche Prüfung von Genossenschaften sei unumgänglich wie bei jeder anderen Unternehmensform auch. Dass dies ein Monopol von Revisionsverbänden sein solle, ist aber nicht einzusehen, wird argumentiert. Dieses Monopol verhindere einen Leistungsanreiz und führe zu einer Machtkonzentration. Dies sei etwa im Fall des Raiffeisenverbandes im Verhältnis zu den Primärbanken in hohem Maße problematisch. Die Primärbanken hätten Landesbanken als Tochterunternehmen gegründet um bestimmte Aufgaben einer übergeordneten Ebene anzuvertrauen, die zentralisiert besser erfüllt werden können. Sie sollten daher als Dienstleister auf Anfrage der Primärbanken für die Primärbanken fungieren. Die Landesbanken sind wie die Primärbanken eigenständige betriebswirtschaftliche Einheiten, die ihren Markterfolg sichern würden. In einer kritischeren Sicht habe diese Situation zu einer fragwürdigen Asymmetrie im Verhältnis der beiden Ebenen geführt, die nur durch Auflösung der verbandsgebundenen Revisionspflicht beendet werden könne. In einer eher positiveren Sicht wird festgehalten, dass zwar ein grundsätzlich solidarisches Verhältnis bestehe, die Landesbanken ihr privilegiertes Verhältnis zu den Primärbanken aber auch in der Weise funktionalisieren, als sie die Primärbanken nach Möglichkeit dazu anhalten, ihre Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. In einem Interview wird zu dieser Situation in allgemeinen Worten ausgeführt:

„Es gibt gute funktionierende solidarische Beziehungen, die gesund gewachsen sind, es gibt ein Prinzip der Subsidiarität, dass jede Organisation das macht, was sie gut kann. ... Es ist ein gewachsenes System, in einer Marktwirtschaft, wo Konkurrenz, Angebot und Nachfrage herrscht, da gibts unterschiedliche Entwicklungen, und auch bei Raiffeisen, die zu einem Gegen- und Nebeneinander führen ... aber Raiffeisen ist auch kein Heiligtum, das unbefleckt ist, sicher nicht, aber da gibts auch marktwirtschaftliche und marktorientierte Situationen und Zustände.“

In einem Interview wird erläutert: Eine Einflussnahme auf die eigenständige Geschäfts- und Genossenschaftspolitik der Primärbanken sichern die Landesbanken unter anderem über den Umstand, dass die Revisionsabteilungen teilweise in den Landesbanken selbst angesiedelt sind, in jedem Fall aber in einem Naheverhältnis zu den Landesbanken stehen. Diese Situation führe teilweise zu einem Spannungsverhältnis und zu mitunter gravierenden Auseinandersetzungen zwischen Primär- und Landesbanken.

Weiters führe die Monopolstellung des Revisionsverbands dazu, dass die Kosten der Revision zu hoch seien und wenig Interesse an Neuerungen bestehe. Schließlich resultiere daraus auch ein Mangel an Interesse, die Rechtsform der

Genossenschaft als einen vielversprechenden Lösungsansatz für vielfältige Probleme der heutigen Zeit bekannt zu machen und das Wissen dafür zu vermitteln, eine Genossenschaft zu gründen und die Rechte der Mitglieder zu stärken, indem sie über diese aufgeklärt würden.

Justizminister Michalek habe eine Trennung von Revision und Genossenschaften in die Wege leiten wollen aber nicht realisiert. Die in Österreich bei Raiffeisen und Volksbank bestehende kapitalmäßige und personelle Verflechtung sei zudem EU-widrig. Die EU würde aber wohl erst bei einem Skandal Anlass zum Handeln sehen. Die Situation in Deutschland sei in dieser Hinsicht besser. Grundsätzlich sollte es jedoch gar keine Revisionsverbände geben, weil sie eine Monopolstellung inne hätten – so die dezidiert kritische Sicht. Eine konventionelle Wirtschaftsprüfung würde den Zweck besser erfüllen. Der vom Pflingstsymposium ausgehende Versuch einen weiteren Revisionsverband zu gründen, wäre daher eher der verpflichtenden Vorgabe einem Verband anzugehören geschuldet. Die eigentliche Aufgabe bestünde darin, den Genossenschaftsgedanken zu verbreiten.

Neben dem Verhältnis zu den heute bestehenden Revisionsverbänden gilt es nach Meinung dreier Gesprächspartner*innen auch das Genossenschaftsgesetz zu reformieren. Neben der oben wiedergegebenen Argumentation, wonach die Pflichtmitgliedschaft in einem Revisionsverband abgeschafft werden sollte, gab noch eine weitere Person konkrete Veränderungsbedarfe an: Erstens sollte es keine Nachschusspflicht für kleine Genossenschaften geben. Die Genossenschaftler*innen haften mit ihrem Geschäftsanteil, das heißt mit ihrer Einlage. Sollte die Genossenschaft liquidiert werden müssen, haften die Mitglieder mit dem doppelten Betrag. Diese Regelung solle flexibler gehandhabt werden können, je nach Geschäftsfeld, wie das in Deutschland möglich sei. Zweitens wäre es sinnvoll, so heißt es im Interview, schon im Gesetz soziale und kulturelle Ziele als gründungsrelevant für eine Genossenschaft festzuhalten. Derzeit sind nur Erwerbsziele gesetzlich verankert, also solche, die dem Erwerb und der Wirtschaft ihrer Mitglieder dienen. Zwar seien soziale und kulturelle Ziele für Genossenschaften auch in Österreich relevant, da schon die Förderung der Mitglieder ein soziales Ziel darstelle und dies in manchen Verbandsunterlagen auch festgehalten sei. Auf der gesetzlichen Ebene fehlt ein solcher Passus aber. In Hinblick auf demokratische Organisationsstruktur wird kein Veränderungsbedarf gesehen. Es seien immer auch Vereinbarungen in einer Genossenschaft möglich, die über Mehrheitsentscheidungen hinausgehen. Holokratische oder soziokratische Methoden seien – wie in Betrieben mit anderer Rechtsform auch – immer einsetzbar.

In drei der Interviews wurden konkrete Erfahrungen mit Genossenschaften beschrieben. Jene zur Otelo Genossenschaft werden unten in einem eigenen Abschnitt dargestellt.

Beispiel 1:

Beim ersten Erfahrungsbericht handelt es sich um eine regional orientierte Genossenschaftsbank im ländlichen Raum. Die Geschäftsleitung legte großen Wert auf eine Einbindung der rund 600 Genossenschafter*innen bei der jährlichen Generalversammlung, wird geschildert:

„Der Ehrgeiz war ..., dass mindestens zwei Drittel des Geschäftsvolumens in der Generalversammlung vertreten ist und das war machbar.“ Denn: *„Man kann für die Genossenschaft was tun indem man Mitglieder informiert über ihre Rechte und Möglichkeiten. Oder man kann wenig tun, dann hat das Mitglied wenig Entscheidungsmöglichkeiten. Die große Herausforderung ist das. Wenn man was macht kann man sehr viel machen.“*

Eine einmalige Generalversammlung sei jedoch zu wenig um dem Genossenschaftsgedanken Rechnung zu tragen. Die Bank habe Arbeitskreise ermöglicht, die persönliche Aufgabenstellungen von Menschen aus der Region behandelten:

„Wir haben mit Mitgliedern Arbeitskreise gebildet, um Themen, die in der Region für die Bevölkerung, für die Unternehmer, vor allem auch oft für Unternehmerfrauen, die aus anderen Berufen in Unternehmen hineingeheiratet haben... um denen ein Begleitprogramm zu bieten. Wir nutzen im Grunde Räumlichkeiten und Personalressourcen der Bank um den Mitgliedern ein Angebot zu stricken. Darin seh ich eine Gelegenheit wo die Genossenschaftsbank mehr tun kann als jede andere Bank, weil sie zeichnet etwas aus: das Mitglied ist Miteigentümer und hat als Miteigentümer Mitspracherechte und es ist gleichzeitig Kunde. Diese Identität von Kunde und Eigentümer ist das Besondere der Genossenschaft.“

Die Bank habe die Mitglieder angesprochen und die Arbeitskreise zuerst begleitet, bis sie sich selbst weitertrugen. Themen waren zum Beispiel:

„ein Programm für was erwartet junge Frauen, wenn sie aus anderen Berufen in ein Tischlerei- oder Installationsunternehmen heiraten. Welche Aufgabengebiete kann sie als Partner mitübernehmen, was ist dazu gefragt. Das wurde in Zusammenarbeit mit den Interessierten weiterentwickelt. Die Bank hat viele Möglichkeiten, weil man viele Einrichtungen, Institutionen kennt, um zu schauen, wer steht zur Verfügung. Wir hatten nicht den Ehrgeiz auf alles eine Antwort zu haben. Wir stellten den Raum zur Verfügung, den Rahmen und das war dann im Grunde weitestgehend ein Selbstläufer.“

Diese Aktivitäten seien im Vergleich ungewöhnlich gewesen und wurden in der Region in anderen Banken diskutiert: *„Ich kann mich gut erinnern, viele Kollegen hatten Sorge, dass ihnen Mitglieder zuviel in Geschäftsbereiche reinreden, das ist überhaupt nicht der Fall. Da hätt ich keine Sorge davor... weil sie [die Leute, Anm. d. A.] im Grunde merken, was sie können, was ihnen hilft, oder wo sie sagen, ja, dafür hab ich nicht die Kapazität, das ist nicht mein Thema. Man kann sie natürlich hinführen.“* Entscheidend für solche Initiativen sei die Geschäftsleitung. Ihr Treuhandverständnis bestimme darüber ob sie die Mitglieder einbindet: *„Es hängt sehr stark von der Geschäftsleitung ab, ob sie in diesen Mitgliedern ein Potenzial sieht, das dem Unternehmen auch wirklich Wert und Nutzen bringt und damit wieder dem Eigentümer, und das sind die Mitglieder.“*

Die Beschäftigten waren betriebsrätlich organisiert:

„Ich hab als Vorstand nie ein Problem gesehen. Denn wenn die Mitarbeiter eine Interessensvertretung haben und es einen klar definierten rechtlichen Rahmen gibt, bin ich froh, dass das genützt wird und von dort Impulse und Anfragen kommen. Ich weiß auch als Unternehmensverantwortlicher, wohin ich mich wende, wenns Fragen gibt. Es gibt immer was ausdiskutieren zwischen Unternehmen und Mitarbeitern.“

Grundsätzlich gibt es in Genossenschaftsbanken häufig einen Betriebsrat. Die Angestellten seien in der Regel zugleich auch Genossenschaftsmitglieder, also auch Miteigentümer*innen: *„Auch das war für uns ein faszinierendes Thema. Wie krieg ich eine höhere Identifikation vom Mitarbeiter zum Unternehmer als über die Eigentümerfunktion.“* Aus einer anderen Sicht sind Betriebsräte in Genossenschaften nicht notwendig: *„Ich glaub das gibts da nicht, weil ja die Genossenschafter alle Entscheidungen treffen, das sind ja die Unternehmer ... wenn wir 50 Mitarbeiter sind, der Betriebsrat setzt sich ja für Mitarbeiter ein, und wir sind ja selbst die Unternehmer und setzen uns auch für Mitarbeiter ein. Kann ich jetzt nicht sehen.“* Diese Sichtweise wird mit dem Verhältnis von Gewerkschaften zu Genossenschaften in Verbindung gebracht:

„Ist vielleicht der Grund warum Gewerkschaften sagen mitunter, dass Genossenschaften komisch sind, weil es das aufhebt, es hebt diese, Klassenkampf will ich nicht sagen, es hebt diese getrennten Welten auf. Es sind keine getrennten Welten, es ist ein Leben, ein Wirtschaften, mein Leben gestalten.“ Und: *„Mein Gefühl ist, dass beide Interessensvertreter, die für Unternehmen und die für Arbeiternehmer der Genossenschaft sehr spröde gegenüberstehen, weil die die zwei Dinge zusammenbringen, was die getrennt haben. Die sagen, es geht um Arbeiternehmer und deren Rechte, bin ich aber Mitglied in einer Genossenschaft, löst sich der Unterschied auf.“*

Beispiel 2:

Das zweite Fallbeispiel ist ebenfalls eine regional orientierte Genossenschaftsbank im ländlichen Raum. Die Bank habe bei der Unfallversicherung unter dem Durchschnitt anderer Banken verkauft:

„Und ich hab in den ersten Jahren bei der Bank nix anderes gemacht, als dass ich gesagt hab, mir ists wichtig, hab zwei Kinder, mir ists wichtig, weil wenn mir was passiert muss meine Familie leben können, zumindest wirtschaftlich. Und dann hab ich nix anders gemacht, als dass ich das Bewusstsein, dass ich gehabt hab all meinen Kollegen und Mitarbeitern und Funktionären angeboten hab, dass ich glaub eine Unfallversicherung ist wichtig, vielleicht selbst eine abzuschließen oder die bestehende kritisch zu hinterfragen, ob sie das kann was du eigentlich brauchst. Oder warum hast die Versicherung eigentlich gemacht, und dann haben wir versucht im Gespräch zu schauen ob das passt individuell. Durch die eigene Beschäftigung mit der eigenen Situation, warum brauch ichs, was brauch ich, wieviel brauch ich, dass wir von einer Bank, die ganz geringe Erfolge hatte, zur achtbesten ... in ganz Österreich geworden sind und unsere Chefs entsprechend bei Siegerehrungen prämiert wurden. Das war nicht nur ein Mal und weil wir viel für uns selbst gemacht haben logischerweise, sondern wir waren die nächste 2, 3, 4, Jahre auf anderem Level, immer Top 10 in Österreich bei Unfallversicherungen.“

Beispiel 3:

Das dritte Beispiel ist im ländlichen Raum beheimatet, wo eine regionale Genossenschaftsbank ein generationenübergreifendes Wohnhaus begleitete. Von der Gemeinde seien zwei Mitarbeiter*innen finanziert worden, es würden dort alte Menschen betreut und es gebe ein Storchennest für Kinder vor dem Kindergartenalter. Die Bank habe zum Zweck der Bürger*innenbeteiligung ein Sparbuch aufgelegt, das weniger Zinsen für die Anleger*innen brachte als zu dieser Zeit am Markt üblich. Die Differenz habe dazu gedient, die Kosten des Wohnhauses zu senken:

„Sparen mit Sinn haben wir das genannt, wie in Bozen, Ethical Banking, wo man ein sinnvolles Projekt finanziert, die Südtiroler Spardabank, die in irgendeiner Form ein soziales Herz sichtbar machen, Ökologie in den Vordergrund stellen oder eben Gemeinschaftsprojekte. Die man halt sonst, die sonst am realen Markt finanziert werden müssten, zu normalen Konditionen, und dort kann man günstigere Konditionen darstellen, 5.000 Euro von Bürgern zu bekommen, und der Mehrwert fließt den Bewohnern als Sachleistungen und niedrigere Kosten zu.“

Selbstverwaltete Betriebe. Erfahrungen und Grenzen

Der folgende Abschnitt beruht neben der zitierten Literatur vor allem auf zwei Interviews, ergänzt um Informationen zur Waldviertler Schuhwerkstatt mit einer weiteren Person in einem informellen Gespräch. Der einleitende Teil stammt von mir.

Im Unterschied zum Begriff der Genossenschaft, der zunächst eine Rechtsform bezeichnet, meint Selbstverwaltung die konkrete Struktur eines demokratischen Betriebs. Die Rechtsform ist davon unabhängig. Nicht nur die Genossenschaft erlaubt es, der Selbstverwaltung einen rechtlichen Status zu geben. Davon abgesehen hat die Begriffswahl auch mit der politischen Positionierung zu tun. Während der Begriff der Genossenschaft in Österreich vor allem mit bäuerlicher Produktion und dem Bankenwesen verbunden ist, womit häufig ein politisches Naheverhältnis zu christlich-sozialen Positionen einhergeht, wird von einem selbstverwalteten Betrieb vorrangig in linksorientierten Debatten gesprochen⁷⁴. Diese Differenz wird von Dario Azzelini und Immanuel Ness in einem neuen Sammelband zur Geschichte und Aktualität von Fabrikräten und Arbeiter*innen-Selbstverwaltung deutlich gemacht: *„Wir wollen klar unterscheiden zwischen Arbeiterräten, die direkt die kapitalistische Hegemonie in Frage stellen, und Genossenschaften, die innerhalb der kapitalistischen Logik von Produktivität und Profit operieren.“*⁷⁵ Mit Arbeiterräten sind hier demokratische Organe der Selbstverwaltung in größeren Betrieben gemeint, die nicht mehr basisdemokratisch verwaltet werden können. In diesem Begriffsverständnis macht also die politische Ausrichtung und Funktion von demokratischen Betrieben den Unterschied aus: Ist eine Organisationsform gemeint, die im Selbstverständnis über den Kapitalismus hinausweisen soll, oder ist eine Organisationsform gemeint, die auf demokratische Art im Rahmen des Kapitalismus produzieren will? Ersteres ähnelt der Begriffsbestimmung Solidarischer Ökonomie im Transformationsdiskurs, die in den Interviews allerdings nur zum Teil in marxistischen Termini gefasst wird, wie Azzelini und Ness sie verwenden. Luise Gubitzer definiert in ihrem wichtigen Buch zur Selbstverwaltung aus dem Jahr 1989: Genossenschaften *„erhielten historisch ihre Bezeichnung durch eine besondere Rechtsform, die Selbstverwaltungsprinzipien enthält.“*⁷⁶ Sie spricht allerdings auch den politischen Bedeutungsunterschied im Verhältnis zum Begriff des selbstverwalteten Betriebs an:

⁷⁴ Die wenigen noch existierenden Genossenschaften der ehemals bekannten Genossenschaft namens Konsum Österreich scheinen ebenso wie die ehemalige Großgenossenschaft Konsum im kollektiven Gedächtnis und aktuellen Debatten dagegen kaum mehr präsent.

⁷⁵ Azzelini/Ness (2011: 13)

⁷⁶ Gubitzer (1989: 19)

„Für diese Rechtsform wurden aber von den älteren Genossenschaften in Form von Revisionsgesetzen Zugangsbeschränkungen geschaffen, sodaß neugegründete Betriebe z.B. in Österreich andere Rechtsformen wählen müssen. Zudem ist dieser Begriff durch die Entwicklung von Genossenschaften wie z.B. Konsum, Raiffeisen, die von Selbstverwaltungsprinzipien sehr weit abgekommen sind, negativ besetzt und wird daher in der Alternativ- und Selbstverwaltungsbewegung fast nicht verwendet.“⁷⁷

In einem Interview wird erläutert: Vor mehr als 30 Jahren wurde mit Hilfe einer technisch und betriebswirtschaftlich versierten Person mit politischem Anspruch mit 7 Arbeitslosen die Waldviertler Schuhwerkstatt als selbstverwalteter Betrieb gegründet. Dies geschah im Kontext eines Zeitgeists der Selbstverwaltung, steigenden Arbeitslosenraten und einer Experimentellen Arbeitsmarktpolitik unter Alfred Dallinger, die sich für neue Wege aufgeschlossen zeigte (siehe dazu die Darstellung oben). Zu Beginn der Schuhwerkstatt seien erhebliche finanzielle Mittel seitens der Katholischen Kirche aufgrund guter Kontakte dorthin eingeworben worden.

„Grad die Schuhwerkstatt, das war für mich ein ganz besonderes Experiment, sage bewusst Experiment, weil alle anderen, nein nicht alle, aber die Mehrheit der anderen Betriebe, die wir gegründet haben im Waldviertel, sind aus Betriebsschließungen hervorgegangen. ... Ich hab in der Berufsschule für Schuhmacher unterrichtet und hab die Leut um mich gehabt, mich tät interessieren ob Selbstverwaltung auch gelingt mit zusammengewürfelten Leuten, die noch nie mit dem Produkt zu tun haben und in der Phase ist mir der Staudinger übern Weg gelaufen, der gesagt hat ich brauch Schub. Ich hab gesagt, wir machen Schub, wir schauen, dass wir das zusammenbringen. Diese Waldviertler, die der Heini [Heinrich Staudinger, Anm. d. A.] vertreibt, haben wir entwickelt und für ihn produziert.“

Heinrich Staudinger wird einerseits als idealistischer Denker und Revolutionär in vielen Dingen beschrieben, andererseits als „beinbarter Geschäftsmann“. Anfang der 1980er Jahre gingen in Österreich alle Schuhfabriken in Konkurs. Insofern sei die Initiative anachronistisch gewesen, weshalb Heinrich Staudinger den Preis gedrückt habe: „Geholfen hat uns der eigene Werkstattverkauf, weil von ihm hätten wir nicht leben können.“

Es habe ein großer Zeitdruck geherrscht und das Ausbildungsniveau der Belegschaft sei niedrig gewesen. Der Betrieb habe vom ersten Moment an produzieren müssen. Innerhalb eines Monats wären alle Arbeiter*innen einzuschulen und die Infrastruktur des Betriebs aufzubauen gewesen. Den Arbeitenden wurde unter anderem das Wissen vermittelt um betriebliche

⁷⁷ Gubitzer (1989: 19)

Kennzahlen interpretieren zu können, so wird erklärt. 40 Stunden pro Woche hätten die Arbeitenden Schuhe hergestellt. Zusätzlich befassten sich die Arbeiter*innen mit Firmenentscheidungen und mussten sich kontinuierlich weiterbilden, wird ausgeführt. Viele davon seien Frauen gewesen, die daheim auch familiär belastet waren: *„Und die Männer sagten, ihr seids so deppert, vos einen Schas verdient, und hackelts nicht 40 Stunden und habts eine Ruh, sondern tuts auch noch in der Freizeit für den Betrieb. Das ist auf Dauer nicht durchgegangen.“*

Ein andauerndes Problem bestand in Bildungsprozessen, welche die Arbeitenden nicht durchlaufen hatten, heißt es. Damals sei es für einen Menschen, der im Beruf gestanden ist, vor allem bei Fabrikarbeiter*innen, nicht möglich gewesen solche Defizite wettzumachen. Schließlich sei es zu einer Überforderungskrise gekommen, die zum Teil auch ein Geschäftsführer mit ausgelöst hatte. Es sei ein Wechsel in der Geschäftsführung erfolgt: *„Dieser Geschäftsführer, den hat der Staudinger dann, von ihm ist einer gekommen, ein ihm Bekannter, und der hat dann so viele Sachen in Frage gestellt, da gabs dann in der Belegschaft einen Riesenkonflikt, der sich finanziell auch ziemlich ausgewirkt hat.“*

Es sei alles im Kollektiv entschieden worden. Die Jüngeren hätten gemeint, dass die Älteren, die auf der Selbstverwaltung beharrten, ihre Chance gehabt hätten. Ihrer Meinung nach, so wird erklärt, habe Heinrich Staudinger den Betrieb übernehmen sollen: *„Die Älteren sind gegangen daraufhin, die Jüngeren sind geblieben. Der Heini hat die Werkstatt umorganisiert.“*

Das Scheitern sei auf die Bildungsproblematik zurückzuführen, nicht so sehr auf wirtschaftliche Faktoren, die auch der unterstützende Beirat hätte lösen können: *„...nach 7 Jahren kann man in der Überforderung nicht weitermachen. Da gehen die Leut drauf. Außer die Jüngeren sind fast alle ausgetreten, auch weil sie gesagt haben, für den Staudinger arbeit ich nicht.“* Überforderung sei auch im Fall der anderen selbstverwalteten Betriebe im Waldviertel eine wichtige Ursache der Aufgabe dieser Organisationsform gewesen, im Zusammenspiel mit der Verschlechterung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

Das Gesamtresümée fällt in einem Interview selbstkritisch aus. Zugleich wird dabei das Potenzial benannt, das unter besseren Rahmenbedingungen in der Selbstverwaltung vorhanden sei,

„wenn die Beteiligten Personen zuerst eine gute Ausbildung, Bildung bekommen und dann für gewisse Zeit die Begleitung. Wenn das gewährleistet ist, ist vieles möglich. Aber was wir gemacht haben, und das ist der Grund warum ich die Finger davon gelassen hab: Ich hab die Leut verheizt. ... ein Arbeiter hat mir gesagt, mach dir nix draus, in der Selbstverwaltung

geht die erste Generation immer drauf. Aber das ist eine Aussage, mit der ich mich nicht zufrieden geben kann.“

In einem Überblicksartikel von Franz Schandl (2015) zu selbstverwalteten Betrieben im Waldviertel aus dieser Zeit wird auf Basis einer Reihe von Studien und Selbstzeugnissen Beteiligter diese Einschätzung im Wesentlichen geteilt. Schandl betont darüberhinaus noch die hohen, „*fast heiltherapeutischen*“ Ansprüche an die Arbeit im Betrieb. In der Schuhwerkstatt spielten zugleich politische Konflikte eine Rolle, die sich darin zeigten, dass die gleiche Bezahlung zwischen Meister und Arbeitenden zunächst bei diesen selbst auf Unverständnis stieß und eine gleiche Bezahlung von Frauen und Männern „*nur mit Grollen*“ akzeptiert wurde. Auch eine Stechuhr wurde bald wieder eingeführt. Die Selbstverwaltung habe zudem zu einer gewissen Strukturlosigkeit geführt.

Die selbstverwalteten Betriebe hatten alle die gleiche Organisationsstruktur, wird in einem Interview erläutert: eine GmbH mit zwei Gesellschafter*innen, die Geschäftsführung und den Verein der Beschäftigten, wobei 499.000 Schilling der Verein und 1.000 die Geschäftsführung beigesteuert hätten. Der Vorstand des Vereins der Beschäftigten war in die Betriebsführung eingebunden, während der Betriebsrat keine Vorstandsfunktion gehabt habe. So wurde eine Gewaltenteilung versucht: „*Da gabs keine Vorbilder, das war selbstverständlich für uns, ein Betrieb braucht einen Betriebsrat.*“ Diese Organisationskonstruktion – so die Einschätzung – sei für die Selbstverwaltung heute interessant, aber es müssten andere Voraussetzungen gegeben sein.

Ein weiteres Beispiel für einen selbstverwalteten Betrieb stammt aus Tirol. Möbeldesign in Imst in den 1980er Jahren sei lange Zeit ein Modellfall für Produktivgenossenschaften in Österreich gewesen, mit hochqualifizierten Arbeitskräften. Das Unternehmen habe in einer strukturschwachen Region gearbeitet und wurde durch die Beschäftigten übernommen, mit Beteiligung von Wirtschafts- und Arbeiterkammer.

Möbeldesign sei in starker Marktkonkurrenz gestanden, bei ungünstiger Situation in der Branche. Der Absatz in der Region sei unzureichend gewesen, aber die Akteur*innen hätten etwas für die Region tun wollen. Die Organisation von Möbeldesign sei durch die Gewerkschaft stark beeinflusst worden in Richtung Mitbestimmung und gemeinsame Eigentumsstruktur. Das Unternehmen sei in den 1990ern in die Insolvenz gegangen, privat übernommen worden und existiere mit konventioneller Organisationsstruktur weiter. Möbeldesign sei in Kooperation mit den Sozialpartnern gemanagt worden, unter Beteiligung von AK und GPA, die das Marketing unterstützten und den Betrieb lange Zeit retten

konnten. Auch ein Professor der Universität Innsbruck sei unterstützend tätig gewesen. Möbeldesign Imst war, so die Einschätzung, ein Positivmodell, denn „*was wär aus den Leuten geworden, wenn die 15 Jahre früher arbeitslos geworden wären.*“

Konventionelle Unternehmen mit alternativem Anspruch. Ambivalenzen und Kontroversen

Dieser Abschnitt stützt sich vor allem auf sechs Interviews, mit ergänzenden Blickwinkeln aus weiteren Gesprächen, darunter einem informellen mit einer Person mit Kenntnissen zur Situation in der Waldviertler Schuhwerkstatt, die nicht in der Interviewliste aufgeführt ist. Es geht dabei um Betriebe ohne Selbstverwaltung beziehungsweise solche ohne genossenschaftliche Rechtsform, die jedoch den Anspruch auf eine Alternative zu üblichen Betriebsformen stellen oder denen ein alternativer Charakter zugeschrieben wird. Eine politische Stellungnahme von Heinrich Staudinger (GEA/Waldviertler), der sich für eine Senkung der Lohnnebenkosten ausspricht, habe ich selbst recherchiert.

Der oben dargestellte Entwicklungsprozess der Waldviertler Schuhwerkstatt mündete in die Übernahme des Betriebs durch den Unternehmer Heinrich Staudinger, der zu dieser Zeit einen Vertrieb von Schuhen und anderen Produkten aufgebaut hatte, der heute unter dem Firmennamen GEA firmiert. Auf den Firmenkomples GEA/Waldviertler wird in vielen Interviews verwiesen, der Eigentümer Heinrich Staudinger ist medial sehr bekannt geworden⁷⁸. Die Einschätzungen in Hinblick auf Solidarische Ökonomie sind geteilt. Positive Aspekte werden in allen Gesprächen benannt, mit Ausnahme eines informellen Gesprächs zur Situation bei Waldviertler. Die politische Einschätzung und die Balance zwischen positiven und problematischen Aspekten differieren im Rahmen der formell geführten Interviews.

Übereinstimmend und durchgehend positiv wird eine im Vergleich konventioneller Betriebe sehr geringe Einkommensspanne benannt, die bei Waldviertler laut einigen Aussagen 1 zu 2, nach anderen 1 zu 3 betrage. Die höchsten Einkommen sind demnach maximal zwei oder drei Mal so hoch wie die niedrigsten. Übereinstimmend und in den formellen Interviews positiv wird das Engagement von Heinrich Staudinger zur Förderung der regionalen Ökonomie beschrieben, das sich unter anderem darin zeige, dass er von lokalen bäuerlichen Betrieben Produkte kaufe und sie den Arbeiter*innen bei Waldviertler gratis zukommen lasse. In einem informellen Gespräch wird dieser

⁷⁸ Anm. d. A.: Die Produkte sprechen viele Menschen in kritisch und alternativ orientierten Milieus an, weshalb GEA/Waldviertler eine hohe Reputation genießt.

Aspekt problematisiert, neben den anderen im nächsten Absatz genannten. Das Argument im informellen Gespräch ist, dass der Unternehmer eine regional dominierende Rolle einnehme, was zu verschiedenen asymmetrischen Abhängigkeiten und Verflechtungen bis in politische Kreise führe. Weitere Maßnahmen für ein gutes Betriebsklima wie etwa das Angebot von Massagen für die Arbeiter*innen werden in mehreren Interviews erwähnt. Die Einschätzung, dass ein solches bestehe, wird nicht einheitlich formuliert und in einem informellen Gespräch gegenteilig beurteilt.

Kontroversielle Einschätzungen betreffen die Arbeitsbedingungen in der Schuhwerkstatt, was eine weitergehende Untersuchung erfordern würde. Sie betreffen des Weiteren die Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben. Kontroversielle Einschätzungen betreffen das absolute Niveau der niedrigsten Einkommen im Betrieb und den Stellenwert des Angebots von beispielsweise lokalen Produkten für die Arbeiter*innen. Kontrovers wird auch die Struktur der betrieblichen Sozialleistungen beurteilt, die Heinrich Staudinger als Formel Z bezeichnet, ebenso wie das Verhältnis zu Zulieferbetrieben und die Möglichkeiten der Mitbestimmung im Betrieb.

Die niedrigsten Einkommen liegen nach der Aussage einer Person, die den Betrieb gut kennt, bei 1.100 Euro brutto für eine Vollzeitanstellung. Das niedrige Einkommensniveau ist für die Schuhbranche und die im diesbezüglichen Kollektivvertrag geregelten Einkommen, die laut Aussage des Eigentümers überzahlt werden, charakteristisch. Darüberhinaus würden im Betrieb auch Teilzeit gearbeitet, womit das faktische Einkommensniveau noch niedriger liege. Im Betrieb sind unter anderem Alleinerzieherinnen tätig. Als Alleinerzieherin und -verdienerin, so eine Einschätzung, arbeite man in der Firma „unter der Armutsgrenze“.

Die regulären Einkommen – „wo ein Kritiker natürlich hergeben kann, warum verdienen die immer noch so wenig“ – werden vom Betrieb nach einem Modell Heinrich Staudingers mit einer gesonderten Sozialleistung in Bedarfslagen aufgestockt:

„Aber wir haben jetzt die Formel Z vor einigen Jahren ins Leben gerufen, Formel Z wie Zukunft, die richtet sich vor allem an Kinder der Mitarbeiter, Alleinerzieher, Alleinerzieherinnen, hauptsächlich. Wenn eine Mutter sagt, ich brauch für das Kind das und diese Investition steht an, und sei es... das können unterschiedliche Dinge sein, da kann ich hergeben, das brauch ich, ohne als Bittsteller zu fungieren, dann kann mir die Firma das ermöglichen. Einfach aus sozialen Töpfen, weils der Firma gut geht und das Geld ist da. Jetzt ist das Problem so in Österreich, wenn du das so auszahlt an einen Mitarbeiter, musst einen großen Teil Lohnsteuer auch abzahlen. Weil du kannst es nicht einfach hergeben. Jetzt ist der

Heini hergegangen und hat gesagt, es soll demjenigen, dem dieses Geld zusteht, und der das Geld braucht, auch das zukommen, und zwar möglichst zu hundert Prozent. Inspiriert von der Formel 1, wo nämlich keine Lohnsteuer zu zahlen ist auf Gagen der Fahrer, die werden als Sponsor, PR, das sind Werbegagen, Red Bull etc. auf diesen Autos drauf, und wenn du hergehst und machst ein Event draus, und dann eben keine Formel 1, sondern Formel 3, wie Zukunft, für Kinder, das kann ein Seifenkistenrennen sein, oder wo man sich Geschichten erzählt etc. schüttest du das Geld aus, musst du keine Lohnsteuer mehr zahlen, hast es als Werbemittel hergegeben.“

Dieses Modell ist aus der einen Perspektive betrachtet verallgemeinerungsfähig:

„Das ist wo der Heini genial ist, genial, das ist ein Modell, das lässt sich jeder von vielen Leuten, von vielen Firmen umsetzen, und wenn das mehr machen und die Formel Z auch die Öffentlichkeit bekommt, dann können auch mehr Firmen das so übernehmen und den Kindern ihrer Mitarbeiter auch diese Möglichkeit geben. Und das ist meiner Meinung nach eine wunderbare Umsetzung der Solidarischen Ökonomie. Wo ich nicht die Strukturen eines Rates brauch, sondern einfach Kreativität.“

Aus anderer Perspektive wird es als problematisch eingeschätzt: *„Er behält den Frauen die Sozialversicherung vor. Und bei dem was die Frauen verdienen sind ein paar Euro Sozialversicherung irgendwann bei Arbeitslosigkeit oder Pension schon eine Menge Geld.“* Die fehlenden Sozialabgaben, die bei einer betrieblichen Sozialleistung in Form eines Einkommensbestandteils anfallen würden, vermindern den Anspruch auf Arbeitslosengeld und Pension. Zudem, so wird in zwei Interviews problematisiert, wäre dies ein „Trittbrettfahrerverhalten“ in Hinblick auf das staatliche Sozialsystem. Aus dieser Perspektive wird weiter ausgeführt:

„Wenn ich von Solidarischer Ökonomie red, dann muss ich auch denken, es gibt sozialstaatliche Einrichtungen, die für mich nicht ersetzbar sind, weder in Pension noch in der Sozialversicherung, es gibt gewisse Dinge, das ist Sache des Staates und das soll der Staat nicht hergeben. Nicht Abbau des Sozialstaates, sondern den auch gut absichern. Und wenn ich das untergrab und sag, ich geb ihnen das drauf, da haben sie mehr, aber dieses andere ignoriere, dass diese Frauen von ihrer Pension leben müssen, dann halt ich das für bedenklich.“

Aus dieser Perspektive werden auch Sachleistungen problematisiert, insofern sie in ein Verhältnis mit dem niedrigen Einkommensniveau gesetzt würden:

„Und was er wirklich gut macht, er fördert regionale Produzenten, Bauern, Käseproduzenten, und so, in dem er denen was abkauft und das unter der Belegschaft verteilt. Das ist eine tolle Aktion, nur ich weigere mich das als Lohnbestandteil zu sehen. Wenn er sagt, sie kriegen ja

Eier, naja, 7 Eier die Woche, was kostet ein Ei, das sind drei Euro. Damit argumentiert er ja immer was die Arbeiter dann haben. Oder Massage.“

Ein Betriebsrat existiere in der Schuhwerkstatt nicht. Der Betriebsrat aus der Periode der Selbstverwaltung sei gegangen und es erfolgte keine Neugründung: *„Es hat immer wieder Versuche gegeben und die sind an Mutlosigkeit gescheitert. Die Gewerkschaft wollte das unterstützen.“* Diese sei in der Vergangenheit angeregt worden und seitens des Eigentümers gebe es dagegen auch keinen Einwand – *„aber es hat sich nie wer gefunden, der ausgehalten hätt sich mit ihm anzulegen.“* Entsprechendes wird aus einem weiteren Interview angegeben.

Zum Typus des konventionellen Unternehmens mit alternativem Anspruch gehört in Österreich eine Reihe von Betrieben. In einem Gespräch wird dahingehend von einer „Stronachisierung“ gesprochen: *„Betriebe, die so quasi alternativ sind und sagen, wir können alles regeln und wir sind eine Familie und das ist bedenklich.“* Dieser Unternehmenstyp würde versuchen, sich ein *„ökologisches und soziales Mascherl zu geben um damit besseres Marketing zu machen. ... aus Sicht von unten seh ich das sehr kritisch. Ich denk mir, natürlich es gibt immer noch schlechtere Varianten von Arbeitsplätzen. Aber die Lösung für die Zukunft ist es nicht.“*

Die Konstruktion einer übergreifenden Betriebsgemeinschaft zwischen Lohnabhängigen und Eigentümer beziehungsweise Management wird in diesem Sinne in Hinblick auf diesen Unternehmenstyp grundsätzlich problematisiert:

„Und ich weiß das ja, in diesen Betrieben, wenn eine Betriebsfeier ist, dass die Leut versuchen sich abzuseilen und gar nicht mehr hingehen und sagen ‚Ich arbeit dort, das ist okay, aber meine Freund such ich mir selber aus‘. Da besteht ein bissl ein Zwang, und in der Atmosphäre ist die Kritik auch schwierig, weil wir sind doch irgendwie alle miteinander, und mir gehts als Chef ja nicht anders, ich tu ja auch so wie du, warum regst du dich auf.“

Aus einer anderen Perspektive wird die Konstruktion einer Betriebsgemeinschaft und ihre Interpretation als Familie positiv eingeschätzt:

„Wenn ich mit Herz, Hirn und Hausverstand herangeh, was hilft meiner Familie, jetzt ausgeweitet auf meine Firma, wo ich 40 Stunden, maximal, oder für viele leider auch weitaus mehr, meiner Woche verbringe, wie können wir gemeinsam gut miteinander leben, ohne dass sich der eine sich ausgebeutet fühlt und der andere nicht, wobei da auch die persönliche Entwicklung eine große Rolle spielt, und persönliches Wachstum...“

Dies sei die Grundlage einer sorgenden Haltung des Eigentümers beziehungsweise des Managements gegenüber den Lohnabhängigen:

„Da kann auch jede Firma für sich, aufgrund ihrer speziellen geographischen Situation, z.B. oder ihrer Zusammensetzung auch der Produkte, der Mitarbeiter, ders braucht, das ist so speziell, dass ich, wenn ich einfach, wenn ich einen Chef oder die Entscheidungsträger hab, die einfach sehen, was es braucht, was meine Mitarbeiter brauchen, woran es ihnen mangelt, kann ich hergehen, und sagen, wie kann ich diesen Mangel beseitigen.“

Aus der zuvor genannten Perspektive wird dagegen auf strukturelle Interessenslagen in einem Betrieb hingewiesen, die Wahrnehmung und Handeln der Akteur*innen in einer bestimmten sozialen Position prägen oder bestimmte Haltungen nahelegen. Dieser Sachverhalt sei vom subjektiven Wollen beziehungsweise guten Willen der Akteur*innen unabhängig:

„Ich sag selbstkritisch: Ich hab Initiativen gegründet, wo ich für 100 Leut Verantwortung gehabt hab, und in dem Moment, wo ich an der Spitze einer solchen Initiative steh, denk und reagier ich anders als wenn ich ein Betriebsrat bin. Ich kenn beide Positionen und ich weiß, dass ich selbst unter solchen Gesichtspunkten widersprüchlich reagiere. Das ist eine unterschiedliche Sichtweise, die kann ich nicht wegdiskutieren. Jetzt mach ich den Unternehmer nicht schlecht und die Gewerkschaft nicht gut, aber es ist ein Faktum. Und das irgendwie einheitlich zu machen und zu sagen, wir sind ja alle irgendwie gleich und gemeinsam betroffen, das ist eine Lüge, die so nicht stimmt.“

Diese Aussage kann in einen Zusammenhang mit einer Stellungnahme von Heinrich Staudinger in der betriebseigenen Werbezeitschrift „Brennstoff“ gebracht werden. Der Unternehmer spricht sich darin implizit für eine Senkung der Lohnnebenkosten aus – also jene Einkommensbestandteile, die unter anderem zu wesentlichen Teilen sozialstaatliche Leistungen finanzieren⁷⁹:

„Es ist mir ein großes Anliegen, immer wieder zu sagen, dass bei uns nichts mehr mit Abgaben belastet ist als die Arbeit. So kommen wir niemals von der Plage der Arbeitslosigkeit weg. Wir sind in der komischen Situation, dass sich Deutsche deutsche Arbeit kaum leisten können, Österreicher kaum die österreichische usw., denn bei uns werden die Arbeitskosten durch die hohen Abgaben mutwillig verteuert, während Arbeit aus den Billiglohnländern abgabenfrei nach Europa hereinkommt. Das ist Protektionismus für Deichmann & Co. Schube aus Asien mussten bis vor vier Jahren durchschnittliche Abgaben von 1,25 Euro pro

⁷⁹ Grundsätzlich wäre auf Basis der Äußerungen im Interview auch die Forderung nach höheren Zöllen logisch konsistent, die aber nicht formuliert wird. Der erste Satz verweist stattdessen auf die, wie es heißt, „hohe Abgabenlast der Arbeit“ und bringt diese in Zusammenhang mit der „hohen Arbeitslosigkeit“, und es wird weiterhin von einer „mutwilligen Verteuerung der Arbeit“ gesprochen, was den Schluss nahe legt, es sollte die „Abgabenlast der Arbeit“ gesenkt werden. Die Reaktion der EU wird kritisiert, weil sie bestehende Zölle senke oder höhere Zölle in der Vergangenheit gesenkt habe. Das Problem wird aber in den Äußerungen als einem höheren Zollniveau vorgängig ausgemacht, nämlich als Resultat der „hohen Abgabenlast der Arbeit“.

Paar Schub leisten; wir hingegen müssen allein an den Löhnen der ArbeiterInnen, die die Schuhe fertigen, rund 10 Euro Lohnnebenkosten pro Paar zahlen. Nun? Wie reagiert die EU auf diese Ungerechtigkeit? Sie streicht die Abgaben der Importeure auf Null, während unsere Abgaben mit den kleinen Lohnsteigerungen weiterwachsen. Dieser Protektionismus schenkt den – nach Europa – schubimportierenden Konzernen mehr als 1 Milliarde Euro pro Jahr, während tausende kleine Erzeuger unter der Abgabenlast kaputt gemacht worden sind.“ (Brennstoff Nr. 38/14: 7⁸⁰)

Zu den Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben außerhalb Österreichs liegen unterschiedliche Einschätzungen vor. Aus einer Perspektive werden diese als solidarisch beziehungsweise positiv bezeichnet und es wird ein erhebliches Potenzial in Hinblick auf eine Solidarische Ökonomie ausgemacht. Aus anderer Perspektive wird angegeben, dass in Zulieferbetrieben mit dem stark gesundheitsschädlichen Chrom 6 gearbeitet werde. Es wird in einem Interview geäußert, dass nur ein sehr kleiner Teil der Waldviertler Schuhe im Betrieb im Waldviertel gefertigt werde – entgegen dem Image der Regionalität – beziehungsweise sich die Arbeit im Waldviertler Betrieb vorrangig darauf beschränke, zugelieferte Teile zusammenzubauen. Dass ein jedenfalls deutlicher Anteil der Schuhe, die GEA vertreibt, nicht im Waldviertel hergestellt werde, geben auch zwei informelle Gesprächen an und ein weiteres Interview. Der Widerspruch zwischen dem Image von Regionalität und dem Sachverhalt der Abhängigkeit von weltweiten Zulieferern, so wird in einem Interview angegeben, gelte auch für die Firma Sonnentor von Johannes Gutmann.

Der Unternehmer Heinrich Staudinger erfuhr aufgrund seines Konflikts mit der Finanzmarktaufsicht in jüngster Zeit eine starke Steigerung seines Bekanntheitsgrads. Dabei ging es um die Praxis des Crowdfunding für GEA/Waldviertler. Der Konflikt habe sich aufgrund des Medienechos als eine erhebliche Steigerung der Gewinne des Unternehmens ausgewirkt. Das von Heinrich Staudinger favorisierte Crowdfunding-Modell wird in einem Interview als „Marketinggag“ bezeichnet. Es wird dabei wie folgt problematisiert:

„Die Gschicht mit der Finanzmarktaufsicht, die Fragen, die er gestellt hat sind berechtigt, nämlich wie kommt ein kleines Unternehmen an Betriebsmittel heran. Die Frage ist aber nicht neu, haben wir [die selbstverwalteten Betriebe im Waldviertel in den 1980er Jahren, Anm. d. A.] uns auch immer stellen müssen, schon am Anfang. Aber wo ich dann gesagt hat, du [Heinrich Staudinger, Anm. d. A.] hast Freund, aber der kleine Tischler hat die Freund nicht, du hast für dich eine Möglichkeit gefunden, aber die kann man nicht auf alle ausweiten. Da gehts immer wieder um die Frage, welche Möglichkeiten hab ich, dass das, was

⁸⁰ <http://hefte.gea.at/brennstoff38/#p=7>

kleine Betriebe brauchen, wo kommt es zu einer Lösung, dass ein Anspruch besteht. Wenn ich keine Freund hab, hab ich keinen Anspruch, oder so eine charismatische Öffentlichkeitsarbeit, wo er eine Gabe hat, ist ein Genie, was macht ein Anderer, der patschert ist. Es gibt eine Reihe von Betrieben, gute Handwerker, die einen Betrieb haben und das brauchen, aber die keinen Anspruch haben. Da müsste man eher die Bankregeln verändern als dass ich sag, ich such mir Freunde.“

In zwei anderen Interviews wird das neue Crowdfunding-Gesetz wesentlich auf den Anlassfall der Betriebspraxis von Heinrich Staudinger zurückgeführt und die nun gefundene gesetzliche Regelung als positiv bewertet.

Am Beispiel eines nicht namentlich zu nennenden Betriebs wurden weitere Fragen an die Betriebspraxis in einem konventionellen Unternehmen mit alternativem Anspruch verdeutlicht. In diesem Fall ist das Einkommen des Eigentümers nicht näher bekannt, nach eigener Angabe liege es bei 1.000 Euro, wobei nicht spezifiziert wurde, ob es sich um ein Brutto- oder Netto-Einkommen handele. Diese Angabe wird im Interview dahingehend relativiert, als Wohnung und Auto des Eigentümers über den Betrieb finanziert würden und die Verwaltung der betriebseigenen Kassa grundsätzlich in der Hand des Eigentümers liege. Im Vergleich mit dem Einkommen einer Arbeiterin oder eines Arbeiters, die davon Miete und Auto bezahlen müssten, sei jedenfalls auch ein Betrag von 1.000 Euro ein erhebliches „Taschengeld“. Dieser Betrieb werde zudem von der zuständigen Gewerkschaft nicht überprüft, obwohl sie dazu befugt sei und wisse, dass die gesetzlich erlaubten Arbeitszeiten in erheblichem (und strafbarem) Ausmaß regelmäßig übertreten würden. Die zuständigen Stellen würden einen Konflikt mit dem renommierten Eigentümer fürchten, in dem sie als Arbeitsplatzzerstörer bezeichnet werden könnten. Im unteren Bereich der Hierarchie in der zuständigen Gewerkschaft sei ein stärkeres Interesse gegeben, sich diesem Missstand zu widmen, allerdings seien die Entscheidungsbefugnisse im oberen Bereich konzentriert. Außergewöhnliche Gewinne aufgrund überdurchschnittlicher Betriebsergebnisse würden ohne Mitsprache der Belegschaft investiert.

Ein Interview schildert im Zusammenhang Solidarischer Ökonomie drei Beispielbetriebe in Vorarlberg. Diese würden aus dem traditionellen Unternehmertum kommend und im Bau- und Installationsgewerbe tätig sein. Die drei Unternehmen würden konkurrieren, aber auch in einem Netzwerk kooperieren und zeigten vergleichbare Firmenpolitiken. Sie hätten mit großem Aufwand ein solidarisches Entlohnungssystem entwickelt. Das solidarische Entlohnungssystem sei in Arbeitsgruppen erarbeitet worden, die alle

Interessensgruppen im Unternehmen inkludierten. Zwei von den drei genannten Firmen hätten die Betriebswirtschaft für die Mitarbeiter*innen transparent gemacht, sodass alle das Betriebsergebnis am Monatsende einsehen hätten können und die Investitionen überprüfen könnten. Auch das Gehalt der Manager und der privaten Haupteigentümer sei offen gelegt worden. In einem Fall seien die Gehälter von der gesamten Belegschaft normativ eingeschätzt worden, wobei der Chef sich freiwillig wieder heruntergestuft habe. Dieser Zugang entspringe einer christlichen Haltung, unterstützt durch die Rezeption von Papst-Enzykliken, die auf folgende Sichtweise hinausgelaufen sei: „*Das geht so nicht, wie ich Gewinn rausziehe, die anderen erwirtschaften das, das geht so nicht.*“

Otelo⁸¹ und Otelo Genossenschaft⁸². Innovative Freiräume und ein neues Genossenschaftskonzept

Dieser Abschnitt beruht auf einem Interview mit einer Person, die diesen nachfolgend überarbeitet hat. Sie hat die Otelo Genossenschaft mitgegründet und den Gründungsprozess wissenschaftlich begleitet. Sie war zudem im Rahmen der Otelo Vereine tätig. Otelo Vereine wurden in mehreren Interviews als gute Praxis Solidarischer Ökonomie genannt. Kritische Einschätzungen wurden nicht formuliert. Die Otelo Genossenschaft wurde dagegen nur ein Mal erwähnt, offenbar ist der Bekanntheitsgrad generell gering. In dem betreffenden Interview wurde die Otelo Genossenschaft positiv beurteilt.

Otelo

Otelo heißt Offenes Technologielabor. Es handelt sich um offene, freie, kreative Räume zum Experimentieren, die von Martin Hollinetz initiiert worden seien. Die Idee sei die Schaffung von Orten gewesen, die nicht schon von Feuerwehr, Kirche, Parteien besetzt sind, die dazu einladen innovative Projekte auszutauschen und gemeinschaftlich umzusetzen. Seit 2010 sei ein Netzwerk aus 15 Standorten in Oberösterreich, Niederösterreich, Kärnten und Deutschland entstanden. Die Kooperationen mit den Regionalmanagements und den Gemeinden seien beispielgebend für andere Regionen Europas und würden aktuell auch nach Italien und Spanien übertragen. Die Gruppen würden sich aus sich heraus bilden und bei Bedarf vom Outreach-Team der Otelo Genossenschaft unterstützt, als Botschafter und Prozessbegleiter. Gemeinden würden Raum kostenfrei zur Verfügung stellen ohne Ergebnisdruck, das sei der Nährboden, auf dem innovative Ideen für die Region entstehen würden. Es

⁸¹ <http://www.otelo.or.at/>

⁸² <http://www.oteloegen.at/>

gebe so genannte magic 5-teams, welche die Räume hosten. Die Otelo-Gruppen seien eigenständig und als Verein organisiert. Sie seien getragen von einer gemeinsamen Charta und das ehrenamtliche Organisationsteam gestalte Räume, in denen eine Vielzahl von Veranstaltungen, aktive Gruppen und Projekte entstehen können.

„Vom Verein her ist es ein klassischer Verein. Was nicht so klassisch ist, ist die innere Struktur. Das Kernteam macht nichts Bestimmtes, sondern gestaltet einen offenen Raum. Es ist ein Spielraum für die Leute die sich in dieser community engagieren wollen. Dort kannst du sogenannte Nodes gründen, die dann sehr frei sind in dem was sie tun. Wichtig ist, dass die Leute es gerne machen. Weil dieses, dass du Spaß dran hast, was du tust ist sozusagen ein Gründungsgedanken.“

Aktivitäten seien von Verein zu Verein unterschiedlich: Tauschen, Tanzen, Treffen, Spielen, Repair-Cafés, freies Radio, Kostnixladenprojekte, Transitiongruppen oder den Bau von 3D-Druckern. Es sei alles ehrenamtlich organisiert und die Nutzung kostenfrei. Die Gemeinde stelle eine Basisinfrastruktur zur Verfügung und schließe mit einer lokalen Otelo-Gruppe einen Vertrag ab. Das Interesse der Gemeinde bestehe darin, dass es innovative Räume gibt, die neue Impulse in die Region bringen und der Abwanderung der kreativen Köpfe entgegenzuwirken, *„weil das für die Leut auch spannend ist“*.

Es werde bei Austauschtreffen kooperiert oder bei gegenseitigen Besuchen. Das Teilen von Wissen sei ein zentrales Element der Otelo Räume. Im Interview werden keine Konflikte genannt. Mehr als 50.000 Menschen hätten an Aktivitäten der Otelos teilgenommen, aktuell würden 28 Gruppen an den Themen arbeiten, die sie bewegen.

Otelo Genossenschaft

Seit 2010 gebe es Otelo-Vereine. Zu dieser Zeit sei auch die Idee aufgekommen, einen Unternehmensraum für wirtschaftliche Ideen zu gründen, wo Menschen tätig werden können, um damit ihr Auskommen zu haben. Die Erfahrung sei gewesen, dass sich aus Otelo auch wirtschaftliche Ideen entwickelt haben. Die Beteiligten hätten sich in solchen Fällen selbstständig gemacht oder GmbHs gegründet. Mit der wirtschaftlichen Aktivität seien sie dann aber nicht mehr Teil einer Community, sondern auf sich allein gestellt gewesen. Daraus sei das Bedürfnis entstanden, auch die wirtschaftliche Verwertung von Ideen in einer gemeinschaftlichen Struktur zu organisieren. Die Genossenschaft mit ihren solidarischen und demokratischen Prinzipien schien dafür die geeignete Unternehmensform zu sein, in deren Rahmen ebenfalls community learning

(Lernen in Gemeinschaft) stattfinden könne, so wie in den Otelos.

Sie hätten Informationen zusammengetragen und darüber bei verschiedenen Veranstaltungen diskutiert. Etwa 50 Leute seien daran beteiligt gewesen und hätten sich für die Genossenschaft interessiert. Nach zwei Jahren Ideenfindung und Recherchetätigkeit hätten sie eine Kerngruppe von 5 Personen gebildet, die konkret an der Umsetzung gearbeitet hätte. Sie hätten Kontakt zu einer anderen kleinen Genossenschaft aufgenommen und die Gründungsunterlagen erarbeitet.

Zuerst hätte die Genossenschaft für alle offen gehalten werden sollen. Dagegen hätte die unspezifische Ausweitung der Stimmberechtigten in der Generalversammlung gesprochen. Folglich sei das Ziel schließlich enger auf die wirtschaftliche Umsetzung von Projekten eingegrenzt worden, wobei die Genossenschaft mit Mitgliedern Anstellungsverhältnisse begründen sollte. Damit würden die unterschiedlichen Potenziale gebündelt, eine gegenseitige Unterstützung ermöglicht und die Gruppe als Korrektiv genutzt.

Die Otelo Genossenschaft habe derzeit 10 Mitglieder, die an Projekten arbeiten. Die Mitglieder würden sich einerseits als Unternehmer*innen sehen. Durch die Anstellung seien sie andererseits zugleich als Arbeitnehmer*innen der Firma zu sehen. Dabei handele es sich gewissermaßen um zwei verschiedene soziale Räume: *„Einmal bin ich weisungsgebunden angestellt, einmal bin ich Unternehmerin und Mitentscheiderin.“* Das sei mitunter eine Personalunion, allerdings nicht zwangsläufig. Es könne auch jemand angestellt sein, die oder der nicht Mitglied ist, wenngleich eine Mitgliedschaft angestrebt werde. Oder es seien Menschen Mitglieder, aber nicht angestellt, da sie sich noch darüber nachdenken, was sie tun wollen: *„Es geht ja auch darum, dass wir uns gegenseitig unterstützen die Arbeit zu tun, die wir wirklich wollen.“* Dieser Ansatz sei von der Philosophie Fritjof Bergmanns inspiriert, der mit Otelo eng verbunden sei.

Die Rechnung für Aufträge an die Genossenschaft stelle die Firma, Einnahmen würden auf das Genossenschaftskonto fließen. Es gebe Profit Centers um zu erfassen wo welche Umsätze erwirtschaftet werden, was auch die Lohnauszahlung orientiere. Die Projekte der Mitglieder seien Labels zugeordnet. Dabei werde entweder im Team oder allein gearbeitet. Darunter falle das oben erwähnte Otelo Outreach. Vom Land Oberösterreich habe es eine Förderung des Otelo Outreach Teams gegeben, das Otelo Standorte begleite. Weiters gebe es ein Label Innovation und Consulting, in dem unter anderem Gruppen beraten werden, die kooperativ arbeiten wollen. Es würden auch Vorträge zu kooperativem Wirtschaften angeboten sowie Workshops zu Teamentwicklung und Klausurbegleitung: *„Wir sind sozusagen unser eigenes Experiment, was wir beraten,*

kooperativ wirtschaften, erleben wir an uns auch.“

Die Bezahlung unterscheide sich nach Alter, Erfahrung und Tätigkeitsbereich, wobei sich die Genossenschaft allgemein am Kollektivvertrag der Unternehmensberater orientiere. Die Otelo Genossenschaft arbeite insofern wie ein konventionelles Unternehmen mit Gewerbeanmeldung und konform mit dem Arbeitszeitgesetz. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens sei allerdings nicht konventionell,

„weil unser Fokus sehr auf den Mitgliedern ist. Wichtig ist, dass es den Mitgliedern gut geht und die sich gut entwickeln. Der Fokus ist, was wollen wir anbieten am Markt, dass gleichzeitig auch die Leut ihr Potenzial gut umsetzen können und sich weiter entwickeln können. Also man wird nicht so eingesperrt: ‚Okay du bist angestellt als Filmemacher und musst das bleiben, weil damit verdienen wir grad soviel‘. Wenn jemand bei einem anderen Projekt mitmachen will, weils ihn grad interessiert, macht er das. Was die Leut wirklich machen wollen ist ein ganz wichtiger Entscheidungsfokus. Der Mensch rückt viel mehr in den Mittelpunkt. Das ist auch bei Genossenschaften wichtig: die Förderung der Mitglieder ist zentral. Weniger, dass wir ganz viel Geld verdienen, wir verdienen auch ganz gut, aber das ist nicht, was uns antreibt.“

Es könne jemand mit einer vermarktbaren Idee aus einem Otelo bei der Genossenschaft einsteigen. Allerdings sei die Unternehmensgröße und damit weiteres Wachstum auf maximal 16 Mitglieder limitiert. So soll gewährleistet bleiben, dass alle gemeinsam entscheiden können. Sollte über diese Größe hinaus an dieser Genossenschaftsform Interesse bestehen, würde eine unabhängige Neugründung einer weiteren Genossenschaft angestrebt.

Die gemeinsame Führung des Unternehmens sei anspruchsvoll: *„Von allein gehen Entscheidungen gar nicht, wir sind ein Unternehmen und müssen ganz viel tun, dass dieses Unternehmen auch läuft.“* Daher habe die Otelo Genossenschaft eine elaborierte Organisationsstruktur. Die Agenden der Geschäftsführung seien in soziokratischen Kreisen aufgeteilt. Diese Agenden würden alle sechs Wochen in Koordinationstreffen abgestimmt, alternierend dazu gebe es ein Eat and Meet-Treffen für Fragen, wie es den Mitgliedern in der Arbeit ihren Projekten und im Umgang miteinander gehe. Zusätzlich gebe es Supervision mit dem ausschließlichen Thema Innenschau. Das Koordinationstreffen nach der Methode der Soziokratie sei zugleich auch das Vorstandsmeeting.

Otelo sei die einzige Beschäftigungsgenossenschaft in Österreich, die anstrebe alle ihre Mitglieder anzustellen, um ihnen ein würdevolles Arbeiten zu ermöglichen. Sie sei damit eine besondere Form der Produktivgenossenschaft, die zum Ziel habe

Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die Genossenschaft litten die Mitglieder nicht unter schwankenden Einkommen und grenzten die Arbeitszeit ein. Zudem sei die Sozialversicherung für Selbstständige relativ teuer, wenn der Verdienst niedrig liegt. Die Anstellung löse dieses Problem:

„Weil in der Selbstständigkeit: einmal verdienst du, dann nix, dann bist du krank, es gibt ein großes Auf und Ab und du musst selbst alles checken. Und zum Teil ist es bei Selbstständigen so, dass ihre Freizeit Teil ihrer zu organisierenden Zeit ist. Die kommen nicht mehr raus aus der Arbeit. Am Abend Netzwerktreffen und so weiter, und dann auf Reisen gehen wegen eines Auftrags, das fließt alles ineinander. Man könnte sagen, das ist schön, aber nachweislich ist es extrem belastend: Es führt nicht unbedingt zu Einkommensarmut, aber kann Zeitarmut erzeugen, und dadurch wird man von sozialer Teilhabe ausgeschlossen. Die können nicht mehr mitmachen, sich mit Freunden treffen, weil sie permanent in der Arbeit sind. Sie können oft nicht berechnen, wieviel werd ich verdienen oder in drei Monaten. Sie sehen nur: jetzt hab ich diese Aufträge, dann diese, und wenn was schief geht oder der Kunde nicht zahlt, wird's prekär. Sind wir aber 10, die für die Genossenschaft arbeiten, kommen diese Umsätze ins Unternehmen rein, und auch wenn einer krank ist, ist ja Geld gerade da durch die Umsätze der anderen und er hat trotzdem ein Einkommen. Schwankungen werden geglättet.“

So werde ein erheblicher Spielraum ermöglicht, der zugleich sozial besser abgesichert sei als bei selbstständiger Tätigkeit: *„Man kann das sehr abgestimmt auf die Lebenssituation gestalten. Du bist nicht eingespannt in das Rad eines Unternehmens und bist auch nicht allein als Selbstständige, sondern hast was dazwischen.“* Zudem gehe damit ein höheres Ausmaß an Verbindlichkeit einher: *„... du bist ganz anders gefordert, wenn du auch Unternehmerin bist. Das ist mein Unternehmen, wir treffen uns alle paar Wochen, wie entscheiden wir jetzt, nehmen wir diesen Mitarbeiter auf, welches Label gründen wir, nehmen wir das Projekt an, in welchem Label möcht ich mitarbeiten. Es gibt eine andere Verbindlichkeit, ein anderes Gefühl der Mitbestimmung.“*

Diese Unternehmenskultur sei durch solidarische Beziehungen bestimmt:

„Es ist ein sich miteinander Stützen, solidarisch Fördern, ich glaub, was ganz wichtig ist, das gehört dazu: wenn du enger aneinander knüpfst, wies wir haben, Unternehmen und Angestelltsein, sind wir sehr voneinander abhängig, es gibt eine starke Verknüpfung. Mich interessiert wies den anderen geht. Mich interessiert wies anderen Menschen geht, aber noch viel mehr wies meinem Kollegen geht. Wenn ein Auftrag flöten gegangen ist, fühl ich mich sehr mitverantwortlich, dass er wieder was Gutes finden, dass er das finden kann, was ihm Spaß macht. Das Miteinandersorgen ist viel stärker.“

CSA, Food Coops und Nyeleni Austria. Ein Best Practice-Beispiel Solidarischer Ökonomie

In mehreren Interviews wird der Ernährungssektor als bestes Beispiel Solidarischer Ökonomie in Österreich genannt. Dabei werden einerseits insbesondere Food Coops als formelle Organisationen angeführt, die gute Praktiken darstellen würden. Andererseits wird mehrfach herausgestellt, dass die Einbindung von Food Coops in einen größeren Bewegungszusammenhang die positive Besonderheit dieser Praxisinitiativen darstelle. Das Beispiel CSA wird vor allem auf Basis eines Interviews dargestellt. Manche Gesprächspartner*innen verweisen auf die Bewegung für Ernährungssouveränität, die in Österreich in Form zweier Großveranstaltungen 2011 und 2014 zum Thema⁸³ sichtbar geworden ist, als vorbildhaft für Solidarische Ökonomie. So heißt es beispielsweise: *„Die Frage nach guten Praktiken wäre ja die Frage, wie gelingt es die zusammenzubringen, oder aus dem Mehr zu machen? Wie durch das Nyeleni Forum, ja, das Forum kommt auch am nächsten einer politischen Bewegung. Das wäre eigentlich glaube ich die beste Best Practice, was mir einfällt, weils eben eine Aggregation ist.“*

Ernährungssouveränität vereine (1) eine kritische agrarpolitische Analyse, aus der Forderungen an den Staat abgeleitet würden mit (2) konkreten Initiativen zur Veränderung des Ernährungssystems (Community Supported Agriculture/CSA, Food Coops und weitere Ansätze solidarischer Landwirtschaft, von Hofkollektiven bis zu kollektiver Landwirtschaft oder Gemeinschaftsgärten) in Solidarität mit dem globalen Süden und (3) Widerstandspraktiken, wobei diese drei Ebenen (4) Teile einer übergreifenden sozialen Bewegung darstellen würden. Dabei spiele vor allem das Lernen vom Süden eine große Rolle, nicht zuletzt was konkrete Aktionsformen wie beispielsweise die Besetzung von Land angeht (in Österreich durch die Initiative SoliLa⁸⁴ in Wien erprobt; siehe dazu weiter unten), aber auch in Hinblick auf Methoden der Selbstreflexion wie das Systematisieren von Erfahrungen. Dieser Ansatz wurde vom Paulo Freire-Zentrum im Rahmen eines Projekts angeboten⁸⁵.

Kritisch wird in Hinblick auf diese Einschätzung dagegen darauf hingewiesen, dass beispielsweise in Food Coops der Diskurs der Ernährungssouveränität kaum je die Mitglieder erreiche. Ob das Thema und die oben genannten

⁸³ <http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/nyeleni/>

⁸⁴ <http://solila.blogspot.eu/>

⁸⁵ Anm. d. A.: Bemerkenswert sind an der Bewegung für Ernährungssouveränität – nicht nur in Österreich – zudem zwei weitere Momente: Erstens die Kooperation zwischen NGOs, Interessensvertretungen (La Via Campesina), nicht institutionell eingebetteten konkreten Praxisinitiativen, zweitens die Integration von theoretischer und strategischer Diskussion mit praktischen Erfahrungen.

Dimensionen überhaupt in eine Food Coop eingebracht werden, hänge stark von Einzelpersonen ab, die sich in der Bewegung für Ernährungssouveränität engagieren.

Beispiel CSA

Neben den Food Coops sind gemeinschaftsgestützte Landwirtschaftsprojekte – auch bekannt als Community Supported Agriculture (CSA) – ein in den Interviews mehrmals und zumeist positiv erwähntes Beispiel Solidarischer Ökonomie. Dabei zeigt sich eine Gruppe von Konsumierenden mit einem bäuerlichen Betrieb solidarisch, indem sie einen Teil der Kosten vorfinanziert und optimalerweise Aufgaben in der Produktion und Verwaltung übernimmt. Der Betrieb plant in der Idealform die Produktion zusammen mit den Konsumierenden auf Basis ihrer Bedürfnisse. Die erste CSA in Österreich ist die 2011 gegründete GELA Ochsenherz⁸⁶, die seither viele Impulse für Neugründungen gegeben hat. Etwa 250 Menschen sind Anteilseigner*innen.

Die „GELA Ochsenherz ist schon ein interessantes Beispiel, nicht nur weils der erste Betrieb war, der über viele Jahre Menschen versorgt, wo vieles Beachtung findet, die Produktion samenfester Sorten, Selbsteinschätzung, freie Entnahme, all diese Dinge, wo ich glaub, das geht schon recht weit, was da ausprobiert wird, zugleich bleibt sehr niederschwellig, man kann leicht einsteigen. Ist aber auch insofern interessant, weil sich rundum noch mehr tut. Bei der Finanzierungsfrage, dem neuen Pachtgrund letztes Jahr. Da haben wir Land grabbing live erlebt. Wie man dann eine neue Fläche findet, Geld aus der Community aufbringt. Das ist interessant, auch von den Prozessen her, wie gelingt sowas, und das andere, dass es darüberhinaus geht, dass man sich Gedanken macht ... wie man das absichert, dass es nicht an bestehenden aktiven Personen, insbesondere dem Betriebsleiter, hängen bleibt.“ Dieser soziale Prozess sei wesentlich. In einem Interview heißt es weiter: *„Und dann natürlich auch diese Strahlkraft, dass sehr viele jetzt hinkommen, sich informieren, wie machts ihr das, wie geht das, dass sich sehr viele Initiativen befruchten lassen, dass durch diesen Impetus eine Reihe von Projekten entstanden ist und diese Vernetzung.“*

Eine wichtige Rolle spielten für die Vernetzung in Österreich zudem Aktivitäten im Rahmen des EU-Projekts CSA4Europe⁸⁷, an dem Aktivist*innen von AgrarAttac aus der Bewegung für Ernährungssouveränität maßgeblichen Anteil hatten. Die wichtige Studie von Stephan Pabst (2015) stellt die Entwicklung und Zukunftspotenziale von CSAs in Österreich detailliert dar.

⁸⁶ <http://www.ochsenherz.at/>

⁸⁷ <http://urgenci.net/actions/csa4europe/>, vgl.

http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/wiki/Austauschprojekt_CSA_for_Europe

Zu unterscheiden seien CSAs demgegenüber von Biokistl-Angeboten, wo es keine demokratischen Entscheidungsprozesse gibt, wie zwei Gesprächspartner*innen festhalten, die sich dazu ausführlicher äußern. Mit den demokratischen Entscheidungsprozesse gehe auch Bewusstseinsbildung einher. Am Beispiel des Buschberghof⁸⁸ in Deutschland wird dies so erläutert: *„Neue Leute wollen mehr Eier, aber der Bauer sagt, das geht nicht. Die Idee, ich geh in den Supermarkt und hab ein Recht auf 20 Eier, das geht nur wenn du die Kosten ausblendest. Du musst dich entscheiden, im Winter gibts 3 Eier pro Woche, mach ich 1 Mal Kuchen oder 3 Mal Omelette in der Woche, du hast keinen Anspruch auf mehr Eier.“* Der Punkt dabei sei, so wird in einem der Interviews präzisiert, *„dass es keine alternative Vermarktungsform ist. Das ist für mich nicht CSA.“*

Der zweite Aspekt betreffe die Größe einer CSA. Diese dürfe nicht zu klein konzipiert sein:

„Grade Gemüse ist irrsinnig arbeitsintensiv. Nach unserer Kalkulation musst du 3 Leute anstellen, auch wenn du keine hohen Löhne zahlst, wir haben mit 30.000 bis 35.000 EUR pro Jahr Lohnkosten gerechnet. Da brauchst du 30 ha, mit 20 kommst vielleicht mit großem Gemüseanteil aus, und dann müssen die 3 hackeln wie die Bösen. Du musst eine Grundversorgung sicherstellen. Der Buschberghof in Hamburg ist ein gutes Beispiel. Brot, Gemüse, Milchprodukte. Wenn ich 80 bis 100 Prozent der Grundversorgung decken kann, das ist die Voraussetzung. Sonst ist es eine gute Idee, weil die Familie sympathisch ist, aber nicht tragfähig oder verallgemeinerbar.“

Anders setze sich das CSA-Modell aufgrund zu hohen Aufwands nicht durch:

„Eine CSA mit nur Gemüse geht vielleicht bei Veganern, da haben wir aber zuwenig davon. Wenn es mehrheitsfähig sein soll, muss ich das ganze Paket des täglich Gebrauchten zur Verfügung stellen. Und das geht auch nur wenns eine Kreislaufwirtschaft am Hof ist. Ich brauch Tiere, Milch und Käse ist Abfallprodukt. Davon das Abfallprodukt, die Molke, da kann ich ein paar Schweine und Hühner halten. Dann funktioniert das.“

Entscheidend sei die Entwicklung eines angepassten Betriebsmodells:

„Am Buschberghof sagten Betriebsberater, dass eine Rinderherde mit 30 Stück unrentabel ist, Bäckerei für 300 Leute mit 15 Brotsorten ist unrentabel, 60 Gemüsesorten ist unrentabel, 3 Sorten sind machbar, 200 Geflügel ist unrentabel, Mindestgröße sind 3.000 Stück. Da sind sie auf 40 bis 50 unrentable Betriebszweige gekommen, aber in Summe funktioniert seit 30 Jahren. Sie produzieren keine Probleme. Im Nachbarort ist eine große Molkerei, die permanent Probleme für die Gemeinde produziert, weil die Leeren die überschüssige Molke in

⁸⁸ <http://buschberghof.de/>

die Kanalisation, die verstopft immer. Bei ihnen ist Molke hochwillkommener Arbeitsstoff für Futter. Hühner bekommen Bruchweizen, aus dem man kein Brot machen kann.“

Am Buschberghof sei auch ein gutes Beispiel für Wirtschaftsdemokratie. Es gebe eine gemeinsame Betreiber*innengemeinschaft, aktive und nicht aktive Landwirt*innen, sprich Essende. Der Bauer trage die Verantwortung für die Fachkompetenz und die anderen übernähmen die Verantwortung ihm dies mit finanziellen Beiträgen zu ermöglichen: *„Das ist wirklich Solidarische Ökonomie, weils vor allem am Grundwert, der nächsten Generation keine schlechtere Welt zu hinterlassen, ansetzt.“* Zugleich werde Solidarität in der Verbrauchergemeinschaft praktiziert: *„Jeder gibt den Beitrag, der möglich ist, nicht der gleiche Beitrag pro Kopf egal ob Zahnarzt oder Arbeitslose. Und auch Solidarität mit dem Bauern.“*

Wie auch in Hinblick auf die Wiener Food Coops wird in Interviews die soziale Exklusivität von CSAs angesprochen. Diese Einschätzung wird in einem Interview mit dem Hinweis balanciert, dass es unter den Mitgliedern mancher Initiativen Beispiele etwa von Menschen gebe, die langzeitarbeitslos sind.

Sozialökonomische Betriebe und Sozialwirtschaft. Trennlinien zur Solidarischen Ökonomie

Die Erfahrung mit Diskussionen um Solidarische Ökonomie zeigt, dass mitunter Sozialwirtschaft und Sozialökonomische Betriebe (SÖB) hinzugerechnet werden. Deshalb wurde in den Interviews regelmäßig die Frage nach der Einschätzung dieser Begriffe und daran geknüpfter Organisationen gestellt. Die folgenden Ausführungen beruhen vor allem zwei Interviews, ergänzt um mehrere in der Zielrichtung entsprechende Einschätzungen vor allem der SÖBs. Grundsätzlich zeigte sich, dass es kein geteiltes Verständnis von Sozialwirtschaft im Vergleich der Gesprächspartner*innen gibt. In Hinblick auf die immer wieder geäußerte Feststellung, dass Solidarische Ökonomie vage und diffus sei – was je nach Sichtweise als positiv oder negativ beurteilt wurde – gilt dies für den Begriff der Sozialwirtschaft auf Basis der Interviews in noch viel stärkerem Maße.

Die SÖBs sind dem AMS Kontext unterworfen und würden daher keine alternativen Aspekte aufweisen. In den SÖBs gebe es weniger Stress, es handele sich dabei allerdings um einen kapitalistischen Betrieb mit Hierarchien. Die SÖBs würden die Vorgaben des AMS mit Hilfe von Sanktionsdrohungen erfüllen, gegen die sich nur wenige Betriebe verwehrten. Reguläre Arbeitsverträge würden umgangen und der Lohn sei sittenwidrig niedrig. Die SÖBs waren in den 1980er Jahren Teil der Selbstverwaltungsdiskussion, wo das Sozialministerium festgehalten habe, die SÖBs hätten auch den Anspruch, die

Arbeit zu demokratisieren. Zwar waren sie meist nicht selbstverwaltet, hätten sich aber thematisch im Rahmen der gleichen Debatte befunden.

Der klassische SÖB hatte das Ziel benachteiligte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Des Weiteren ging es um Arbeitsplätze für Menschen, die grundsätzlich nicht am ersten Arbeitsmarkt unterkommen können. Sofern diese Zielsetzungen weiterhin verfolgt werden, sei den SÖBs etwas Positives abzugewinnen; es handele sich dann unter dem Aspekt der Solidarität gesehen um eine verdienstvolle Aufgabe – so der Tenor in mehreren Interviews.

Allerdings haben sich die SÖBs seit ihren Anfängen in der Periode der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik Anfang der 1980er Jahre sehr stark verändert. Inzwischen würden vermehrt Menschen über 50 zugewiesen, auch mit hoher Qualifikation, was demütigend sei, da sie sofort am ersten Arbeitsmarkt einsetzbar wären, wie in einem Interview betont wird. Es würden immer höhere Anforderungen an die Vermittlungsquote gestellt, von deren Erfüllung die Finanzierung der SÖBs abhängt, wird in zwei Gesprächen erläutert. Damit würden systematisch jene Personen, die tatsächlich der Unterstützung in Form eines gesonderten Arbeitsplatzangebots bedürfen, ausgeschlossen, weil sie die Vermittlungsquote gefährden. Zugleich gelte die zunehmend restriktive Vermittlungsvorgabe auch für Gruppen, die diesen Ansprüchen kaum gerecht werden könnten, beispielsweise für psychisch kranke Menschen.

In einem Interview wird festgehalten: Der Begriff der Integration, den die SÖBs verwenden, sei sehr kritisch zu sehen, weil er die Exkludierten in eine Integrationspflicht nimmt und suggeriert, sie seien asozial. Dies gründe auf der Annahme, Lohnarbeit sei die einzige Integration und das einzige Mittel gegen Armut und Einsamkeit, was durch die SÖBs als Ideologie unterstützt werde. Im Rahmen der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik seien SÖBs noch mit der Idee eines kollektiven Empowerment verbunden gewesen. Diese Idee sei heute auf individuelles Empowerment im Sinn des Erwerbs bestimmter, marktwirtschaftlich verwertbarer Fähigkeiten reduziert, wie in einem anderen Interview erläutert wird. Die SÖBs seien daher

„die totale Eingliederung ins System. Wenn die Erfolgskriterien die systemischen sind, und zwar Schwubs die Wups, in 24 Monaten oder so, dann ist es ja ganz schwer. Wie du da erfolgreich bist, wenn du nicht irgendwelche... wenn du die Externalitäten, was halt als Externalität gilt, wenn das keinen oder kaum einen Wert hat... wenn du sagst, das ist eine langfristige Bildungsarbeit, Bewusstseinsbildung, oder da wird ausprobiert, und daher braucht

das Zeit und die Effekte sind... wenn dafür keine Vorsorge getroffen ist, sondern die Frage ist, ob die dann wirklich schnell Deutsch lernen und einen Job finden.“

Die SÖBs seien zum Teil sehr paternalistisch, was sich an der eigentlich unerlaubten Kontrolle von Alkohol zeige, oder am niedrigen Lohn, der zu niedrig sei um die in Aussicht gestellte Integration zu gewährleisten. Der Betriebsrat fühle sich oft nicht zuständig für die SÖBs beziehungsweise Transitarbeitskräfte, wie dies etwa bei der Caritas zu sehen sei. Bei der Caritas gebe es eine verpflichtende sozialpädagogische Betreuung, was dem Kollektivvertrag widerspreche und den Datenschutz unterminiere. Diese Praxis sei zudem nicht menschenrechtskonform. Eine Datenschutzbeschwerde zur Situation der Datenweitergabe von der Caritas an das AMS, was in einem normalen Arbeitsverhältnis unerlaubt wäre, sei abgewiesen worden. Es sei allerdings festzuhalten, dass es trotz deutlicher Kritik an den Arbeitsverhältnissen in den SÖBs noch schlechtere Arbeitsverhältnisse gebe.

„Soziale Wirtschaft“ sei ein verwirrender Begriff, wird in einem Interview ausgeführt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Sozial- und Gesundheitsberufe nenne sich nun Sozialwirtschaft Österreich und setze Sozialwirtschaft als ein neues Marketinglabel ein. In manchen EU-Ländern, wird in einem weiteren Interview erklärt, existiere eine eigene Gesetzgebung für eine so genannte Sozialwirtschaft. Dies dürfte dazu beitragen, wird vermutet, dass der Begriff neuerdings auch in Österreich häufiger verwendet wird. Die Sozialwirtschaft sei in Vereinen oder als Betrieb organisiert und kritisch zu sehen. Caritas und Volkshilfe werden in einem Interview als Sozialkonzerne bezeichnet. Sie arbeiteten in gewisser Weise auch gewinnorientiert, wobei der Gewinn in die Managergehälter fließe, die erheblich seien. In sozialer Hinsicht rechne sich das Management der Sozialkonzerne durchaus der Wirtschaft zu.

Eine Person, die mit dem Begriff der Sozialwirtschaft in internationalen Forschungsprojekten in Berührung gekommen ist, meint zusammenfassend zur Sozialwirtschaft, die sie von Solidarischer Ökonomie absetzt: *„Das ist alles total kooptiert in bürokratischer Logik. Sehr sehr wenig Spielräume.“*

Wirtschaftsdemokratie, Gemeinwirtschaft und Self-Reliance. Vergangene Modelle für die Zukunft

Der folgende Abschnitt basiert auf sechs Interviews, in denen der Begriff der Wirtschaftsdemokratie im Verhältnis zu Solidarischer Ökonomie charakterisiert worden ist. In einem Interview wurden starke Bezüge zwischen Solidarischer Ökonomie, Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie hergestellt. Self-

Reliance wurde in fünf Interviews mit wechselnder Ausführlichkeit und Schwerpunktsetzung und mit Hilfe verschiedener Begriffe beschrieben. Self-Reliance meint die eigenständige Entwicklung einer Region. Die beiden Konzepte verbindet nicht nur der Umstand, dass sie in den 1970er Jahren weiterentwickelt wurden und prominent waren, sondern auch, dass sie in zwei Interviews konkret miteinander in Verbindung gesetzt wurden.

Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft

Wirtschaftsdemokratische Konzepte würden einen grundlegend gesellschaftsreformerischen Ansatz verfolgen, der „*radikal sozialdemokratisch*“ orientiert sei. Sie konzentrieren sich auf die Regierung, die flächendeckend eine Demokratisierung der Wirtschaft durchsetzen solle. Solidarische Ökonomie sei im Unterschied dazu eine basisdemokratische Bewegung, die nicht auf das Erringen politischer Macht setze. Dennoch stellen mehrere Gesprächspartner*innen eine enge Verbindung zwischen Wirtschaftsdemokratie und Solidarischer Ökonomie her. Wirtschaftsdemokratie heiße jedenfalls, so wird in einem Interview präzisiert, dass gewisse Entscheidungen demokratisch, also in Abstimmungen getroffen werden, insbesondere wie Überschüsse verteilt und Produkte erzeugt, welche Materialien verwendet werden und wo der Einkauf erfolgt. Der Begriff Wirtschaftsdemokratie sei allerdings nicht nur auf Betriebe bezogen, meinen die Gesprächspartner*innen dazu übereinstimmend.

Wirtschaftsdemokratie blickt auf eine traditionsreiche Debatte mit vielen praktischen Ansätzen zurück, etwa in Österreich und Schweden. Zwar habe dieses Konzept in keinem der beiden Länder wirklich Raum bekommen, habe in Österreich aber bis heute wesentliche arbeitnehmer*innenorientierte Reformprogramme und Institutionen beeinflussen können. Als Ergebnisse wirtschaftsdemokratischer Versuche in Österreich werden in einem Interview beispielsweise gemeinnützige Wohnsiedlungen wie im Roten Wien der 1920er Jahre, die Mitbestimmungsgesetzlichkeit und Überreste der Gemeinwirtschaft gesehen.

Der Begriff der Gemeinwirtschaft meine, so erläutert eine Person in einem der Interviews, dass keine partikularen Interessen verfolgt werden, sondern Konsumierende, Beschäftigte und Gewerkschaften sich gemeinsam über Grundsatzfragen des Unternehmens verständigen und Programmfestlegungen zur Produktion treffen. Es handele sich um gewerkschafts- oder staatseigene Betriebe mit einem mehr oder weniger radikalen Mitbestimmungsmodell. Es sei zwar fraglich, inwieweit repräsentative Mitbestimmung tatsächlich gewährleistet war oder ob es eher um eine Proporzdemokratie zwischen Staat,

Wirtschaftskräften und Gewerkschaft ging. Allerdings habe es in Österreich in den früheren Staatsbetrieben jedenfalls weit mehr strategische Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften gegeben als in anderen Ländern.

Die Gemeinwirtschaft habe über Jahrzehnte in der Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik große Erfolge erzielt. Zwei Gesprächspartner*innen hoffen, dass diese Verbindung von der Solidarischen Ökonomie wieder angeregt wird. Die Gemeinwirtschaft wird in einem Interview aber auch als „ein Tanker“ bezeichnet, wo viele Interessen zu langatmigen Kompromissen geführt und ein Reagieren auf Strukturveränderungen der Wirtschaft unmöglich gemacht hätten.

Die Gemeinwirtschaft spielte schon in der 1. Republik eine Rolle als Wohn- und Siedlungsgenossenschaft und in der Industrie, insgesamt habe es sich um etwa 15 Betriebe gehandelt, die in einem Naheverhältnis zur öffentlichen Wirtschaft standen oder zum Teil Staatseigentum waren. Der Ansatz der Gemeinwirtschaft kommt aus Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. Er hatte in Österreich und den skandinavischen Ländern in Reformperioden (1920er, 1970er) seine Blüte.

Es würden sich noch heute Spuren davon finden. So sei etwa der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Teil der Gemeinwirtschaft, weil die Eigentümer*innen die Versicherten sind und die erzielten Überschüsse auf die Versicherten aufgeteilt werden und zwar nicht als Individualauszahlung, sondern als Gutschrift. Freilich sei die heutige Funktionsweise dieser Organisationen von den ursprünglichen Perspektiven der Gemeinwirtschaft weit entfernt. Eine Person erzählt in einem Interview von ihrem Versuch, die Belegschaft eines gemeinwirtschaftlichen Betriebs dahingehend zu politisieren:

„Ich hab natürlich sehr naive Vorstellungen gehabt. Ich war in der Wiener Städtischen tätig, hab auf einer Betriebsversammlung mal gefordert, dass wir als Angestellte neben den Versicherungsnehmern und der dritte Faktor wär gewesen der Vorstand, dass wir gemeinsam entscheiden was mit dem Geld geschieht usw. Ein paar haben geschmunzelt, haben das interessant gefunden, aber das Management...“.

Wirtschaftsdemokratie wird in den drei Interviews, die Ausführungen dazu enthalten, als eine übergeordnete, jedoch zugleich eng mit innerbetrieblicher Demokratie verschränkte Konzeption gefasst. Wirtschaftsdemokratie sei in diesem Sinne zentraler Bestandteil Solidarischer Ökonomie: *„In der lateinamerikanischen Debatte, sicherlich in der brasilianischen ist das die zentrale Definition, und zwar innerbetriebliche Demokratisierung. Was nicht drinnen ist, ist der zweite Teil der Wirtschaftsdemokratie, was immer gesellschaftliche Planung heißt. Das wären für mich die*

Eckpfeiler der Art von Wirtschaftsdemokratie, die mir vorschwebt.“ In einer anderen Stellungnahme wird betont, dass Wirtschaftsdemokratie und Solidarische Ökonomie nicht das gleiche darstellen, jedoch zum gleichen Verbund zu zählen sind: „Für mich ist das [Wirtschaftsdemokratie, Anm. d. A.] die übergeordnete Ebene.“ Die Solidarische Ökonomie kann in dieser Sicht als Teilbereich der Gemeinwirtschaft interpretiert werden. Diese umfasse einen größeren Bereich, nämlich auch Betriebe, die zwar im Ansatz demokratische Spuren haben und Dienstleistungen oder Produkte erzeugen, die der Öffentlichkeit zugute kommen, aber keine demokratische Organisationsform aufweisen, insoweit der Vorstand diktiert. Ein Interview erläutert: Die Verbindung zwischen Wirtschaftsdemokratie im Sinn von Bauer, Hilferding und Adler zur Solidarischen Ökonomie liege im Gedanken, dass alle Betroffenen, nicht nur die Konsumierenden für ein solidarisches und gutes Miteinander von Menschen in ökonomische Entscheidungen einzubeziehen sind.

In der Wirtschaftsdemokratie wird in einem Interview eine etatistische, das heißt zu sehr auf den Staat bezogene Erblast ausgemacht, sodass dem Staat zu viel Gewicht bei der Realisierung humanistischer Utopien gegeben worden sei. Die Solidarische Ökonomie als Basisbewegung sei daher ein notwendiger Ansatz für eine Neuformulierung von Wirtschaftsdemokratie. Dabei würden Genossenschaften eine wichtige Rolle spielen müssen. Diese litten jedoch an einem Grundkonflikt zwischen dem Wohl der Arbeitenden und dem Motiv der Profitmaximierung. Dieser genossenschaftliche Grundkonflikt sei nicht lösbar, aber eingrenzbar, was auch in anderen Unternehmensformen, etwa GmbHs deutlich würde. Wirtschaftsdemokratie könne den genossenschaftlichen Grundkonflikt mildern, indem in die Entscheidungsgremien von Genossenschaften der Sozialstaat und verschiedene betroffene Gruppen neben Kapital und Arbeit inkludiert würden, welche die Belange der gesamten Gesellschaft vertreten und mindestens eine Beratungsfunktion aufweisen müssten. Es müsse sich dabei nicht um eine paritätische Mitbestimmung handeln. Es gehe vielmehr darum in Betrieben – darunter Genossenschaften – die Gesellschaft zu repräsentieren und nicht nur die Gemeinschaft.

Wirtschaftsdemokratie ist in der Sicht der Gesprächspartner*innen, die sich dazu äußerten, nicht auf Vorstellungen einer gesellschaftlichen Planung einzuschränken. Schon eine demokratisch gestaltete makroökonomische Politik in mehr konventionellem Rahmen zähle zur Wirtschaftsdemokratie.

Es drohe eine ökologische Katastrophe durch die radikal neoliberale Deregulierungspolitik – betont ein Interview –, weshalb in einer

wirtschaftsdemokratischen Perspektive ein massiver Konzerneinfluss und das Gewicht von Kapitalspekulationsunternehmen stark zurückgedrängt werden müssten. Das könne durch internationale Kooperation und finanzpolitische Regelungen gelingen, die den Finanzkapitalismus abschaffen. Radikale Mitbestimmungen der Beschäftigten und ihrer Vertretungen im Sinn einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie seien allerdings in letzter Instanz wichtig um die ständige Machtausdehnung von ökonomischen Akteur*innen zu verhindern, die natürliche Ressourcen aneignen und zerstören und Menschen und Staaten gegeneinander ausspielen würden.

Zwar seien, wie ein Interview betont, die beiden Ebenen von Wirtschaftsdemokratie – innerbetrieblich und gesamtgesellschaftlich – komplementär, aber de facto vollkommen getrennt. Denn in der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer, die als potenzielle Bündnispartner*innen eingeschätzt werden, gehe es nur im weitesten Sinn um Wirtschaftsdemokratie, beispielsweise als Demokratisierung der Europäischen Zentralbank (EZB).

Wirtschaftsdemokratie und Self-Reliance

Self-Reliance bedeutet eine eigenständige regionale Entwicklung, wobei die Größe der Region, auf die sich das Konzept bezieht nicht vorab festgelegt ist. In Lateinamerika spielte der Begriff in den 1970er Jahren eine Rolle, und der Begriff der Region reichte in diesem Zusammenhang über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Wichtig ist für Self-Reliance nicht die Größe der Region, sondern das Bestreben eine Unabhängigkeit vom Weltmarkt zu erreichen. Das Thema Self-Reliance war in der einen oder anderen Form in den 1970er und 1980er Jahren allerdings keineswegs auf Lateinamerika beschränkt⁸⁹.

Ein Interview führt aus: In den 1980er Jahren sei das Aufkommen der Regionen, Dezentralisierung und Demokratisierung miteinander verbunden gewesen, vom Kampf gegen Diktaturen in Lateinamerika oder Südeuropa bis hin zum Widerstand gegen eine zentralstaatliche Dominanz wie in Frankreich. Diese Denkweise habe Varianten der Überlegungen von Ivan Illich und von „small is beautiful“ umfasst, die gegen die großen Bürokratien, gegen Staat und Kapital in Anschlag gebracht worden seien. Es habe sich um eine Systemkritik in weniger

⁸⁹ Anm. d. A.: Das Konzept der Self-Reliance spielte auch im Rahmen des Versuchs eines „Afrikanischen Sozialismus“ unter Julius Nyerere in Tanzania eine bedeutende Rolle. Allerdings blieben die Umsetzungen in Tanzania äußerst beschränkt und müssen sehr kritisch betrachtet werden. Die grundlegende Analyse von Abhängigkeitsverhältnissen am Weltmarkt, aus denen die Notwendigkeit einer eigenständigen regionalen Entwicklung abgeleitet wurde, ist jedoch auch heute (in noch höherem Maße) gültig.

theoretischer Weise gehandelt. Diese Denkweise sei relativ rasch „total vereinnahmt“ worden.

Regionalentwicklung im Sinn der 1980er Jahr habe eine Vorstellung alternativer, eigenständiger und systemkritischer Ökonomie inkludiert, was in den 1990er Jahren rasch als Förderung regionaler KMUs kooptiert worden sei. Eine Person schildert den Beginn ihrer akademischen Karriere Ende der 1980er Jahre als eine Forschung zu lokalen Initiativen im Waldviertel⁹⁰ mit der Frage, wie citizenship aufs Land gebracht werden könne. Diese Forschung sei im Kontext eigenständiger regionaler Entwicklung beziehungsweise Self-Reliance gestanden: „Das war der Ansatz. Weil ja mein Vor-Vor-Chef, Walter Stöhr ... einer derer war, der die endogene Regionalentwicklung konzipiert hat.“ Walter Stöhr sei dabei selbst von Erfahrungen in Lateinamerika beeinflusst gewesen.

Das Konzept der Self-Reliance sei im Zusammenhang von Solidarischer Ökonomie von großer Bedeutung, wie mehrere Gesprächspartner*innen betonen, so etwa in diesen Worten:

„Weil ich glaub, dass das Self-Reliance-Konzept ganz wichtig ist. Ein Segen wäre, wenn sich Europa weniger in der Welt einmisch. Will heißen: weniger ressourcenabhängig ist, weniger Kriege führen muss um Ressourcen, vom Eigenen leben kann, und daher diese Ideen von regionaler Kreislaufwirtschaft, Energieautonomie alle den positiven Effekt hätten, nicht mit Konzernen oder Militär auf Ressourcen anderer Gegenden zugreifen zu müssen. Ist eine Schlüsselgeschichte.“

In einem weiteren Interview wird Self-Reliance für notwendig erachtet um nach einem Zusammenbruch des momentanen Systems, der als unvermeidbar betrachtet wird, eine neue Form von Wirtschaften aufzubauen. Dafür sei die Wiederaneignung von handwerklichen Fähigkeiten entscheidend:

„Nehm ich mal das Waldviertel her. Das hat 1983 ... nicht nur das Waldviertel, sondern österreichweit, weite Teile Europas mit Textilien versorgt. Wenn wir heut eine Energiekrise haben, kriegen wir Socken und Handtücher, sonst rennen wir nackt herum. Das gleiche mit allen möglichen anderen Produkten. Regional wirtschaften, Handwerk wieder neu lernen... Es ist alles von anderswo her transportiert, ein unglaubliches Wissen ist verloren gegangen. Wir müssen wieder regional denken. Gutmann [Johannes Gutmann, Sonnentor, Anm. d. A.] hat so angefangen und nun ist er weltweiter Bezieher von Kräutern, Tees, hat nix mit regional zu tun. Ich bewundere was er tut, aber das ist viel zu groß, auch der Heini [Heinrich Staudinger, GEA/Waldviertler, Anm. d. A.]. Da braucht es andere Einheiten, wo man

⁹⁰ Anm. d. A.: Die in einem eigenen Abschnitt zur Selbstverwaltung und der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik auf Basis mehrerer Interviews dargestellt sind.

nicht sagen kann, so groß ist eine Einheit, muss man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wenn was geht, dann kleine Einheiten im Sinn von Kohr [Leopold Kohr, Anm. d. A].“

Eine angepasste und auf die finanzschwachen Gebiete fokussierte Regionalförderung sollte Ressourcen, die von den Zentren angeeignet worden seien, zumindest zum Teil rückführen. Das Verhältnis zwischen finanzschwachen Regionen in Österreich wie etwa dem Waldviertel und den Zentren (wie etwa Wien) wird in diesem Gespräch strukturell analog zum Nord-Süd-Verhältnis gesehen.

Als hinderlich für eine stärkere Debatte (und Praxis) von Self-Reliance werden unter anderem die Themensetzungen und strukturellen Beschränkungen potenzieller Bündnispartner*innen ausgemacht: *„Ist zum Teil eine Herausforderung für einige NGOs, weil die davon leben, dass wir uns für andere Länder interessieren. Der brasilianische Fall: Die lösen ihre Probleme selber, oder eben nicht, aber das ist eine Frage der inner-brasilianischen, inner-chinesischen Kräfteverhältnisse, und wenn wir von Außen weniger die falschen Kräfte stärken, ist das auch schon was.“* Als Beispiel für neue Allianzen und politische Ansätze, die ein Konzept der Self-Reliance einbetten könnten, wird unter anderem eine neuere Entwicklung in der brasilianischen Landlosenbewegung genannt. Diese fordere nicht mehr hauptsächlich eine Landreform, sondern eine Ökologisierung der Landwirtschaft über das genossenschaftliche Produktionsmodell der Landlosenbewegung. Ziel sei eine regionale Ökonomie, die Biolebensmittel herstellt. Damit könnte sich ein Stadt-Land-Bündnis ergeben. Würde sich die neue Programmatik der Landlosenbewegung durchsetzen, so würde dies Pestizide und Gentechnik aus der Landwirtschaft zurückdrängen. Dies bedeute einen Angriff auf den ökologisch nachteiligen Wettbewerbsvorteil der Konzerne. Auf diese Weise wäre ein Bündnis gegen die brasilianische Agrarindustrie geschaffen. Vom Norden aus sei es sinnvoll gegen WTO und Liberalisierungen aufzutreten. So könnten Kämpfe in Brasilien mit Kämpfen im Norden verbunden werden. Das käme einem Paradigmenwechsel der Entwicklungszusammenarbeit gleich.

Self-Reliance sei eng mit einer Politik der Importsubstitution verbunden, also mit dem Ersatz von Importen durch eigene Produktion. Auch der Ansatz der Importsubstitution sei keine Idee von gestern, *„sondern (hätte) ein Potenzial im Sinn von Eigenständigkeit. Dass das aus diversen Gründen nicht geklappt hat, aber dass der Aufbau eigenständiger Produktivstrukturen in Territorien... und da war selbst in Lateinamerika bald klar, dass das nicht die kleinen Nationalstaaten sein können.“* In dieser Hinsicht sei eine Region in Brasilien nicht mit einer Region in Europa zu vergleichen. Hier *„müsste man Region anders denken“*.

Der hohe Stellenwert von Self-Reliance, transnationaler Regionalität und Importsubstitution zeige auch beispielhaft, so heißt es in einem Interview,

„warum ich Solidarische Ökonomie für naiv oder zu kurz denkend halte, die Szene. Da ist die totale Begeisterung für Lokalwährungen und keine Diskussion ob nicht Nationalwährungen besser wären als der Euro. Gerade wenn man sagt, jeder so genannte Nationalstaat in Europa ist in jedem anderen Teil der Welt eine Provinz, aber wenn du umgekehrt siehst, wie der Geldstandard destruktiv eine Einheitswährung ist und alle lokalen Besonderheiten zerstört, muss man eben Zölle, Währung... das sind Kernbereiche, die man sich bei Self-Reliance anschauen muss.“

Es sei eine möglicherweise unrealistische Utopie einen europäischen Raum aufzubauen, der soziale und ökologische Kriterien anders definiert als der Weltmarkt, doch sei ein niedrigeres territoriales Niveau funktional nicht vorstellbar. Österreich sei für eine Regionalwirtschaft zu klein und nicht funktional. Eine konkrete Frage wäre in regionalwirtschaftlicher Perspektive allerdings, ob Wien mit der Westslowakei eine Einheit bilden und wie diese gewährleistet werden könnte. Bei der Bildung sinnvoller Regionalwirtschaften käme die wirtschaftsplanende Seite zum Tragen, also Wirtschaftsdemokratie: *„Es ist klar, dass das kleinere Territorium nötig ist, das du irgendwie gestalten kannst, wo du dich vor dem Weltmarkt abschottest ... Das ist meine Grundüberzeugung, wenn wir das nicht aufbrechen, ist die Solidarische Ökonomie ständig gefährdet kooptiert zu werden.“*

Es sei in diesem Zusammenhang eine *„gänzlich andere europäische Institutionalisierung“* erforderlich: *„Du müsstest diese Institutionen wahrscheinlich alle sprengen, und nach so einem Prinzip von Bottom up-Subsidiarität was Europäisches bauen.“* Es gehe nicht nur um Subventionen für eine Solidarische Ökonomie, sondern um andere Institutionen. Diese Aufgabe müsse in ihrer ganzen Dimension gesehen werden. Auch das Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie in Brasilien etwa sei *„angesichts dessen wie die realen Verhältnisse sind ... eine institutionelle Nische.“* Positiv wird in diesem Zusammenhang dagegen auf die Müll-Kooperative in Sao Paulo verwiesen, die genossenschaftlich von rund 10.000 Menschen organisiert sei, *„ein wirklich vorbildlicher Reformismus, in jeder Hinsicht“*. Die Gehälter in der Kooperative seien für brasilianische Verhältnisse relativ hoch, es gebe einen ökologischen Arbeitsinhalt und die Organisation sei intern demokratisch organisiert. Dabei gelte es freilich auch zu sehen, dass solche Ansätze auf massiven Widerstand seitens des Kapitals und der Massenmedien stoßen: *„Die Stadtregierung ist dementsprechend unpopulär bei den Massenmedien. In ganz Brasilien ist Klassenkampf, aber in Sao Paolo ist er wenigstens nicht so verloren. Darum ginge es.“*

Die Ausrichtung auf Self-Reliance wird auch in einem weiteren Interview betont, wobei hier der Begriff der Resilienz in den Fokus gerückt wird – der seinem Inhalt nach auch im oben erwähnten Interview im Kontext der Annahme eines Systemzusammenbruchs angesprochen wurde⁹¹. Regionale Resilienz müsse die klassische Solidarische Ökonomie erweitern und eine zusätzliche Zielfunktion darstellen: „*Da braucht's einen wirtschaftsdemokratischen Zugang.*“

Als ein Beispiel für einen konkreten Ansatz dazu in Österreich wird Spiel des Lebens⁹² in Oberösterreich in der Nähe von Steyr genannt, das etwa 200 Personen in rund 70 Unternehmen umfasse. Eine vertrauensbasierte Regionalwährung werde mit einem ausgabebasierten Grundeinkommen kombiniert. Weiters würde eine soziale und ökologische Bewertung der Produkte praktiziert. Die Initiative versuche regionale Wirtschaftskreisläufe zu schließen, um „*letztendlich die Schuldwährung Euro in eine reine Dankens- und Anerkennungswährung zu verwandeln, die im Prinzip unbeschränkt für vernünftige Dinge zur Verfügung steht.*“

Dieser Ansatz würde aus sich heraus auf Wirtschaftsdemokratie verweisen:

„*Beispiel Schumacher* [Ernst Friedrich Schumacher, „Small is beautiful“, Anm. d. A.], 1973, *jedes Unternehmen ab 500 Beschäftigten verliert seinen privaten Charakter, ist öffentlich, muss eine Aktiengesellschaft sein, für jede Aktie, die ausgegeben wird, muss eine weitere ausgegeben werden, die in öffentlicher Hand ist, aber nicht zentralisiert, sondern in einem regionalen Verwaltungsgremium mit BürgerInnen, die wie Schöffen ausgewählt werden, wo örtliche Gewerkschaften, vielleicht örtliche Unternehmerverbände drinnen sitzen und die drauf achten, dass die Unternehmen im öffentlichen Interesse geführt werden. Also durch verpflichtende rechtliche Rahmenbedingungen Unternehmen an die Gemeinschaft anbinden, also Integration der Unternehmen in die Gesellschaft. Da ist unserer Fantasie keine Grenze gesetzt, wie das unterstützt werden kann.*“

Ein wichtiges Element für diesen Ansatz einer regionalen, resilienten Solidarischen Ökonomie bilde ein alternatives Währungssystem:

„*Geld steht nicht ausreichend zur Verfügung, nicht für die richtigen Dinge, und es vermittelt permanent falsche Informationen. Daher die Idee ‚machen wir unsere eigene Währung‘, machen wir das, was die Banken machen, schöpfen wir Geld selbst und bringen es als Instrument in Umlauf, damit etwas passiert und schließen regional den Wirtschaftskreislauf. Letztlich soll es*

⁹¹ Anm. d. A.: Resilienz bedeutet Krisensicherheit durch flexible Anpassungsfähigkeit an neue Anforderungen

⁹² <http://www.sonnenzeit.jetzt/>

in die Hände der Gemeinde gegeben werden. Dann kann die Gemeinde jede sozial sinnvolle Investition tätigen, weil sich die Finanzierungsfrage nicht mehr stellt.“

Damit würde es möglich, sich unabhängig zu machen und das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Positiv herausgestellt wird, dass der Ansatz von Spiel des Lebens Schulden nicht als Problem sähe:

„Daher haben die kein Problem, was oft als Problem in Regionalwährungen kommt, wenn jemand Schulden macht und dass Leute aussteigen dann. Die sagen, wo ist das Problem, wer Schulden gemacht hat, fragt ja nach, das Geld hat ja wer anderer bekommen. Man kann sagen, danke, dass du soviel Schulden gemacht hast... löscht man mit Druck auf PC das Konto. Das ist ja das Guthaben von wem anderen, und das ermöglicht in der Region weitergehenden ökonomischen Austausch.“

Das Konzept von Spiel des Lebens sei nicht nur für den Süden interessant:

„So genannte Entwicklungsländer – ich mein es ist auch für die Steiermark oder die Regionen ein interessantes Projekt. Viele Leute in dem Projekt sagen, sie wollen nur mehr 15 Stunden im Euro-Job arbeiten, und mit dem ausgabenbezogenen Grundeinkommen können sie den gleichen oder einen besseren Lebensstandard haben. Also vielleicht auch für einige aus dem Hamsterrad auszusteigen oder Arbeit umzuverteilen. Entwicklungspolitisch relevant ist es auch für die Region Weiz. Wenn auf Nord-Süd bezogen, ja, gibts auch eine Verbindung. Statt Exportorientierung Importsubstitution. Resiliente regionale Wirtschaftskreisläufe.“

Dieser Ansatz sei indirekt auch von der Solidarischen Ökonomie inspiriert. Denn der Initiator, Gerhard Zwingler, habe lange Zeit in Brasilien gelebt und verstehe die Entwicklungen dort als Modell. Allerdings müssten Menschen in einem Ansatz wie Spiel des Lebens aktiv Wirtschaftskreisläufe schließen, indem sie Unternehmen darauf ansprechen sich zu beteiligen. Das sei herausfordernd. Daher sei Top down-Unterstützung notwendig, ansonsten käme ein solcher Ansatz nicht über eine bestimmte Größe hinaus.

Gemeinschaften. Von der Integration aus Arbeit, Wohnen und Leben

Dieser Abschnitt beruht auf fünf Interviews, die teilweise ausführliche Schilderungen gemeinschaftlicher Lebensformen enthalten. Das Beispiel der Franziskusgemeinschaft wurde in zwei Gesprächen (übereinstimmend) dargestellt. Das Wohnprojekt Wien wurde in mehreren Interviews dargestellt oder angesprochen. Eine Person verfügte über Expertise zu Baugruppen und gemeinschaftlichen Wohnformen in Österreich, eine andere zu Ordensgemeinschaften. Fallweise wurden Detailinformationen online nachgeprüft und einzelne zusätzliche Informationen ergänzt.

Beispiel 1: Franziskusgemeinschaft⁹³

Die Franziskusgemeinschaft bei Pinkafeld im Burgenland gebe es seit rund 30 Jahren. Sie bestehe aus etwa 15 Menschen aus dem christlichen Bereich, die nach einem anderen Leben und Wirtschaften gesucht haben. Den geistigen Hintergrund bilde die franziskanische Spiritualität, der Gedanke einer Einheit von Mensch und Schöpfung und die Idee der Armut. Leitmotive seien entsprechend in der Diktion der Gemeinschaft das Leben in Armut, das gemeinsame Wirtschaften und die Sorge für sich selbst: *„Der Faktor Spiritualität, oder nenns Motivation oder Einstellung wär sicher was, was unter Kriterien [für eine funktionierende Gemeinschaft, Anm. d. A.] fällt. Für die Kriterien ist das wichtig. Weil wenn die Einstellung ist, ich möchte solidarisch wirtschaften, weil ichs für richtig find und Gemeinschaft entsteht, wirst anders herangehen als wennst sagst ich machs nur wenn ich arm bin und wenns besser geht bin ich weg.“*

Kirchenrechtlich handele es sich um eine unio pia, eine fromme Organisation, *„weil es sind auch Familien dabei und Alleinstehende. Das ist kein Orden im strengen Sinn. Für den Ausstieg wird alles geschwisterlich geregelt, im Gespräch, nicht rigoros wie in manchen anderen Orden.“* Die Franziskusgemeinschaft, so heißt es in einem anderen Interview, würde in bestimmten sozialen Kontexten als eine Kommune bezeichnet werden: *„Man sieht da so verschiedene Ansätze, die sonst in Solidarischer Ökonomie auch vorkommen recht gut.“*

Die Gemeinschaft gestalte ihr Leben kollektiv und solidarisch:

„Die Franziskusgemeinschaft ist für mich eine Idealform, die auch sehr viel Erfahrung gesammelt haben im miteinander Arbeiten und miteinander Leben, mit Vorteilen und Schwierigkeiten. Sie haben ja immer wieder auch Gespräche, was halt dann ausreden wo sich was gespießt hat, wo sie die Arbeit planen. Ihre Solidarität in größerem Kreis, bin ich ja noch dabei, beschränkt sich nicht auf die eigene kleine Gruppe, sondern durch ihr einfaches Leben bleibt ihr immer noch was über, dass sie Projekte unterstützen oder wen Bedürftigen aufnehmen.“

Die Gruppe betreibe eine kleine Landwirtschaft und würden Güter für sich selber herstellen. Es würden Gegenstände genutzt, die sonst ausrangiert werden. Die Mitglieder hätten selbst ein Glashaus aufgestellt und eine Pflanzenkläranlage gebaut. Nicht alle Gebrauchsgegenstände würden angeschafft, die Gemeinschaft borge sich auch Geräte von anderen landwirtschaftlichen Betrieben aus und leiste dafür Robotdienst. Die Gruppe versuche mit sehr wenig auszukommen

⁹³ <http://www.pinkafeld-online.at/?mmid=5&smid=92>; siehe auch den Film „Einfach anders leben. Franziskusgemeinschaft Pinkafeld“, <https://vimeo.com/10547367>

und subsistent zu leben. In dieser Gemeinschaft gelinge es die Lebenshaltungskosten sehr niedrig zu halten. Das Umfeld bilde eine eigene Art von Gemeinschaft. Es werde zwei Mal pro Jahr ein Brief ausgesandt und Menschen, die mit einem von der Gruppe verwalteten Solidartopf verbunden sind, würden weltweit Projekte unterstützen. Dahinter stehe der Gedanke mit der ganzen Welt solidarisch zu sein, also nicht nur für sich zu wirtschaften. Dabei würde auch Projekten in Europa, beispielsweise in Rumänien unter die Arme gegriffen und es bestünden persönliche Kontakte dorthin. Politische Förderung sei für die Franziskusgemeinschaft, die selbst politisch ist, irrelevant, solange die Politik derartige Initiativen nicht verbiete.

Die Beteiligten würden aus einem konventionellen beruflichen Umfeld kommen. Eine wichtige Voraussetzung für eine solche Gemeinschaft sei allerdings, dass die Lebensentwürfe zusammenpassen, auch beruflich.

Die Gruppe habe ein leerstehendes Gebäude erhalten *„Angefangen haben ein paar Leute. Vom Bischof ... haben sie eine halb verfallene Kartause plus kleiner Kirche bekommen, den Grund, dann haben sie das alles schon irgendwie solidarisch gemacht, weil eine Architektin unentgeltlich geholfen hat, da haben sie einen Vierkanter gebaut.“* Zu Beginn seien die Beteiligten zwischen 30 und 40 Jahre alt gewesen, inzwischen sei der Altersdurchschnitt sehr hoch. Junge Menschen seien schwer zu gewinnen, was eine Person auf das ungünstige kulturelle Umfeld in der Gesellschaft zurückführt.

Beispiel 2: Baugruppen und gemeinschaftliches Wohnen

Baugruppen blicken in Österreich auf eine lange Geschichte zurück. Die Anfänge liegen unter anderem in der Siedler*innenbewegung der 1920er Jahre in Wien, auf die sich unter anderem auch die Besetzungsaktionen der Gruppe SoliLa beziehen, die kollektive Landwirtschaft betreibt und auf die Unternutzung und Versiegelung landwirtschaftlichen Bodens in Wien aufmerksam macht. Die Siedler*innenbewegung besetzte großflächig Land, baute kollektiv Häuser und produzierte Lebensmittel für den Eigenbedarf.

Ein Interview führt aus: In der jüngeren Vergangenheit seien in Österreich insbesondere die gemeinschaftlichen Siedlungsprojekte der 1980er Jahre relevant. Die von den 1968ern direkt inspirierten Landkommunen seien in Österreich auf vereinzelte Initiativen beschränkt geblieben, von denen die seit 1977 bestehende Longo-Mai Kommune Hof Stopar noch heute existiert⁹⁴. Breitenwirksam seien dagegen solche Projekte geworden, die kein

⁹⁴ <http://www.prolongomai.ch/die-kooperativen/oesterreich/>

gemeinschaftliches Leben anstrebten und keine politischen Ziele verfolgten, sondern eine Alternative zum anonymen Großwohnbau schufen. Zwischen 1980 und 1990 habe es 200 bis mehrere 100 gemeinschaftliche Siedlungsprojekte in Österreich gegeben. Der Gemeinschaftsgedanke habe insofern eine Rolle gespielt, als sich viele Menschen in diesen Projekten wünschten sich die Nachba*innen aussuchen zu können, kombiniert mit einem ökologischen Bausstil, was die traditionellen Bauträger nicht abdeckten. Zudem seien häufig gewisse gemeinschaftliche Flächen oder Einrichtungen mitgeplant worden. Ein finanzieller Anreiz habe im Motiv bestanden, die großvolumige Wohnbauförderung nutzen zu können um zu einem passablen Haus ohne größeres Kapital zu kommen. Manche Projekte hätten mehr Gemeinschaftsräume gebaut, andere hätten sie dann wieder aufgegeben oder vermietet sie, sodass in vielen Fällen das Gemeinschaftsleben sich nicht so intensiv entwickelt habe wie erhofft.

Die heute zunehmend bekannte Form der Baugruppe gebe es seit etwa 10 Jahren. Sie dürften das etwa 5- bis 10-fache des Volumens der gemeinschaftlichen Siedlungsprojekte der 1980er Jahre haben, schätzt eine Person in einem der Interviews. Dabei würden deutlich mehr Gemeinschaftseinrichtungen geplant als in den 1980er Jahren und der Wunsch nach gemeinschaftlichen Aktivitäten auch im Alltag sei größer. In den 1980er Jahren habe nicht das Bedürfnis nach einer Gemeinschaftsküche bestanden, wo 5 Mal die Woche gemeinsam gekocht wird, was heute Standard sei.

Das Wohnprojekt Wien⁹⁵ am Nordbahnhofgelände ist ein Beispiel für die heute gängige Form gemeinschaftlichen Wohnens und wird in Interviews mehrfach zur Solidarischen Ökonomie gezählt. Die Initiative hat auch medial Aufmerksamkeit erfahren. Derzeit leben rund 70 Erwachsene in dem Gebäude⁹⁶. Die gemeinschaftlichen Aktivitäten würden der Hausgemeinschaft zugute kommen, teilweise auch dem Grätzl. Die Gemeinschaft betreibe eine Food Coop und kaufe gemeinsam ein. Es gebe einen Carsharing-Pool, der auch Menschen, die nicht Teil der Hausgemeinschaft sind, zugänglich gemacht würde. Es seien Hochbeete für die Gemeinschaft und ein Nachbarhaus angelegt wrpden. Geförderte Wohnungen seien Teil des Projekts, sodass die Kosten in diesen Fällen niedriger seien als üblich. Während des Planungsprozesses seien einige Interessierte aufgrund von Zeitmangel sich einzubringen ausgestiegen. Dennoch sei eine soziale Durchmischung bei den Bewohner*innen gegeben.

⁹⁵ <http://www.wohnprojekt-wien.at/>

⁹⁶ <http://derstandard.at/2000021413578/In-der-Gemeinschaftskueche-spielt-sich-das-Leben-ab>

Das Wohnprojekt werde soziokratisch organisiert. Das ökologische und entwicklungspolitische Bewusstsein der Bewohner*innen sei sehr ausgeprägt.

Ein vergleichbares Projekt sei die im Jahr 1996 gegründete Sargfabrik⁹⁷.

Das im Rahmen des 7-Generationen-Netzwerks in Herzogenburg (Niederösterreich) entwickelte Werkzeug des Vermögenspools⁹⁸ wäre eine interessante Weiterentwicklung im Bereich gemeinschaftlichen Wohnens, wird in einem Interview betont. Ein Vermögenspool ermögliche ein kapitalismusfreies Wohnen. Der Einsatz dieses Werkzeugs hätte im Wohnsektor eine revolutionäre Kraft, weil die Kosten reduziert würden und es Menschen möglich werde Kapital zu bilden.

Beispiel 3: Lebensgut Miteinander⁹⁹

Die Initiative Lebensgut Miteinander befindet sich in Rohrbach an der Gölsen. Sie ist als Verein organisiert, eine GmbH mit Betriebsrat ist angeschlossen. Zwei Personen haben das Projekt initiiert, das Areal umfasse ein ehemaliges Kloster, 16 Hektar Wiese und Wald und ein Gebäude, das gegenwärtig renoviert werde. Es würden 7 Projektsäulen angeboten, unter anderem mit Wohnen und Leben am Standort, zusammen mit Wohnraum für generationenübergreifendes Wohnen. Es gebe ein Projekt Solidarischer Landwirtschaft auf den Flächen des Klostersgeländes und dem eigenen Grundstück. Angeschlossen seien ein alternativmedizinisch ausgerichtetes Ärzt*innen-Zentrum und ein Seminarzentrum. Zimmer für Übernachtungen stünden zur Verfügung. Eine Kinderbetreuungsstätte werde vom Land Niederösterreich mitfinanziert, weiters gebe es eine Schule: „*Das Ganze ist auch in einer neuen sozialen Kultur des Miteinanders aufgebaut.*“ Begleitet werde das Projekt mit der Methode der Soziokratie.

Beispiel 4: Waldhüttl¹⁰⁰

Das Waldhüttl ist eine Gemeinschaft bei Innsbruck, die an den bestehenden Vinzi-Gemeinschaften anknüpft. Einer der Ausgangspunkte der Initiative sei die Politik gegen Armutsmigrant*innen mit Bettelverboten und anderen repressiven Maßnahmen gewesen. Die Idee sei gewesen: „*Wir müssen das Ganze auf den Kopf stellen, den ganzen Diskurs und ganz was anderes zeigen.*“ Insofern hebe sich das Projekt von üblichen karitativen Initiativen ab. Es sei im Rahmen einer Vinzenz-Gemeinschaft verortet, die ein Gebäude des Stift Wilten nutze, einen kleinen

⁹⁷ <http://www.sargfabrik.at/Home/Die-Sargfabrik/Verein>

⁹⁸ <http://www.vermoegenspool.at/>

⁹⁹ <http://www.miteinander.com/>

¹⁰⁰ <http://www.waldhuettl.at>

Bauernhof am Stadtrand von Innsbruck. Es gebe dort eine Unterkunft, wo Armutsmigrant*innen Quartier fänden. Der Unterschied zu einem sozialen Projekt wie bei Caritas und vergleichbaren Organisationen üblich bestehe darin keine Initiative für eine so genannte Problemgruppe zu machen, *„sondern einen Ort zu schaffen, ich sag solidarisch, kommunikativ, einen Ort, der den Diskurs und das Herkömmliche auf den Kopf stellt.“* Im Waldhüttl fänden nicht nur die Armutsmigrant*innen eine Unterkunft, sondern auch andere, in Form eines Couch Surfing. Es werde gemeinsam gelebt, gekocht und ein Gemeinschaftsgarten betrieben, unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung: *„Alle die vorbeikommen, dürfen sich was nehmen. Ein Stück weit Umsonstökonomie und von denen, denen normalerweise der Vorwurf gemacht wird, ihr arbeitet eh nix.“* Das Projekt gehe *„weit über klassisches soziales Projekt hinaus, was es da versucht an gemeinsamem Leben, Wirtschaften, Arbeiten.“*

Beispiel 5: Ordensgemeinschaften

In einem Interview heißt es in Hinblick auf sie Ordensgemeinschaften in Österreich: *„Mein Zugang, auch schon bevor ich angefangen hab, aber was ich gesehen habe, war: dass die Orden einen genetischen Code in sich haben, der Solidarität und Subsidiarität verbindet. Ordensleute leben in Gemeinschaften und sind in diesen Gemeinschaften durch ihre Regelungen verpflichtet, Solidarität zu üben.“* Denn *„wie Ordensleute ökonomisch arbeiten, das hat eine andere Logik als die heutige Welt.“*

Beim Kongress für Solidarische Ökonomie wurde ein Workshop mit Probst Fürnsinn vom Stift Herzogenburg, Vorsitzender der Superiorenkonferenz der Männerorden und Schwester Oberin Mayrhofer von den Armen Schulschwestern in Wien veranstaltet, der auf großes Interesse gestoßen sei: *„Wie ist das, wenn Benediktiner über 1500 Jahre anhand einer Regel wirtschaften und durch die Jahrhunderte gehen, wie ist das?“* Es sei unter anderem zu einem Austausch mit Menschen gekommen, die soziokratisch inspirierte Gemeinwesenprojekte beginnen. Zwar wären einige Begriffe für Publikum oder Ordensleute fremd gewesen. Doch wären die Ordensleute auch positiv überrascht gewesen, es war *„zu bemerken, dass sie dachten, das ist ja ähnlich wie bei uns“*. Tatsächlich, so führt ein Interview aus, würden sich viele Parallelen zwischen dem gemeinschaftlichen Leben im Orden und Konzepten von Co-Housing finden. Eine gewisse Distanz schaffe freilich die religiöse Zuordnung der Orden. Vielfach werde Religion mit Macht verbunden – ein Zusammenhang, der in der Tat des öfteren zu beobachten sei: *„Es ist nicht so, dass alle Ordensgemeinschaften rein solidarisch wirtschaften, da gehts auch oft um Investment, Veranlagung, wo weitaus nicht das verwirklicht ist, was man mit Solidarischer Ökonomie meint.“*

Die Kirche sei ein erheblicher Wirtschaftsfaktor¹⁰¹. Der erste Sektor bestehe aus der hierarchisch verfassten Diözesankirche, der zweite sei die Sozialkirche, die Organisationen wie Caritas und Vinzi-Gemeinschaften umfasse, die sich sozialen Anliegen widmen, der dritte Bereich werde von den Ordensgemeinschaften gebildet. Von in Österreich insgesamt 6,3 Mrd. Euro, welche die Kirche bewege, würden 2,8 Mrd. auf den Ordensbereich entfallen. Dieser finanziere sich nicht über den Kirchenbeitrag und Hierarchien spielten dort eine geringere Rolle. Die Ordensgemeinschaften würden jeweils zusammentreten und ihre Leitungspersonen selbst wählen. Sie verfügen über Spitäler, Schulen und Betriebe. Weil die Orden aus sich heraus leben müssten, seien Stiftungen eine häufige Konstruktion. Hierbei gelte: *„Enjoy diversity, es sind verschiedene Rechtsformen. Was man in Griechenland sieht, alles in eine Excel-Liste, wird nicht funktionieren. Das sind verschiedenste Gebilde, Holding, wie Vinzenz Ordensspitäler, das ist vielfältig, wie man Wald, kulturelle Anliegen etc. bewirtschaftet.“* Die jeweiligen Ordensgemeinschaften würden autonom im Sinn von Stiften wirtschaften. Ein Stift könne daher bankrott gehen. Und es ergebe sich daraus die Notwendigkeit einer Kunst, *„die Autonomien zu vernetzen. Das ist das Neue. Vernetzung.“*

Die demokratischen Elemente in Ordensgemeinschaften hätten eine lange Tradition: *„In der Geschichte der Kirche, ich sag das sehr kritisch, gibts immer einen Zug, die Hierarchie auf die Spitze zu treiben. ... Es hat immer die Orden gegeben, die eine Alternative dazu gelebt haben, die haben sich das Recht der Selbstbestimmung nicht nehmen lassen. Da wird hinter Kulissen ordentlich geschoben, dass das in den Einfluss der Hierarchie kommt.“* Prinzipiell seien die Orden unabhängig von der kirchlichen Hierarchie und den Bischöfen. Sie seien nur dem Papst unterstellt. Es gebe aber einen personellen Wechsel zwischen Kirche und Orden, was im Interview positiv gesehen wird.

Die Orden seien wirtschaftlich immer wieder von großen Veränderungen betroffen gewesen, etwa den Enteignungen in der Zeit der Weltkriege. Durchgehalten habe sich allerdings eine starke Vernetzung mit lokalen Verhältnissen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen eines Stifts. Problematisch sei, dass die Orden *„zu wenig die unglaubliche Monetarisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft durchschaut“* hätten. Das habe zu teilweise groben Investmentfehlern geführt, was Notverkäufe nach sich zog. Es gebe allerdings seit gewisser Zeit in verschiedenen Orden, beispielsweise den Steyler Missionaren ein großes Gespür für ethisches Investment, etwa im Immobilienbereich, *„dass es den Menschen nützt und nicht den Eliten“*, nachhaltig und sozial verträglich.

¹⁰¹ http://www.katholisch.at/dl/kmKkJJKKoMnLJqx4KJK/Kurzfassung_Studie_Wirtschaftsfaktor_Kirche.pdf

Die Ordensmitglieder würden weniger, bei den Frauen auf dramatische Weise, der Nachwuchs bleibt jedoch auf niedrigem Niveau konstant, was durchaus dem historischen Normalbetrieb entspreche. Das führe auch zu Veränderungen, wie etwa bei den Franziskanerinnen in Vöcklabruck oder Wernberg zu sehen. Dort *„haben die Schwestern alle Arbeit gemacht, das wird substituiert durch Mitarbeiter. Der Ordensauftrag steht im Raum. Dort passiert auch Veränderung. Dort ist man auf Suche, aus meiner Sicht, neuen Zusammenarbeitsmodellen Überlegungsraum zu geben. Das ist sehr am Anfang.“* Von daher seien Brückengespräche sehr wichtig und neue Lebensmodelle wie Co-Housing zu diskutieren. Das stoße auf einige Hindernisse. Beispielsweise sei der Spitalsbereich heute *„absolut ökonomisiert. Da wirds in Zukunft wahrscheinlich Aufgabe der Oberinnen und Ordensleute sein, zu sagen, ‚Leute, so können wir das nicht machen‘. Wegen der Geschichte von Einfachheit und Zusammenhalt, dass das nicht geht, das nur finanziell zu betrachten.“*

Die Orden seien in fast allen Fällen von einer sozialen Not oder Schieflage in der Gesellschaft ausgegangen, *„ob in Bildung, Sozialwesen oder Gesundheit, dort wo man an der Bruchlinie der gesellschaftlichen Entwicklung steht, dort ist Nachwuchs, nicht in der Komfortzone, sondern am Rand.“* Das sei eine wichtige Gründungsvoraussetzung. Der zweite Aspekt bestehe darin: *„alle Orden haben eine ganz breite Facette von Leben. Singen, Essen, Arbeiten, das manuelle Arbeiten, der Garten, das ist ein Konzert von verschiedensten Ausdrucksmöglichkeiten, wo Leben zum Ausdruck kommt.“* Der dritte Punkt sei die Ordensregel: *„Es muss nicht das Leben immer neu strukturiert und erfunden werden. Man hat eine Regel, die des Hl. Benedikt, Franziskus oder Augustinus, ein paar so Ideen, wie Ordensleben erfolgt. Oder Edith Stein. Das ist eine Möglichkeit. Und das ist eine Gefahr, dass sie Regel als Gesetz sehen. Aber Regel ist ein Geländer, wo man sich anhält, kein Indoktrinierungsmittel.“* Dahingehend seien in der Vergangenheit teilweise schwere Fehler gemacht worden. Heute seien junge Ordensleute selbstbestimmt und gut ausgebildet, und wollten ihre Fähigkeiten in eine Gemeinschaft einbringen. Wenn eine Gemeinschaft das verstehe, *„dass mit jeder Person eine Bereicherung kommt, dann gibts Zuwachs.“*

Die Orden seien kein monolithischer Block und entwickelten sich daher sehr unterschiedlich. Viele Gemeinschaften seien zum Teil nicht anschlussfähig an die Gesellschaft oder an andere Orden. Hier fänden in neuerer Zeit vermehrt Aktivitäten zur Begegnung untereinander statt.

„Natürlich ist für die Orden die jesuanische Ausrichtung ganz wichtig, ohne die geht für Ordensleute oder zum Teil auch die Mitarbeiter nichts.“ Davon abgesehen könne mensch jedoch sagen, dass es viele Orden jenseits der Kirche gebe, also gemeinschaftliche Lebensformen, die gewisse Grundprinzipien auch in anderen

Kontexten aufweisen. „Mit den Schwächsten mitleben und denen Platz geben“, das sei weiterhin ein wichtiges Element von Orden. Der Umstand, dass Ordensgründungen auf Zeitumstände antworten, zeige sich auch heute:

„Es gibt Neugründungen von Klöstern, die sehr radikal miteinander leben und radikal außerhalb gesellschaftlicher Vorgänge. Die gehören zur kirchlichen Struktur. Ich sag aber offen: die sind nicht Mitglieder in Orden. Das hat verschiedene Gründe. Jedem wünschen wir Sozial- und Pensionsversicherung. Dass ich, wenn ich alt bin, in Würde sterbe und gepflegt werde. Und das lehnen die auch ab zum Teil. Zum Beispiel die Schwestern vom Lamm. Das ist eine eigene Dynamik, wo Gesellschaft überhaupt sehr radikal in Frage gestellt wird, wie bei Franziskus.“

Ausgangspunkt der Schwestern vom Lamm sei die unglaubliche Prekarisierung und Entwertung des Menschen in der heutigen Gesellschaft. „Sie sagen, sie stellen sich ganz hinaus zu diesen Menschen, die keine Versicherung haben, und das leben sie. Sie gehen betteln, haben keinen Beruf. Sie sind im Gebetsdienst. Wir sehen das als eine sehr radikale Form der Spiegelung an die Gesellschaft. Das sind zum Teil jüngere Leut. Aber wenn sie krank sind, geben sie zu den Barmherzigen Brüdern.“

In Ordensgemeinschaften würden sich Menschen an den Bedürfnissen orientieren:

„Der Fürnsinn hat gesagt, ‚Bei uns kriegt nicht jeder das gleiche, sondern was jeder braucht‘, beim Solidarökonomie-Kongress. Wenn man das in die Gesellschaft denkt, wenn jeder das kriegt, was er braucht, nicht Zentralmatura etc. Da braucht der eine weniger, der andere mehr. Das ist die Solidarische Ökonomie der Orden. Dass man da nicht drüberfährt mit gesellschaftlichen Vorstellungen. Jeder kommt, Gemeinschaftskassa, jeder nimmt, was er braucht. Probst Fürnsinn zum Beispiel kriegt von allen das wenigste, weil er nicht soviel braucht, er wohnt im Stift etc. Allein der Gedanke, dass das nicht so gleichgeschaltet ist, dass man diesen Denkzugang hat.“

Alle Ordensgemeinschaften seien zudem mit einem entwicklungspolitischen Projekt verbunden. Der globale Blick führe zu einer gegenseitigen Befruchtung. Die Steyler Missionare bei Maria Enzersdorf bei Mödling seien – nicht nur – in dieser Hinsicht ein Positivbeispiel:

„Das ist eine unglaubliche Immobilie, früher Hochschule. Franz Helm hat das gemacht, wirklich eine solidarökonomische Entwicklung. Ein großer Trakt für Flüchtlinge, von der Caritas betreut. Klingt konventionell, aber da waren Immobilienberater, die vor Flüchtlingen gewarnt haben, und sie habens aber gemacht. Der soziale Aspekt muss funktionieren. Helm hat erzählt, die haben weniger Leut, wenig Nachwuchs, und einen Sportplatz, der zur

Hochschule gehört, den haben sie dem Sportverein Maria Enzersdorf gegeben, kostenfrei. Die pflegen das, war noch nie so schön beinand. Man nimmt, was man hat und stellt in den Zusammenhang rundherum.“

3.3. Beispielhafte Auswahl von Akteur*innen Solidarischer Ökonomie in Österreich

Im Folgenden werden einige wichtige Akteur*innen kurz beschrieben. Dabei handelt es sich um informelle Initiativen, Projekte sowie formelle Organisationen wie Unternehmen und Vereine. Diese Darstellung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind nur Akteur*innen dargestellt, über die ich ausreichend weiß um eine Zuordnung zu Solidarischer Ökonomie treffen zu können, wie sie sich aus der Konstruktion des diskursiven Feldes auf Basis der Interviews und von eigenem Hintergrundwissen ergibt. Die Darstellung gliedert sich nach Tätigkeitsfeldern, da eine regionale Zuordnung nicht immer eindeutig ist. Sie wäre im Sinn einer transregionalen Transformationsperspektive auch inhaltlich nur begrenzt sinnvoll. Es werden vorrangig solche Akteur*innen beschrieben, die nach Maßgabe der Ergebnisse der Interviews als relativ wenig kontroverse Beispiele Solidarischer Ökonomie erscheinen.

3.3.1. Themenübergreifende informelle Gruppen, Forschungs- und Bildungsinstitutionen

Informelle Gruppen

Solidarökonomie Kongresse Wien 2009 und 2013: Die beiden Kongresse waren für das Thema Solidarische Ökonomie in Österreich von entscheidender Bedeutung. Die jeweiligen Organisationsgruppen arbeiteten basisdemokratisch und repräsentationskritisch. Die Kongresse entsprachen dieser Herangehensweise. Die Gruppe existiert als loser Zusammenhang weiterhin. Es wurde ein Verein gegründet, der jedoch keine operative Bedeutung hat. → <http://solidarische-oekonomie.at>

Kongress Gutes Leben Wien 2015: Der Kongress verband mehrere Themen, darunter Solidarische Ökonomie, mit ökologischen Fragen. Der Kongress entsprach einer konventionellen Herangehensweise und vernetzte Praxisinitiativen mit institutionellen Akteur*innen. Arbeitsgruppen entwickeln daraus entstandene Fragestellungen weiter und sollen zu einer zivilgesellschaftlichen Strategiebildung beitragen. → <http://www.guteslebenfueralle.org/>

NGOs, Bildungs- und Forschungseinrichtungen

Katholische Sozialakademie Österreich (KSÖ): Die KSÖ ist eine der zentralen Akteur*innen für Solidarische Ökonomie in Österreich und hat schon in vergangenen Jahrzehnten Bildungsangebote für solidarisches Wirtschaften organisiert (etwa zu Genossenschaften). → <http://www.ksoe.at>

Grüne Bildungswerkstatt Wien (GBW): Mitarbeiter*innen der GBW waren immer wieder zu Solidarischer Ökonomie aktiv und haben Initiativen zur Vernetzung mit Gewerkschaften und AK gesetzt. → <https://wien.gbaw.at/>

Mattersburger Kreis: Der Mattersburger Kreis ist ein wissenschaftlicher Verein, der zu Solidarischer Ökonomie im globalen Süden arbeitet. Er gibt die Zeitschrift „Journal für Entwicklungspolitik“ heraus. → <http://www.mattersburgerkreis.at/>

Paolo Freire Zentrum: Das Zentrum betreibt entwicklungspolitische Bildungsarbeit und setzt immer wieder Aktivitäten zur Vermittlung Solidarischer Ökonomie. → <http://www.pfz.at/>

Bündnis für Eine Welt (ÖIE): Der ÖIE ist ein Akteur für Solidarische Ökonomie in Kärnten und darüber hinaus. Er betreibt entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit einem Schwerpunkt auf der kritischen Reflexion der Verhältnisse im globalen Norden. → <http://kaernoel.at/oeie/>

Impulszentrum für zukunftsfähiges Wirtschaften (ImZuWi): Das ImZuWi erforscht Formen zukunftsfähigen Wirtschaftens im Sinn von Solidarischer Ökonomie und dokumentiert sowie verbreitet diese. Sein Fokus liegt auf der Steiermark. → <http://imzuwi.org/>

Fachgebiet Angewandte Psychologie am Institut für Psychologie der Universität Innsbruck: Die Forschungen konzentrieren sich auf Arbeits- und Organisationspsychologie und resultierten in mehreren Veröffentlichungen zu demokratisch geführten Betrieben. Die Ergebnisse sind von praktischer Relevanz für Solidarische Ökonomie. → http://www.uibk.ac.at/psychologie/studienfaecher/angewandte_psychologie/

3.3.2 Ernährung

Nyeleni Austria Forum: Das Forum ist eine wichtige Vernetzungsplattform für Initiativen im Bereich Ernährungssouveränität in Österreich und darüber hinaus. Dabei geht es um das Recht aller Menschen über ihre Ernährung selbst bestimmen zu können. Es hat zwei Tagungen 2011 und 2014 organisiert und unterstützt den Bewegungskontext von Food Coops, CSAs und anderen

Initiativen Solidarischer Ökonomie. →
<http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/nyeleni/>

Food Coops: Eine Food Coop (Food Cooperative, zu Deutsch: Lebensmittelkooperative) ist der Zusammenschluss von Personen und Haushalten, die selbstorganisiert biologische Produkte direkt von lokalen Bauernhöfen, Gärtnereien, Imkereien etc. beziehen. Die Plattform listet derzeit 36 Food Coops aus ganz Österreich auf ihrer Website. → <http://foodcoops.at/>

Community Supported Agriculture (CSA): CSAs sind eine direkte Partner*innenschaft zwischen Konsument*innen und Produzent*innen für eine Saison, in der sowohl die Risiken als auch die Vorteile mit den Produzierenden geteilt werden. Das Ziel ist ein sicheres Einkommen für die Produzierenden und eine sichere Lebensmittelversorgung für die Konsumierenden. 29 Initiativen listet derzeit die Website → http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/wiki/CSA-Betriebe_und_Initiativen_in_%C3%96sterreich

Kollektive Landwirtschaft: Einige wenige Initiativen in Österreich bewirtschaften kollektiv landwirtschaftliche Flächen. Ein aufgrund seines politischen Engagements und der basisdemokratischen Struktur bemerkenswertes Beispiel ist die Gruppe Solidarische Landwirtschaft (SoliLa) in Wien. → <http://solila.blogspot.eu/>

3.3.3. Wohnen und kollektives Leben

Hofkollektive: In jüngster Zeit gibt es einen gewissen Trend zur Bildung von kollektiven Lebens- und Arbeitsgemeinschaften im Bereich der Landwirtschaft. Ein prominentes und seit mehreren Jahren existierendes Beispiel ist das Wieserhoisl bei Deutschlandsberg (Steiermark). → <http://www.wieserhoisl.at/>

Seit 1977 existiert das Longo Mai-Kollektiv Hof Stopar in Kärnten. → <http://www.prolongomai.ch/die-kooperativen/oesterreich/>

Co-Housing: Es gibt eine bemerkenswerte Zahl von Projekten gemeinschaftlichen Wohnens in Österreich, die zum Teil bereits seit vielen Jahren bestehen. Ein bekanntes jüngeres Beispiel ist das Wohnprojekt Wien (siehe Beschreibung oben im Text). → <http://www.wohnprojekt-wien.at/>

Die seit 1996 existente Sargfabrik (Wien) ist ein weiteres prominentes Beispiel. → <http://www.sargfabrik.at/Home/Die-Sargfabrik/Verein>

Das Ernst Kirchweger-Haus (EKH) ist ein seit 1990 besetztes, inzwischen legalisiertes Co-Housing, das politische Arbeit macht und sich im Kontext der autonomen Szene verortet. → <https://med-user.net/~ekh/>

Franziskusgemeinschaft: Die seit 1981 im Kontext franziskanischer Spiritualität bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft lebt subsistent und engagiert sich in der Solidaritätsarbeit (siehe Beschreibung oben im Text). → <http://www.pinkafeld-online.at/?mmid=5&smid=92>

3.2.4. Regionalwirtschaft und übergreifende Initiativen

Offene Technologie- und Arbeitslabors: Vor allem zwei Initiativen sind in Österreich bekannt geworden, die Infrastruktur für kreative Projekte kostenlos zur Verfügung stellen: Otelo (österreichweit), Metalab (Wien).

Otelo (siehe Beschreibung oben im Text): → <http://www.otelo.or.at/>

Metalab: Das Metalab ist ein unabhängig und gemeinschaftlich betriebener Raum für technisch-kreative Projekte. → <https://metalab.at/>

Flächenfreikauf-Initiativen: In jüngster Zeit entwickeln sich in Österreich Initiativen zur Kollektivierung von Land mit dem Ziel es für solidarökonomische oder gemeinnützige Projekte zur Verfügung zu stellen, vor Versiegelung zu schützen und als Commons zu bewirtschaften.

Collective Syndicat (Cosy): Verein für die nicht-kommerzielle zur Verfügungstellung von Ressourcen für eine kollektive und emanzipatorische Nutzung. → <http://zugangzuland.noblogs.org/>

Bodenfreikauf Vorarlberg: Verein zum Ankauf von Flächen mit dem Ziel diese als Freiräume zu erhalten. → <http://www.bodenfreiheit.at/>

Flächenfreikauf Steiermark: Ein Verein, der einen Acker für kollektive Landwirtschaft gekauft hat und bewirtschaftet, mit dem Ziel Flächen dauerhaft dem Markt zu entziehen. → <https://bodenfreikauf.wordpress.com>

Regionalwährungsringe und Tauschkreise: In Österreich existieren mehrere Tauschkreise und Initiativen, die regionalwirtschaftliche Kreislaufschlüsse aufzubauen versuchen. Ein bemerkenswertes Beispiel ist Sonnenzeit/Spiel des Lebens (siehe Beschreibung oben im Text). → <http://www.sonnenzeit.jetzt>

Der älteste Regionalwährungsring mit solidarökonomischer Ausrichtung in Österreich ist der Waldviertler: → <http://www.waldviertler-regional.at/>

Mehrere Tauschkreise verfolgen limitiertere Ziele, so etwa das Talentenetz in Tirol. → <http://www.talentednetztirol.net>

Transition Austria: Ausgehend von England haben sich in mehreren Ländern, darunter Österreich, Transition-Gruppen gebildet. Ihr Ziel ist es, eine Lebens- und Wirtschaftsweise ohne fossile Ressourcen auf kommunaler Ebene zu entwickeln. Transition-Gruppen verbinden häufig verschiedene Ansätze Solidarischer Ökonomie. → <http://transitionaustria.ning.com/>

3.3.5. Verteilung

Kostnixläden: Es gibt inzwischen mehrere Kostnixläden in Österreich, in denen Kleidung, Haushaltsgeräte und anderes zur freien Entnahme bereit liegen. Kostnixläden wollen anstelle der Tauschlogik ein freies Geben und Nehmen fördern. Ein Beispiel ist der seit 2005 bestehende Kostnixladen in der Zentagasse in Wien. → <http://www.kostnixladen.at/>

Food Sharing Initiativen: In jüngerer Zeit sind mehrere Initiativen entstanden, die Lebensmittel, die sonst im Abfall landen würden, verteilen oder zur freien Entnahme im öffentlichen Raum zur Verfügung stellen. Eine große Initiative ist in Wien aktiv. → <https://www.facebook.com/wienfoodsharing>

Leihläden und Repair Cafés: Dieser Typus von Initiative versucht Ressourcenverbrauch durch das Teilen und Reparieren von Gütern zu vermindern. Ein Beispiel für einen Leihladen ist → <http://www.leihladen.at/wp/>

Stellvertretend für andere Initiativen sei auf das Repair Café Salzburg hingewiesen. → <https://www.facebook.com/repaircafesalzburg>

Volxküchen werden immer wieder anlassbezogen von verschiedenen Gruppen organisiert. Die Konsumierenden helfen in der Küche mit und waschen selbst ab. Die Küchenteams organisieren sich meist um eine erfahrene Kerngruppe herum. Lebensmittel werden häufig gespendet und das Essen wird meist gratis ausgegeben. Im Text oben wird beispielhaft auf die Rolle der Volxküche im Zuge der unibrennt-Protteste 2009 hingewiesen.

3.3.6. Verkehr

Selbstorganisierte und kollektive Radwerkstätten gibt es in Österreich mehrfach. Beispielhaft soll auf die Bikekitchen in Wien verwiesen werden, die auch offene Räume für politische Arbeit bietet und sich explizit an Solidarischer Ökonomie orientiert. → <http://www.bikekitchen.net>

3.3.7. Gewerbe und gewerbliche Dienstleistungen

Im gewerblichen Bereich sind Beispiele Solidarischer Ökonomie in Österreich sehr selten. Hervorzuheben sind die Otelo Genossenschaft (siehe Beschreibung oben im Text) → <http://www.oteloegen.at/> sowie die selbstverwalteten Lokale Gagarin → <http://cafegagarin.at/> und TÜWI → <http://tuewi.action.at/> in Wien. Das TÜWI macht zudem politische Arbeit.

3.3.8. Entwicklungszusammenarbeit

InterSol → <http://www.intersol.at/> ist ein bemerkenswertes Beispiel für EZA in Österreich, da der Verein seine Entwicklungsprojekte, beispielsweise in Lateinamerika, an Grundsätzen der Solidarischen Ökonomie ausrichtet und auch in Österreich eine wichtige Rolle zur Verbreitung des Gedankens Solidarischer Ökonomie spielt.

Infoläden verorten sich im Kontext autonomer Strömungen. Sie verbinden mitunter die politische Unterstützung der Zapatistas in Mexiko mit materieller Solidaritätsarbeit durch den Verkauf von Kaffee, der von den zapatistischen Gruppen produziert wird, so etwa der Infoladen in Linz. → <http://www.treibsand.servus.at/wo>. Die Zapatistas sind eine für die globalisierungskritische Bewegung und Solidarische Ökonomie zentrale Bewegung in Chiapas im Süden Mexikos.

3.3.9. Finanzierung

Ein Vermögenspool (siehe auch Beschreibung oben im Text) ist ein Werkzeug für solidarisches Wirtschaften. In ihm fließen die Beiträge von Menschen, Gruppen, Organisationen und Unternehmen zusammen, die ein gemeinschaftliches Wirtschaftsprojekt für menschliche Grundversorgung (Landbau, Hausbau, Soziales, Energie, Mobilität, Betriebsinfrastruktur etc.) unterstützen beziehungsweise dort wohnen, arbeiten und daran teilnehmen. Sie alle legen Geld, Vermögen und Werkleistungen zinsfrei zusammen, um die Anschaffung von Grund oder Gebäuden, die Errichtung oder Sanierung von Gebäuden sowie den Bau von Energie- und sonstigen Anlagen für die Grundversorgung zu ermöglichen. Das Konzept wurde von Markus Distelberger entwickelt und bei Projekten im Rahmen des 7-Generationen-Netzwerks umgesetzt. → <http://www.vermoegenspool.at/>

Demokratische Bank: Derzeit wird an der Gründung einer nach solidarökonomischen Prinzipien ausgerichteten Genossenschaftsbank in Österreich gearbeitet. → <https://www.mitgruenden.at/>

3.3.10. Allgemeine Infrastrukturen, Vernetzungen und Praktiken

Im Lauf der letzten Jahre sind mehrere Mapping Initiativen zu Solidarischer Ökonomie oder einzelnen Projekttypen entstanden. Die erste Initiative in Österreich dazu war vivirbien (siehe dazu auch die Beschreibung des Entstehungszusammenhangs oben im Text) → <http://vivirbien.mediavirus.org/>
Eine neuere Initiative mit Beteiligung aus Österreich ist → <http://transformap.co>

In mehreren Städten Österreichs gibt es verschiedene Arten selbstverwalteter Vernetzungsräume, die politische Arbeit machen, mitunter Lokale mitbetreiben (siehe TÜWI weiter oben) und Initiativen Solidarischer Ökonomie unterstützen. Manche von ihnen (Amerlinghaus, RosaLilaVilla Wien) sind aus Besetzungen hervorgegangen. Beispielhaft seien hier nur das Gmota → <http://gmota.at/> und das Spektral in Graz → <http://spektral.at/> genannt sowie die in Wien lokalisierten Initiativen RosaLilaVilla → <http://dievilla.at/>, Amerlinghaus → <http://www.amerlinghaus.at/> und Schenke → <https://dieschenke.wordpress.com/>

4. Persönliche Wertung: Schlussreflexion und Ausblick

Der Schlussabschnitt gibt eine zusammenfassende persönliche Wertung, die möglichst eng auf die Interviews bezogen ist, insbesondere auf die Abschnitte zur Charakterisierung des Transformationsdiskurses und zur Gegenstandsbezogenen Theorie Solidarischer Ökonomie, wie sie sich aus den Interviews ergeben hat. Ich nehme allerdings Gewichtungen vor und bringe mein Hintergrundwissen ein. Dabei benenne ich auch Widersprüche, Defizite und mögliche weiterführende Aspekte, die teilweise nicht auf den Äußerungen in den Interviews beruhen. Das Ziel ist eine in sich logisch kohärente strategische Überlegung als Diskussionsanregung.

4.1. Der Transformationsprozess: Widersprüche treiben voran

Auf Basis von 27 Interviews zum Thema ergibt sich: Das Ziel Solidarischer Ökonomie ist eine grundlegende Transformation aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Diese Verhältnisse umfassen Ökonomie, Politik, den Bezug zur Natur, zu den kommenden Generationen und zu den anderen Regionen der Welt. Diese Transformation geht von Nischen aus, die Praktiken beinhalten, die solidarischer und demokratischer organisiert sind als heute üblich. Diese Nischen sind das eine Thema der Rede von Solidarischer Ökonomie, deren Bezug auf die Transformationsperspektive das zweite. Der Bezug auf diese Perspektive verleiht den Nischenpraktiken ihre Bedeutung. Solidarische Ökonomie ist kein statischer Begriff um gute Praktiken von schlechten anhand fixer Kriterien zu unterscheiden, sondern ein dynamischer, politischer und zukunftsbezogener Begriff. Begriffspolitisch kann die Frage gestellt werden, ob die Metapher der Nische nicht eine Schwäche diskursiv herstellt, die den Anliegen Solidarischer Ökonomie entgegen steht. Die in einem Interview des Transformationsdiskurses verwendete Metapher der Basis, die das Alltagsleben und darin prägende Praktiken Solidarischer Ökonomie in den Vordergrund rückt, wäre eine alternative Möglichkeit. Dabei ließe sich an feministisch beeinflusste Subsistenzdebatten¹⁰² anschließen.

Die Nischen sind in sich widersprüchlich, weil sie Teil eines Herrschaftssystems sind, das sich nicht als „die kapitalistische Ökonomie“ abgrenzen lässt, sondern in alle Lebensbereiche hineinwirkt und mehrere, miteinander verbundene

¹⁰² Wie etwa im Sinn der so genannten Bielefelderinnen: Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia Werlhof. Auch der geschenkökonomische Ansatz von Genevieve Vaughan würde dazu Inspirationen bieten. Subsistenz meint Formen des Lebensunterhalts, die nicht durch den kapitalistischen Markt vermittelt sind, also die Eigenproduktion für konkrete Bedarfe in Haushalten und in Kollektiven.

Dimensionen aufweist: vom Kapitalismus über die Geschlechterverhältnisse bis hin zu Rassismus. Die Transformation besteht daher in einer Bewegung der Veränderung, die an diesen Widersprüchen ansetzt und sie weitertreibt auf eine Ablösung des Herrschaftssystems hin. Dabei handelt es sich um einen Prozess der Konkurrenz insbesondere mit der kapitalistischen Ökonomie. Die kapitalistische Ökonomie ist nicht nur durch Zwang, sondern auch deshalb stabil (geblieben), weil sie für die Masse der Menschen attraktiver erscheint als eine Alternative. Dabei spielt eine Rolle, dass Alternativen bislang Nachteile aufweisen.

Zunächst ist es daher sehr wichtig, mehr Attraktivität zu entfalten und Projekte Solidarischer Ökonomie zu multiplizieren. Dabei muss die Transformationsperspektive gewahrt bleiben, was voraussetzt, dass der Bewegungskontext Solidarischer Ökonomie abgesichert und politisches Bewusstsein entwickelt wird. Die Bewegung und das Bewusstsein bilden die Grundlage für das Potenzial Solidarischer Ökonomie, von der ausgehend sie ihre Bedeutung erhält, ihren Sinn gewinnt und ihre Entwicklungsfähigkeit behält.

Um die Multiplikation von Projekten zu unterstützen ist einerseits Wissen in verschiedener Form notwendig. Hier besteht die Aufgabe vorrangig darin, Wissen anzueignen, aufzubereiten, zu vermitteln und anzuwenden. Wichtig ist allerdings auch eine Bereitschaft zur Selbstveränderung. Andererseits geht es um rascher durchsetzbare institutionelle Veränderungen, beispielsweise um einen neuen Revisionsverband, der Genossenschaftsgründungen erleichtern kann oder um günstige Infrastrukturen, die dem Staat abgerungen werden müssten.

Die Attraktivität entfaltet sich durch Überzeugungsarbeit, die unter anderem der guten Beispiele von kleinen Alternativen bedarf, also auch auf die Multiplikation und Verbesserung von Nischenprojekten angewiesen ist. Sie benötigt auch erste Ansätze für eine Strategie Solidarischer Ökonomie, die aus einer Bewegung heraus entstehen muss und Geldmittel lukriert, die eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit möglich machen. Wichtig für die Attraktivität sind zudem ein einladendes Klima solidarökonomischer Praktiken, die unter anderem auf gesellschaftliche Not- und Schieflogen reagieren. Einfach einsetzbare Werkzeuge Solidarischer Ökonomie erleichtern es breitere Gesellschaftskreise einzubeziehen.

Die Nischen selbst können nur Teilbereiche zum Besseren verändern. Häufig bleiben Erfolge zudem widersprüchlich. Jede Verbesserung in einem Teilbereich ist zu begrüßen, muss jedoch beständig reflektiert werden. Diese (selbst)kritische Reflexion ist die Voraussetzung einer sozialen Bewegung, die für eine

Transformation unabdingbar ist. Die Nischen lassen zudem ihren Kontext zunächst unverändert. Dieser gesellschaftliche Kontext wird zunehmend brutaler. Es geht daher darum, diesen Kontext zu verändern und Ressourcen daraus anzueignen um die Nischen zu verbreitern, zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

Die folgenden Widersprüche, die sich aus den Äußerungen in den Interviews ergeben, spielen unter anderem eine Rolle:

- Die Bildung von Gemeinschaft ist für Bewegungen notwendig, aber auch ein Problem, weil sie tendenziell sozial selektiv wirkt und Gemeinschaften zur Selbstgenügsamkeit neigen.
- Die Herausbildung einer Identität (als Projekt, als Bewegung) ist notwendig um Kontinuität und geteiltes Wissen zu sichern, aber auch ein Problem, weil sie sozial selektiv wirkt und Rollen festlegt.
- Die beständige kritische Reflexion der eigenen Praxis ist notwendig, um aus den Widersprüchen der Nischen Motoren der Transformation zu machen, aber auch ein Problem, weil sie theoretische Debatten erfordert, die am Tun hindern können.
- Es braucht gute Praxisbeispiele um Attraktivität für breitere Schichten zu entfalten, aber auch um staatliche Ressourcen aneignen zu können. Zugleich braucht es bereits eine gewisse gesellschaftliche Attraktivität und Förderungen durch den Staat um gute Praxisbeispiele, etwa im industriellen Sektor, zu schaffen.
- Es braucht kleine Gruppengrößen in Projekten, damit keine „Überpersonen“ und Machtkonzentrationen entstehen. Zugleich braucht es jedoch große Gruppen (Großbetriebe), die nur indirekt-demokratisch funktionieren können, um ein Upscaling zu erreichen und auch in industriellen Sektoren Beispiele Solidarischer Ökonomie voranzubringen.
- Es braucht eine gewisse Entkoppelung vom Markt zumindest von Teilbereichen des Lebens. Zugleich braucht eine solche Entkoppelung jedoch Ressourcen, die nur oder vorrangig der Markt direkt (oder indirekt über den Staat) zur Verfügung stellt, weshalb sie zunächst beinahe nur im Bereich der Reproduktion oder in der Verteilung von Überflussgütern und solchen, die leicht kleinteilig hergestellt werden können umgesetzt wird.
- Es braucht autonome, vom Staat unabhängige und widerständige Bewegungen, die aber nur wenig Überzeugungskraft entfalten können,

weil die nötigen Ressourcen vom Staat zur Verfügung gestellt werden müssten.

- Solidarität muss bei den gesellschaftlichen Nöten und bei schwachen Gruppen anzusetzen. Dieser Ansatz beeinträchtigt jedoch Erfolge Solidarischer Ökonomie am Markt und eine gesamtgesellschaftliche Attraktivität.
- Um Solidarische Ökonomie zu verbreitern sind demokratisch organisierte Unternehmen nötig, die für den Markt produzieren. Zugleich reproduziert Solidarische Ökonomie damit aber einen zentralen Widerspruch des Kapitalismus. Dieser drückt sich in einem Interessensgegensatz innerhalb der Mitglieder einer Genossenschaft aus: zwischen gutem Leben und Überleben am Markt. Das erstere Interesse limitiert Arbeitszeiten und gestaltet Arbeitsverhältnisse nach Maßgabe von Bedürfnissen, das zweite Interesse weitet Arbeitszeiten aus und gestaltet Arbeitsverhältnisse nach Maßgabe der Gewinnerzielung. Die Gewinnerzielung ist für marktorientierte Genossenschaften notwendig um in der Konkurrenz zu überleben.

Meine persönliche Wertung dahingehend ist: Diese und andere Widersprüche können nicht jeweils für sich aufgelöst werden. Sie sind das Resultat der Nischenposition Solidarischer Ökonomie in einem Herrschaftssystem. Transformation bedeutet das Weitertreiben dieser und anderer Widersprüche im Rahmen einer sozialen Bewegung. Eine solche Bewegung ist ein Raum für beständige Reflexion. Ihre Funktion liegt wesentlich auch darin, komplementäre Umgangsformen mit Widersprüchen zu integrieren und einen Austausch zwischen verschiedenen Strategien zu ermöglichen. Präzise politische Programmatiken sind nicht das einzige oder vorrangige Ziel einer solchen Bewegung, sondern eine wichtige Strategie neben anderen. Entscheidend ist daher eher eine Balance zwischen unterschiedlichen Bearbeitungsformen von Widersprüchen zu halten und auf den Gesamteffekt zu achten. Es geht darum beispielsweise Arbeitsgruppen und formelle Bündnisse auch mit etablierten Akteur*innen mit den unkontrollierten, informellen Impulsen, Entwicklungslinien und Allianzen subversiver, militanter Bewegungen in Verbindung zu halten.

Solidarische Ökonomie als Transformationsbewegung bezieht ihre Dynamik aus der (selbst)kritischen Reflexion ihrer inneren Widersprüche. Diese Reflexion bezieht sich nicht nur auf den Gesamteffekt unterschiedlicher Strategien, die

einander ergänzen sollten. Sie sollte auch in Teilbereichen zu neuen Lösungsansätzen führen um Widersprüche zu bearbeiten oder abzuschwächen.

Beispielsweise besteht in Food Coops der Widerspruch, dass eine alternative Praxis gegen die Dominanz von Supermärkten zuviel Zeitaufwand erfordert um verallgemeinerbar zu sein und die Dominanz der Supermärkte wirklich brechen zu können. Eine Reflexion dieses Widerspruchs im Rahmen einer sozialen Bewegung wie jener für Ernährungssouveränität könnte zum Schluss führen, dass demokratische Supermärkte gegründet werden sollten – selbstverwaltete Großbetriebe, die ein solidarisches Verhältnis zu regionalen landwirtschaftlichen Betrieben eingehen, ihr Unternehmenswachstum begrenzen und stattdessen Neugründungen anregen.

Einem selbstverwalteten Betrieb (etwa einer demokratischen Genossenschaft) ist ein Widerspruch zwischen Solidarität nach Innen und der erzwungenen Konkurrenz nach Außen inhärent. Eine Reflexion dieses Widerspruchs könnte dazu führen, solidarische Netzwerke zwischen solidarökonomischen Betrieben zu knüpfen, die den Markt teilweise oder gänzlich außer Kraft setzen. Eine solche Debatte scheint in Österreich insofern verfrüht, als es bis auf wenige Einzelfälle (noch) keine solchen Betriebe gibt. In Ländern mit einer weiter entwickelten Solidarischen Ökonomie wie in Venezuela oder Brasilien wird diese Diskussion bereits geführt. Eine solche Debatte sollte allerdings insofern relativ früh auch hierzulande einsetzen, um historische Lernerfahrungen effektiv zu nutzen und Perspektiven zu klären.

4.2. Defizite: Blinde Flecken ausleuchten

Widersprüche wie die oben genannten sind mehr oder weniger Gegenstand von Debatten, mit Bereichen, die mehr im Fokus der Aufmerksamkeit liegen und anderen, die weniger aufmerksam thematisiert werden. Daneben sind allerdings noch einige explizite Defizite auszumachen, wie die Interviews zeigen. Es handelt sich dabei um Themen, die in den Interviews entweder gar nicht, nur randlich oder nur von einzelnen Gesprächspartner*innen (dann aber mitunter ausführlich) angesprochen worden sind. Diese Themen sind entscheidend für eine Transformationsbewegung und sollten daher zunehmend reflektiert werden.

Es handelt sich dabei um (1) eine (selbst)kritische Reflexion des unternehmerischen Selbst, (2) die Frage der Bedeutung von Alltagspraktiken, (3) die Aufmerksamkeit gegenüber Kooptierungen von organisationellen Innovationen und deren Verhältnis zum Neoliberalismus (genauer: zur postfordistischen, heute leitbildgebenden Produktionsweise im Kapitalismus), (4) die

Frage der Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie, und (5) um die Diskussion von Konzepten gesellschaftlicher Planung.

4.2.1. Reflexion des unternehmerischen Selbst und die Bedeutung von Alltagspraktiken

Die heutige Produktionsweise im Kapitalismus ist nicht allein oder gar nicht wesentlich das Resultat äußerer Zwänge und von Repression. Ein zentraler Faktor, der diese Produktionsweise stabil hält, ist die leidenschaftliche Zustimmung der Masse der Menschen zu dieser Produktionsweise. Die Art, wie Menschen sich selbst, ihr Leben und andere Menschen verstehen – kognitiv und emotional – sichert dieser Produktionsweise eine feste Grundlage im Alltagsleben und in den scheinbar privaten Sehnsüchten. In der kritischen Sozialwissenschaft wurde diese Art des Selbst- und Fremdverständnisses als unternehmerisches Selbst thematisiert¹⁰³.

Schon 1990 hat Gilles Deleuze in einer Zeitdiagnose prägnant die Eckpunkte der Problematik beschrieben, die im unternehmerischen Selbst stecken. Diese Problematik durchzieht auch die sozialen Bewegungen für eine Solidarische Ökonomie und der Transformation in der einen oder anderen Form. Deleuze stellt dabei der alten Disziplinargesellschaft eine neue Kontrollgesellschaft gegenüber. Die Disziplinargesellschaft vergleicht er darin mit den Gängen eines Maulwurfbaus, die Kontrollgesellschaft mit den Windungen einer Schlange:

„Der Übergang von einem Tier zum anderen, vom Maulwurf zur Schlange, ist nicht nur ein Übergang im Regime, in dem wir leben, sondern auch in unserer Lebensweise und unseren Beziehungen zu anderen. Der Mensch der Disziplinierung war ein diskontinuierlicher Produzent von Energie, während der Mensch der Kontrolle eher wellenhaft ist, in einem kontinuierlichen Strahl, in einer Umlaufbahn. Überall hat das Surfen schon die alten Sportarten abgelöst.“¹⁰⁴

Die Disziplinargesellschaft verteilte die Menschen in eine Reihe geschlossener Milieus, das jedes eigenen Gesetzen folgt: Familie, Schule, Kaserne, Fabrik, Gefängnis, Krankenhaus und so weiter. Diese geschlossenen Milieus sind im Zuge der Bewegungen nach 1968 in eine tiefe Krise geraten, eine Krise der Institutionen. Die Milieus wurden aufgebrochen, entgrenzt und einer neuen, übergreifenden Logik unterworfen, die nun von der Familie über die Schule in die Fabriken, Büros und neuen Unternehmensformen von der Ich-AG bis zur Teamarbeit reichen:

¹⁰³ Wichtige wissenschaftliche Arbeiten dazu sind Bröckling (2007), Reckwitz (2006, 2012).

¹⁰⁴ Deleuze (1990: 10f.), Hervorhebungen a.a.O.

„Im Unternehmens-Regime: neuer Umgang mit Geld, Produkten und Menschen, die nicht mehr die alte Fabrikform durchlaufen. Das sind ziemlich winzige Beispiele, die jedoch verdeutlichen können, was unter Krise der Institutionen zu verstehen ist, nämlich der fortschreitende und gestreute Aufbau einer neuen Herrschaftsform. Eine der wichtigsten Fragen dürfte die Untauglichkeit der Gewerkschaften betreffen: In ihrer ganzen Geschichte waren sie gebunden an den Kampf in den Einschließungsmilieus oder gegen die Disziplinierungen. Können sie sich der neuen Situation anpassen oder machen sie neuen Widerstandsformen gegen die Kontrollgesellschaften Platz? Lassen sich schon Ansätze dieser künftigen Formen sehen, die in der Lage wären, die Freuden des Marketings anzugreifen? Viele junge Leute verlangen seltsamerweise, ‚motiviert‘ zu werden, sie verlangen nach neuen Ausbildungs-Workshops und nach permanenter Weiterbildung; an ihnen ist es zu entdecken, wozu man sie einsetzt, wie ihre Vorgänger nicht ohne Mühe die Zweckbestimmung der Disziplinierungen entdeckt haben. Die Windungen einer Schlange sind noch viel komplizierter als die Gänge eines Maulwurfbaus.“¹⁰⁵

Diese neue Logik setzt sich zusammen aus Leitbegriffen wie Produktivität, Kreativität, Motivation, Authentizität, Originalität, Eigenverantwortung, Flexibilität, Teamfähigkeit, Feedback und Supervision. Diese Logik arbeitet durch die Lust hindurch, ihren Imperativen zu gehorchen. Der Gehorsam erscheint nicht als solcher, sondern als etwas, was der Mensch aus seinem Innersten heraus will und ersehnt. Diese Imperative erscheinen als etwas, was gar nicht anders sein kann: alternativlos. Sind wir nicht alle von Natur aus kreativ, einzigartig, fähig unseres Glückes Schmiedin zu sein? Verfügen wir nicht alle über weitreichende soziale Kompetenzen, die nur ein rigides Schulsystem überdeckt und an ihrer Entfaltung hindert? Sind wir nicht alle an einem ehrlichen Feedback unserer Mitmenschen und des Marktes interessiert? Wollen wir nicht alle zusammenarbeiten und benötigen wird dazu nicht fachliche Begleitung? Dient unser Leben nicht einzig dazu, unser wahres Wesen zu entfalten? Durch neue Herausforderungen und in einer Suche nach uns selbst?

Die Lust diesen Imperativen als unsere vorgeblich wahre Natur Folge zu leisten und sie als unser Innerstes bis zur Unkenntlichkeit zu akzeptieren, bildet den Kern der Akzeptanz der gesellschaftlichen Verhältnisse, gegen die Solidarische Ökonomie anzugehen antritt. In diesem Sinn erfordert ein wirkliches Einlassen auf eine solche Bewegung ein großes Maß an selbstkritischer Distanz und soziale Reflexionsräume. Der Lust am Neuen, am Wechsel der Aufgaben, der Anpassung, an der Suche nach Originalität, der Motivation durch Leistung und zur Leistung in Win-Win-Situationen, der Begeisterung ist zu misstrauen. Dieses Misstrauen ist heute wenig reflektiert, es zeigt sich massenhaft und wenig

¹⁰⁵ Deleuze (1990: 13f.), Hervorhebung a.a.O.

reflektiert als Bindungslosigkeit, Zerstreutheit, Erschöpfung, Depression und, mehr noch, als Burn Out. Die Symptome eines gesellschaftlichen Burn Out sind ernst zu nehmen und ihnen wäre stärker auf die Spur zu kommen.

Ein anderes Beispiel: Der Imperativ ganz Ich sein zu sollen, zeigt sich einer neuen Form von Standardisierung. Darin gilt als sozial anerkannte Individualität nur, was mit den Normen von Produktivität, Kreativität, Teamfähigkeit und so fort kompatibel ist. Diese Individualität ist in der Regel eine Neukombination von dem, was bereits existiert – und auch diese Kombinationen sind weithin standardisiert. Was damit nicht konform geht, gilt leicht als altmodisch, unflexibel, schwerfällig, asozial, seltsam oder schlicht als unattraktiv.

Eine Transformationsbewegung kann schwerlich den Pfaden des Alten folgen um zu einer wirklichen Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse zu gelangen. Diese Pfade sind in unser Innerstes eingelassen. Das Neue erfordert daher auch eine Erneuerung unseres Selbst- und Fremderlebens, die sich von den Vorgaben der herrschenden Verhältnisse zu distanzieren sucht, um Spielräume frei zu machen. Es geht dabei nicht darum, der Effizienz, der Leistung oder der Motivation in jedem Fall zu misstrauen. Es geht vielmehr darum, sich kritisch dazu zu verhalten, Distanz zu wahren, sodass eins damit spielen kann, situationsbezogen und pragmatisch.

Dabei ist allerdings ein Punkt wichtig festzuhalten: die Disziplinargesellschaft, deren Überreste sich auch heute fortsetzen und bestimmte Funktionen erfüllen (etwa in der Schule oder im Unternehmen), litt unter einem Mangel an Sinnlichkeit, an einem Defizit Gefühle zu erleben und auszudrücken. Aus diesen und anderen Gründen gibt es kein Zurück zur Disziplinargesellschaft und ihren Normen. Es wäre aber wichtig, jenen Formen von Sinnlichkeit und Gefühlkultur Aufmerksamkeit zu schenken, die abseits der Imperative der Kreativität, des Neuen und der Anpassungsfähigkeit liegen. Beispielsweise in Bereichen des Alltags, wo es um die Aufmerksamkeit auf Wiederholungen geht oder um Praktiken, mit denen sich weder Geld machen noch Prominenz und Erfolg am sozialen Markt erringen lassen. Einige wenige Beispiele wären: das Gärtnern, landwirtschaftliche Arbeit, Handwerk, Liebesbeziehungen in ihrer romantischen Form, die Ruhe intellektueller Kontemplation, spirituelle Meditation, das dauerhafte Sich-Kümmern um andere Menschen, die nicht zum sozialen oder ökonomischen Markterfolg beitragen.

Nicht der Lust ist zu misstrauen, aber bestimmten ihrer Formen.

Praktisch bedeutet dies auch, dem Jargon des Managements und der Beratungsliteratur, den Begriffen des Unternehmens, der Idee der Eigeninitiative, der Begeisterung durch die Begeisterung, den Bildern des Marketings, der Faszination der Durchschlagskraft und der Geschwindigkeit, und den charismatischen Figuren des Leaders, Pioniers und Führers zu misstrauen. Warum sehnen wir uns nach Menschen, die uns zeigen sollen, wo es vorangeht? Und woher beziehen sie ihre Legitimität? Auf welchen Mangel verweist Charisma? Was begeistert an Begeisterung? Und wohin?

Es ist richtig, dass das Leben eine Einheit ist. Doch welcher Logik folgt dieses eine Leben? Es ist richtig, dass diese Gesellschaft das eine Leben aufspaltet in Interessensgegensätze – der bekannteste davon ist jener zwischen Kapital und Arbeit. Doch handelt es sich dabei um eine Illusion, die mit etwas gutem Willen beseitigt werden kann? Hier wäre entscheidend, der Lust an der Konformität in Teams, Gemeinschaften und familienähnlich wahrgenommenen Formen der Organisierung einen nüchternen Realismus entgegen zu setzen. Die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse hat schon immer vorausgesetzt, unangenehme Wahrheiten auszusprechen und das Offensichtliche, das schwer zu erkennen ist, weil es herrschenden Interessen entgegen steht, klar zu benennen. Es gibt einen Hausverstand, der das spontan begreift – und einen anderen, der das reproduziert, was die eigene Familie und Gewohnheit vorgeben.

4.2.2. Aufmerksamkeit gegenüber Kooptierungen

Im Zusammenhang damit ist von großer Bedeutung, dem Risiko der Kooptierung Aufmerksamkeit in sozialen Reflexionsräumen zu schenken. Die Alternativökonomie der 1970er und 1980er Jahre hat die heute vorherrschenden Managementmethoden wesentlich vorbereitet. Die wichtige Studie von Arndt Neumann, „Kleine geile Firmen“ (2008), hat dies anschaulich beschrieben¹⁰⁶. Flache Hierarchien und die Arbeit im Team gehen ebenso auf die selbstverwalteten Betriebe der damaligen Alternativökonomie zurück wie die Selbstmotivation durch Lust an der Arbeit und den Wunsch nach selbstbestimmter Tätigkeit, die – damals wie heute – den Erfolg in der Marktkonkurrenz zu sichern haben. Ein wichtiger Mechanismus der Kontrollgesellschaft besteht dabei in der Verkoppelung von Techniken der Gruppendynamik und der Psychotherapie, wie er in der Supervision und im allseitigen Feedback zum Ausdruck kommt. Dieser Mechanismus sichert Konformität mit den Imperativen, die der Markt setzt – etwa in einem selbstverwalteten Betrieb. Die Motivation eines Teams muss in einem solchen

¹⁰⁶ Siehe dazu auch Bröckling (2007)

Kontext um den Preis seines ökonomischen Untergangs erhalten werden. Dieser Mechanismus ist eine Form sozialer Kontrolle um Lustlosigkeit, Frustration oder Reibungsverluste in der Gruppe frühzeitig erkennen und korrigieren zu können. Die Idealform des konkurrenzfähigen Unternehmens ist heute ganz allgemein die einer Begeisterungsgemeinschaft: begeistert von sich selbst, begeisternd für andere und in den Gütern und Dienstleistungen, die es herstellt.

Die Überlappung von Merkmalen sich alternativ verstehender Betriebe und solcher, die sich als konventionell interpretieren oder so interpretiert werden, legt die Frage nahe, was an alternativen Momenten wirklich alternativ ist und wo die Grenze zwischen einer Forderung neoliberaler Ideologie auf der einen Seite und einer Alternative zu ihr auf der anderen liegt. Diese Frage könnte wie folgt an konkreten Beispielen ausbuchstabiert werden:

Was unterscheidet die Mitsprache und Ansprache von Mitgliedern einer genossenschaftlichen Bank oder einer Einkaufsgenossenschaft von Formen der Kund*innenbindung, wie sie viele konventionelle Betriebe einsetzen? Was unterscheidet eine Community Supported Agriculture von einer alternativen Vermarktungsform? Was unterscheidet die Mitgliedschaft von Angestellten einer Genossenschaft von Formen der Identifikation mit dem Management, wie sie jeder konventionelle Betrieb anstrebt; unter anderem durch eine Skepsis gegenüber gewerkschaftlichen Formen der Organisation, zumal den widerständigen, unkooperativen, unvernünftigen und unrealistischen?

Ich überlasse diese Fragen einer möglichst angeregten Diskussion.

Es ist wichtig einen realistischen Blick auf die realen Machtverhältnisse in einem Betrieb zu kultivieren – sei er konventionell oder selbstverwaltet. Es wäre beispielsweise naiv zu glauben, die Überführung eines konventionellen Betriebs in eine Genossenschaft aufgrund des guten Willens eines Eigentümers bedeute schon eine wirkliche Veränderung. Machtverhältnisse auf der Basis ungleichen Wissens und durch charismatische Autorität werden dadurch nicht angetastet. Sie könnten sogar bestärkt werden. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass ein Eigentümer, der in einer Genossenschaft vielleicht Manager wird, immer über eine Exit-Option auf Basis seines symbolischen (und vielleicht auch weiterbestehenden ökonomischen) Kapitals verfügt, die anderen Mitgliedern verwehrt ist. Diese Exit-Option sichert asymmetrische Machtverhältnisse zusätzlich ab. Dies ist übrigens wahrscheinlich auch ein wichtiger Faktor für die

asymmetrischen Machtverhältnisse in der Mega-Genossenschaft Mondragon, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden wird¹⁰⁷.

Solchen Machtverhältnissen mit einer Aufklärung der Mitglieder über ihre Rechte in der Generalversammlung zu begegnen ist unzureichend. Zumal dann, wenn sie vom ehemaligen Eigentümer ins Werk gesetzt wird. Die kollektive, widerständige und selbstermächtigende Eigentätigkeit der Belegschaft kann ein unternehmerischer Paternalismus nicht ersetzen. Wenn in einem konventionellen Betrieb, und hat er auch einen alternativen Anspruch, nicht einmal ein Betriebsrat existiert – sei es, dass eine Gründung aus Mutlosigkeit, mangelndem Selbstvertrauen, Angst oder Desinteresse nicht erfolgt –, warum sollte dann eine demokratische Entscheidungsfindung in einer Genossenschaft möglich sein?

Tatsächlich sind Genossenschaften unter bestimmten Umständen konkurrenzfähiger als konventionelle Betriebe. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die weltmarktorientierten Kleinbetriebe der Emilia Romagna in Italien – eine Region, die in der konventionellen Wirtschaftsliteratur als Paradefall eines konkurrenzfähigen Unternehmensclusters gilt. Genossenschaften spielen dort eine wichtige Rolle. Daraus resultiert ein hohes Maß an Vertrauen, Stabilität, Netzwerkfähigkeit und produktiver Reibungslosigkeit. Diese Qualitäten sichern der Region ein hohes Maß an marktorientierter Innovationsfähigkeit und Wertschöpfung. Studien zur Mega-Genossenschaft Mondragon, die sich auf empirische Erhebungen stützen, die nicht das positive Image der Genossenschaft bewusst oder unbewusst reproduzieren, haben ergeben, dass beispielsweise die Solidarität zwischen den Arbeiter*innen in konventionellen Vergleichsbetrieben höher ist als in einer Mondragon-Genossenschaft. Die Stilllegung des innerbetrieblichen Konflikts durch die Ideologie der Betriebsgemeinschaft, fehlende Formen einer gewerkschaftlichen Organisation, eine mangelhafte strategische und operationale Mitbestimmung, die zusätzlich in einer Fülle von (allzu) transparenten Berichten über den Betrieb erstickt wird bis hin zur offenen Repression (gegen gewerkschaftliche Aktivitäten) führen im Verein mit der Ideologie des Privateigentums, die alle Unternehmensangehörigen zu scheinbar gleichen (und voneinander isolierten) Eigentümer*innen macht dazu, dass die Ideologie des Sachzwangs bei Mondragon sogar noch stärker ausgeprägt ist und weniger hinterfragt wird als es in konventionellen Betrieben vielfach der Fall ist¹⁰⁸.

¹⁰⁷ Siehe dazu auch Exner/Kratzwald (2012)

¹⁰⁸ Siehe dazu Exner/Kratzwald (2012)

Die Genossenschaft ist eine relevante Rechtsform für selbstverwaltete Betriebe, die sich am Markt orientieren und Teil einer Solidarischen Ökonomie sein können. Sie zeichnet sich – wie Studien zeigen – durch eine erhöhte Krisenfestigkeit aus, unter anderem weil eine (keineswegs immer gegebene) Mitbestimmung der Mitglieder die krassesten Formen von Spekulation und Profitmaximierung vielfach verhindern kann. Allerdings entscheidet der Kontext einer sozialen Bewegung darüber, ob Genossenschaften gewissermaßen das neueste Stadium der neoliberalen Ideologie darstellen oder aber einen Ansatz bilden, um dieser zu entkommen.

4.2.3. Die Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie

Solidarische Ökonomie als Nische zu betrachten bedeutet nicht, Solidarische Ökonomien seien notwendigerweise klein und unbedeutend. Zweifellos sind momentan die meisten ihrer praktischen Initiativen auf kleine Projekte und Betriebe beschränkt. Und sicherlich sind diese Initiativen und die Transformationsperspektive heute marginal. Ein entscheidenderes Defizit Solidarischer Ökonomie hierzulande ist aber, dass sie sich dort, wo es nicht um Reproduktion geht, wie beim Wohnen, auf eng eingegrenzte Bereiche von Wirtschaften beschränkt, vor allem den Ernährungssektor (und hier vor allem die Verteilung von Gütern). In der Perspektive der Transformation sind jedoch zwei Fragestellungen entscheidend: Wie können der industrielle Sektor und große konventionelle Betriebe solidarökonomisch umorganisiert werden? Wie kann Solidarische Ökonomie das Leben von Menschen sichern?

Zunächst erscheint eine Diskussion dieser Fragen als erster Ausgangspunkt für praktische Umsetzungen unumgänglich. Die Neugier an praktischen Projekten, die im Hier und Jetzt erlauben, aktiv zu werden, das eigene Leben ein Stück weit anders zu gestalten und Gutes zu tun sind zweifellos unabdingbare Voraussetzungen Solidarischer Ökonomie. Insoweit damit jedoch ein Desinteresse an weitergehenden Fragen der Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie einhergeht, wird eine verhängnisvolle Grenze eingezogen.

Diskussionen solcher Fragen erscheinen wohl häufig als zu weit entfernt von sozialer Bewegung, von der eigenen Projektgemeinschaft, vom persönlichen Interesse, als dass sie momentan besondere Aufmerksamkeit erfahren. Atmosphärische oder politische Abneigungen gegenüber marxistisch inspirierten Debatten mögen dabei auch eine Rolle spielen. Doch nur durch Diskussionen kann ein „Zeitgeist“ geschaffen werden, wie das in einem Interview für die Selbstverwaltungsidee in den 1980er Jahren genannt worden ist, um bestimmte Ansätze verständlich und zunehmend selbstverständlich zu machen. Die

solidarökonomische Umorganisation eines industriellen Großbetriebs muss als Konzept zu etwas Selbstverständlichem werden. Solange eine solche Idee nicht einmal Teil eines Diskurses ist, kann nicht erwartet werden, dass es je zu einer solchen Bestrebung kommt oder gar zur Umsetzung. Das bedeutet nicht, dass ein solches Konzept unumstritten sein könnte – das wäre unrealistisch. Vielmehr ist mit massiven Widerständen und Angriffen zu rechnen, zuerst auf der Ebene von Debatten, dann im Fall einer Umsetzung auch materiell. Diesen Widerständen und Angriffen müsste Rechnung getragen werden.

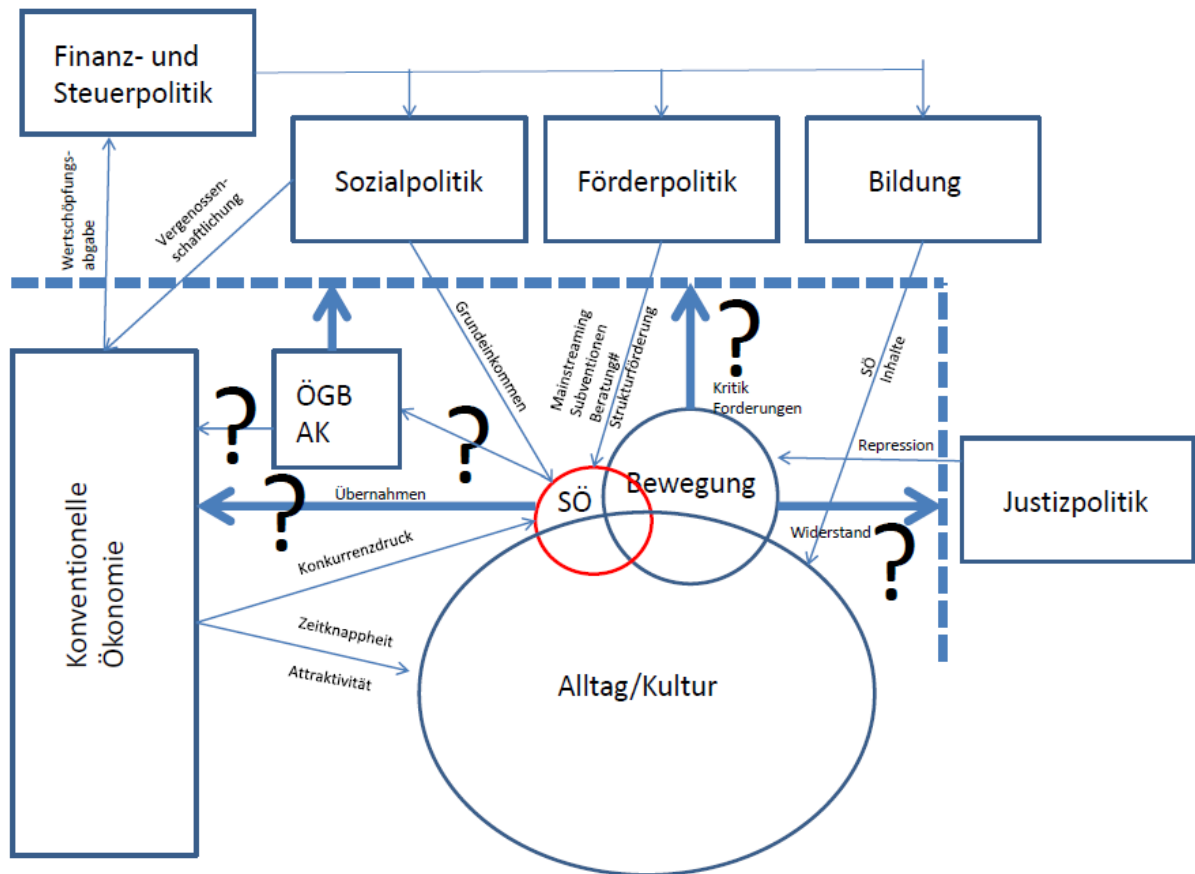
Es ist nicht verwunderlich, dass es momentan keine strategischen Überlegungen für Umsetzungen einer Konventionalisierung gibt. Ein neuer gewerkschaftlicher Beschluss, wonach zumindest bei drohendem Konkurs Unternehmen mit Unterstützung des Staates in Selbstverwaltung überführt werden sollten, zeigt jedoch, dass es dafür eine gewisse Bereitschaft geben könnte. Hierzu wäre allerdings anzumerken, dass aus der Zeit der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik keine eindeutig überzeugenden Erfahrungen mit solchen Belegschaftsübernahmen gibt. Ein vom Konkurs bedrohtes Unternehmen ist sicherlich eine schlechte Kandidatin für Versuche, Solidarische Ökonomie auf eine neue Skalenebene zu bringen. Das Risiko des Scheiterns ist viel höher als im Fall eines prosperierenden Betriebs, die Kosten der Unterstützung sind es ebenfalls. Damit birgt ein solcher Ansatz die Gefahr, dass er bei einer Umsetzung das Gegenteil von dem bewirkt, was intendiert wäre: ein Scheitern könnte den Gegner*innen einer Solidarischen Ökonomie in Großbetrieben leichtes Spiel machen. An einem solchen Beschluss zeigt sich folglich noch nicht ein offensives Interesse an Solidarischer Ökonomie, sondern eher ein defensives Zulassen abweichender Ideen – vielleicht mehr aus Ratlosigkeit denn aus Überzeugung.

Im Zusammenhang mit der Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie gibt es sehr vorsichtige Ansätze in Deutschland, die relevant sein könnten. Und zwar im Rahmen der Konversionsdebatte, wo es um die Frage geht, wie der ökologische Umbau der Industrie aus gewerkschaftlicher Sicht erfolgen kann. Diese Frage ist ein Thema für sich und komplex. Angemerkt sei an dieser Stelle nur, dass eine Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie sich mit der Debatte um das Postwachstum verbinden muss und nicht unterstellen sollte, dass die Industrie als Ganze, oder auch nur der größte Teil davon bloß anders organisiert zu werden braucht. Im Sinn eines Postwachstums sollte keine Scheu davor bestehen, den materiellen Abbau von Produktionseinheiten ins Auge zu fassen. Die Transformationsperspektive des Guten Lebens für Alle kann nicht bedeuten, dass der Bestand an produktiver Infrastruktur einfach weitergeführt

wird, wenngleich demokratisch. Solidarität mit anderen Ländern der Welt und mit künftigen Generationen heißt unter anderem, die Größe der (marktrelevanten) Wirtschaft auf ein bedürfnisadäquates und weltweit verallgemeinerbares Maß zu schrumpfen.

Diese Herausforderung in Begriffen des Guten Lebens zu thematisieren ist taktisch sicher sinnvoll. Taktische Begriffe sollten aber zumindest die politisch bewussteren Teile einer Bewegung für Solidarische Ökonomie nicht dazu verleiten, die praktischen Herausforderungen, die schmerzen, nicht offensiv anzusprechen. Diese Herausforderungen schmerzen solange und insoweit als das Auskommen der Menschen an ihr Einkommen und damit an eine kapitalistische Wirtschaft beziehungsweise Marktwirtschaft gebunden ist. Hieran zeigt sich auch, dass im Zuge der Thematisierung einer Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie auch relativ rasch weitere Aspekte einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung berücksichtigt werden müssen. Dafür haben bislang eher isolierte Debatten wie die um ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder – anders gelagert – um Commons und eine Demonetarisierung der Gesellschaft Grundlagen gelegt.

Die Grafik 2 zeigt ein Schema der Akteurskonstellation in Hinblick auf Solidarische Ökonomie und einige wichtige Kräftelinien. Solidarische Ökonomie als Komplex von Praxisprojekten wird als Bereich im Schnittpunkt zwischen Alltagskultur, sozialen Bewegungen und eigenständigen Initiativen dargestellt. Die strichlierte Linie trennt den Staat im engeren Sinn von der konventionellen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Die Grafik fokussiert auf die strategischen Erfordernisse einer Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie. Dicke Pfeile symbolisieren die dafür entscheidenden Kräftelinien. Bewegungen werden gegebenenfalls von Repression bedroht (etwa durch Räumung von Besetzungen), denen Widerstand entgegengesetzt wird. Sie können durch Kritik und Forderungen Druck auf den Staat ausüben um staatliche Körperschaften zu unterstützenden Politiken zu bewegen. Hier sind verschiedene Maßnahmen und Einflusswege denkbar. Die Veränderung der konventionellen Ökonomie dagegen ist mit einem viel deutlicheren Fragezeichen versehen. Die einzigen Akteur*innen, die dahingehende Verbindungen aufweisen sind ÖGB und AK, die jedoch, wie die Interviews zeigen, bislang kaum für Solidarische Ökonomie ansprechbar sind.



Grafik 2: Darstellung von Ausschnitten der für Solidarische Ökonomie (SÖ) relevanten Akteur*innenlandschaft in Österreich. Pfeile markieren potenzielle oder aktuelle Einflüsse, dicke Pfeile symbolisieren strategische Anforderungen von SÖ. Die Einflüsse „Zeitknappheit“, „Attraktivität“, „Konkurrenzdruck“, „Repression“ und „Widerstand“ wirken aktuell. Eigene Darstellung.

4.2.4. Diskussion von Konzepten gesellschaftlicher Planung

Aus ähnlichen Gründen gibt es auch ein schwerwiegendes Defizit in Hinblick auf Konzepte einer gesellschaftlichen Planung, die in den Interviews als die zweite Säule von Wirtschaftsdemokratie bezeichnet werden – neben demokratisch geführten Betrieben. Der Neoliberalismus hat die Idee einer gesellschaftlich organisierten Verständigung über wirtschaftliche Pläne gründlich desavouiert. Diese Debatte liegt eindeutig außerhalb der Grenzen des Sag- und Denkbaren in neoliberalen Diskursen. Insoweit das Thema Solidarische Ökonomie diese Grenze respektiert, werden neoliberale Einhegungen des Sagbaren reproduziert und damit jene Verhältnisse, gegen die Solidarische Ökonomie eigentlich antritt.

Ähnlich wie in Hinblick auf eine Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie ist auch in dieser Frage zunächst eine möglichst breite Diskussion vordringlich. Es müsste klar werden, dass eine Neudefinition von Regionen im Sinn von Self-

Reliance¹⁰⁹ ein planvolles Vorgehen zur Neuorganisation des Zusammenhangs von möglichst solidarökonomischen Betrieben bedeuten müsste. Es müsste auch klar werden, dass die Ausweitung innerbetrieblicher Demokratie hin zu weiteren Gruppen von Betroffenen die Frage der Planung von Produktion nahelegt. Einzelne solidarökonomische Betriebe werden immer widersprüchlich und eng begrenzt bleiben, solange entweder die herkömmliche Form des Marktes weiterbesteht oder – je nach Einschätzung – der Markt überhaupt. Dabei ist allerdings wichtig zwischen dem Weltmarkt und nationalen, regionalen oder lokalen Märkten zu unterscheiden. Auch aus einer grundsätzlich markt- und geldkritischen Position heraus wäre zu argumentieren, dass die Einbindung in den Weltmarkt das größte Hindernis für eine Demokratisierung der Wirtschaft auf solidarischer Grundlage darstellt. Die Frage ist in längerfristiger Hinsicht freilich die, ob, was Karl Marx betont hat, der Weltmarkt die Lebensbedingung des Kapitals darstellt, das ihn erst geschaffen hat, ob strategisch gedacht also die Einschränkung des Weltmarkts Erfolg haben kann, solange die immer lokal produzierenden, räumlich situierten Kapitalien weiterbestehen – ob also Einschränkung des Weltmarkts und Transformation kapitalistischer Betriebe in solidarökonomisch organisierte, die regional in formelle demokratische Gremien eingebunden sind, nur zwei Seiten ein und derselben Bewegung wären. Kurzfristig zeigen Beispiele wie Venezuelas Bolivarianische Revolution, dass eine relativ breitenwirksame Bewegung Solidarischer Ökonomie jedenfalls durchaus auf pragmatische Weise den Zwängen des Weltmarktes entgegen treten kann, etwa durch selektive Handelsabkommen oder durch den Versuch, einen höheren Selbstversorgungsgrad zum Beispiel bei Lebensmitteln zu erreichen (was in Venezuela bislang gescheitert ist und in Österreich mit seinem hohen Eigenproduktionsanteil nicht prioritär wäre). Auch das konventionelle Mittel, Zölle auf Importe zu erheben und andere Maßnahmen für eine Politik der Importsubstitution bis hin zur Frage der Wiedereinführung nationaler Währungen im heutigen Euro-Raum wären dabei zentral zu diskutieren.

Gesellschaftliche Planung muss heute anders gedacht werden als dies bis in die 1970er Jahre hinein der Fall war. Die Bewegungen nach 1968, die Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien – so wenig einige ihrer Bereiche angesichts der Ressourcenproblematik längerfristig womöglich aufrecht erhalten werden könnten –, veränderte soziale Kompetenzen und Bedürfnislagen haben Grundkoordinaten jeder Planungsdebatte verschoben.

¹⁰⁹ für eine eigenständige Entwicklung

Aus verschiedenen Gründen sollte die Idee einer zentralstaatlichen Wirtschaftsplanung, auch wenn sie auf repräsentativer Demokratie beruht, mit Skepsis betrachtet werden. Es muss, gerade aus einer Perspektive Solidarischer Ökonomie, vielmehr darum gehen, die innerbetriebliche Demokratisierung und die nach Außen wirkende demokratische und formalisierte Einbindung weiterer Betroffenenengruppen mit einer übergreifenden gesellschaftlichen Planung zusammenzuführen. Planung bedeutet nicht notwendigerweise besonders großen Koordinationsaufwand. Die österreichische Milchwirtschaft etwa war nach dem Zweiten Weltkrieg für einige Zeit eine Planwirtschaft, deren Kernelemente aktuell bleiben. Denn der Bedarf an Grundgütern ist von Jahr zu Jahr praktisch konstant, Planung bedeutet hier also keineswegs eine ständige flexible Anpassung. Ähnliches gilt für den Neubau von Wohnungen – sofern dieser in einer Postwachstumsgesellschaft überhaupt noch wesentlich erfolgt. Diese Debatten sind komplex und können hier nur gestreift werden. Wichtig ist jedenfalls der Punkt, dass Planung nicht darin besteht, die chaotischen, instabilen und krisengebeutelten Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft in sozusagen geordnete Bahnen zu lenken, womit ein enormer Aufwand an Kennzahlen, Abstimmungsprozessen und viele Widersprüche einhergehen würden. Diesen Weg hat das sowjetsozialistische Modell illustriert. Eine hervorragende Analyse des Sowjetsozialismus hat Johanna W. Stahlmann in „Die Quadratur des Kreises“ (1990) vorgelegt¹¹⁰.

Es ginge stattdessen um die Frage, wie von kleineren subsidiären Einheiten als transnationale, stofflich definierte Regionen ausgehend auf übergeordnetere Rahmensetzungen hin gezielt werden könnte und wie diese gestaltet wären. Dafür gibt es verschiedene relevante konzeptionelle Ansätze. Eine subsistenzbasierte Perspektive formuliert anschaulich das Buch „Subcoma“ (2000) von P.M. Dessen praktische Ansatzpunkte und Inspirationen verdanken sich anarchistisch orientierten Lebenszusammenhängen. „Subcoma“ ist eine schöne Illustration des Gedankens der Subsidiarität: gesellschaftliche Aufgabenstellungen sind immer auf der kleinstmöglichen Ebene eigenständig zu bearbeiten. Eine marktsozialistische Perspektive formuliert das Schlusskapitel des Buches „Vom Handelskapital zur Globalisierung“ (2002) von Hansgeorg Conert. Praktische Ansatzpunkte und Inspirationen gehen hier vor allem auf das Modell des Marktsozialismus in Jugoslawien zurück. Conerts Ausführungen sind sehr gut geeignet um die möglichen Spielräume für die gesellschaftliche Einbettung von Unternehmen in einem wirtschaftsdemokratischen Rahmen vorstellbar zu machen. Von Conerts Sichtweise setzen sich die Perspektiven der

¹¹⁰ <http://www.krisis.org/1990/die-quadratur-des-kreises/>

Bolivarianischen Revolution in Venezuela häufig bewusst ab. Das Argument lautet, dass der jugoslawische Marktsozialismus gerade gezeigt habe, dass eine Solidarische Ökonomie nicht im Rahmen einer Marktwirtschaft funktionieren könne¹¹¹, während Hansgeorg Conert meint, der Zerfall Jugoslawiens erfolgte trotz und nicht wegen des Marktsozialismus. Die theoretische Perspektivendiskussion und die Vielfalt an (widersprüchlichen) praktischen Ansätzen einer Solidarischen Ökonomie in Venezuela mit dem Stand von vor fünf Jahren stellt das wichtige Buch von Dario Azzellini dar: „Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune“ (2010). Azzelinies Buch hat den Vorteil eine real existierende gesellschaftliche Entwicklung und Debatte zum Gegenstand zu haben – im Unterschied zu einem abstrakten Planungsmodell. Damit rücken auch die konkreten politischen Herausforderungen und Strategien in den Blick. Die Broschüre „Praktischer Sozialismus“ (2008) des Hans-Jürgen-Krahl-Instituts besticht immer noch durch ihre strategische Ausrichtung. Darin spielen zwar auch perspektivische Überlegungen eine Rolle, im Zentrum steht jedoch die Frage, welche Voraussetzungen gegeben sein müssten um eine Konventionalisierung Solidarischer Ökonomie in Konkurrenz mit dem kapitalistischen System zu erreichen. Dabei wird auch die mögliche Rolle von Gewerkschaften behandelt. Stellvertretend für eine Reihe weiterer konzeptioneller Überlegungen, die für eine Transformationsperspektive relevant sind, seien nur noch die Veröffentlichungen von Christian Siefkes zur Peer Economy¹¹² und Alfred Fresins Entwurf einer Bedürfnisorientierten Versorgungswirtschaft¹¹³ erwähnt.

4.3. Aufgabenstellungen: Was leicht zu tun ist

In diesem abschließenden Teil sollen nun einige konkrete Aufgabenstellungen zusammengefasst werden, die relativ leicht zu lösen wären. Dies wäre Voraussetzung für eine Stabilisierung und Erweiterung Solidarischer Ökonomie.

4.3.1. Subjektive Voraussetzungen schaffen

Zunächst sind einige subjektive Voraussetzungen anzusprechen. Es geht in einer sozialen Bewegung im allgemeinen und angesichts der Widersprüchlichkeit Solidarischer Ökonomie im besonderen immer auch darum, Frustrationen auszuhalten. Selbstkritische Reflexionen konfrontieren mit unangenehmen Einsichten oder Beobachtungen, die eine auf Begeisterung und schnelle Erfolge ausgerichtete Haltung empfindlich trüben können.

¹¹¹ Vergleiche dazu die nach wie vor sehr lesenswerte Studie von Ernst Lohoff „Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg“ (1996)

¹¹² <http://peerconomy.org/wiki/Deutsch>

¹¹³ <http://stattkapitalismus.blogspot.de/>

Des Weiteren und damit in Zusammenhang ginge es darum, sozialen Prozessen und Solidarischer Ökonomie als sozialem Prozess Aufmerksamkeit zu schenken. Grundlegend wichtig ist auch eine Wertschätzung und ein wechselseitiges aktives Interesse zwischen eher theoretisch und eher praktisch arbeitenden Menschen in einer sozialen Bewegung. Damit Handlungen Sinn machen ist Reflexion erforderlich. Und Reflexion braucht nicht nur praktische, sondern auch historische und theoretische Inputs.

4.3.2. Wissen verbreiten

Es gibt in der Debatte um Solidarische Ökonomie einige Wissensdefizite, die keine grundlegenden Veränderungen erfordern. Wichtig wäre vielmehr Lernprozesse zu systematisieren, das Wissen dort abzuholen, wo es vorhanden ist und es zu streuen. Das betrifft beispielsweise das Wissen um die Rechtsform der Genossenschaft. Die Interviews haben aufgezeigt, dass diesbezüglich bei Vertreter*innen der Solidarischen Ökonomie große Wissenslücken bestehen. Auf der anderen Seite gibt es ein elaboriertes Wissen und auch wichtige organisatorische Neuerungen bei Menschen, die dem Genossenschaftswesen (nicht aber unbedingt der Solidarischen Ökonomie) nahestehen. Insofern ist auch die Gründung eines neuen Revisionsverbands, die inzwischen in die Wege geleitet worden ist, für Solidarische Ökonomie potenziell wichtig, selbst wenn Bündnisbildungen in dieser Richtung als limitiert eingeschätzt werden müssen.

Grundsätzlich sind dahingehend folgende Punkte festzuhalten:

- Selbstverwaltung im marktorientierten Betrieb kann die Rechtsform der Genossenschaft nutzen; sie kann aber beispielsweise auch eine Konstruktion aus GmbH, einem Verein der Beschäftigten und eines Betriebsrats wählen (damit sind in Österreich Erfahrungen in den 1980er Jahren gesammelt worden).
- Soziale Absicherung ist in einer Genossenschaft grundsätzlich leicht zu gewährleisten, wenn die Mitglieder auch angestellt sind; die organisatorische Neuerung seitens der Oteko Genossenschaft ist hierfür beispielgebend.
- Selbstverwaltung sollte immer einen Betriebsrat inkludieren; dies ist in einer Genossenschaft problemlos möglich, wenn die Mitglieder zugleich angestellt sind; eine betriebsrätliche Organisation kann auch in ein soziokratisches Organisationsmodell eines selbstverwalteten Betriebs integriert werden.

- Die Einschränkung von Selbstverwaltung auf kleine Betriebe scheint nicht zwingend; soziokratische Organisationsmodelle¹¹⁴ verbinden gewissermaßen direkt- und indirekt-demokratische Ebenen und sind auch in großen Organisationen wohl erprobt.

4.3.3. Theoretische und konzeptionelle Diskussionen führen

Es braucht mehr Bereitschaft, konzeptionelle Diskussionen zu Self-Reliance, Wirtschaftsdemokratie und zum Verhältnis zwischen Solidarischer Ökonomie und kapitalistischer Produktionsweise zu führen. Diese Themen wurden oben bereits angesprochen.

Weitere kontroverse Diskussionsthemen sollten unter anderem sein:

- der Grundwiderspruch der Genossenschaft beziehungsweise des selbstverwalteten Betriebs: zwischen innerbetrieblicher Demokratie und Solidarität auf der einen Seite und Betriebsegoismus und von der Marktkonkurrenz erzwungene Gewinnmaximierung¹¹⁵ auf der anderen.
- die Unterscheidung zwischen Solidarität und unternehmerischem Paternalismus: wohlmeinende Unternehmenseigentümer sind ein fixer Bestandteil des Kapitalismus und waren vor der Einführung sozialstaatlicher Sicherungssysteme im 19. Jahrhundert ein wichtiges Hemmnis für die Entwicklung kollektiver, widerständiger und progressiver Selbstorganisation. Solidarität im Kontext Solidarischer Ökonomie sollte daher nicht mit Geschenken und Begünstigungen durch Unternehmenseigner verwechselt werden. Es ist ein Prozess der „Stronachisierung“ – wie ein Interview dies nennt – in einem Milieu konventioneller Betriebe mit alternativem Anspruch zu erkennen. Dieser Prozess steht in einer Linie mit dem neoliberalen Abbau des Sozialstaates und der Leitfigur des kreativ zerstörerischen Unternehmers, der sich um gesellschaftliche Regelbildung und formelle demokratische Abstimmungsprozesse nicht kümmert und der sein Genie der Eigeninitiative und Unbefangenheit verdankt. Konventionelle Betriebe mit alternativem Anspruch setzen häufig (nicht immer) richtige Inhalte für den Zweck des Überlebens am Markt und damit für die Gewinnerzielung ein; sie sprechen damit bestimmte Marktsegmente an und punkten im

¹¹⁴ <http://www.soziookratie.at/>

¹¹⁵ Mitunter wird entgegnet, die Genossenschaft müsse zwar Profit erwirtschaften, würde diesen aber nicht maximieren. Dazu wäre anzumerken, dass der Maximierung von Profit immer Grenzen gesetzt werden, auch in einem konventionellen Unternehmen. Maximierung bedeutet in dem Zusammenhang die Annäherung der Profitproduktion an das Limit, das soziale, ökologische, rechtliche oder ökonomische Rücksichten erzwingen.

Spiel um Ehrlichkeit und gutes Gewissen; so kann aus richtigen Inhalten dennoch etwas Falsches werden, denn der Kontext und die Perspektive sind für Solidarische Ökonomie entscheidend, nicht eine einzelne gute Tat. Wenn und weil gute Tat und guter Wille Teil einer Marketingstrategie für ein Unternehmen sind, das in einer meist harten Weltmarktkonkurrenz steht, ist dahingehend auch kaum eine kritische Debatte möglich; sie gefährdet die Marketingstrategie und stößt daher an strukturelle Grenzen.

- die Kommerzialisierung von öffentlichen Aufgaben: die Organisation von öffentlichen Aufgaben in Form von Social Entrepreneurship (das von der Solidarischen Ökonomie unter anderem wegen seiner fehlenden demokratischen Perspektive abzugrenzen ist) oder – für Österreich: prospektiv – in Form von Genossenschaften ist kritisch zu reflektieren. Das eigentliche Ziel Solidarischer Ökonomie ist eine grundlegende Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und ein Gutes Leben für Alle. Das Ziel der Demokratisierung erfordert nicht notwendigerweise eine Organisation von Dienstleistungen außerhalb des Staates; diese kann im Gegenteil den Trend zu Privatisierung und Prekarisierung vorantreiben.
- das Verhältnis von Staat und Bottom up-Bewegungen: Dieses Verhältnis muss immer wieder kritisch reflektiert werden; historische Erfahrungen deuten darauf hin, dass beide gesellschaftliche Bereiche zusammenwirken müssen, um dauerhafte Veränderungen zum Besseren zu bewirken; zugleich besteht eine enorme Gefahr für Bewegungen durch eine partielle Zusammenarbeit mit Parteien oder staatlichen Körperschaften kooptiert zu werden; Kooptierung führt dazu, dass Veränderungspotenziale von Bewegungen stillgestellt werden.
- das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Auseinandersetzungen um Hegemonie: Soziale Bewegungen müssen wesentlich auf eine Veränderung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zielen, die auch das Staatshandeln durchziehen; ein wichtiger Teil besteht darin, die dominierenden Vorstellungen von Autorität zu verändern und die Sehnsucht nach Autorität insgesamt kritisch zu thematisieren; der Glaube an die Figur des Unternehmers ist Teil der neoliberalen Hegemonie (Vormachtstellung) und darf daher in Solidarischer Ökonomie nicht reproduziert werden; an seine Stelle ist der Glaube an die Kraft und Intelligenz kollektiver Selbstorganisation zu setzen; es geht des weiteren darum, das Potenzial nicht nur, nicht einmal vorrangig in der gebildeten Schicht zu sehen, sondern Bildung (wie sie im herrschenden System von

Schule und Universität produziert wird) auch als Hindernis zu thematisieren, das soziale Schichten übergreifende Kommunikations- und Organisationsprozesse stark limitiert; plakativ: im Zweifelsfall ist in einem Betrieb eher das Putzpersonal als der Eigentümer für Solidarische Ökonomie anzusprechen, eher der Lehrling als der Meister.

4.3.4. Bündnispolitiken und Bewegungen ergänzen

Im Widerspruch zwischen formalisierter Bündnispolitik auf der einen Seite und informellen sozialen Bewegungen auf der anderen drückt sich ein jeder Bewegung inhärenter struktureller Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft aus. Staat und Gesellschaft müssen beide verändert werden, erfordern jedoch unterschiedliche Herangehensweisen. Um das Staatshandeln zu verändern, ist es mitunter notwendig oder hilfreich, Strategien auszuarbeiten und konkrete Forderungen zu formulieren. Sofern dabei halb-staatliche Organisationen oder NGOs mitwirken (sollen), sind dabei auch repräsentative Logiken im Spiel (siehe zu deren Kritik den Abschnitt zu Hausbesetzungen weiter oben). Um den Druck für eine Veränderung des Staatshandelns aufrechtzuerhalten, Kooptierungen zu vermeiden und organisationelle Neuerungen zu erarbeiten, sind jedoch informelle Bewegungen vonnöten. Sie bilden den Untergrund, der vorhanden sein muss, um überhaupt strategisch in Hinblick auf den Staat denken und handeln zu können. Informelle Bewegungen verweigern sich der Logik der politischen Repräsentation – teils spontan, teils mit guten theoretischen Gründen. Schließlich verweigert sich auch die Verbindung zwischen formalisierter Bündnispolitik und informeller Bewegung der Logik der Repräsentation. Dieser Widerspruch ist erstens unvermeidbar, zweitens potenziell sehr produktiv. Dieser Widerspruch kann bewegt werden, indem beide Ansätze eine wertschätzende, reflektierte und strategische Balance schaffen, militante Subversion und legalistische Ansätze komplementär sehen.

4.3.5. Begriffe offen halten

Begriffe sind Knotenbildungen für Diskurse, die viele Begriffe enthalten, die sich verschieben und nie ganz fixiert werden können. Sie sprechen jeweils verschiedene Menschen und Gruppen oder Anliegen an. Der Transformationsdiskurs, worin sich das Thema Solidarische Ökonomie verortet, ist weitläufig (wahrscheinlich viel weitläufiger als in den Interviews für diese Studie sichtbar werden konnte). Er beinhaltet noch weitere Themen und darauf bezogene Begriffe wie etwa Commons, Postwachstum, Care-Economy, Solidarische Ökonomie, Ressourcengerechtigkeit oder Grundeinkommen. Ein

Konzept, das diese Vielfalt reflektiert, ist etwa das Modell der Transformationspfade, wie es von Attac Österreich entwickelt worden ist¹¹⁶.

Nicht zuletzt in dieser Hinsicht besteht beispielsweise ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Solidarischer Ökonomie und Social Entrepreneurship, das mehr einem Label entspricht. Social Entrepreneurship verfolgt weder die Perspektive einer umfassenden Demokratisierung noch weist es ein komplexes Verständnis von einer Transformation auf verschiedenen Ebenen, die zusammenhängen, auf.

Aus dem Umstand, dass der Transformationsdiskurs – wie jeder Diskurs – ein Gewimmel aus wuchernden Bedeutungen darstellt, ergibt sich erneut die Notwendigkeit beständiger kritischer und solidarischer Reflexion. Darauf wurde in diesem Bericht wiederholt hingewiesen. Es geht dabei um die Suche nach Synergien, um das Herstellen von Verknüpfungen und darum, immer wieder Klarheit über die Grundlagen möglicher gemeinsamer Strategien und Aktionen zu bekommen. Die zentralen Begriffe eines Diskurses einzuhegen und ihre Dynamik in abstrakten Kriterienkatalogen stillzulegen ist dagegen eher kontraproduktiv. Eine solche Einhegung sollte nur als strategisches, kritisch zu reflektierendes Erfordernis für bestimmte Bereiche verfolgt werden, etwa in Hinblick auf die Organisation staatlicher Fördersysteme für Solidarische Ökonomie. Die Kernbedeutungen des Begriffs Solidarische Ökonomie ergeben sich aus der Transformationsperspektive: umfassende Demokratisierung und Ökologisierung aller Verhältnisse, solidarische Beziehungen ohne Sachzwänge, soziale Gleichheit.

¹¹⁶ <http://www.attac.at/engagieren/deklarieren/deklaration-2010.html>

Danksagung

Ich danke Sabine Klapf und Martin Haselwanter von Südwind sowie Stephan Hochleithner für die hervorragende Zusammenarbeit. Den folgenden Gesprächspartner*innen, die mir ihre Zeit gegeben haben, mich an ihrem Engagement teilhaben ließen und mir ihr Wissen mitgeteilt haben danke ich sehr herzlich in der Reihenfolge der Interviews: Brigitte Kratzwald, Philip Taucher, Bernhard Mark-Ungericht, Ferdinand Kaineder, Florentine Maier, Markus Blümel, Alexandra Strickner, Gudrun Glocker, Utta Isop, Christian Kozina, Hans Eder, Emma G., Markus Auinger-Hafner, Marianne Schallhas, Andreas Novy, Ravi, Wolfgang Weber, Margit Atzler, Markus Distelberger, Martin Mair, Peter Uli Lehner, Ronald Pelikan, Hans Steiner, Klaudia Paiha, Marianne Gugler, Karl Immervoll und Josef Stampfer.

Anhang 1: Interviewees

Die Reihung entspricht der Reihenfolge in den Interviews. Es werden berufliche oder soziale Position und Schwerpunkte angegeben.

- (1) Brigitte Kratzwald, 23.6.2015: Aktivistin, Autorin; freischaffend; Commons
- (2) Philip Taucher, 24.6.2015: Politikwissenschaftler, Aktivist; prekärCafé, Paulo Freire Zentrum; illegalisierte und prekäre Arbeit
- (3) Bernhard Mark-Ungericht, 25.6.2015: Prof. für Strategische Unternehmensführung; Universität Graz; alternative Wirtschaftsweisen
- (4) Ferdinand Kaineder, 1.7.2015: Pressearbeit; Ordensgemeinschaften Österreichs; Solidarische Ökonomie, Commons
- (5) Florentine Maier, 6.7.2015: Sozialwissenschaftlerin; Wirtschaftsuniversität Wien; Non Profit Organisationen
- (6) Markus Blümel, 7.7.2015: Kampagnenleiter, Bildungsarbeit, Aktivist; Katholische Sozialakademie Österreichs; Solidarische Ökonomie, Bedingungsloses Grundeinkommen
- (7) Alexandra Strickner, 8.7.2015: Vorstandsarbeit; Attac Österreich; Landwirtschaft, Globalisierung
- (8) Gudrun Glocker, 9.7.2015: Kampagnenleiterin, Bildungsarbeit; Weltumspannend Arbeiten; Arbeitsverhältnisse
- (9) Uta Isop, 13.7.2015: Sozialwissenschaftlerin, Aktivistin; ÖIE Kärnten
- (10) Christian Kozina, 13.7.2015: Umweltsystemwissenschaftler, Aktivist; Gemeinwohl-Ökonomie; alternatives Wirtschaften
- (11) Hans Eder, 13.7.2015: Sozialwissenschaftler; InterSol; Solidarische Ökonomie
- (12) Emma G., 15.7.2015: Aktivistin; Solidarische Ökonomie
- (13) Markus Auinger-Hafner, 15.7.2015: Sozialwissenschaftler, Bildungsreferent und Geschäftsführer; Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik; Solidarische Ökonomie
- (14) Marianne Schallhas, 16.7.2015: Bildungsarbeit, Aktivistin; ARGE Gerecht Wirtschaften; Solidarische Ökonomie

- (15) Andreas Novy, 20.7.2015: Bildungsarbeit; GBW; Solidarische Ökonomie, Gutes Leben
- (16) Ravi, 20.7.2015: Aktivist; Food Coop Österreich; Landwirtschaft, Lebensmittel
- (17) Wolfgang Weber, 21.7.2015: Prof. für Organisationspsychologie; Universität Innsbruck; Demokratische Betriebe
- (18) Margit Atzler, 24.7.2015: Pressesprecherin; GEA, Waldviertler; alternatives Wirtschaften
- (19) Markus Distelberger, 27.7.2015: Aktivist; 7 Generationen Netzwerk; alternatives Wirtschaften und Leben in Gemeinschaft
- (20) Martin Mair, 28.7.2015: Aktivist; Aktive Arbeitslose Österreich; Selbstorganisation von und für Erwerbslose bzw. Erwerbslosenbasisgewerkschaft, Solidarische Ökonomie
- (21) Peter Uli Lehner, 30.7.2015: Aktivist; ehemals Zeitschrift Mitbestimmung; Gemeinwirtschaft
- (22) Ronald Pelikan, 5.8.2015: Unternehmer; ehemals Raiffeisenbank; gemeinsinnorientiertes Wirtschaften, Genossenschaften
- (23) Hans Steiner, 19.8.2015: Sektionsleiter; Sozialministerium; Arbeitsmarktpolitik
- (24) Klaudia Paiha, 20.8.2015: Gewerkschafterin; AUGÉ/UG; Arbeitsverhältnisse, Solidarische Ökonomie, Wirtschaftsdemokratie
- (25) Marianne Gugler, 26.8.2015: Unternehmerin; Otelo Genossenschaft; alternatives Wirtschaften, Genossenschaften
- (26) Karl Immervoll, 27.8.2015: Betriebsseelsorger; Katholische Kirche; alternatives Wirtschaften, Solidarische Ökonomie, Genossenschaften
- (27) Josef Stampfer, 9.9.2015: Obmann des Vereins zur Förderung der Primärbanken; Bankfachmann; Genossenschaften

Anhang 2: Kurzbeschreibungen der Interviews

Im Folgenden werden Kurzbeschreibungen der ausgewerteten Fälle (Interviews) gegeben. Dabei werden das jeweilige Hauptthema identifiziert und die wichtigsten Feststellungen verdichtet dokumentiert. Durchgehend werden die Sicht auf den Begriff Entwicklungspolitik und allfällige darauf bezogene Schlussfolgerungen beschrieben. Nicht alle Aspekte der Interviews sind darin inkludiert. So werden beispielsweise die mitunter ausführlichen Schilderungen zu politischen und biographischen Lebenswegen nicht dargestellt. Diese und andere Themen flossen allerdings in die Analyse des Transformationsdiskurses und der weiteren, nicht dazu zu zählenden Interviews ein. Ein kurzes Zitat veranschaulicht eine Kernaussage im Zusammenhang mit dem Hauptthema. Die Reihenfolge der Kurzbeschreibungen entspricht nicht der Liste der Gesprächspartner*innen in Anhang 1, sondern wurde nach Diskursen und im Fall des Transformationsdiskurses nach politischen Varianten geordnet. Die Anordnung folgt gewissermaßen einem Gradienten, vom Sozialdemokratischen Diskurs über den Transformations- zum Gemeinschaftsdiskurs. Zum Transformationsdiskurs und seinen Varianten siehe die Ausführungen in den entsprechenden Kapiteln im Haupttext dieses Berichts.

Sozialdemokratischer Diskurs

(1) *„Weil Arbeitsbedingungen bei uns viel mit Arbeitsbedingungen im Ausland zu tun haben. Wird aber oft vergessen, weil eigene Probleme viel näher sind. Wir wollen solidarische Werte verbreiten.“*

Das Hauptthema ist die betriebsrätliche Solidarität mit dem globalen Süden. Denn faire Arbeitsbedingungen sind Grundlage einer gerechten Globalisierung. Dieses Thema führt in der Gewerkschaftsorganisation in Österreich eine Randexistenz. Es herrscht oft Desinteresse für die Arbeitsbedingungen vor, weil die eigenen Probleme näher scheinen. In Wirklichkeit nutzt das gemeinsame Eintreten für faire Arbeitsbedingungen im Süden den Arbeitsbedingungen in Österreich. Eine Angleichung von Löhnen macht Auslagerungen weniger attraktiv. Im Rahmen von Fair Trade gibt es immer wieder Kontakt mit Kooperativen. Genossenschaften sind aus gewerkschaftlicher Sicht zwiespältig, weil die Eigentümer*innen Unternehmer*innen sind und es daher nicht notwendig einen Betriebsrat gibt. Zudem können Mitglieder häufig überfordert werden.

(2) „Aber jetzt glaub ich, dass Genossenschaften oder solidarökonomisch organisierte Wirtschaftsweisen nur Nischenprodukte sind, so sinnvoll sie sind und man schauen soll, dass sie sich weiterentwickeln, aber ich geb denen im Kapitalismus kaum eine Chance.“

Das Hauptthema sind die Grenzen, denen solidarökonomische Betriebe unterliegen. Diese Grenzen setzt der Kapitalismus als ein System mit einem hohen Konkurrenzdruck und großen wirtschaftlichen Risiken. Selbstverwaltung kann nur im Kleinen funktionieren, in größeren Betrieben allenfalls mit repräsentativ-demokratischen Strukturen. Voraussetzung ist in beiden Fällen, dass Menschen gut qualifiziert sind und Abstriche bei sozialer Sicherheit und Einkommen machen. Selbstverwaltung geht mit Selbstaussbeutung einher. Genossenschaftsgründungen sollten staatlicherseits gefördert werden, sind jedoch nur für bestimmte Personengruppen interessant. Der Sozialstaat als eine Sicherung gegen soziale Risiken ist eine historische Errungenschaft, weshalb eine Verallgemeinerung solidarökonomischer Wirtschaftsweisen unter heutigen Bedingungen auch sehr skeptisch betrachtet werden müsste. Die Überführung von maroden Betrieben oder anstelle eines Konkurses in Selbstverwaltung ist sehr problematisch, weil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die solidarökonomische Organisationsform noch mit zusätzlichen Problemen belasten. Im Rahmen der Experimentellen Arbeitsmarktpolitik der 1980er Jahre wurde nicht Selbstverwaltung per se gefördert, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen für von Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen. Selbstverwaltete Betriebe spielten damals nur eine marginale Rolle und wurden aus ideologischen Gründen, aufgrund eines emanzipatorischen Interesses stärker öffentlich diskutiert.

(3) „... echte Schulen der Demokratie. Lernst viele nützliche Fähigkeiten, dich zusammenraufen, organisieren. Das ist super sinnvoll. Dass man gleichzeitig ein Rad oder Lebensmittel bekommt ist mehr Nebeneffekt.“

Das Hauptthema sind die Grenzen von Solidarischer Ökonomie in Hinblick auf eine gesellschaftliche Alternative. Diese ergeben sich aus den ökonomischen Wettbewerbsvorteilen konventioneller Unternehmen durch Skaleneffekte. Solidarische Ökonomie erzeugt daher nur Produkte, die billig ohne große Fabrik mit zentralem Management hergestellt werden können. Werden solidarökonomische Betriebe so groß wie konventionelle Unternehmen, dann machen sie das gleiche wie die konventionellen Unternehmen. Solidarische Ökonomie bedeutet daher, etwas im kleinen Rahmen selbst herzustellen. Solidarische Ökonomie hat jedoch Potenzial im Bereich personenbezogener Dienstleistungen. Elternverwaltete Bildungseinrichtungen sind dafür ein gutes

Beispiel. Solche Modelle haben große entwicklungspolitische Relevanz, weil demokratische Bildungseinrichtungen ein Stellhebel jeder Gesellschaft sind. Allgemein spielt die Solidarische Ökonomie eine wichtige Rolle zur Sozialisierung für eine demokratische Gesellschaft. So haben Elternverwaltete Kindergruppen als politischer Motor gewirkt und zu Verbesserungen in Institutionen beigetragen, die viel schlimmer waren als heute.

Transformationsdiskurs

Wirtschaftsdemokratische Variante

(4) *„Mir geht's darum, dass auch innerhalb des Kapitalismus Lücken geschaffen und Wege gefunden werden, die dann die Erwerbsarbeit wirklich angenehmer gestalten.“*

Das Hauptthema ist die Demokratisierung des Arbeitsplatzes und der Wirtschaft. Dies würde einerseits die Selbstverwaltung der Unternehmen in Hand der Mitarbeitenden erfordern. Andererseits wär auch dafür Sorge zu tragen, dass Gruppen außerhalb des Unternehmens Mitsprache ausüben können. Die Förderung von solchen selbstbestimmten Strukturen würde die Qualität der Erwerbsarbeit verbessern. Die Gewerkschaft ist in Österreich – im Unterschied zu anderen Ländern – paternalistisch orientiert und traut den Beschäftigten häufig nicht zu selbst Entscheidungen zu treffen. Die Gewerkschaft sollte als Motor für die Entwicklung von Solidarischer Ökonomie tätig werden und hätte in Hinblick auf Genossenschaften eine andere Aufgabe als in konventionellen Betrieben. Die soziale Absicherung von Genossenschaftsmitgliedern in Österreich müsste verbessert werden. Wichtig ist, dass solidarökonomische Initiativen nicht im Lokalen stecken bleiben. Das Beispiel des öffentlichen Verkehrs zeigt, dass es viele Infrastrukturen gibt, die nicht lokal betrieben werden können. Zudem ist internationaler Handel dann notwendig, wenn sich die geographische Lage nachteilig zum Beispiel auf die Produktion von Lebensmitteln auswirkt. Entwicklungspolitisch ist schließlich wichtig, die Einkommen im Süden zu erhöhen, damit eine solidarische Entwicklung aus der Armut heraus möglich wird.

(5) *„Wo es nicht nur darum geht, wie stellt man sich Welt jenseits des Kapitalismus vor, sondern was kann man konkret tun und wie kann man Leute einbinden?“*

Das Hauptthema ist eine Stärkung von Bewegungen für eine Alternative zum Kapitalismus. Diese erfordern ein konkretes Tun hinsichtlich eines Community Building, das Bewegungen trägt. Solidarische Ökonomie ist dahingehend ein

Mittel zum Zweck. Es geht darum, Gesellschaft ganz anders zu machen. Das Zukunftspotenzial ist entscheidend. Konkrete Initiativen machen die Widersprüche des Kapitalismus erfahrbar und können Ansatzpunkte schaffen um Grenzen zwischen Milieus zu überwinden. Der Ausgangspunkt ist dabei das konkrete Tun, nicht die Idee einer Alternative zum Kapitalismus. Ein vielversprechender Bereich ist dabei Ernährung. Der Diskurs der Ernährungssouveränität spielt dabei eine besondere Rolle als Klammer für Initiativen. Die Kreativität der Massen ist entscheidend. Der Kapitalismus wird nicht durch das Geld bestimmt, sondern durch Privateigentum an Produktionsmitteln und Herrschaft. Den Staat zu analysieren und in Bewegungen mitzudenken ist notwendig. Eine eigenständige regionale Entwicklung in Nord wie Süd ist wichtig, unter anderem weil sie der Internationalisierung des Kapitals entgegensteht. Regionalität erleichtert es auf Arbeitsverhältnisse zu achten. Lernen vom Süden ist zentral, weil Europa nicht mehr das Zentrum darstellt.

(6) „Dass diejenigen, die von wirtschaftlichen Entscheidungen betroffen sind ein Mitgestaltungsrecht haben. Nicht nur Betriebsdemokratie, sondern ganz zentral, was Rahmensetzung für Ökonomie betrifft. Dass das zum Gegenstand einer demokratischen Entscheidungsfindung und Beschlussfassung wird.“

Das Hauptthema ist ein umfassender gesellschaftlicher Wandel auf der Ebene von Bewusstsein, Betriebsorganisation und Politik. Dieser Wandel dreht sich um Wirtschaftsdemokratie, umfassende Solidarität, Nachhaltigkeit und eine eigenständige, resiliente regionale Entwicklung. Solidarische Ökonomie muss erst aufgebaut werden und gängige Beispiele haben deutliche Schwachpunkte. Es ist wichtig zwischen Marketinginstrumenten und Ansätzen für wirklichen Wandel zu unterscheiden. Ohne wirtschaftsdemokratische Politik wird Solidarische Ökonomie begrenzt bleiben. Das Genossenschaftswesen ist dabei ein wichtiger Ausgangspunkt, wobei Genossenschaften an sich noch nicht alternativ sind. Entscheidend ist das politische Bewusstsein. Der Kapitalismus wird durch Verdrängungskonkurrenz und Finanzgewinn bestimmt. Das Geldsystem muss so verändert werden, dass Schulden gut sind. Solidarische Ökonomie muss um regionale Resilienz erweitert werden, die wiederum Wirtschaftsdemokratie voraussetzt. Solidarität muss mit Demokratie verbunden sein um nicht ausschließend zu wirken. Der politischen Fantasie zur Gestaltung von Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie sind keine Grenzen gesetzt. Ein wichtiger Aspekt ist die verpflichtende Integration von Unternehmen in die Gemeinschaft. Eine eigenständige Entwicklung in Nord wie Süd ist wichtig, es braucht regionale und daher resiliente Wirtschaftskreisläufe

(7) *„Natürlich kann man sich seine Food Coop organisieren, aber wenn man nicht beginnt zu schauen, wie kann das von den Rahmenbedingungen her verbessert werden, dass das das Grundlegende und Generelle wird, dann bleibst immer in deiner Nische.“*

Das Hauptthema ist eine gesellschaftliche Transformation weg vom Kapitalismus und wie Solidarische Ökonomie aus der Nische zu verallgemeinerbaren Lösungen beitragen kann. Solidarische Ökonomie ist ein wichtiger Beitrag Dinge auszuprobieren, konkrete Alternativen sichtbar und lebbar zu machen. Solidarökonomische Projekte machen das andere Wirtschaften greifbar und verringern die Angst, dass mensch schlechter leben würde unter Bedingungen eines anderen Wirtschaftens. Es gibt kein fixes Modell der Transformation, es können aber themenbezogene Pfade der Transformation unterschieden werden, wo Solidarische Ökonomie überall eine wichtige Rolle spielt. Was Solidarische Ökonomie in den verschiedenen Bereichen jeweils heißt – von Ernährung bis zu Energie – muss spezifisch diskutiert werden. Gewisse Abgrenzungen sind dabei wichtig. Ebenso wichtig ist es einen Dialog darüber zu beginnen, wie Solidarische Ökonomie in einem konkreten Raum, zum Beispiel in Wien im Ernährungsbereich vorangetrieben kann – in Zusammenarbeit mit politischen Akteur*innen, anstelle einer bloßen Multiplikation von Initiativen. Ein wesentliches Feld für Solidarische Ökonomie ist Ernährungssouveränität, wo es Erfolge zu verzeichnen gibt. Die Politisierung von Solidarischer Ökonomie, politische Bündnisse und Perspektiven sind entscheidend für eine Transformation. Als politische Perspektive sollte Gutes Leben für Alle in den Vordergrund gestellt werden. Dabei geht es um ein besseres Leben mit weniger Ressourcenverbrauch. Die Forderungen aus dem globalen Süden müssen zentral im Blick sein.

(8) *„Ich hab ... so einen Knoten zu knüpfen versucht zwischen den abgerissenen Bestrebungen und der Gegenwart.“*

Das Hauptthema ist die Verbindung von Solidarischer Ökonomie mit der Perspektive der Gemeinwirtschaft in der 1. Republik. Es gibt noch heute einige Unternehmen aus der Periode der Gemeinwirtschaft, etwa im Versicherungsbereich. Solidarische Ökonomie beziehungsweise Gemeinwirtschaft müssen in eine Wirtschaftsdemokratie eingebettet werden. Den Kern machen demokratisch geführte Unternehmen ohne Partikularinteressen aus. Zur Gemeinwirtschaft im Sinn von Solidarischer Ökonomie zählen Unternehmen, die Produkte oder Dienstleistungen für die Öffentlichkeit bereitstellen, auch wenn sie nicht demokratisch geführt werden. Staatliche Fördermaßnahmen wie sie in der Zeit der Experimentellen

Arbeitsmarktpolitik praktiziert wurden, wären für heute ein Modell zur Stärkung von Solidarischer Ökonomie. Entwicklungspolitik bedeutet den Aufbau von Zulieferketten zwischen solidarökonomischen Betrieben, die zu einem Austausch von Rohstoffen und Wissen zugunsten des Südens führen.

(9) *„Als Solidarische Ökonomie signalisiert der Begriff auch: Wir müssen nicht auf den Sankt Nimmerleinstag warten, auf den so und so vielen Versuch eines scheiternden Sozialismus warten, sondern wir können heut und hier, sicherlich reflektiert, das ist unheimlich wichtig, die politische Reflexion, anfangen die Welt zu verändern, ums pathetisch zu sagen.“*

Das Hauptthema ist eine umfassende Transformation in Richtung auf eine Demokratisierung aller Lebensbereiche und eine Humanisierung der Arbeit. Dabei sind verschiedene Ebenen wichtig: von solidarökonomischen Betrieben über staatliche Förderungen zu Prozessen in sozialen Bewegungen und globalen Regelungen, die den Einfluss von Konzernen und von Finanzspekulation abschwächen. Solidarökonomische Betriebe unterliegen einem Grundkonflikt zwischen der Förderung des eigenen Wohls und dem Profitmaximierungsmotiv. Dieser Konflikt ist durch entsprechende statutarische Regelungen einzuhegen. Wirtschaftsdemokratische Konzepte der Mitsprache verschiedener Betroffenen Gruppen in Unternehmen wären perspektivisch wichtig. Ebenso wichtig wären staatliche, durch eine Wertschöpfungsabgabe finanzierte Förderungen. Die Inanspruchnahme solcher Förderungen erfordert viel politische Reflexion, damit keine Vereinnahmung erfolgt und sich die Bewegung daran nicht spaltet. Generell wäre eine politische Strategiebildung in der Bewegung für Solidarische Ökonomie wichtig. Es gibt viel Wissen zu den Voraussetzungen von solidarökonomischen Betrieben. Eine klare Organisationsstruktur, eine gute Kommunikationskultur, politische Reflexion und Unterstützung in Netzwerken sowie eine gute Produktpolitik jenseits von Modetrends sind entscheidend. Entwicklungspolitik bedeutet ein Wirtschaften mit Blick auf die gesamte Menschheit.

(10) *„In Österreich gibts, für mich als arbeitslosen Aktivist, kann ich nicht sagen, da geh ich hin, da gibts ein Projekt, ein solidarökonomisches, da hast eine Alternative, da kann ich aufs System pfeifen.“*

Das Hauptthema sind die Grenzen und Potenziale von Solidarischer Ökonomie für eine praktische Alternative zum System, insbesondere auch für jene Menschen, die aus dem kapitalistischen System herausfallen. Dabei geht es um demokratische Arbeitsverhältnisse, die nicht mehr dem Wachstumszwang unterliegen. Wichtig ist vielmehr Anerkennung zu gewährleisten ohne einem Statuskonsum hinterherlaufen zu müssen sowie ein ausreichendes Einkommen

zu sichern. Die Arbeitslosenorganisationen in Österreich sind meist von der Hoffnung getragen, dass ein Wiedereinstieg in das System der Lohnarbeit gelingt. Solange diese Hoffnung nicht begraben wird zugunsten einer politischen Perspektive haben es Alternativen schwer. Genossenschaften brauchen ein Bewegungsumfeld und haben mit einer Tendenz zur Selbstausbeutung zu kämpfen. Staatliche Fördermaßnahmen nach dem Vorbild der experimentellen Arbeitsmarktpolitik der 1980er Jahre oder ein bedingungsloses Grundeinkommen wären daher notwendig. Die Absicherung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften stellt dahingehend ein Problem dar. Für solche Veränderungen wäre eine politische Strategiebildung von Akteur*innen Solidarischer Ökonomie notwendig. Entwicklungspolitik bedeutet keine Produkte mit unfairen Arbeitsbedingungen mehr zu beziehen und gerechte Einkommen im Süden zu ermöglichen.

(11) *„Unter verschiedenen Überbegriffen (wird) immer die gleiche Organisationsform, nämlich demokratische Ökonomie subsumiert.“*

Das Hauptthema sind Erfahrungen mit Bündnissen und in Projekten, die darauf zielen eine demokratische Ökonomie zu entwickeln. Eine solche Ökonomie steht im Widerspruch zum Kapitalismus und versucht die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit aufzuheben sowie Solidarität zu entwickeln. Während der erste Impuls zu dieser Debatte aus Lateinamerika kam, hat sich inzwischen gezeigt, dass es einige Ansätze dazu auch in Mitteleuropa gibt. Historisch ist demokratische Ökonomie ein lange zurückreichendes Thema, das wechselnde Übertitel erhält, neuerdings den der Solidarischen Ökonomie. Es braucht politische Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie um Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Das Argument dafür wären das Mehr an sozialer Sicherheit und ökonomischer Stabilität, die damit erreicht würden. Solidarökonomische Betriebe sind meist nur mit kleinen Belegschaften möglich, bei größeren demokratischen Gremienstrukturen steigt der Aufwand.

(12) *„...wie du diese zwei Dinge zusammenkriegst ... aus der Nische zur Systemveränderung, wie kannst du Institutionalisierung, Vernetzung, Politisierungsformen finden.“*

Das Hauptthema ist die Verbindung aus Basisbewegungen und dem Staat. Einerseits bilden lokale Initiativen und Basisbewegungen Gemeinschaft, was für politische Organisation entscheidend ist. Andererseits ist diese Welt sehr klein und stößt rasch an Grenzen, die das System setzt. Es braucht daher eine aktive Zivilgesellschaft, die Institutionen von unten aufbaut. Das ist ein Zukunftsprojekt. Auf EU-Ebene scheint das kaum noch möglich zu sein. Die

Solidarische Ökonomie muss sich einerseits intern besser verständigen um gemeinsame Strategien zu bilden. Andererseits geht es um Bündnisse mit Akteur*innen, die nicht den Idealen der solidarökonomischen Gemeinschaften entsprechen. Es ist unabdingbar, die Integration in den Weltmarkt aufzubrechen, weil diese die Reichweite von Solidarischer Ökonomie immer eng begrenzen wird. Dazu braucht es auch ein klares Bewusstsein politischer Lager ohne sektiererisch zu werden. Das Kriterium ist die Vorstellung einer Systemveränderung, die Institutionalisierungen, Vernetzungen und Politisierungsformen erfordert. Die Perspektive liegt in einer Self-Reliance, die den Ressourcenverbrauch mindert und daher auch die Intervention in den Süden. Es geht um Regionen, die sich nicht entlang nationalstaatlicher Grenzen definieren und groß genug sind für Importsubstitution. Das erfordert ein Element gesellschaftlicher Planung im Sinn von Wirtschaftsdemokratie. Diese umfasst jedoch auch innerbetriebliche Organisation.

(13) *„Aber ich geb dem System keine Chance, ich weiß nicht, was die Rahmenbedingungen sein sollten. Oder ich halts mit Leopold Kohr, große Strukturen brechen zusammen und es ist nur im kleinen überschaubaren Bereich auch wieder eigenes Wirtschaften zu ermöglichen.“*

Das Hauptthema ist die Entwicklung von regionaler Unabhängigkeit in selbstverwalteten und gemeinschaftsorientierten Strukturen. Ressourcen und Geld aus peripheren Regionen werden vom Zentrum abgezogen, sodass sich Ressourcen dort weiter ansammeln, wo sie schon konzentriert sind. Die Funktionsweise des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel, das Zinsen erhält, ist dabei ein wichtiger Mechanismus. Solidarökonomische Projekte sind weniger wichtig in materieller Hinsicht, sondern für die Frage welchen Umgang Menschen miteinander haben. Es geht dabei immer um ein Wirtschaften in kleinen Einheiten, das allen gut tut, und das sich mit der Wiederaneignung von handwerklichen Fähigkeiten befasst. Eine angepasste, auf kleine Einheiten abgestimmte Regionalförderung wie in den 1980er Jahren wäre wichtig. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem bietet dafür aber keine realistischen Möglichkeiten und wird nicht überleben. In Hinblick auf die zu erwartenden Krisen sind regional orientierte Unternehmen Oasen. Für selbstverwaltete Genossenschaften sind gute Ausbildung und eine professionelle Begleitung in der Anfangsphase notwendig. Ein Betriebsrat ist selbstverständlich.

Autonomistisch-bewegungsorientierte Variante

(14) *„Man kann die Impulse sehen, was ausschlaggebend wo ist, man kann diese Bewegungslinien zeichnen, man kann sehen, wie sich Sachen entwickeln, wo da Verbindungen sind, wenn man drinnen ist.“*

Das Hauptthema ist das produktive, informelle und vielfältig vernetzte Zusammenspiel von Aneignungsbewegungen, politischem Widerstand, theoretischen Debatten, der Reflexion des eigenen Handelns und alternativen Organisationsformen. Fließen mehrerer solcher Impulse zusammen, ergeben sich Entwicklungslinien, die beispielsweise zu Projekten von Solidarischer Ökonomie führen. Solidarische Ökonomie erlaubt positive Ansätze der Veränderung als Ergänzung zur Kritik des Bestehenden. Die Organisationsform des ersten Solidarökonomie-Kongresses in Wien war unter anderem das Ergebnis einer Kritik an Formen politischer Repräsentation, die in den Aneignungsbewegungen in Wien seit etwa 2002 entwickelt worden ist. Die Logik politischer Repräsentation führt zu Konkurrenz und Machtkämpfen, worunter inhaltliche Diskussionen leiden. Diese sind wichtig um Widersprüche in solidarökonomischen Projekten, die sich aus dem gesellschaftlichen Kontext ergeben, zu reflektieren und weiterzutreiben. Solidarökonomische Projekte können immer nur Aspekte verbessern. Forderungen an den Staat oder Förderungen durch den Staat sind sinnvoll. Hausbesetzungen können allerdings als Alternative zu staatlichem Wohnbau gesehen werden, würden sie geduldet, weil sie einen preissenkenden Effekt haben. Entwicklungspolitische Relevanz von Aneignungsbewegungen besteht bezogen auf die Frage nach dem, was Menschen wirklich tun wollen und nach Grundgütern wie Wohnraum.

(15) *„Es geht darum Gesellschaft ganz anders zu organisieren und nicht einen abgegrenzten Bereich der Ökonomie zu betrachten.“*

Das Hauptthema ist eine gesellschaftliche Transformation, wofür Solidarische Ökonomie in vorherrschender Fassung als zu eng gesehen wird, als dass sie verallgemeinerbar wäre. Der Grund dafür ist die Ambivalenz des kapitalistischen Systems und die Abhängigkeit von Geldeinkommen. Für diese Transformation sind eine Reihe von Bedingungen notwendig, unter anderem ein politischer Paradigmenwechsel, der nicht durch Unternehmen oder Initiativen allein bewirkt werden kann. Es sind Solidarische Ökonomie im engeren und im weiteren Sinn zu unterscheiden, wobei erstere dazu dient auf dem Markt Einkommen zum Leben zu generieren, zweitere die Reproduktion (Wohnen, Landwirtschaft, Bodenfreikauf) anders zu organisieren. Solidarische Ökonomie i.w.S. verweist auf Commons, wozu die partizipative Neuorganisation des öffentlichen Raums

gehört. Der Wunsch Wirtschaft neu zu organisieren entsteht in Initiativen, etwas in konkreten Lebensbereichen anders zu wollen. Solidarische Ökonomie ist daher ein Aha-Effekt. Regionalität und eine eigenständige Entwicklung in Nord wie Süd sind wichtig, verbunden mit Interkulturalität und Kooperation zwischen Betrieben in Nord wie Süd.

(16) *„Solidarische Ökonomie kann man sehen, wie Haberman sagt, als Inseln im kapitalistischen Strom, gegen den Strom, kleiner oder größer, von kürzerer oder längerer Dauer. Mit einem Potenzial da beizutragen, kapitalistisches Wirtschaften und Gesellschaft zu überwinden.“*

Das Hauptthema ist die Sicherung von Solidarischer Ökonomie durch Vernetzung und gemeinsames Lernen. Solidarische Ökonomie ist eine Alternative zum Kapitalismus, die erfreuliche Dynamik zeigt, die jedoch zuerst als eine Bewegung gestärkt werden muss, bevor die Ausbreitung von Solidarischer Ökonomie zum Thema werden kann. Dabei spielt der Legitimitätsverlust des Neoliberalismus eine wichtige Rolle. Solidarische Ökonomie bietet einen Ansatz über Konzepte hinauszugehen, die an den Kapitalismus angeschlossen sind wie zum Beispiel Nachhaltigkeit. Solidarische Ökonomie ist ein wesentlich sozialer Prozess und nicht nur Ökonomie. Dieser Prozess braucht Aufmerksamkeit. Die Solidarische Ökonomie zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Ansätzen aus, die nicht über einen Kamm geschoren werden darf und Verständigungsprozesse notwendig macht. Zugleich ist es wichtig, die Solidarische Ökonomie von verschiedenen anderen Konzepten abzugrenzen, die in Mode sind, damit sie nicht ein x-beliebiger Begriff wird und die eigentliche Zielrichtung auf eine Alternative zum Kapitalismus unklar wird. Die Erpressbarkeit durch Lohnarbeit ist ein wesentliches Hemmnis von Solidarischer Ökonomie, wofür das Bedingungslose Grundeinkommen einen Lösungsansatz darstellen könnte. Weitergehend braucht es Netzwerke und Ketten von Solidarischer Ökonomie. Solidarökonomische Projekte können Problematiken des Kapitalismus konkret erfahrbar machen. In Initiativen rund um das Nyeleni Austria Forum steckt das Potenzial solidarischer Vernetzungen mit dem Süden.

(17) *„Dabei gilt mein Interesse nicht der Abgrenzung von alternativen Strukturen zu Mainstream-Strukturen, sondern der Integration.“*

Das Hauptthema ist die Integration zwischen Initiativen, die weniger Hierarchien, Gewalt und Herrschaft aufweisen mit dem kulturellen Mainstream. Dabei ist immer der Blick darauf wichtig, dass 8 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Solidarische Ökonomie sollte daher so weit wie möglich gefasst

werden. Zentral für Alternativen sind das ständige Reflektieren der Auswirkungen von Kapitalbeziehungen und die Kritik an Hierarchien. Solche Alternativen können wichtige Befreiungserlebnisse schaffen. Vorrangig geht es darum, die Massen anzusprechen. Kapitalbeziehungen werten andere Beziehungen ab. Daher ist es wichtig, der kapitalistischen Ökonomie den Ökonomiebegriff streitig zu machen. Weite Teile unbezahlter Arbeit gehören zur Solidarischen Ökonomie, ebenso wie ehrenamtliche Dienstleistungen wie Rotes Kreuz oder Freiwillige Feuerwehr Ansätze für Solidarische Ökonomie bieten. Es ist wichtig zu sehen, dass einsame oder psychisch kranke Menschen vielfach Unterstützung durch Kirchen erfahren. Solidarische Ökonomie sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Ein wichtiges Hemmnis für Solidarische Ökonomie ist der Fokus auf Auseinandersetzungen in Parlamenten und auf Märkten. Viele Menschen bevorzugen nach wie vor Kapitalbeziehungen. Das ist eine Schwäche von Solidarischer Ökonomie, die in Notsituationen einen Aufschwung nehmen kann, im Verlauf der Wiederherstellung von Kapitalbeziehungen aber wieder zurückgeht. Entwicklungspolitik bedeutet die Reflexion der eigenen Lebensweise und ihrer Auswirkungen auf globaler Ebene.

(18) *„Und da führt man jetzt nen neuen Begriff ein, und zum Teil geht das in der Art, wie die Leut darüber reden ein wenig unter, dass das einfach eigentlich was Uraltes ist. Was man vielleicht ein bisschen besser organisieren könnte, dass es noch besser wird.“*

Das Hauptthema ist das praktische Tun, das eine Veränderung bewirken kann auch wenn es nicht die Utopie einer geldlosen Gesellschaft verwirklicht. Dabei ist die Unabhängigkeit vom Staat sehr wichtig. Es ist ein großer Vorteil, wenn sich solidarökonomische Projekte selbst erhalten können. Sie erlauben damit den Aufbau von Widerstandskapazitäten. Bemühungen um theoretische Debatten, Bündnispolitiken und die Positionierung von Begriffen wie Solidarischer Ökonomie sind für das praktische Tun entweder wenig relevant oder sogar mitunter kontraproduktiv. Dies ist dann der Fall, wenn Debatten andere soziale Schichten als die akademisch gebildeten ausschließen und sich von der Basis des Tuns abheben. Solidarökonomische Praktiken im Alltag gibt es schon immer und sind der Ausgangspunkt für eine Veränderung. Daher sollten sie mehr in den Blick kommen. Ein Problempunkt besteht im Mangel an Vorstellungen und Ansätzen für ein Upleveln von Food Coops. Sie sind sehr zeitaufwendig und daher nicht verallgemeinerbar in der jetzigen Form. Entwicklungspolitisch ist immer wieder eher ein Lernen vom Süden zu beobachten. Die Auswirkungen von Regionalität im Ernährungsbereich auf den Süden sind unklar oder können verschieden eingeschätzt werden, je nachdem ob für Fair Trade argumentiert wird oder dafür, nicht mehr so viel zu importieren.

(19) „Das brauchts auch ... zu sehen, das (kapitalistische System) ist destruktiv: Da machen wir nicht mehr mit. Und wir machen jetzt was anderes.“

Das Hauptthema ist der Aufbau von Gemeinschaften als offene Systeme ohne Suchtcharakter. Offene Systeme gründen auf Authentizität und einem Leben im Hier und Jetzt. Die kapitalistische Wirtschaft, in der die kapitalistische Finanzwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist, funktioniert als geschlossenes System mit Suchtcharakter. Es macht Versprechungen, die nie eingelöst werden und immer mehr von der Droge erfordern, als die das kapitalistische Geld funktioniert. Solidarische Ökonomie ist bislang zu vage, mehr eine intellektuelle Debatte als eine griffige Alternative zum kapitalistischen System. Diese ist angesichts der Tiefe der heutigen Krise dringlich notwendig. Das Instrument des Vermögenspools ist vielseitig einsetzbar um Schulden zu rehabilitieren, Kapital breiter zu verteilen und Ungleichheit abzubauen. Es geht perspektivisch darum, den Genossenschaftsgedanken wiederzubeleben und mit dem Vermögenspool zu verbinden. Dieser erlaubt die Orientierung an Solidarität mit praktischem Tun durch ein einfaches Werkzeug zu verbinden. Entwicklungspolitik kann sich des Vermögenspools bedienen. Wichtig ist eine Umkehr des Kapitalflusses, der verstärkt von Nord nach Süd verlaufen sollte. Weiters geht es um eine moderne Subsistenzwirtschaft. Diese erschöpft sich nicht in einer Regionalisierung, die Teile der Globalisierung zurücknimmt, sondern muss ein positives Verhältnis zu menschlicher Nähe beinhalten.

Kulturorientierte Variante

(20) „Ist ein kulturphilosophischer, gesellschaftspolitischer Zugang, Frage der Effizienz.“

Das Hauptthema ist eine kulturelle Veränderung hin zu Solidarität, Gerechtigkeit und Reziprozität im Sinn von nicht-äquivalentem Austausch. Diese Veränderung beinhaltet eine Wertschätzung von Vielfalt. Solidarische Ökonomie ist keine bloße Krisenmaßnahme, sondern eine Option Wirtschaft anders zu denken und zu betreiben, sollte aber in der gegenwärtigen Krisenentwicklung auf jeden Fall einen höheren Stellenwert erhalten. Dabei steht gesamtgesellschaftliche und ganzheitliche Effizienz im Vordergrund, die auch der persönlichen Entwicklung sehr dienen würde. Wichtig ist bei Solidarischer Ökonomie die Kohärenz einer Rationalität, die auf dem Faktor C aufbaut. Solidarische Ökonomie ist in vielen Praktiken des täglichen Lebens verankert, etwa im Bereich bäuerlicher Produktion. Solidarische Ökonomie ist nicht auf Betriebe einzuschränken oder auf wirtschaftliche Tätigkeiten. Sie ist auch als eine Lebensphilosophie zu

verstehen. Solidarische Ökonomie ist momentan in Österreich kaum entwickelt, und es gibt keine maßgeblichen Kräfte, die Solidarische Ökonomie wirklich wollen. Allerdings gibt es ermutigende Zeichen in manchen Regionen und im Bereich von Food Coops. Das Haupthindernis dabei ist die Unfähigkeit, Alternativen zu denken. Weiters hindert der Glaube, der reformorientierte Kapitalismus sei schon die höchste Stufe des Wirtschaftens. Wenn es Schwierigkeiten gibt, steht immer noch Geld zur Verfügung, um innerhalb der bestehenden Form von Wirtschaft Probleme zu lösen. Daher werden die Defizite des Systems nicht objektiv erfahren. Solidarische Ökonomie ist entwicklungspolitisch sehr relevant und drückt sich in solidarischer Zusammenarbeit aus. Insgesamt geht es um eine Regionalität im Sinn internationaler Kooperation.

(21) *„Die Solidarische Ökonomie ist ein ganzheitliches Projekt, das auf eine bestimmte Einstellung und Kultur angewiesen ist.“*

Das Hauptthema ist ein kultureller und intellektueller Wandel hin zu mehr Solidarität auf verschiedenen Ebenen: lokal, regional und global. Entscheidend ist eine ethische Haltung, sodass Solidarische Ökonomie nicht nur aus der Not heraus praktiziert wird. Gemeinschaften, die intern demokratisch organisiert sind und einfach leben sowie Bedürftigen helfen sind eine Idealform. Das Bildungswesen steht in enger Verbindung mit der gegenwärtigen Gesellschaft und müsste Solidarische Ökonomie integrieren. Die Wirtschaftswissenschaften müssten Razetos Erkenntnisse zum Faktor C aufnehmen. Entwicklungspolitik muss Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe sein, damit sich nicht patriarchales Denken fortsetzt, sondern wirkliche Partnerschaft entsteht, sodass die Ideen und Bedürfnisse der Menschen mit denen eins zusammenarbeitet den Ausschlag geben.

(22) *„das Gemeinwohl, das Gemeinwesen (ist) aus dem Blick gerückt.“*

Das Hauptthema ist die Weiterentwicklung von Ordensgemeinschaften in Rückbesinnung auf ihre Werte der Solidarität, Subsidiarität und der Einbettung in Gemeinschaft. Dabei ist entscheidend, neue Anknüpfungspunkte in der Gesellschaft und zu Solidarischer Ökonomie zu finden. Solidarische Ökonomie kann viele Themen verbinden, von Klimaschutz bis zu Armut. Der Hauptgegner ist die Ökonomie, die sich in den Tabernakel gestellt hat. Solidarisch zu leben ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Eine Gemeinschaft wächst, wenn sie jeden Menschen als Bereicherung erlebt. Dafür sind Regeln als Orientierungshilfen wichtig. Weiters müssen alle bekommen, was sie jeweils brauchen, ohne Bedürfnisse zu standardisieren. Die Orden sind ein wichtiges Modell für

Gemeinschaften im Allgemeinen aufgrund ihrer jahrhundertelangen Erfahrung. Sie leben mit den Schwächsten mit und geben ihnen Platz. Dies ist eine Brücke zum Co-Housing. Sie betten ihren Besitz in die lokale Gemeinschaft ein. Die Autonomie, interne Hierarchielosigkeit und Vielfalt der Orden erschwert ein koordiniertes Agieren. Die Ökonomisierung der Gesellschaft wurde oft nicht durchschaut, hier ist Widerstand mit Berufung auf die Kernwerte möglich, etwa im Spitalsbereich. Die Kirche ist von Machthierarchien durchzogen.

Gemeinwohl-Ökonomie

(23) „...weil es darum geht, die grundlegenden Spielregeln unseres Wirtschaftssystems zu ändern.“

Das Hauptthema ist die Gemeinwohl-Ökonomie als ein Ansatz, der die Spielregeln der Wirtschaft ändern soll, damit Unternehmen mit positiver Gemeinwohlbilanz belohnt werden. Prozesse der Selbstorganisation sollen zu Verbesserungen führen. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein ganzheitlicher und globaler Ansatz für ein Gutes Leben für Alle, die Natur und künftige Generationen. Die Definition der Gemeinwohlbilanz sollte demokratisch erfolgen und gesetzlich verankert werden. Solidarische Ökonomie, aber auch Social Entrepreneurship würden in der Gemeinwohl-Ökonomie besser gestellt als jetzt. Solidarische Ökonomie hätte aber nicht notwendigerweise eine bessere Gemeinwohlbilanz als ein kleiner konventioneller Handwerksbetrieb. Die Solidarische Ökonomie ist ein Teilbereich der Ökonomie, der in einer Gemeinwohl-Ökonomie aufblühen würde. Von Corporate Social Responsibility (CSR) grenzt sich die Gemeinwohl-Ökonomie ab, weil es sich um green washing handelt und keine umfassende Unternehmensbewertung praktiziert wird. Die Gemeinwohl-Ökonomie würde auch global positive Auswirkungen haben, etwa in Hinblick auf Arbeitsbedingungen im Süden. Sie hätte einen Regionalisierungseffekt. Forderungen sind kontraproduktiv, weil sie Opposition schaffen. Es wird nach offenen Türen ohne parteipolitische Bindung Ausschau gehalten. In der jetzigen Aufbruchstimmung ist die nächste Frage, wie politische Relevanz gewonnen werden kann.

Gemeinschaftsdiskurs

(24) *„Du kannst nicht betriebswirtschaftlich erfolgreich sein, aber leider geht volkswirtschaftlich alles Flöten. Weil zu guter Letzt... kanns nicht sein, dass man das, wo man dazugehört aussaugt oder ruiniert. Solidarisches ist Grundbedingung.“*

Das Hauptthema ist die Stärkung lokal eingebetteter Unternehmen gegen Zwänge, die eine globalisierte Wirtschaft auf Unternehmensentscheidungen ausübt. Dem Ziel einer lokalen Einbettung wird die Genossenschaft gerecht, weil die Mitglieder aus der Region kommen und Vertrauen aufbauen können. Das sichert der Genossenschaft auch ein höheres Maß von Resilienz. Genossenschaften können mehr soziale Sicherheit und größere Vielfalt in der projektorientierten Arbeit ermöglichen, wenn die Mitglieder zugleich angestellt werden und gemeinsam die Ressourcen eines Unternehmens nutzen. Gewerkschaft und Arbeitgebervertretungen stehen der Genossenschaft spröde gegenüber, weil diese zusammenführt, was sie getrennt haben. Es gibt nur ein Leben und Arbeiten. Weil die Genossenschaftsmitglieder auch die Unternehmer*innen sind, macht ein Betriebsrat in einer Genossenschaft keinen Sinn. Ein neuer Revisionsverband, der sich auf kleinere Genossenschaften spezialisiert, ist als Ergänzung zu den beiden großen bestehenden Verbänden wichtig, damit sich jeder Verband auf das konzentrieren kann, was er am besten abdeckt. Damit lokal eingebettete Unternehmen weiter entwickelt werden können, ist es auch notwendig globale gesetzliche Rahmenbedingungen gegen das Dumping zu schaffen. Denn die Wirtschaft hat den Sinn Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und nicht den Geldnutzen oder Renditeanforderungen.

(25) *„Wenn ich mit Herz, Hirn und Hausverstand herangehe, was hilft meiner Familie, jetzt ausgeweitet auf meine Firma, wo ich 40 Stunden, maximal, oder für viele leider auch weitaus mehr, meiner Woche verbringe, wie können wir gemeinsam gut miteinander leben, ohne dass sich der eine ausgebeutet fühlt und der andere nicht, wobei da auch die persönliche Entwicklung eine große Rolle spielt, und persönliches Wachstum...“*

Das Hauptthema ist das unternehmerische Denken in Hinblick auf kreative Lösungen für Problemstellungen von Gemeinschaft. Dabei sind Herz, Hirn und Hausverstand wichtig. Es braucht keine Gremien oder Ratstrukturen um solche Lösungen zu finden, sondern Mut, Eigenverantwortung und Kreativität. Persönliches Wachstum und eine Verwandlung von Angst in Sehnsucht sind dafür wichtig. Die Grundhaltung lässt sich zusammenfassen als *„das passt mir nicht, das mach ich anders, warum soll das nicht gehen“*. Die wirtschaftliche Freiheit von einzelnen Betrieben, die gemeinsinnig wirtschaften, ist sehr wichtig. Kooperationen orientieren sich an Freiwilligkeit ohne Vorschriften, fokussieren

auf die Netzwerkbildung und müssen die wirtschaftliche Situation im Betrieb im Blick behalten. Wirtschaftliche Effizienz und Produktivität sind entscheidend, weil ansonsten keine Gehälter ausgezahlt werden können. Ein gemeinsinniges Unternehmen ist eine Familie, wo der Eigentümer oder Chef aufmerksam darauf ist, was die Mitarbeitenden in jedem Einzelfall brauchen und dann Mängel beheben kann. Der Entwicklungsbegriff reicht von persönlichem Wachstum bis zu Hilfsprojekten. Diese sind ein wichtiger Teil von Entwicklungspolitik.

(26) „...wenns was gemeinsames Verbindendes gibt, was nicht die Identität ist, das Ich, die Identität, sondern die Wir-identität, und in der Wirtschaft steckt ja auch das Wir, wo man das Gefühl hat, dass das Ich-tschaften heißen müsst, nicht Wirtschaften, das ist der grundlegende Fehler, wir müssen zum Wir, und das Wir beginnt beim Ich...“

Das Hauptthema sind der Aufbau und die Kultivierung sozialer Beziehungen, die auf einem Miteinander gründen, wofür gleichberechtigter Dialog und Ehrlichkeit entscheidend sind. Diese Kultur des Miteinander oder des Wir kommt in Genossenschaften besonders gut zur Geltung. Die Genossenschaft ist per se allerdings weder gut noch schlecht. Es kommt vielmehr auf die richtigen Fragen nach dem eigenen Streben und der Suche nach Sinn an, die darüber entscheiden, ob die Genossenschaft die richtige Organisationsform für ein Vorhaben ist. Es geht einerseits um die Entwicklung eines Ich jenseits von Standardisierung und hin zu Verantwortung und Selbstverantwortung, andererseits um eine Entwicklung des Wir in Form gemeinsamer Ziele und Sichtweisen durch Dialog. Zentral sind dabei Kreativität, Sensibilität, das Tun, Begeisterungsfähigkeit, ethische Grundwerte der Solidarität und eine Gesamtsicht auf die Fähigkeiten von Menschen. Entwicklungspolitik bedeutet vor allem Persönlichkeitsentwicklung. Es wird in Hinkunft kaum mehr Geld von staatlicher Seite zu erwarten sein, Menschen werden mehr Aufgaben in Eigenverantwortung übernehmen müssen.

(27) „Wir haben Bedarf nach Veränderungen. Dort wo der Einzelne überfordert ist, ist das in Gemeinschaft zu lösen. Dort ist die Genossenschaft idealtypisch, heut wie vor 200 Jahren. Aber wir müssen sie befreien von dem Ballast, von Fehlentwicklungen, die es über die Zeit gegeben hat und dann kann sie agieren...“

Das Hauptthema ist das Potenzial der Genossenschaft als Rechtsform, das durch die Existenz der Revisionsverbände in Österreich limitiert wird. Die Pflichtmitgliedschaft in diesen Verbänden ist faschistoid und stammt aus dem Jahr 1934 um Machteinfluss auf die Genossenschaften zu sichern. Der Revisionsverband von Raiffeisen steht in einem Naheverhältnis zu den Landesbanken, die ursprünglich Dienstleister für die Primärbanken, die sie

gegründet haben, sein sollten. Die Landesbanken üben Einfluss auf die Primärbanken aus, ihre Produkte zu kaufen für ihren eigenen wirtschaftlichen Erfolg. Der Revisionsverband der Volksbank hat sich stark verändert und die Mitglieder der Volksbankgenossenschaft sind enteignet worden. Diese beiden Revisionsverbände haben Privilegien, die aus ihrer Monopolstellung herrühren, was den Leistungsanreiz schwächt. Zudem haben sie eine bemutternde Haltung. Das hindert Menschen, die daran interessiert sind eine Genossenschaft zu gründen. Eigentlich braucht es gar keine Revisionsverbände für die notwendige wirtschaftliche Prüfung der Genossenschaften. Unter den gegebenen gesetzlichen Bedingungen ist die Gründung eines weiteren Genossenschaftsverbandes dringlich. Seine Hauptaufgaben werden unter anderem die Information der Mitglieder zur Ausübung ihrer Rechte und die Beratung sein. Der Wettbewerb am Markt ist für eine Genossenschaft als belebender und fordernder Faktor unerlässlich. Da sie als Rechtsform gut handhabbar ist, kann sie sich am Markt auch behaupten. Staatliche Förderungen sollten gänzlich eingestellt werden. Die Genossenschaft sollte immer in eine Region eingebettet sein und eine Grenze von etwa 3.000 Mitgliedern nicht überschreiten. Die Genossenschaft ist bestens geeignet auf viele Fragen unserer Zeit zu antworten. Ihr ist als Organisationsform keine Grenze in Hinblick auf den Anwendungsbereich gesetzt.

Literatur

- Azzelini, D. (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela. VSA-Verlag, Hamburg.
- Azzelini, D., Ness, I. (Hg., 2012): „Die endlich entdeckte politische Form“. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute. ISP Verlag, Köln.
- Bertolini, R. (2012): Allmeinde Vorarlberg. Von der Kraft des gemeinsamen Tuns. Bertolini-Verlag, Bregenz.
- Bröckling, U. (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- Biffl, G. (1994): Evaluierung von Instrumenten der experimentellen Arbeitsmarktpolitik. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Wien.
http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/1994_gudrun_biffl_experimentelleAMP_evaluation.pdf
- Conert, H. (2002): Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Deleuze, G. (1993): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: ders.: Unterhandlungen 1972-1990. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 254-262.
- Exner, A., Kratzwald, B. (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Intro. Mandelbaum-Verlag, Wien.
- Flick, U. (2005): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg. 5. Aufl.
- Gubitzer, L. (1989): Geschichte der Selbstverwaltung. Reihe Selbstverwaltung AG SPAK M 96, München.
- Hans-Jürgen-Krahl-Institut (2007): Für einen Praktischen Sozialismus. Antwort auf die Krise der Gewerkschaften. Pahl-Rugenstein-Verlag. Köln.
- Keller, R. (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. VS Verlag, Wiesbaden. 4. Aufl.

- Lohoff, E. (1997): Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg. Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung. Horlemann-Verlag, Bad Honnef.
- Neumann, A. (2008): Kleine Geile Firmen: Alternativprojekte zwischen Revolte und Management. Nautilus Flugschriften, Hamburg.
- Pabst, S. (2015): Transdisziplinäre Aktionsforschung zur Verbreitung von Community Supported Agriculture (CSA) in Österreich. Masterarbeit, Univ. für Bodenkultur.
- Plattform Massenuni (Hg., 2009): Jenseits von Humboldt. Von der Kritik der Universität zur globalen Solidarischen Ökonomie des Wissens. Wien, http://massenuni.blogspot.de/images/humboldt_endversion.pdf
- P.M. (2000): Subcoma. Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft. Paranoia City-Verlag. Zürich.
- Reckwitz, A. (2006): Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne bis zur Postmoderne. Velbrück Wissenschaft, Weilerswist.
- Reckwitz, A. (2012): Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- Schandl, F. (2015): Experimente der Selbstverwaltung, in: Dimmel, N. (Hg.): (Über)leben an der Grenze. Pro mente Edition, Linz, 343-352.
- Sozialplattform OÖ (2015): 20 Jahre experimentelle Arbeitsmarktpolitik. <https://www.youtube.com/watch?v=hb5sxpQW6zY>
- Stahlmann, J. W. (1990): Die Quadratur des Kreises. Funktionsmechanismus und Zusammenbruch der sowjetischen Planökonomie. <http://www.krisis.org/1990/die-quadratur-des-kreises/>
- Strauss, A. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. UTB, Wilhelm Fink-Verlag, Paderborn. 2. Aufl.
- Uhl, A. (2008): In Räumen träumen, statt Träume räumen. Malmoe 41. Download unter: <http://www.malmoe.org/artikel/widersprechen/1612>
- Uhl, A. (2011): Der Kongress, der viele ist. Theoretische Erörterung von (anti-)repräsentativen Praxen am Beispiel des Wiener Solidarökonomie Kongresses 2009. Grundrisse 39. Download unter: http://www.grundrisse.net/grundrisse39/kongress_der_viele_ist.htm

Uhl, A. (2012): Hausbesetzungen und selbstverwaltete Freiräume. Eine kurze Übersicht über die letzten zehn Jahre, in: Wien Museum (Hg.): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Czernin-Verlag, Wien, 219-223.

Viehöver, W. (2011): Diskurse als Narrationen. In: Keller, R., Hirsland, A., Schneider, W., Viehöver, W. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. VS Verlag, Wiesbaden. 193-224. 3. Aufl.

Wien Museum (Hg.): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Czernin-Verlag, Wien.